

Niedersachsen-Monitor 2010



Niedersachsen

Z 6 - j / 10

Niedersachsen-Monitor 2010



Niedersachsen

Impressum

Herausgeber: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Zu beziehen durch: LSKN - Schriftenvertrieb -
Postfach 91 07 64, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. 0511 9898-3166, Fax -4133
E-Mail: vertrieb@lskn.niedersachsen.de
Internet: www.lskn.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €
Erschienen im Dezember 2010
ISSN 1432-5756

© Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Hannover, 2010.
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	8
Familie und Beruf.....	13
Erwerbstätigkeit.....	16
Wirtschaft und Einkommen.....	22
Globalisierung.....	29
Finanzen.....	32
Innovation.....	40
Wissenschaft.....	45
Humanpotenzial.....	48
Umwelt.....	51
Soziale Probleme, Sicherheit.....	54
Fazit.....	60

Tabellenteil I

Bevölkerung.....	62
Familie und Beruf.....	64
Erwerbstätigkeit.....	66
Wirtschaft und Einkommen.....	68
Globalisierung.....	73
Finanzen.....	76
Innovation.....	80
Wissenschaft.....	82
Humanpotenzial.....	84
Umwelt.....	86
Soziale Probleme, Sicherheit.....	90

Textteil II

Niedersachsen in Europa.....	96
------------------------------	----

Tabellenteil II

Eckdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder.....	102
Bevölkerung 2001 bis 2008.....	103
Bruttoinlandsprodukt 2002 bis 2007.....	103
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2002 bis 2007.....	103
Beschäftigungsquoten der 15- bis unter 65-Jährigen (%) 2003 bis 2008	103
Arbeitslosenquoten (15 Jahre und älter) 2003 bis 2008.....	103

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.

Textteil I und Schaubilder



Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor* erscheint mit dieser Ausgabe zum dreizehnten Mal. Er bezweckt wie in den Vorjahren eine umfassende Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen durch einen systematischen Länder- und Bundesvergleich. Von 1998 bis 2008 wurde das Tabellenprogramm aufgrund neuer Erkenntnisinteressen mehrfach von anfangs 35 auf 48 Tabellen erweitert, wobei das Grundkonzept des *Monitors* beibehalten wurde. In der Ausgabe 2009 wurde eine Reihe von Inhalten ergänzt, so dass die Zahl der Ländertabellen von 48 auf 78 angestiegen ist. Damit hat der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) auf eine veränderte Nachfrage reagiert.

In der aktuellen Ausgabe 2010 wurden zwei weitere Tabellen in den Kapiteln „Humanpotenzial“ und „Soziale Probleme und Sicherheit“ ergänzt. Es handelt sich dabei um Angaben zu „Frühen Schulabgängern“ (Tab. 61) und „Armutgefährdungsquoten“ (Tab. 74). Beide Tabellen sind der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik entnommen, die Datengrundlage bildet der Mikrozensus. Der weitere Aufbau der Kapitel bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Somit können für alle wichtigen Themenfelder des gesellschaftlichen und politischen Diskurses wichtige empirische Basisinformationen bereitgestellt werden.

Teil 2 des *Monitors* befasst sich erneut mit dem Thema „Niedersachsen in Europa“. Auf der Grundlage ausgewählter Basisdaten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, wird Niedersachsen im Rahmen und im Vergleich mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten dargestellt.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Statistisches Monitoring verfolgt das Ziel, durch die Erfassung, Darstellung und Interpretation von Entwicklungstrends und Strukturen planerische und politische Prozesse sowie Entscheidungen zu begleiten und zu fundieren. Im Mittelpunkt steht dabei die systematische Informationsbereitstellung durch die Dokumentation von Veränderungen und Entwicklungsmustern. In diesem Sinne stellt der erste Teil des *Monitors* kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer und Deutschlands insgesamt dar. Mittels hoch verdichteter Indikatoren werden ein Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung Niedersachsens aktuell und umfassend möglich. Thematisch umfasst der *Monitor* die Politikfelder Demographie, Familie und Beruf, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft und Einkommen, Globalisierung, Finanzen, Innovation, Wissenschaft und Kultur, Humanpotenzial, Umwelt sowie Soziales und Sicherheit.

Die Gesamtkonzeption des Ländervergleichs im Niedersachsen-Monitor, vor allem die Auswahl und Gestaltung der Tabellen und Schaubilder, stammt von Prof. Lothar Eichhorn, Fachbereichsleiter im LSKN. Die hiermit vorgelegte Analyse von Strukturen und Entwicklungspfaden der Länder wurde von Prof. Lothar Eichhorn sowie den Fachgebietsleitern Sascha Ebigt und Dr. Wolfgang Vorwig sowie Rita Hoffmeister (redaktionelle Leitung) durchgeführt.

Der *Ländervergleich* basiert auf einer Sammlung von 80 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch Balkendiagramme illustriert und textlich analysiert werden. Die Tabellen folgen einem einheitlichen Bauplan: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie die Deutschlands, Ost- und Westdeutschlands dargestellt. Die Entwicklung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Landes- und Bundesergebnis sind in den Tabellen darum durch Fettdruck optisch hervorgehoben. Da auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die entscheidende regionale Scheidelinie der Nation immer noch zwischen der „alten“ Bundesrepublik und dem Beitrittsgebiet verläuft, wurden zusätzlich die Werte für Ost- und Westdeutschland nachgewiesen. Die 10 Länder der „alten“ Bundesrepublik werden als Westdeutschland, die fünf Länder des Beitrittsgebiets sowie Berlin werden als Ostdeutschland zusammengefasst.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie vergleichend a) das Vorjahresergebnis und b) das Ergebnis fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so die kurz- und mittelfristige Entwicklung deutlich. Am aktuellen Rand beziehen sich die Daten meist auf das Jahr 2009, die älteren Vergleichsdaten stammen somit meist aus 2008 bzw. 2004. Davon wird nur dann abgewichen, wenn es noch keine Daten aus 2009 gab. Dies ist zum Beispiel für einige Tabellen aus dem Kapitel Umwelt der Fall, da die verwendeten Daten auf mehrjährigen Erhebungen beruhen und somit nur alle zwei Jahre aktuelle Werte vorliegen. Die stets sehr aktuellen Arbeitslosenzahlen beziehen sich auf das Jahr 2010 bzw. 2005 und 2009 zum Vergleich. Wenn im folgenden Text von „kurzfristig“ die Rede ist, so ist der Vorjahresvergleich gemeint; „mittelfristig“ meint den Fünf-Jahres-Vergleich.

Alle Daten des *Monitors* entstammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen. Zumeist sind dies amtliche Veröffentlichungen, die ganz überwiegend im Internet zu finden sind. Zum Teil sind einige aktuelle Angaben beim Statistischen Bundesamt erfragt worden. Soweit irgend möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. In manchen Fällen, so z.B. bei Tabellen, die auf monatlich

chen Konjunkturerhebungen beruhen, kann es kleine Abweichungen zwischen den hier publizierten Angaben und denen einzelner Statistischer Ämter für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich geben.

Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Absolute Zahlen sind oft für eine Analyse nicht geeignet. Erst im Zeit- und Regionalvergleich mit anderen Daten erhalten sie einen Aussagewert. Sie müssen standardisiert werden, um triviale Aussagen, wie z.B. dass es im großen

Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose oder ein höheres Bruttoinlandsprodukt als im kleinen Saarland gibt, zu vermeiden. Durch Verwendung von Quoten (z.B. Arbeitslosenquote), Beziehungszahlen (z.B. Geborene je 1 000 Einwohner) und prozentuellen Veränderungsraten (z.B. Wirtschaftswachstum) wird ein Höchstmaß an regionaler und zeitlicher Vergleichbarkeit geschaffen. Bei allen Indikatoren, die sich auf den Bevölkerungsstand beziehen, liegt – wenn nicht in der Tabelle anders angegeben – der Stand vom 30. Juni eines Jahres zu Grunde.

Bevölkerung

Zahl der Einwohner sinkt weiter

Am 31.12.2009 lebten in Niedersachsen 7 928 815 Einwohner (Tab. 1). Das waren - 0,2 % weniger als im Vergleich zum Vorjahr und - 0,9 % weniger als am Jahresende 2004. Damit sank die Bevölkerung in Niedersachsen nun bereits im fünften Jahr in Folge. Am 31.12.2004 lebten 8 000 909 Menschen in Niedersachsen. Seitdem ging die Bevölkerungszahl stetig zurück, wobei das Tempo der Abnahme zwischen 2005 und 2008 zunahm und sich zuletzt wieder abschwächte. So sank die Zahl der Einwohner zwischen 2007 und 2008 um 24 440 Personen bzw. - 0,3 % und zwischen 2009 und 2008 um 18 429 bzw. - 0,2 %.

Auch im gesamten Bundesgebiet nimmt die Bevölkerung seit mehreren Jahren ab. So sank die Zahl der Einwohner von 82 002 356 am 31.12.2008 auf 81 802 257 am 31.12.2009 (- 0,2 %) und liegt damit erstmals seit 1995 wieder unter der 82-Millionen-Marke. Im Vergleich zum 31.12.2004 ging die Bevölkerung um - 0,8 % zurück, also in einem ähnlichen Verhältnis wie auch in Niedersachsen.

Im Vergleich der Bundesländer konnten einzig die Stadtstaaten Berlin (+ 0,3 %) und Hamburg (+ 0,1 %) leichte Bevölkerungszuwächse im Vergleich zum Vorjahr erzielen. Die stärksten Bevölkerungsrückgänge fanden in den ostdeutschen Bundesländern statt, angeführt von Sachsen-Anhalt mit - 1,1 % gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit je - 0,8 %. Aber auch im Saarland ging die Bevölkerung im Vergleich zum Jahresende 2008 um - 0,8 % zurück. Im Durchschnitt sinkt die Bevölkerung in Ostdeutschland (ausgenommen Berlin) stärker als in Westdeutschland. Dies zeigt auch der mittelfristige Vergleich zum Jahr 2004. In Westdeutschland ging die Bevölkerung im Durchschnitt um - 0,4 % zurück, in Ostdeutschland jedoch um - 2,6 %. Die Spannweite zwischen den Bundesländern reicht von - 5,5 % in Sachsen-Anhalt bis + 2,3 % in Hamburg. Hier sind zwei zusammenhängende Entwicklungen ersichtlich. Zum einen hält die Entvölkerung Ostdeutschlands weiter an. Zum anderen ist ein gewisser Trend „zurück in die Stadt“ erkennbar. Das heißt, bessere Jobangebote, eine gut ausgebauten Infrastruktur mit vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten und attraktive Wohnangebote sorgen für ein Bevölkerungswachstum in den Großstädten und für einen Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Regionen und den zentrumsnahen Umlandregionen der Metropolen.

Geburtenzahlen in Niedersachsen stark rückläufig

2009 kamen in Niedersachsen 62 224 Kinder zur Welt (Tab. 2). Das bedeutet gegenüber 2008 einen Rückgang

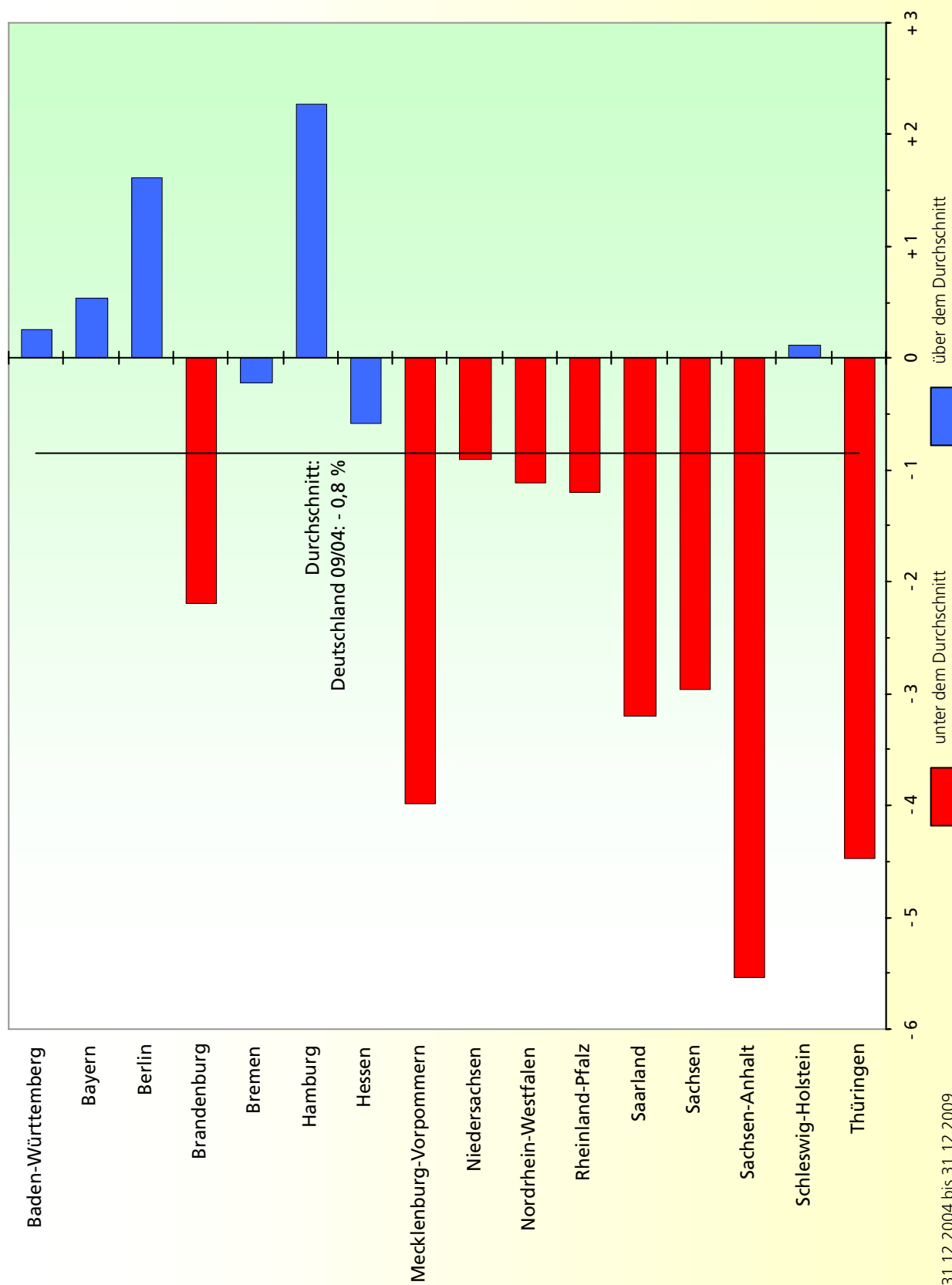
um - 4,1 %, gegenüber 2004 sogar um - 11,6 %. Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl der Lebendgeborenen im Vergleich zum Vorjahr um - 2,5 % auf 665 142 und mittelfristig um - 5,7 %. Auch im gesamten Bundesgebiet gab es also einen Geburtenrückgang, welcher aber insgesamt deutlich geringer ausfällt als in Niedersachsen. Nur in Rheinland-Pfalz ging die Zahl der Geburten von 2008 zu 2009 mit - 4,2 % stärker zurück als in Niedersachsen. Auch in fast allen anderen Bundesländern sank die Zahl der Lebendgeborenen. Lediglich in Hamburg (+ 0,2 %) und Berlin (+ 0,5 %) stieg die Zahl leicht an. Im Fünfjahresvergleich war der Geburtenrückgang in Niedersachsen (- 11,6 %) am höchsten, gefolgt vom Saarland (- 9,6 %) und Schleswig-Holstein (- 9,0 %). Einen starken Geburtenzuwachs zwischen 2004 und 2009 gab es hingegen in Berlin (+ 9,0 %), gefolgt von Hamburg, Sachsen, Brandenburg und Bremen (+ 4,2 % bis + 0,9 %).

Die Geburtenhäufigkeit, d.h. die Zahl der Geburten je 1 000 Einwohner lag in Niedersachsen im Jahr 2009 bei 7,8 und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,1. 2004 lag der Landeswert mit 8,8 noch über dem Bundeswert von seinerzeit 8,6. Damit ist die Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner insgesamt zurückgegangen, in Niedersachsen jedoch stärker als im Durchschnitt. Die höchste Geburtenhäufigkeit im Jahr 2009 lag mit einem Wert von jeweils 9,4 wiederum in Hamburg und Berlin vor. Normalerweise würde man erwarten, dass die Geburtenhäufigkeit in eher ländlich geprägten Bundesländern überdurchschnittlich hoch ist und nicht in den Stadtstaaten. Diese Besonderheit lässt sich dadurch erklären, dass eine Vielzahl junger Frauen aufgrund der besseren Arbeitsplatzangebote in die Metropolen gezogen ist und damit der Bevölkerungsanteil potenzieller Mütter in den Städten entsprechend hoch ist.

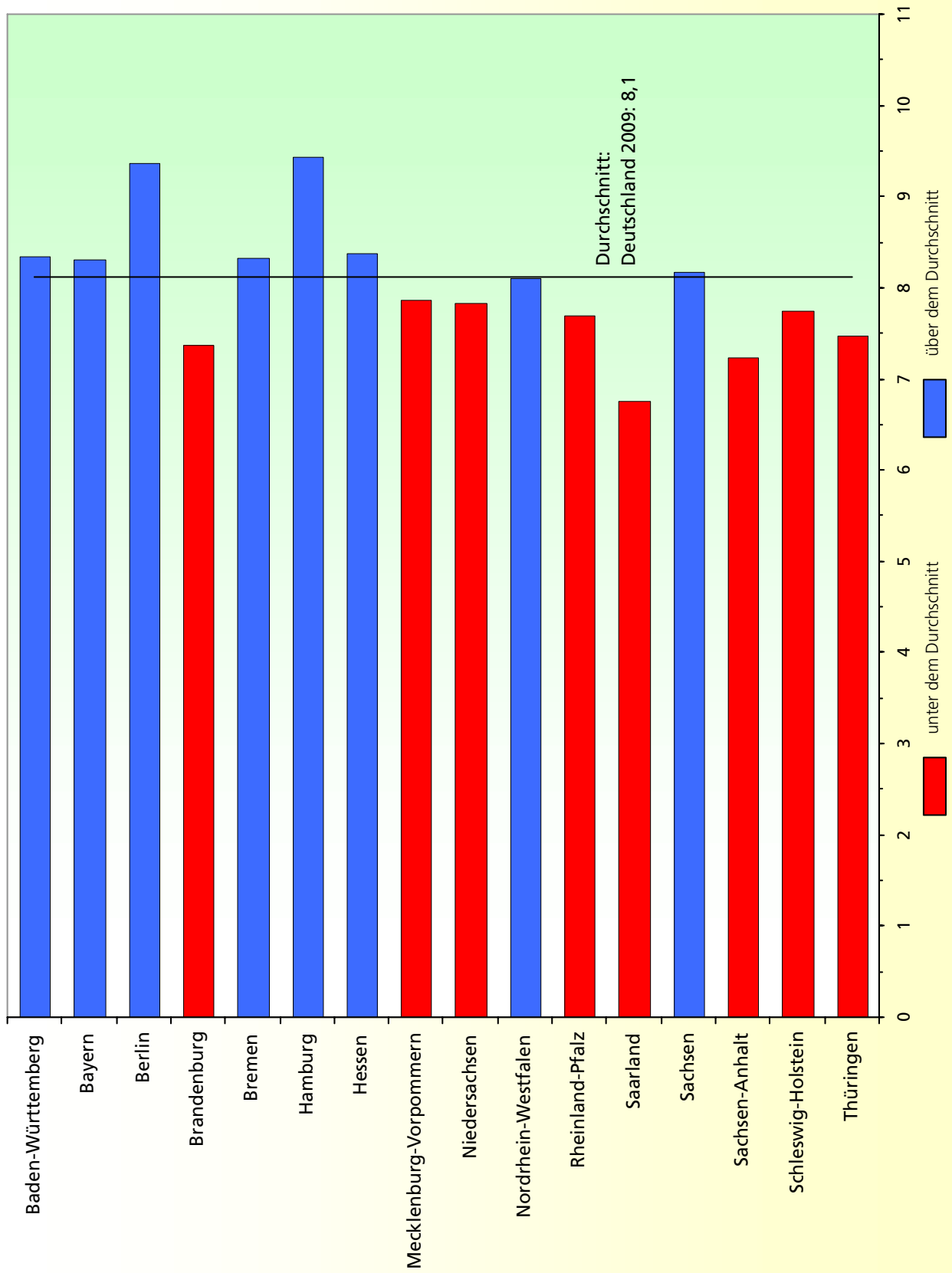
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung weiter negativ

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung betrug 2009 in Niedersachsen - 23 448 (Tab. 3). Das bedeutet, dass 23 448 mehr Menschen starben als Kinder geboren wurden. Dieser Saldo ist seit Jahren negativ und nimmt stetig zu. Gleiches gilt auch für Deutschland insgesamt. Hier lag der Saldo im Jahr 2004 bei - 112 649 und im Jahr 2009 bereits bei - 189 403. Um die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung zwischen den Bundesländern vergleichbar zu machen, können die Salden auf die Zahl der Einwohner bezogen werden. In Niedersachsen lag dieser Saldo bezogen auf 1 000 Einwohner bei - 3,0, in Deutschland bei - 2,3. 2004 lag der Wert im Bundesdurchschnitt und auch in Niedersachsen noch bei - 1,4. Das heißt, in Niedersachsen vollzieht sich die Entwicklung

Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2004 bis 2009



Lebendgeborene je 1 000 Einwohner 2009



einer wachsenden Differenz zwischen Gestorbenen und Geborenen schneller als in Deutschland insgesamt. Die höchsten Werte bezogen auf 1 000 Einwohner gab es 2009 in Sachsen-Anhalt mit - 5,6 und im Saarland mit - 5,5. Berlin konnte hingegen als einziges Bundesland mit einem Wert von + 0,1 je 1 000 Einwohner einen leicht positiven Saldo verzeichnen.

Wanderungssaldo leicht im Plus

Der Wanderungssaldo (Tab. 4), d.h. der Saldo aus Zuzügen und Fortzügen nach und aus Niedersachsen, konnte über lange Jahre das Geburtendefizit ausgleichen. Das ist aber seit 2005 nicht mehr der Fall. Im Jahr 2009 sind 4 835 mehr Personen nach Niedersachsen gezogen als fortgezogen sind. Damit kann das Geburtendefizit von 23 448 Personen bei Weitem nicht ausgeglichen werden, so dass Niedersachsen in der Summe einen Rückgang der Bevölkerung verzeichnet. In diesem Zusammenhang muss näher auf eine Besonderheit in Niedersachsen eingegangen werden: Im Landkreis Göttingen befindet sich das Grenzdurchgangslager Friedland. In diesem werden zunächst alle nach Deutschland einreisenden, deutschstämmigen Spätaussiedler aus Russland, Kasachstan und anderen Ländern aufgenommen. Die Zahl der in Friedland Zugewanderten hat seit 2005 stark abgenommen, was wiederum einen erheblichen Einfluss auf den niedersächsischen Wanderungssaldo hat.

Bundesweit war der Wanderungssaldo 2009 mit einem Wert von - 12 757 insgesamt negativ. Im Vergleich zum Vorjahr war der Wanderungssaldo in Deutschland seinerzeit zwar auch negativ, jedoch weitaus höher (- 55 724), und auch in Niedersachsen gab es im Jahr 2008 mehr Fortzüge als Zuzüge (- 4 337). Allerdings muss bei der Interpretation der Salden von 2008 beachtet werden, dass in den bundesweiten Meldungen der Meldebehörden, die den Wanderungsdaten zugrunde liegen, zahlreiche Melderegisterkorrekturen zum Tragen kommen, die im Zuge der Einführung der „persönlichen Steueridentifikationsnummer“ durchgeführt wurden. Aussagekräftiger scheint daher ein mittelfristiger Zeitvergleich.

Der Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner betrug in Niedersachsen + 0,6 (2009). Im Bundesdurchschnitt lag er bei - 0,2, wobei der Saldo in Westdeutschland leicht positiv war (+ 0,2), in Ostdeutschland hingegen negativ (- 1,7). Die höchsten Wanderungsgewinne gab es in Berlin (+ 3,1) und Bremen (+ 3,0). Die höchsten Verluste je 1 000 Einwohner wurden in Sachsen-Anhalt (- 5,2) und Mecklenburg-Vorpommern (- 4,7) verzeichnet. Im Jahr 2004 lag der Saldo in Niedersachsen aufgrund der seinerzeit noch hohen Zuzüge nach Friedland bei + 2,4 und damit weit über dem Durchschnitt des Bundesgebietes (+ 1,0). In Ostdeutschland lag der Wert bei - 2,5 und in Westdeutschland bei + 1,9. Das bedeutet, dass sich die Abwanderung

in Ostdeutschland im Zeitablauf verringert hat und die Zuwanderung in die westdeutschen Länder nachgelassen hat.

Zahl der Eheschließungen sinkt – Niedersachsen heiraten aber weiterhin überdurchschnittlich oft

Im Jahr 2009 ließen sich 38 120 Paare trauen (Tab. 5). Dies waren 1 114 Paare bzw. - 2,8 % weniger als im Vorjahr. Im Fünfjahresvergleich sank die Zahl der Eheschließungen um - 8,8 %. Damit verzeichnet Niedersachsen im Vergleich zwischen den Bundesländern den höchsten Rückgang bei der Zahl der Eheschließungen sowohl gegenüber dem Jahr 2008 als auch gegenüber 2004. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Eheschließungen im Vergleich zum Vorjahr um + 0,4 % leicht an. Im Fünfjahresvergleich sank sie mit - 4,4 % im Durchschnitt allerdings weniger als in Niedersachsen. Es zeichnet sich hier ein leichtes Ost-West-Gefälle ab, mit rückläufigen Eheschließungen in Westdeutschland (- 6,0 %) und steigenden Eheschließungen in Ostdeutschland (+ 2,9 %) gegenüber 2004.

Betrachtet man die Zahl der Eheschließungen je 10 000 Einwohner, wird deutlich, dass es sich bei dem gegenläufigen Trend der Veränderungsrate der Zahl der Eheschließungen zwischen Ost und West um einen Angleichungsprozess handelt. 2009 lag die Zahl der Eheschließungen je 10 000 Einwohner bundesweit bei 46,2, in Westdeutschland bei 46,7 und in Ostdeutschland bei 44,4. Im Jahr 2004 lagen diese Werte bei 49,6 (West) und 41,9 (Ost). Das heißt, die Eheschließungshäufigkeit ist in den westdeutschen Bundesländern tendenziell höher als in den ostdeutschen Bundesländern, der Abstand wird jedoch geringer. Die Häufigkeit der Eheschließungen je 10 000 Einwohner lag 2004 in Niedersachsen bei 52,2, d.h. über dem Bundesdurchschnitt (48,0). 2009 betrug der Landeswert 48,0 und ist damit rückläufig, liegt aber immer noch über dem deutschen Durchschnitt (46,2). Im Ländervergleich zeigt sich, dass das Heiratsverhalten vor allem von Paaren in den Stadtstaaten Berlin (36,6) und Hamburg (40,7) eher zurückhaltend ist, wohingegen in Mecklenburg-Vorpommern (63,3) und Schleswig-Holstein (57,8), also in nördlichen Flächenländern, sehr viel häufiger geheiratet wird.

Zahl der Ehescheidungen stieg 2008 weiter

Aktuelle Daten zur Zahl der Ehescheidungen für das Jahr 2009 lagen bei Redaktionsschluss leider noch nicht vor. Daher wurde die Tabelle 6 sowie der kommentierende Text aus der Veröffentlichung des Vorjahres übernommen.

2008 ließen in Niedersachsen 20 368 Paare ihre Ehe gerichtlich scheiden (Tab. 6). Das waren - 7,1 % weniger

Scheidungen als 2003, aber + 3,5 % mehr als 2007. Die Entwicklung der Zahl der Ehescheidungen verlief in der Vergangenheit wie folgt: Bis zum Jahr 2003, als der Höchststand von 21 921 erreicht wurde, stieg die Zahl der Scheidungen kontinuierlich von Jahr zu Jahr an. Danach gab es Rückgänge bis 2006; diese waren im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass zuvor die Zahl der Eheschließungen langfristig zurückging – und man muss eben, um sich scheiden zu lassen, zunächst einmal verheiratet sein. Seitdem steigt aber die Zahl der Scheidungen wieder an.

Bundesweit trat eine ähnliche Tendenz auf. Allerdings ging die Zahl der Ehescheidungen in Niedersachsen mittelfristig weniger stark zurück als in Deutschland insgesamt (Niedersachsen: - 7,1 %; Deutschland - 10,3 %), und im kurzfristigen Vergleich 2008 zu 2007 ist der niedersächsische Anstieg von + 3,5 % deutlich höher als die + 2,6 %

bundesweit. Im Vergleich zu 2007 ging in sieben Ländern die Zahl der Scheidungen zurück und in neun stieg sie an, am deutlichsten neben Niedersachsen in Nordrhein-Westfalen (+ 6,9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 6,5 %).

Die Scheidungshäufigkeit lag in Niedersachsen schon 2003 mit 27,4 Scheidungen je 10 000 Einwohner höher als bundesweit mit seinerzeit 25,9. 2008 lagen die entsprechenden Werte bei 25,6 (Niedersachsen) und 23,4 (Deutschland). Aufgrund der oben geschilderten Entwicklung hat sich damit der Abstand Niedersachsen-Bund von 1,5 auf 2,2 erhöht. Im bundesweiten Ländervergleich fällt übrigens auf, dass die Scheidungshäufigkeit in den 10 West-Ländern deutlich höher ist als in 6 Ost-Ländern. Insgesamt deuten diesen Zahlen darauf hin, dass die Bindungskraft der Institution Ehe tendenziell abnimmt, in Niedersachsen stärker als anderswo.



Familie und Beruf

In der letzten Ausgabe des *Monitors* wurde das Kapitel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ neu aufgenommen. Damit wurde der inhaltlichen Verflechtung zwischen den Themenfeldern demografischer Wandel und Erwerbstätigkeit stärker Rechnung getragen. Der demografische Wandel, d.h. der Geburtenrückgang und die Alterung der Bevölkerung, hat zur Folge, dass die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung im Vergleich zur nicht erwerbsfähigen Bevölkerung immer kleiner wird. Politisches Ziel ist es daher, das bestehende Arbeitskräftepotenzial besser auszunutzen. Das bedeutet unter anderem, die nach wie vor geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Wie auf der Internetpräsenz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (www.bmfsfj.de) nachzulesen ist, soll eine „familienfreundliche Arbeitswelt“ geschaffen werden, die es „jungen Menschen erlaubt, ihren Wunsch nach Kindern verwirklichen zu können“. Um die Entscheidung für Kinder bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu begünstigen und zu unterstützen, gibt es verschiedene familienpolitische Maßnahmen. Unter anderem sollen verbesserte Betreuungsmöglichkeiten von Kindern und die Einführung des Elterngeldes die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Die Tabellen 7 bis 10 geben einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Betreuungsquote von Kleinkindern liegt bei 12,0 %

Ab dem Jahr 2013 wird jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege haben. Dafür soll bundesweit bis zum Jahr 2013 für jedes dritte Kind ein Betreuungsplatz geschaffen werden – rund ein Drittel der neuen Plätze davon in der Kindertagespflege.

Am 15. März 2009 belief sich die Zahl der in öffentlich geförderter Kindertagespflege oder Kindertageseinrichtung betreuten Kinder unter drei Jahren in Niedersachsen auf 23 529 (Tab. 7). Dies waren 5 339 mehr Kinder als im Jahr 2008 und entspricht einem Zuwachs von 29,4 %. Damit hat Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr die größten Zuwachsraten bei der Zahl der betreuten Kinder aufzuweisen. Im Vergleich zum Jahr 2007 beträgt der Zuwachs sogar 67,4 %. Nur in Schleswig-Holstein stieg in diesem Zwei-Jahres-Zeitraum die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren mit 71,5 % stärker an. Insgesamt stiegen die Werte in allen Bundesländern zwischen 2007 und 2009 an. Der Bundesdurchschnitt betrug 29,8 %, wobei es zwischen Ost und West große Unterschiede gibt. So waren die Zuwächse in Westdeutschland mit durch-

schnittlich 45,2 % ungleich höher als in Ostdeutschland mit 14,0 %.

Obwohl die Zahl der betreuten Kleinkinder in Niedersachsen in den vergangenen zwei Jahren stark zugenommen hat, liegt die Betreuungsquote des Landes, d.h. die Zahl der betreuten Kinder je 100 Kinder der entsprechenden Altersgruppe am 31.12. des Vorjahres, mit 12,0 % im Jahr 2009 (2007: 6,9 %) weit unter dem Bundesdurchschnitt von 20,4 % (2007: 15,5 %). Damit ist die Betreuungsquote nach der Nordrhein-Westfalens (11,6 %) immer noch die geringste im gesamten Bundesgebiet. Im Ländervergleich weisen alle ostdeutschen Bundesländer (46,0 %) deutlich höhere Werte als die westdeutschen Bundesländer (14,6 %) auf. Die höchste Betreuungsquote gibt es in Sachsen-Anhalt (55,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (49,6 %). Die hohen Werte in Ostdeutschland sind immer noch ein Resultat der DDR-Vergangenheit mit einem stark ausgebauten System von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Bemerkenswert ist hier, dass die Betreuungsquote in den letzten zwei Jahren nicht nur in Westdeutschland (+ 4,7 Prozentpunkte) sondern auch in den ostdeutschen Ländern (+ 4,9 Prozentpunkte) weiter angestiegen ist. Die Zahl der betreuten Kinder liegt in Ostdeutschland damit schon jetzt über der Zielvorgabe von 33 %, wobei sich diese auf die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze bezieht, die Betreuungsquoten aber die tatsächlich betreuten Kinder ausweisen.

Die höchste Betreuungsquote in Westdeutschland weist Hamburg mit 25,7 % auf. Aufgrund des guten Arbeitsplatzangebotes zieht es viele junge Frauen in den Stadtstaat, die auch als Mütter nicht auf eine Erwerbstätigkeit verzichten wollen und somit auch auf Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen sind. In allen restlichen westdeutschen Ländern ist die Betreuungsquote geringer und liegt zwischen 17,6 % (Rheinland-Pfalz) und 11,6 % (Nordrhein-Westfalen). Dies legt den Schluss nahe, dass die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern in Westdeutschland abseits der Metropolen in vielen Fällen nach wie vor relativ traditionell geprägt ist und sich nur langsam wandelt.

12,6 % der Drei- bis unter Sechsjährigen ganztätig betreut

Am 15. März 2009 wurden in Niedersachsen 26 601 Kinder zwischen drei und sechs Jahren ganztätig in der öffentlich geförderten Kindertagespflege oder Kindertageseinrichtung betreut (Tab. 8). Ganztätig bedeutet hier eine Betreuungszeit von mindestens sieben Stunden. Das Augenmerk ist hier bewusst auf die Ganztagsbetreuung gerichtet, da diese es beiden Elternteilen ermöglicht, re-

lativ problemfrei einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. 2008 lag die Zahl der ganztägig betreuten Kinder in Niedersachsen 12,5 % unter dem Wert von 2009. Gegenüber 2007 betrug die Veränderung 23,3 %. Die Zuwächse liegen damit höher als im Bundesdurchschnitt von 8,5 % (2008/2009) und 18,9 % (2007/2009), bleiben aber deutlich hinter denen der Kleinkinderbetreuung zurück.

Die Ganztagsbetreuungsquote lag 2009 in Niedersachsen bei 12,6 %. 2008 waren es noch 10,9 %. Damit weist Niedersachsen nach Baden-Württemberg (11,6 %) allerdings den niedrigsten Wert im Ländervergleich auf. Im Durchschnitt lag die Betreuungsquote bei 29,9 %, wobei die Werte in Ostdeutschland (65,3 %) strukturell bedingt weit aus höher sind als in Westdeutschland (22,7 %). Thüringen weist mit 86,1 % die mit Abstand höchste Quote auf, gefolgt von Sachsen (70,3 %) und Sachsen-Anhalt (56,5 %). In Westdeutschland liegt die Ganztagsbetreuungsquote in Hessen (32,5 %) und in Hamburg (32,0 %) am höchsten. Im Vergleich zum Jahr 2007 erhöhte sich die Betreuungsquote besonders in Nordrhein-Westfalen (+ 8,9 Prozentpunkte) und Rheinland-Pfalz (+ 8,1 Prozentpunkte). Dies ist nicht nur auf einen demografischen Effekt zurückzuführen, d.h. aufgrund eines Rückgangs der Zahl der Kinder in der Altersklasse, sondern auch auf einen Ausbau der Betreuungsangebote, was die steigende Absolutzahl der ganztägig betreuten Kinder zeigt. Insgesamt wird aber auch hier deutlich, dass in Westdeutschland und konkret auch in Niedersachsen eine traditionellere Rollenverteilung der Geschlechter vorzuliegen scheint, die eine geringere Nutzung von Ganztagsbetreuungsangeboten nach sich zieht.

Zahl der männlichen Elterngeldbezieher steigt auf 17,4 %

Anfang des Jahres 2007 wurde das Elterngeld eingeführt, welches das bis dahin gezahlte Erziehungsgeld ersetzt hat. Das Elterngeld soll den Einkommenswegfall nach der Geburt eines Kindes auffangen und wird 12 bis maximal 14 Monate gezahlt. Die Höhe richtet sich nach dem vorangegangenen Nettoeinkommen des Elternteils, welches Elterngeld beantragt. Die Statistik des Elterngeldes wurde erstmals 2007 durchgeführt, im darauf folgenden Jahr aber konzeptionell umgestellt. Daher sind in Tabelle 9 Angaben zur Zahl der Elterngeldbezieher lediglich für 2009 und 2008 ausgewiesen.

Im Jahr 2009 wurden in Niedersachsen insgesamt 74 964 Leistungsbezüge von Elterngeld beendet. Davon waren 17,4 % bzw. mehr als jeder sechste Bezieher männlich (2008: 14,3 %). Im Bundesdurchschnitt waren es 18,6 %. Der niedersächsische Wert ist damit leicht unterdurchschnittlich. Den höchsten Anteil an männlichen Leistungsbezieher gibt es in Bayern (22,6 %) und Sachsen (22,5 %), den geringsten im Saarland (12,7 %) und in Nordrhein-

Westfalen (15,1 %). Insgesamt ist das Rollenverhalten der westdeutschen Väter inklusive der niedersächsischen relativ traditionell geprägt, wohingegen die ostdeutschen und die bayerischen Väter etwas moderner sind. Aber auch hier findet nach wie vor keine zwischen Mann und Frau gleichberechtigte Kleinkinderbetreuung statt.

Von den weiblichen Leistungsbeziehern in Niedersachsen gingen 54,3 % vor der Geburt des Kindes einer Erwerbstätigkeit nach. 2008 waren es noch 50,7 %. Diese Werte liegen jeweils etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 55,5 % (2009) bzw. 52,8 % (2008). Von den Elterngeldbeziehenden Vätern in Niedersachsen waren 79,4 % vor der Geburt des Kindes erwerbstätig. 2008 lag der Wert bei 78,0 %. Der Bundesdurchschnitt lag 2009 bei 82,6 % und 2008 bei 80,5 %. Die Werte für die weiblichen Elterngeldbezieher mit vorheriger Berufstätigkeit sind weit aus niedriger als die der männlichen. Ein Grund dafür ist, dass auch die Erwerbstätigenquote der Frauen geringer ist als die der Männer. Bei beiden Geschlechtern ist aber sowohl für Niedersachsen als auch bundesweit eine Zunahme der Elterngeldbezieher mit vorangegangener Erwerbstätigkeit feststellbar.

Zahl der Teilzeitarbeitsplätze nimmt zu – Frauenanteil weiterhin hoch

Am 30.06.2009 gab es in Niedersachsen 495 927 Teilzeitarbeitsplätze (Tab. 10). Das waren 3,7 % mehr als im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt und 18,5 % mehr als im Vergleich zum Jahr 2004. In Deutschland stieg die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze in etwa im gleichen Verhältnis an, und zwar um 4,0 % (2008/2009) bzw. 20,7 % (2004/2009). Mittelfristig war der Zuwachs an Teilzeitarbeitsplätzen in Ostdeutschland (29,5 %) stärker als in Westdeutschland (18,7 %). Die höchsten Zuwächse im Vergleich zu 2004 gab es in Mecklenburg-Vorpommern (40,3 %) und Sachsen-Anhalt (34,1 %), die geringsten in Bremen (12,4 %) und Rheinland-Pfalz (16,9 %).

Von den 495 927 Teilzeitarbeitsplätzen 2009 wurden 423 087 von Frauen besetzt, das entspricht in etwa 85,3 %. Also wurden umgekehrt circa 14,7 % der Teilzeitarbeitsplätze von Männern besetzt. 2004 lag dieser Anteil noch bei 12,6 %, 2008 bei 14,4 %. Etwa jeder siebte Teilzeitarbeitsplatz in Niedersachsen wird heute von einem Mann besetzt. Der Männeranteil ist damit leicht angestiegen, liegt aber unter dem Bundesdurchschnitt von 16,6 %. Ganz gleich ob Mann oder Frau, anhand dieser Zahlen ist natürlich nicht ersichtlich, ob die Person aus eigenem Wunsch Teilzeit arbeitet oder ob momentan keine Möglichkeit für sie besteht, Vollzeit zu arbeiten. Dennoch deutet der langsam ansteigende Männeranteil darauf hin, dass nicht mehr nur ausschließlich Frauen zugunsten der Familie auf eine volle Erwerbstätigkeit verzichten.

Bezogen auf die Einwohnerzahl standen 2009 in Niedersachsen 62,4 Teilzeitarbeitsplätze je 1 000 Einwohner zur Verfügung. Dieser Wert liegt etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 63,5. Bei der Interpretation des niedersächsischen Wertes ist zu beachten, dass die Teilzeitarbeitsplätze am Arbeitsort gezählt werden, die Einwohner aber am Wohnort. Viele Niedersachsen arbeiten in Hamburg und Bremen, so dass diese nicht im Zähler des Quotienten auftauchen. Gleiches gilt zum Beispiel auch für

Schleswig-Holstein. Auf der anderen Seite fließen die in Teilzeit arbeitenden Personen aus Niedersachsen in den Quotienten für Hamburg und Bremen ein. Hier liegt die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze je 1 000 Einwohner bei 84,0 (Hamburg) und 86,4 (Bremen). Unter Berücksichtigung dieses Stadtstaateneffekts ist das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen für niedersächsische Beschäftigte damit nicht unterdurchschnittlich.

Erwerbstätigkeit

Zahl der niedersächsischen Erwerbstätigen steigt weiter an

Von den rund 7,93 Millionen im Jahr 2009 in Niedersachsen lebenden Menschen waren etwa 3,64 Millionen erwerbstätig (Tab. 11). Diese Angabe beruht auf Ergebnissen des Mikrozensus. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Erwerbstätigen um + 0,9 % an. Bundesweit ging die Zahl der Erwerbstätigen hingegen um durchschnittlich - 0,2 % zurück. Im Ländervergleich gab es in Bremen (- 1,4 %) und in Rheinland-Pfalz (- 1,2 %) die höchsten Rückgänge. Zugewinne gab es außer in Niedersachsen noch in fünf weiteren Bundesländern aus der Mitte und dem Norden bzw. Nordosten Deutschlands: in Berlin (+ 2,8 %), Hamburg (+ 2,2 %), Hessen (+ 0,3 %), Brandenburg (+ 0,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 0,1 %). Auch im mittelfristigen Vergleich gegenüber 2004 waren die Veränderungsdaten in Niedersachsen etwas günstiger als in Deutschland insgesamt. So betrug die Zunahme im Land + 9,4 % und im Bundesdurchschnitt + 8,4 %. In durchgehend allen Bundesländern nahm die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2004 und 2009 jedoch zu. Die geringsten Zuwächse gab es in Thüringen (+ 4,9 %) und im Saarland (+ 5,9 %), die höchsten in Hamburg (+ 13,3 %) und in Brandenburg (+ 11,8 %). Aufgrund einer methodischen Umstellung des Mikrozensus, der seit 2005 ganzjährig durchgeführt wird und nicht mehr in einem Frühjahresmonat wie bis 2004, ist dieser mittelfristige Vergleich zwar leicht beeinträchtigt, der positive Gesamttrend bleibt jedoch bestehen.

Erwerbstätigenquote der Frauen steigt auf 63,3 %

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Niedersachsen betrug 2009 1,62 Millionen (Tab. 12). Das waren etwa 44,6 % aller Erwerbstätigen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen um + 1,6 % an, also etwas mehr als die Zahl aller Erwerbstätigen in Niedersachsen. Auch im Bund-Länder-Vergleich gab es entgegen der rückläufigen Zahl der Erwerbstätigen insgesamt eine Zunahme der erwerbstätigen Frauen zwischen 2008 und 2009. Bundesweit lag der Wert bei + 0,8 %, wobei es in Hamburg (+ 3,1 %) und Berlin (+ 2,9 %) wiederum die höchsten Zuwächse gab. Lediglich in den Ländern Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, dem Saarland und in Sachsen wurden leichte Rückgänge zwischen - 0,6 % bis - 0,4 % verzeichnet. Im Fünfjahresvergleich stieg die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen in allen Bundesländern deutlich an. Der Durchschnitt betrug 10,3 %, wobei der Zuwachs in den westdeutschen Ländern (10,6 %) etwas höher war als in den ostdeutschen (8,9 %). Niedersachsen liegt mit 12,3 % sowohl über dem Bundesdurchschnitt als auch über dem Durchschnitt Westdeutschlands.

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren lag 2009 in Niedersachsen bei 63,3 %. Gegenüber 2008 stieg die Erwerbstätigenquote um 1,1 Prozentpunkte, gegenüber 2004 um 6,7 %. Die niedersächsische Quote liegt unter dem Bundesdurchschnitt von 65,1 % (2009). In den ostdeutschen Ländern ist die Erwerbstätigenquote etwas höher (66,8 %) als in den westdeutschen Ländern (64,7 %). Den geringsten Wert weist das Saarland mit 59,5 % auf. In Brandenburg ist die Quote mit 69,4 % am höchsten.

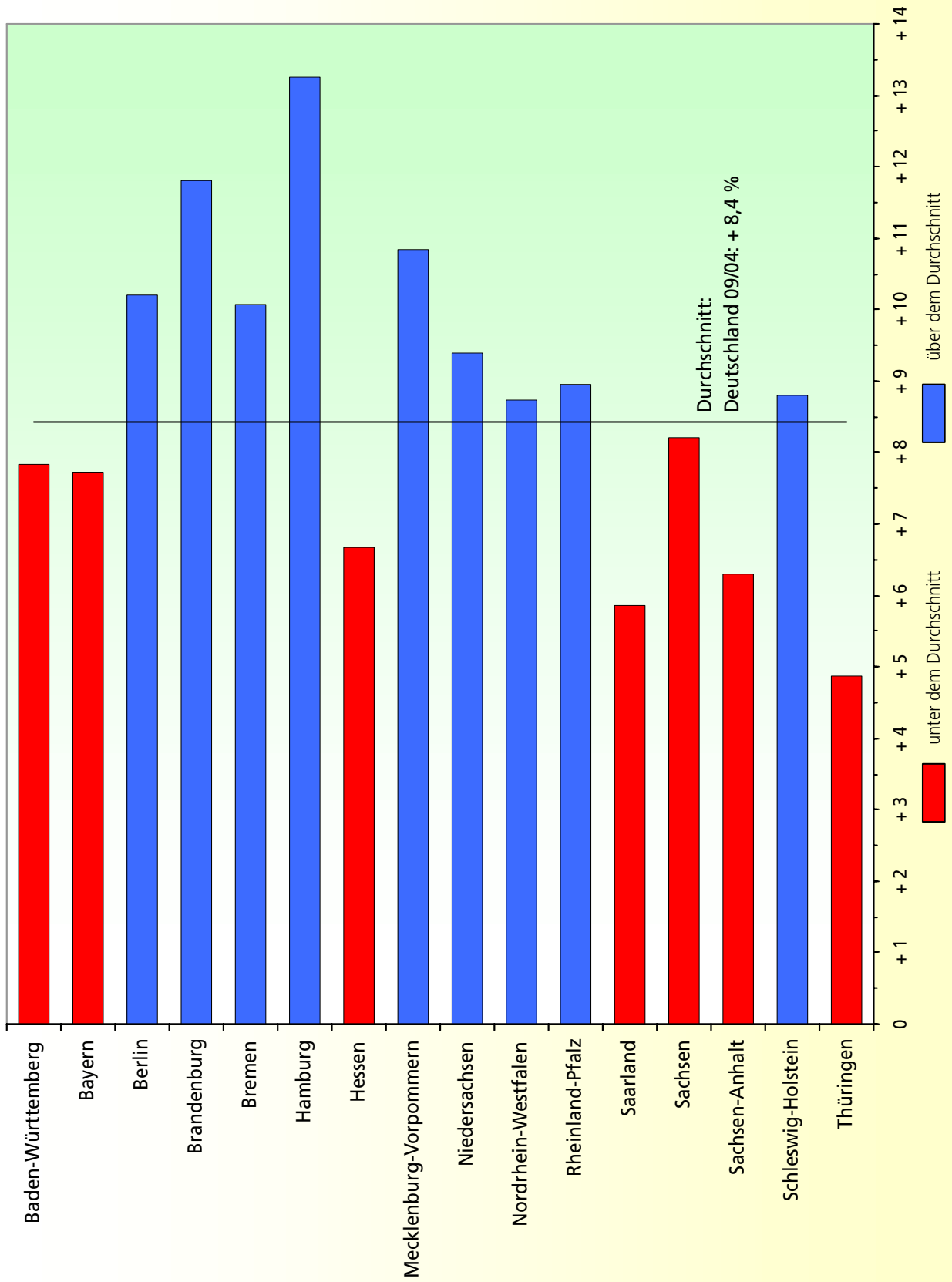
Jeder Zehnte Erwerbstätige ist selbstständig tätig

2009 waren in Niedersachsen 365 000 Erwerbstätige selbstständig tätig (Tab. 11). 2004 waren es noch 357 000. Die Selbstständigenquote, d.h. der Anteil der selbstständig Tätigen an allen Erwerbstätigen, lag 2009 bei genau 10,0 %. Bundesweit lag sie mit 10,9 % etwas höher. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Selbstständigen in Niedersachsen um 7 000 zu, in Deutschland waren es insgesamt etwa 72 000. Das entspricht Veränderungsdaten von 1,9 % bzw. 1,7 %. In Niedersachsen nahm die Zahl der Selbstständigen damit stärker zu als die Gesamtbeschäftigung. Bundesweit war die Entwicklung sogar gegensätzlich: Die Zahl der Erwerbstätigen ging insgesamt zurück bei einer gleichzeitigen Zunahme der Zahl der Selbstständigen.

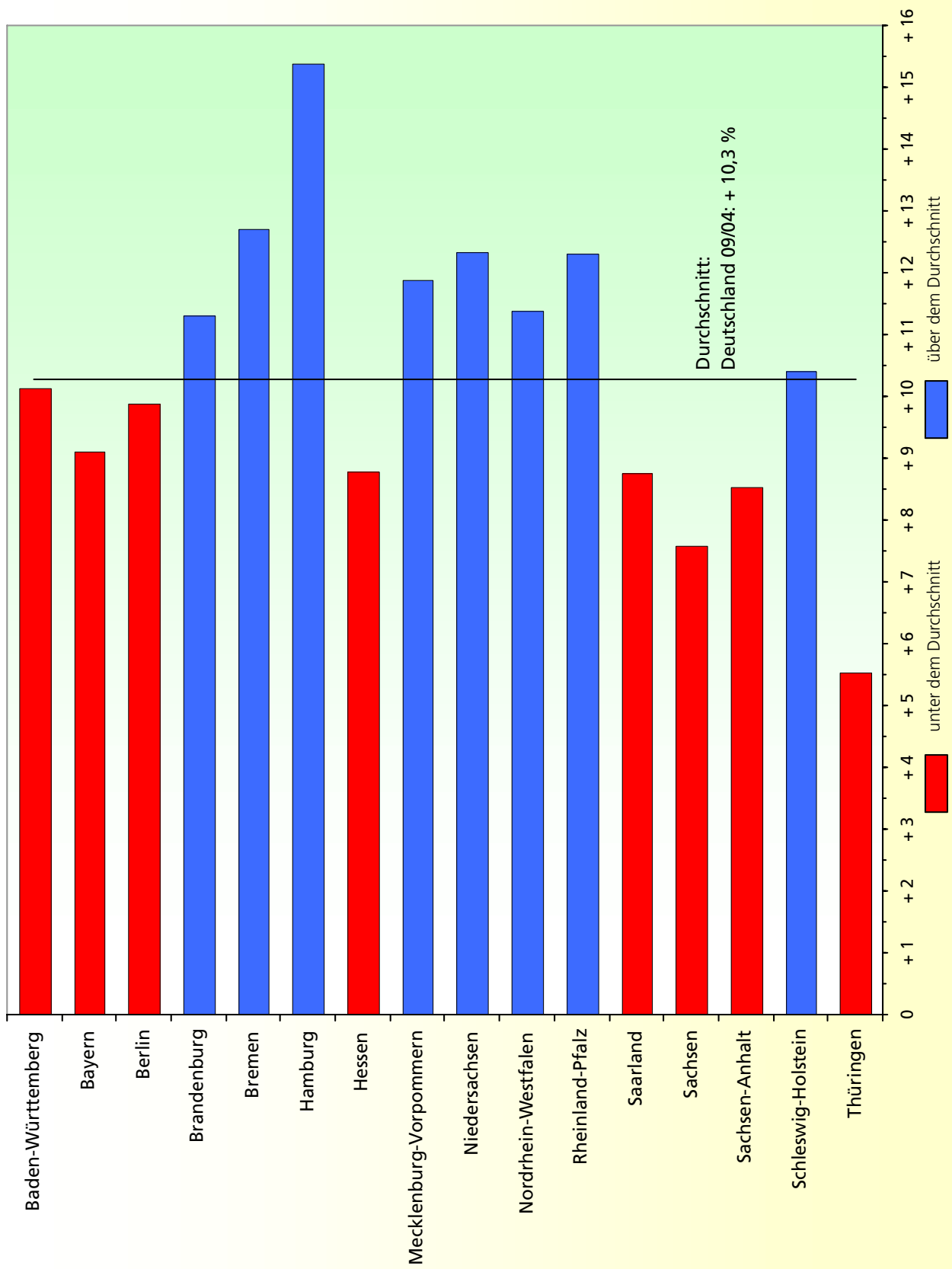
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bleibt konstant

Am 30.06.2009 befanden sich in Niedersachsen 2 416 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis (Tab. 13). Damit ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt konstant geblieben. Vor dem Hintergrund der Banken- und Finanzkrise, die sich seit Herbst 2008 auch auf die Realwirtschaft ausgewirkt hat, ist dies durchaus positiv zu bewerten. Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum leicht um - 0,3 %, wobei die Veränderungsdaten regional unterschiedlich waren. In neun Bundesländern kam es zu einem Rückgang der Beschäftigten; am höchsten in Thüringen (- 1,9 %) und im Saarland (- 1,4 %). In drei Ländern stagnierte die Zahl der Beschäftigten, darunter auch in Niedersachsen. In den Stadtstaaten Berlin (+ 2,3 %) und Hamburg (+ 1,4 %) sowie in Schleswig-Holstein (+ 0,4 %) und Brandenburg (+ 0,1 %) gab es dagegen leichte Zuwächse. Mittelfristig stieg die Zahl der Beschäftigten in allen Bundesländern im Durchschnitt um + 3,2 %. Eine Ausnahme bilden hier Thürin-

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2004 bis 2009



Veränderung der Zahl der erwerbstätigen Frauen 2004 bis 2009



gen und Sachsen-Anhalt mit einem Rückgang von - 0,8 % bzw. - 0,4 %. In Hamburg (+ 9,5 %) und Berlin (+ 6,1 %) konnten wiederum die höchsten Zuwächse verzeichnet werden. In Niedersachsen stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zwischen 2004 und 2009 in gleicher Höhe wie im Bundesdurchschnitt (+ 3,2 %).

Von den etwa 2,4 Mio. Beschäftigten in Niedersachsen am 30.06.2009 waren etwa 45,0 % Frauen. Dies ist etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 45,8 %, aber über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder von 44,8 %. In Ostdeutschland ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen traditionell höher, hier lag der Anteil bei genau 50,0 %. Insgesamt ist der Frauenanteil in den vergangenen Jahren nur leicht angestiegen – in Westdeutschland etwas mehr als in Ostdeutschland.

Arbeitslosenquote sinkt 2010 auf 7,3 %

Daten über Arbeitslose (Tab. 14) liegen aus den Geschäftsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) immer sehr aktuell vor, und der *Monitor* kann daher bereits auf die Daten des Juni 2010 zurückgreifen, während den aktuellen Rand ansonsten das Jahr 2009 oder ein noch älteres Berichtsjahr bildet.

Im Juni 2010 waren in Niedersachsen 291 625 Menschen arbeitslos gemeldet. Dies sind fast 14 000 bzw. - 4,6 % weniger als im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt. Bundesweit ging die Zahl der Arbeitslosen um - 7,5 % zurück, und zwar regional sehr unterschiedlich. In Thüringen sank die Arbeitslosigkeit um - 17,1 %, in Bremen blieb sie hingegen auf dem Vorjahresniveau. In den ostdeutschen Bundesländern sank die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt stärker (- 10,4 %) als in Westdeutschland (- 6,2 %). Der deutsche Arbeitsmarkt scheint sich 2010 aber insgesamt wieder von der Wirtschafts- und Finanzkrise erholt zu haben. Dies ist auch für Niedersachsen der Fall; aufgrund des geringeren Rückgangs im Bundesvergleich und im Vergleich zu den westdeutschen Ländern allerdings weniger deutlich. Mittelfristig ist die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen deutlich zurückgegangen, und zwar um - 31,9 % gegenüber 2005. Dies liegt in etwa im Schnitt von Gesamtdeutschland (- 33,0 %) und der westdeutschen Länder (- 30,2 %). In Ostdeutschland sank die Zahl der Arbeitslosen dagegen stärker (- 38,4 %). Insgesamt zeigt sich damit für alle Länder eine günstige Entwicklung.

Ein Blick auf die Arbeitslosenquote zeigt, dass die Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sowohl kurzfristig als auch mittelfristig zurückgegangen ist. Die Arbeitslosenquote lag im Juni 2010 in Niedersachsen bei 7,3 %. Gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet dies einen Rückgang um - 0,4 Prozentpunkte und im Vergleich zum Juni 2005 einen deutlichen Rückgang

um - 4,9 Prozentpunkte. Bundesweit lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote höher (2010: 7,5 %, 2009: 8,1 %) als in Niedersachsen. Der niedersächsische Arbeitsmarkt hat sich damit in den Krisenjahren als relativ robust erwiesen. Im Bundesländervergleich lag die Arbeitslosenquote in den ostdeutschen Ländern deutlich höher als in Westdeutschland. In Berlin (13,3 %) und Sachsen-Anhalt (12,3 %) war die Arbeitslosigkeit fast dreimal so hoch wie in Bayern (4,2 %) und Baden-Württemberg (4,7 %). Im mittelfristigen Vergleich werden jedoch zwei positive Entwicklungen sichtbar. Zum einen sank die Arbeitslosenquote in allen Bundesländern deutlich; am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern von 21,8 % (2005) auf 11,6 % (2010) und in Sachsen-Anhalt von 21,5 % auf 12,3 %. Zum anderen sind die Unterschiede zwischen den Ländern geringer geworden: In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit ist die Quote stärker gesunken als in Ländern mit geringerer Arbeitslosigkeit. So lag die Spanne der Länderquoten 2005 noch bei 14,2 Prozentpunkten, aktuell beträgt sie „nur“ noch 9,1 Prozentpunkte.

Jugendarbeitslosigkeit geht weiter zurück

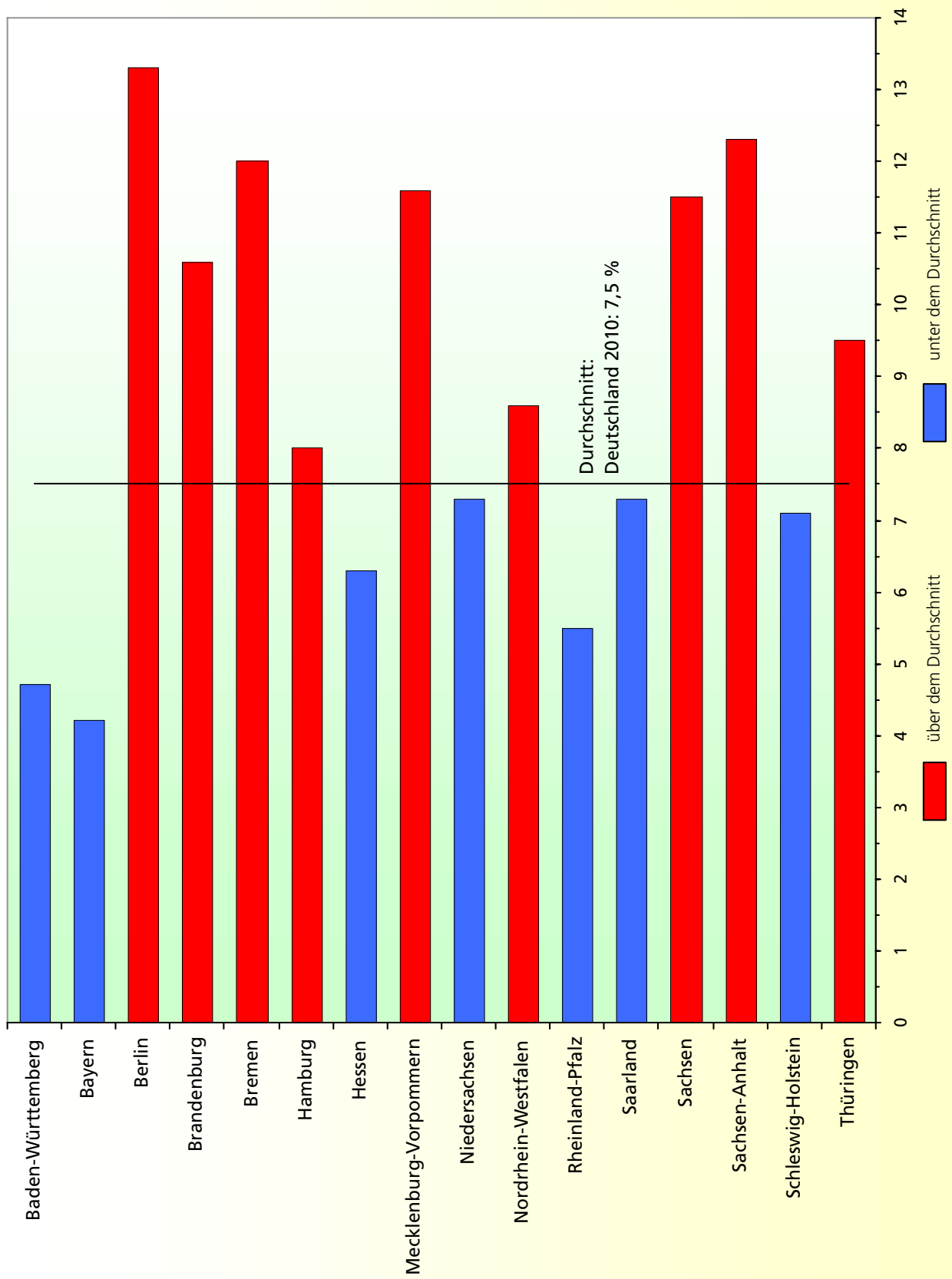
Am 30. Juni 2010 waren in Niedersachsen 29 546 Jugendliche im Alter von unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet (Tab. 15). Dies waren 3 115 bzw. - 9,5 % weniger als im Vorjahresmonat. Mittelfristig ging die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen sogar um - 43,7 % zurück. Bundesweit ging die Jugendarbeitslosigkeit gegenüber 2008 ebenfalls deutlich zurück. Niedersachsens Abnahmerate liegt dabei genau im Durchschnitt der westdeutschen Länder (- 43,7 %) und etwas unter dem Bundeswert von - 46,0 %, da der Rückgang in Ostdeutschland insgesamt höher war (- 50,4 %).

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag im Juni 2010 in Niedersachsen bei 6,7 %. Das ist etwas höher als im Bundesdurchschnitt, aber weit unter den Quoten von z.B. Berlin (12,9 %), Sachsen-Anhalt oder Bremen (jeweils 10,4 %). Sehr gering ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen dagegen in Bayern (3,0 %) und Baden-Württemberg (3,2 %). Die regionale Struktur der Jugendarbeitslosigkeit ist also ähnlich der Arbeitslosigkeit aller zivilen Erwerbspersonen, wobei das Niveau der Arbeitslosenquote der Jugendlichen insgesamt geringer ist. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Quote in Niedersachsen von 7,4 % um - 0,7 Prozentpunkte gesunken. Auch in allen anderen Bundesländern sank die Arbeitslosenquote der Jugendlichen, in Deutschland insgesamt allerdings etwas stärker von 7,5 % (2009) auf 6,3 % (2010).

Zahl der arbeitslosen Frauen geht ebenfalls zurück

Im Juni 2010 waren in Niedersachsen 136 108 Frauen arbeitslos gemeldet (Tab. 16). Das waren - 2,9 % weniger

Arbeitslosenquote am 30.6.2010



als im Juni 2009. Bundesweit ging die Frauenarbeitslosigkeit im Durchschnitt um - 5,9 % im gleichen Zeitraum zurück. Besonders deutlich waren die Veränderungen in Thüringen (- 17,2 %) und Brandenburg (- 11,9 %). Einzig in Bremen kam es zu leichten Zuwächsen von + 0,7 %. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei niedersächsischen Frauen liegt etwas unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings war die Arbeitslosenquote der Frauen in Niedersachsen bereits im Juni 2009 (7,6 %) und auch 2010 (7,3 %) geringer als auf Bundesebene (2009: 7,8 %, 2010: 7,4 %).

Die aktuellen niedersächsischen Arbeitslosenquoten der Männer und Frauen lagen im Juni dieses Jahres jeweils bei

7,3 %. Im Juni 2009 lag die Arbeitslosenquote der Männer mit 7,8 % leicht über der der Frauen (7,6 %). Im Juni 2008 waren die Verhältnisse noch umgekehrt, d.h. die Arbeitslosenquote der Männer (6,9 %) lag deutlich unter der der Frauen (8,0 %). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die einsetzende Wirtschaftskrise sich stärker auf konjunkturabhängige und exportorientierte Branchen wie das Produzierende Gewerbe ausgewirkt hat. In diesen Bereichen arbeiten nach wie vor mehr Männer, wohingegen Frauen häufiger im Dienstleistungsbereich tätig sind. Letzterer wurde durch die Krise weniger berührt, was zur Folge hatte, dass die Arbeitslosenquote der Frauen stabiler blieb.

Wirtschaft und Einkommen

Wirtschaftsleistung allgemein rückläufig

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich im Jahr 2009 sowohl in Niedersachsen als auch in allen übrigen Bundesländern negativ ausgewirkt. Die niedersächsische Wirtschaftsleistung, dargestellt im (realen) Bruttoinlandsprodukt (BIP), sank im Vergleich zu 2008 um - 4,7 % (Tab. 17). Die Abnahmerate lag damit noch leicht unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von - 5,0 %. Relativ starke Rückgänge beim BIP gab es im Saarland (- 7,9 %), Baden-Württemberg (- 7,4 %) und in Nordrhein-Westfalen (- 5,8 %). Dagegen musste Berlin nur einen leichten Rückgang von - 0,7 % hinnehmen.

Im Fünfjahresvergleich zwischen 2004 bis 2009 ergibt sich für Niedersachsen eine positive Entwicklung. Das BIP stieg in diesem Zeitraum um + 3,1 % und damit stärker als das bundesdeutsche BIP (+ 2,5 %). Bis auf Rheinland-Pfalz wuchs das BIP in allen übrigen Bundesländern. Den höchsten relativen Zuwachs erreichten Berlin (+ 8,8 %), Mecklenburg-Vorpommern (+ 4,9 %) und Bremen (+ 4,7 %). In Westdeutschland konnte das BIP in dem Fünfjahreszeitraum um + 2,1 % gesteigert werden, in Ostdeutschland um + 4,4 %. Der Anteil Ostdeutschlands am Gesamtdeutschen BIP belief sich in den betrachteten fünf Jahren auf 15,5 %.

In Niedersachsen hatte das BIP im Jahr 2009 einen Wert von knapp 205,6 Mrd. Euro. Der Anteil am gesamtdeutschen BIP von 2 407 Mrd. Euro betrug damit 8,5 %. Nordrhein-Westfalen als das Bundesland mit dem höchsten BIP hatte einen Anteil von einem Fünftel (21,7 %) am Bundesergebnis. Es folgen Bayern (17,9 %), Baden-Württemberg (14,3 %), Hessen (9,0 %) und an fünfter Position Niedersachsen.

Die erbrachte Leistung je Erwerbstätigen, ausgedrückt im BIP in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen, betrug im Jahr 2009 in Niedersachsen 55 914 Euro. Dieser Wert lag um 2 271 Euro unter dem niedersächsischen Ergebnis von 2008 und um 3 870 Euro unter dem Bundesdurchschnitt von 2009. Die höchsten Leistungen je Erwerbstätigen wurden 2009 in Hamburg (76 235 Euro), Hessen (69 456 Euro) und Bremen (68 441 Euro) erzielt. Niedersachsen rangiert auf Position neun.

Leichte Zunahme der Erwerbstätigen entgegen dem Bundestrend

Insgesamt waren im Jahr 2009 in Niedersachsen knapp 3,7 Mio. Personen erwerbstätig (Tab. 18). Dies entspricht einem leichten Zuwachs von + 0,4 % gegenüber 2008.

Auf Bundesebene war in 2009 keine Zunahme zu verzeichnen (- 0,0 %). Die höchsten relativen Zuwächse gab es in Berlin (+ 1,7 %) und Hamburg (+ 1,0 %). Thüringen (- 1,2 %) sowie das Saarland und Sachsen (jeweils - 0,8 %) hatten die relativ höchsten Arbeitsplatzverluste.

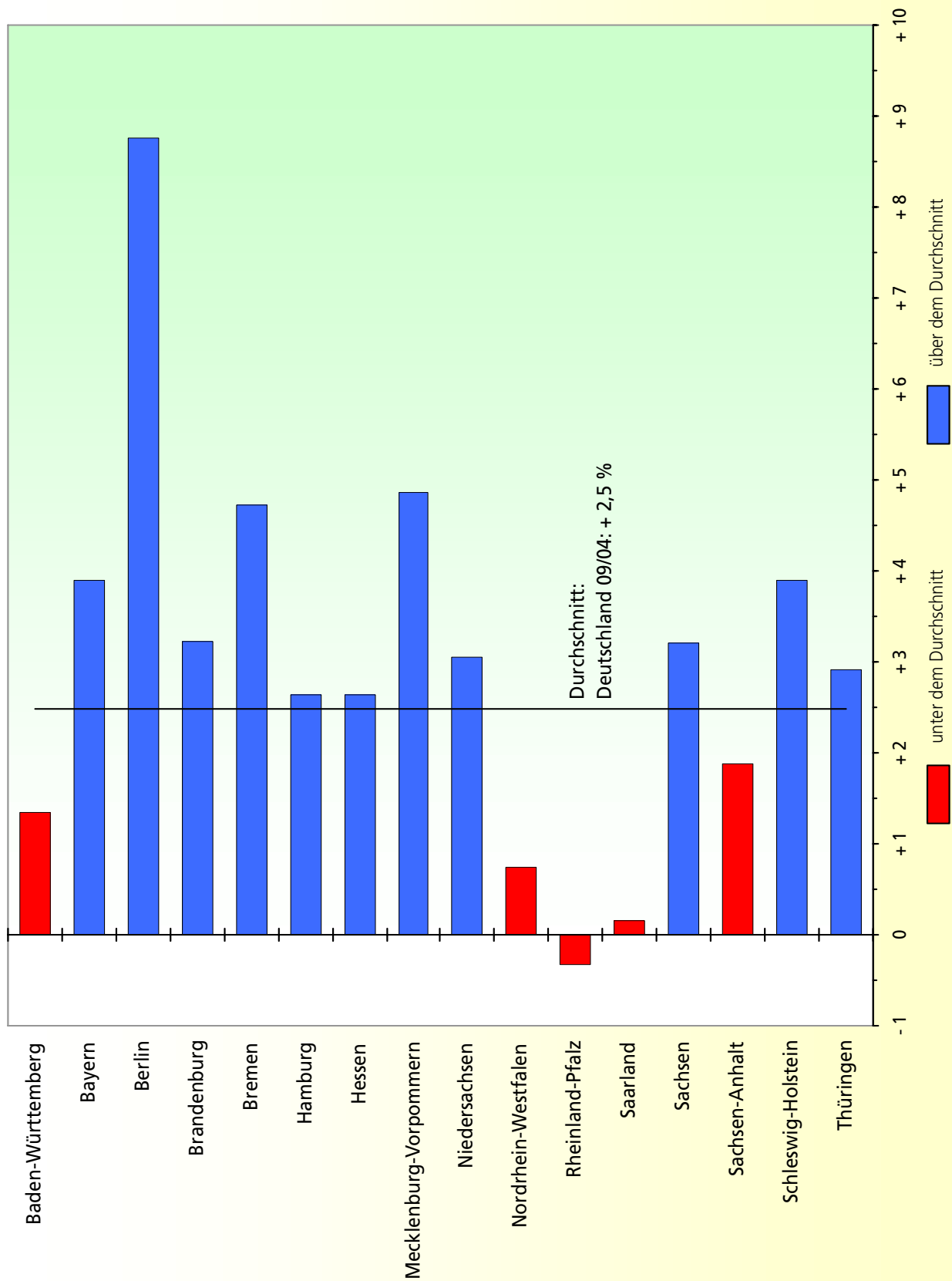
Im Vergleich über den Fünfjahreszeitraum von 2004 zu 2009 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen um + 3,7 %. Auf Bundesebene lag der Zuwachs in gleicher Größenordnung (+ 3,6 %). Deutlich überdurchschnittlich legten die Erwerbstätigenzahlen in Berlin (+ 8,2 %) und Hamburg (+ 7,8 %) zu. Im Saarland stagnierte die Erwerbstätigensituation (+ 0,0 %), in Thüringen (+ 0,4 %) und in Sachsen-Anhalt (+ 0,5 %) gab es nur leichte Zuwächse.

Der Begriff des „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 17 und 18 im Kapitel „Wirtschaft und Einkommen“ verwendet wird, ist nicht identisch mit dem „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 11 und 12 im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ gebraucht wird. Die „Erwerbstätigen“ der Tabellen 11 und 12 werden am *Wohnort* gezählt; diese Daten stammen aus dem Mikrozensus, der großen Haushalts- und Bevölkerungsstichprobe. Dies sind *bevölkerungsstatistische* Daten, die sich auf einen Jahresdurchschnitt beziehen. Demgegenüber beziehen sich die Erwerbstätigendaten aus den Tabellen 17 und 18 auf die Erwerbstätigen *am Arbeitsort*; sie geben die Situation im Jahresdurchschnitt 2009 wieder und stammen aus der *Erwerbstätigenrechnung*. Dieses Rechenmodell versucht, ähnlich wie die konzeptionell eng verwandten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ein Gesamtbild des „Faktors Arbeit“ in sektoraler und regionaler Verteilung zu erstellen. Es sind somit im eigentlichen Sinne wirtschafts-, keine bevölkerungsstatistischen Daten. Je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse ist mal die eine, mal die andere Datenquelle sachadäquat. Will man wissen, wie viele der niedersächsischen Einwohner erwerbstätig sind, greift man zu den Mikrozensusdaten. Will man wissen, wie viele Arbeitsplätze es in Niedersachsen gibt, nimmt man die Daten der Erwerbstätigenrechnung.

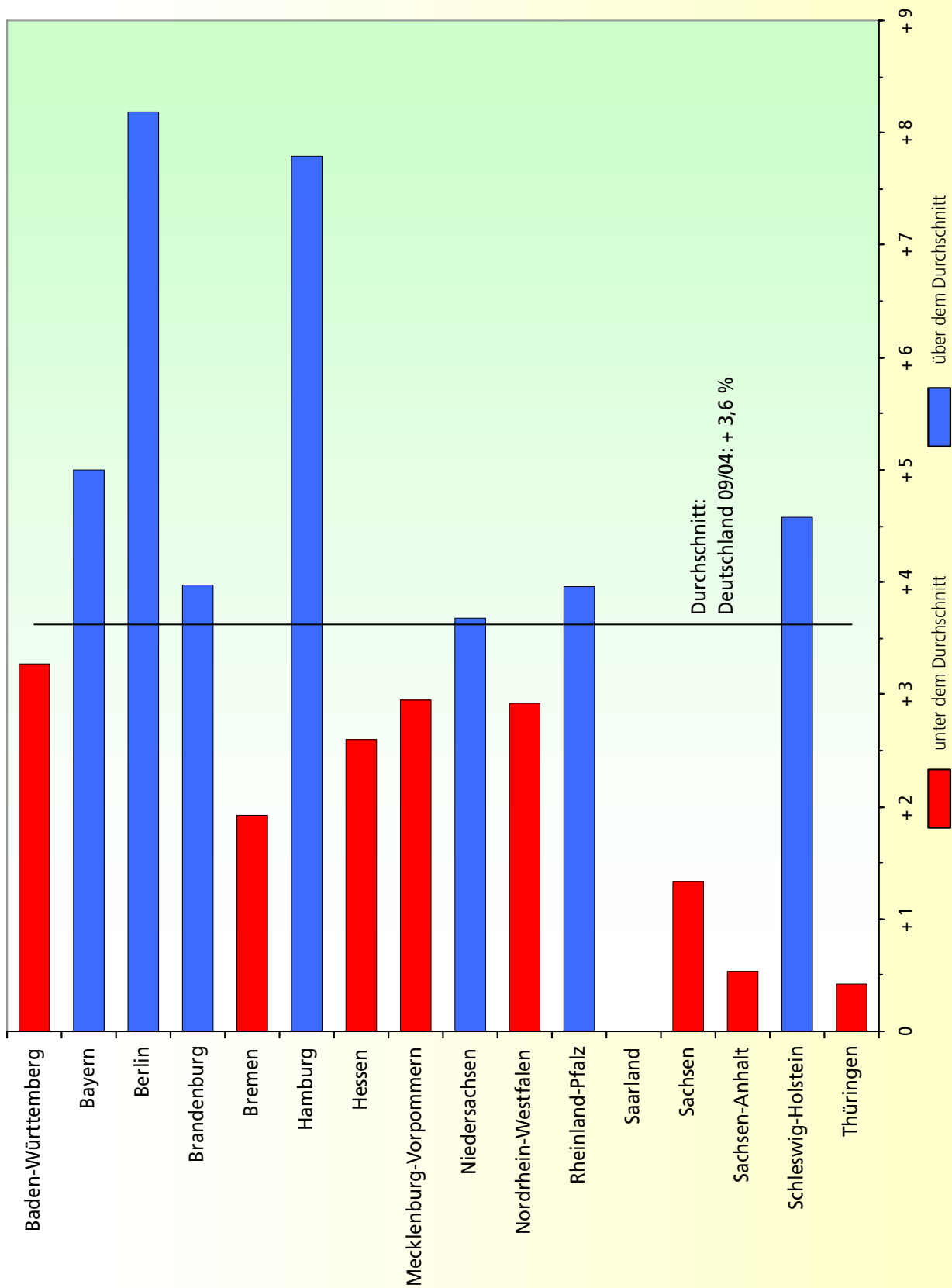
Niedersachsen liegt hinsichtlich der absoluten Erwerbstätigenzahlen auf dem vierten Rang. Nordrhein-Westfalen hat mit knapp 8,7 Mio. die meisten Erwerbstätigen. Auf den nachfolgenden Plätzen folgen Bayern (6,6 Mio.) und Baden-Württemberg (knapp 5,6 Mio.). Insgesamt waren 2009 in Deutschland knapp 40,3 Mio. Menschen erwerbstätig. Davon entfielen 81,6 % auf Westdeutschland.

Bei der Betrachtung der Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftsbereiche waren 2009 in Niedersachsen 14,0 % aller in Deutschland in der Land- und Forstwirtschaft

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2004 bis 2009 in Prozent



Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2004 bis 2009



schaft sowie Fischerei tätigen Personen beschäftigt. Auf das Produzierende Gewerbe entfielen entsprechend 8,7 % und im Dienstleistungssektor waren es 9,1 %. In der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei hatte nur Bayern mit 22,2 % einen höheren Anteil an den Beschäftigten in Deutschland. Im Produzierenden Gewerbe hält Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 20,5 % die meisten Beschäftigten. Dies trifft gleichermaßen für den Tertiärsektor zu: Auch hier stellt Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 22,1 % das größte Kontingent.

Agrarsektor wächst um + 0,6 %

Die niedersächsische Land- und Forstwirtschaft und Fischerei erzielte im Jahr 2009 eine Bruttowertschöpfung (BWS) in Höhe von nominal knapp 2,9 Mrd. Euro (Tab. 19). Daraus ergab sich eine reale Steigerung von + 0,6 % im Vergleich zu 2008. Das Bundesland mit der höchsten BWS war 2009 Bayern mit einem Volumen von knapp 3,5 Mrd. Euro. Bayern konnte auch das höchste relative Wachstum mit + 3,1 % (real) erwirtschaften. Die stärksten Verluste (real) gab es in Hessen (- 9,9 %) und Bremen (- 6,6 %). Auf Bundesebene wuchs der Primärsektor in 2009 um + 0,4 % (real). Nach Bayern behauptete Niedersachsen die zweite Position im Ländervergleich. Niedersachsens Agrarsektor hatte einen Anteil an der gesamten deutschen Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei von 15,9 %.

Die Arbeitproduktivität, dargestellt als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, lag im Jahr 2009 in Niedersachsen bei 23 628 Euro. Sie war um + 13,4 % höher als der Durchschnitt auf Bundesebene. Nur Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt hatten eine größere BWS je Erwerbstätigen.

Der Anteil der niedersächsischen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei an der gesamten niedersächsischen BWS betrug im Jahr 2009 1,6 %. Nur in Mecklenburg-Vorpommern (2,4 %) und Brandenburg (1,7 %) lag dieser höher. Bundesweit leistete die Agrarwirtschaft zur gesamten BWS einen Beitrag von durchschnittlich 0,8 %. In Ostdeutschland lag der Anteil bei 1,1 %.

Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe sinkt um knapp ein Sechstel

Das niedersächsische Produzierende Gewerbe (Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung und Bauwirtschaft) litt im Jahr 2009 stark unter der Wirtschaftskrise und verzeichnete gegenüber dem Vorjahr Einbußen in Höhe von - 14,9 % (Tab. 20). Von dieser negativen Entwicklung waren durchgängig alle Bundesländer betroffen. Noch deutlicher traf es das Saarland (- 21,6 %), Baden-Württemberg (- 18,8 %), Nordrhein-

Westfalen (- 16,8 %) und Rheinland-Pfalz (- 15,2 %). Im Durchschnitt über alle Bundesländer lag der Rückgang der BWS im Produzierenden Gewerbe mit - 14,9 % auf dem niedersächsischen Niveau. Im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland fiel der Rückgang in Ostdeutschland mit - 9,9 % geringer aus.

Im mittelfristigen Vergleich sank die BWS in Niedersachsen von 2004 zu 2009 um - 10,8 %. Auf Bundesebene ging die BWS im gleichen Zeitraum um - 8,5 % zurück, wobei ein deutlicher Unterschied zwischen West- (- 9,9 %) und Ostdeutschland (+ 0,6 %) zu erkennen ist.

Insgesamt erzielte das Produzierende Gewerbe in Niedersachsen eine BWS von 49,1 Mrd. Euro und hatte damit einen Anteil an der gesamten niedersächsischen BWS von gut einem Viertel (26,7 %). Die höchste BWS wurde im Jahr 2009 mit knapp 122,3 Mrd. Euro in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet, gefolgt von Bayern (106,7 Mrd.) und Baden-Württemberg (knapp 105,2 Mrd.). Danach folgt Niedersachsen auf Platz vier.

Jeder niedersächsische Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe trug 2009 durchschnittlich mit 56 176 Euro zur BWS bei. Am höchsten lag die BWS je Erwerbstätigen in den Stadtstaaten Hamburg (77 085 Euro) und Bremen (72 214 Euro), am niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (43 752 Euro) und Sachsen (44 193 Euro).

Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich sinkt leicht um - 1,2 %

Der niedersächsische Dienstleistungssektor (Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Banken und Versicherungen, Unternehmensnahe Dienstleistungen, Immobilienbranche, öffentliche und private Dienstleister inklusive Gesundheitswesen und Staat) musste 2009 einen Rückgang der BWS um - 1,2 % hinnehmen (Tab. 21). Mit 131,7 Mrd. Euro trug der Dienstleistungssektor zu 71,7 % zur niedersächsischen BWS bei. Insgesamt wurde in Deutschland im Tertiärsektor eine BWS von knapp 1,6 Billionen Euro erzielt. Davon entfiel ein Fünftel auf Nordrhein-Westfalen (21,9 %), danach folgen Bayern (17,5 %), Baden-Württemberg (12,8 %), Hessen (9,7 %) und Niedersachsen (8,4 %).

Bei Betrachtung des Zeitraums der letzten fünf Jahre von 2004 bis 2009 konnte der niedersächsische Dienstleistungssektor ein Wachstum erzielen. Die BWS wuchs um + 10,0 % und damit stärker als der Bundesdurchschnitt von + 7,5 %. Alle Bundesländer konnten in dieser Zeitspanne eine positive Entwicklung vorweisen, wobei nur Bremen (+ 11,9 %) und Berlin (+ 10,6 %) ein relativ höheres Wachstum realisieren konnten als Niedersachsen.

Je Erwerbstätigen im niedersächsischen Dienstleistungsbereich errechnete sich für 2009 eine durchschnittliche

BWS von 49 121 Euro. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt waren dies knapp 4 000 Euro bzw. 7,5 % weniger. Die höchste BWS je Erwerbstätigen war mit 66 861 Euro in Hamburg zu verzeichnen. An zweiter Position folgt Hessen mit 63 243 Euro. Die geringste BWS im Dienstleistungssektor war in Sachsen (43 036 Euro) und Thüringen (43 376 Euro) gegeben. Zwischen West- und Ostdeutschland treten deutliche Unterschiede zu Tage. Mit 55 191 Euro BWS je Erwerbstätigen liegt der Wert in Westdeutschland um ein Fünftel (19,8 %) über dem Durchschnittsniveau in Ostdeutschland.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt um 12,2 %

Im Jahr 2009 hat die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um + 12,2 % im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (Tab. 22). Sie stieg damit auf insgesamt 2 618. Die meisten Insolvenzen waren in Nordrhein-Westfalen zu beklagen, hier gaben 10 895 Unternehmen ihre Tätigkeit auf. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen von 2008 zu 2009 um - 4,0 % zurück. Deutschlandweit lag die Zahl der Insolvenzen bei 32 687, dies waren + 11,6 % mehr als in 2008.

Im mittelfristigen Vergleich sank die Zahl der Insolvenzen in Niedersachsen von 2004 zu 2009 um - 17,3 %. Die entsprechende Entwicklung auf Bundesebene weist einen Rückgang in ähnlicher Größenordnung um - 16,6 % aus. In allen Bundesländern außer dem Saarland (+ 8,4 %) war über diesen Zeitraum ein Rückgang bei den Unternehmensinsolvenzen festzustellen.

Die Firmeninsolvenzen je 10 000 Unternehmen nahmen in Niedersachsen von 125,0 in 2004 auf 96,8 in 2009 ab. Auf Bundesebene lagen die entsprechenden Werte bei 132,6 und 102,6. Mit 96,8 Firmeninsolvenzen je 10 000 Unternehmen rangiert Niedersachsen 2009 im Ländervergleich im Mittelfeld. Die meisten Insolvenzen je 10 000 Unternehmen meldete Nordrhein-Westfalen mit 163,3, gefolgt von Sachsen-Anhalt (146,8) und Sachsen (131,0).

Weniger als ein Prozent der Unternehmen erzielen 62 % der Umsätze

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) prägen die Unternehmensstruktur in Niedersachsen. 99,6 % aller in Niedersachsen tätigen Unternehmen gehörten im Jahr 2008 zu dieser Kategorie (Tab. 23). Sie ist definiert durch einen Jahresumsatz von weniger als 50 Mio. Euro je Unternehmen. Die Zahl der KMU stieg im Vergleich zum Vorjahr um + 0,7 %. Bundesweit erhöhte sie sich um + 1,5 % auf knapp 3,2 Mio.

Die niedersächsischen umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen erwirtschafteten im Jahr 2008 einen Umfang an Lie-

ferungen und Leistungen (Terminologie aus dem Steuerrecht, entspricht nahezu dem Umsatz) in Höhe von 481 Mrd. Euro (Tab. 24). Im Vergleich zu 2007 entspricht dies einer Zunahme von + 6,1 %. Damit liegt Niedersachsen über dem Bundesdurchschnitt von + 5,1 %. Die niedersächsischen KMU hatten einen Anteil von 38,2 % an den erwirtschafteten Lieferungen und Leistungen. Auf Bundesebene lag dieser Anteil bei 36,9 %. Die niedersächsischen Großunternehmen (0,4 % aller Unternehmen) erwirtschafteten 61,8 % der insgesamt erzielten Lieferungen und Leistungen.

In Deutschland wurden im Jahr 2008 Lieferungen und Leistungen in Höhe von 5,4 Billionen Euro erwirtschaftet. Davon entfiel ein Viertel auf Nordrhein-Westfalen. Baden-Württemberg an zweiter Position hatte einen Anteil von 16,8 %, danach folgen Bayern (16,3 %) und Niedersachsen (8,9 %). Zu den insgesamt erbrachten Lieferungen und Leistungen trugen die westdeutschen Bundesländer zu 90,8 % bei. Hieran hatten die KMU einen Anteil von 34,9 %. In Ostdeutschland lag der Anteil der KMU bei 56,8 %.

2008 erhöhte sich die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Niedersachsen im Vergleich zu 2004 um + 6,7 %. Der Anteil der KMU blieb nahezu konstant; 2004: 99,7 % und 2008: 99,6 %. Die insgesamt erwirtschafteten Lieferungen und Leistungen stiegen in Niedersachsen in dem Zeitraum um + 23,0 %. Bundesweit erhöhten sie sich um ein Viertel. Relativ starke Zunahmen waren in den Ländern Sachsen-Anhalt (+ 42,7 %), Saarland (+ 41,7 %) und Brandenburg (+ 35,7 %) festzustellen.

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe bricht um ein Fünftel ein

Das niedersächsische Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) war im Jahr 2009 von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffen. Der Gesamtumsatz dieses Bereiches ging im Vergleich zum Vorjahr um - 19,3 % auf 145,5 Mrd. Euro zurück (Tab. 25). Diese Entwicklung war in allen Bundesländern festzustellen. Stärker sanken die Umsätze im Saarland (- 25,9 %), in Nordrhein-Westfalen (- 23,3 %) und in Baden-Württemberg (- 22,6 %). Der Bundesdurchschnitt lag bei - 20,6 %.

Im fünfjährigen Vergleich ging der Gesamtumsatz von 2004 zu 2009 in Niedersachsen um - 0,7 % zurück. Auf Bundesebene sank er im gleichen Zeitraum durchschnittlich um - 9,4 %. Relativ starke Rückgänge gab es in Berlin (- 30,6 %) und Bremen (- 20,0 %), wohingegen in Sachsen-Anhalt (+ 13,2 %) und in Mecklenburg-Vorpommern (+ 9,6 %) relativ deutliche Zunahmen zu verzeichnen waren.

Niedersachsen hatte einen Anteil von 11,3 % am in Deutschland insgesamt erzielten Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden und lag damit nach Bayern (20,3 %), Nordrhein-Westfalen (20,2 %) und Baden-Württemberg (17,0 %) an vierter Position. Der Umsatz je Beschäftigten dieser Branche lag in Niedersachsen im Jahr 2009 bei 296 391 Euro. Das war knapp ein Drittel mehr als der Bundesdurchschnitt.

Umsätze im Bauhauptgewerbe sinken um 4,6 %

Das niedersächsische Bauhauptgewerbe bekam ebenfalls die negativen Folgen der Wirtschaftskrise zu spüren. Im Jahr 2009 gingen die Umsätze in der Bauwirtschaft um - 4,6 % auf knapp 8,8 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorjahr zurück (Tab. 26). Bundesweit sanken die Umsätze durchschnittlich um - 4,1 % und damit in relativ gleicher Größenordnung wie in Niedersachsen. Sehr starke Einbrüche gab es in Bremen mit einem Rückgang um - 19,8 %. Nur Thüringen konnte einen Zuwachs von + 1,4 % vermelden.

Im mittelfristigen Vergleich von 2004 zu 2009 stieg der niedersächsische Umsatz im Bauhauptgewerbe um + 10,2 %. Nur in Hamburg (+ 22,0 %) und Baden-Württemberg (+ 18,2 %) war über diesen Zeitraum ein höheres Wachstum erreicht worden. Auf Bundesebene stieg der Umsatz um + 4,2 %.

Der Anteil des niedersächsischen Bauhauptgewerbeumsatzes am gesamtdeutschen Umsatz der Branche in 2009 betrug 10,5 %. Hinsichtlich des Volumens lag Niedersachsen damit an vierter Position. Je Beschäftigten in der Baubranche konnte in 2009 ein Umsatz von 118 254 Euro generiert werden. Im Vergleich zum Bundesergebnis waren dies + 0,8 % mehr.

Tourismus entwickelt sich positiv

Die niedersächsische Beherbergungsbranche erreichte im Jahr 2009 trotz schwieriger Rahmenbedingungen einen positiven Abschluss. So konnte das Volumen mit knapp 37,6 Mio. Übernachtungen nochmals gegenüber dem Vorjahr um + 1,9 % gesteigert werden (Tab 27). Insgesamt hatte der deutsche Tourismus im Jahr 2009 unter der Wirtschaftskrise zu leiden, denn die Übernachtungen sanken um - 0,2 % gegenüber 2008. Grundlage dieser Ergebnisse sind die Berichte der Beherbergungsbetriebe mit neun oder mehr Betten und der Tourismus-Campingplätze.

Im Fünfjahreszeitraum von 2004 bis 2009 erhöhten sich die in Niedersachsen gebuchten Übernachtungen um + 9,0 %. Relativ am stärksten wuchsen die Übernachtungs-

zahlen in Berlin (+ 42,3 %) und Hamburg (+ 37,8 %); ein Hinweis auf die zunehmende Bedeutung des Städtetourismus. Auf Bundesebene nahmen die Übernachtungen in diesem Zeitraum um + 8,8 % zu. Besonders Ostdeutschland konnte in diesem Zeitraum seine Übernachtungen um + 17,5 % steigern.

Bei der Zahl der Übernachtungen belegt Niedersachsen den vierten Rang. Die meisten Übernachtungen in 2009 meldete Bayern mit knapp 75,2 Mio., gefolgt von Baden-Württemberg (42,4 Mio.) und Nordrhein-Westfalen (40,2 Mio.).

Die Gäste in Niedersachsen blieben 2009 im Durchschnitt 3,2 Tage in ihren gebuchten Quartieren und damit länger als im Bundesdurchschnitt von 2,8 Tagen. In den anderen Küstenländern Schleswig-Holstein (4,2 Tage) und Mecklenburg-Vorpommern (4,1 Tage) bleiben die Urlauber noch länger als in Niedersachsen. Diese drei Länder wurden vorrangig als Ziel für längere Urlaube genutzt.

Verfügbares Einkommen steigt um + 2,8 % – Entwicklung wie im Bundesdurchschnitt

Die Tabelle 28 zum verfügbaren Einkommen pro Einwohner stammt aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder. Sie stellt zumindest begrifflich die umfassendste Datenquelle über die Einkommen der Bevölkerung dar. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Mit dieser volkswirtschaftlichen Aggregatzahl, die wohlgermerkt *netto und pro Einwohner* berechnet wird, wird die kurz- bis mittelfristige Gesamtentwicklung der Einkünfte *aller* Einwohner, also z.B. auch der Selbstständigen, der Rentner und der Arbeitslosen, dargestellt.

Das verfügbare Einkommen pro Einwohner erhöhte sich in Niedersachsen im Jahr 2008 um + 2,8 % auf 18 206 Euro im Vergleich zu 2007 (Tab. 28). Die höchsten Zuwachsraten wurden in Sachsen-Anhalt (+ 4,0 %), Schleswig-Holstein (+ 3,4 %) und Bayern (+ 3,1 %) erzielt. Die geringste Zunahme war in Thüringen mit + 2,1 % zu verzeichnen. In allen Bundesländern nahm das verfügbare Einkommen zu und lag im Bundesdurchschnitt bei + 2,9 %.

Im Fünfjahresvergleich von 2003 zu 2008 konnte ein Mehr an verfügbarem Einkommen von + 9,9 % je Einwohner in Niedersachsen realisiert werden. Relativ starke Zunahmen gab es in diesem Zeitraum im Saarland (+ 15,3 %), in Bayern (+ 12,6 %) und in Schleswig-Holstein (+ 12,1 %). Auf Bundesebene lag der Zuwachs bei + 10,7 %.

Das niedersächsische verfügbare Einkommen lag bei 96,0 % des bundesdeutschen Durchschnittsniveaus. Das war im Ländervergleich die zehnte Position.

Bruttoverdienst von Vollzeitbeschäftigten erhöht sich um 1,0 % ...

Die Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich Niedersachsens erreichten im Jahr 2009 einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 39 791 Euro. Im Vergleich zu 2008 entspricht dies einer Zunahme von + 1,0 % (Tab. 29). Der niedersächsische Bruttojahresverdienst stieg damit deutlicher als der Bundesdurchschnitt mit + 0,5 %, lag aber absolut um 1 677 Euro unter diesem. Die höchsten Bruttojahresverdienste wurden 2009 in Hessen (47 094 Euro), Hamburg (47 046 Euro) und Baden-Württemberg (43 597 Euro) erzielt. Die niedrigsten Werte waren in Thüringen (30 488 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (31 130 Euro) zu verzeichnen. Niedersachsen lag mit 39 791 Euro an neunter Position.

Nach wie vor gibt es ein starkes Gefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste lagen 2009 in Westdeutschland bei 43 905 Euro. Der entsprechende Wert lag in Ostdeutschland um 11 183 Euro darunter.

Ein Vollzeitbeschäftigter hatte in Niedersachsen im Jahr 2009 einen Bruttostundenverdienst von 19,81 Euro, im Vergleich zu 2008 erhöhte er sich um + 1,8 %. Auf Bundesebene lag der Wert bei 20,70 Euro (+ 2,1 %). Die absolut höchsten Bruttostundenverdienste erzielten die Vollzeitbeschäftigten in Hessen (23,35 Euro) und Hamburg (23,30 Euro).

... die vollzeitbeschäftigten Frauen erzielen 2,4 % mehr

Die Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Niedersachsen erhöhten sich im Jahr 2009 um 2,4 % (Bundesdurchschnitt: 2,1 %) im Vergleich zum Vorjahr (Tab. 30). Mit 34 110 Euro lagen diese um 1 432 Euro unter dem Bundesdurchschnitt von 35 542 Euro. Analog zu den Bruttoverdiensten insgesamt lagen die höchsten Verdienste auch hier in Hessen (40 153 Euro) und Hamburg (40 041 Euro). Entsprechend waren auch in Thüringen (29 408 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (29 774) die niedrigsten Werte festzustellen. Zwischen West- und Ostdeutschland bestand ein Unterschied von 5 376 Euro. Nach wie vor ist das Verdienstniveau vollzeitbeschäftigter Frauen in Ostdeutschland geringer.

Die Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen lagen in Niedersachsen im Jahr 2009 bei durchschnittlich 17,04 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie um + 2,4 %. Auf Bundesebene lag die Steigerungsrate bei + 2,8 %. Pro Monat hatte eine vollzeitbeschäftigte Frau in Niedersachsen einen Bruttoverdienst von 2 843 Euro. Im Durchschnitt der Bundesländer lag das Einkommen bei 2 962 Euro. In Niedersachsen wurden 96,0 % des Bundesniveaus erzielt.

Teilzeitbeschäftigte erhalten 1,8 % mehr je Stunde

Die Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Niedersachsen erzielten im Jahr 2009 einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 15,87 Euro je Stunde (Tab. 31). Das waren + 1,8 % mehr als im Vorjahr. Bundesweit stiegen die Bruttostundenverdienste um + 2,3 % an. In Hamburg (18,24 Euro) und Hessen (17,66 Euro) wurden die höchsten Stundenverdienste erreicht. Am unteren Ende der Stundensätze lagen Sachsen-Anhalt (12,60 Euro) und Sachsen (13,51 Euro). Niedersachsen rangiert an neunter Position. Auch bei den Teilzeitbeschäftigten ist ein West-Ost-Gefälle festzustellen. Wurden in Westdeutschland 16,79 Euro brutto je Stunde verdient, so waren es in Ostdeutschland 13,71 Euro, ein knappes Fünftel weniger.



Globalisierung

Ausfuhr sinkt um ein Viertel

Der niedersächsische Export (Tab. 32) musste im Jahr 2009 die negativen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hinnehmen. Im Vergleich zum Jahr 2008 sank das Exportvolumen um - 25,9 % auf knapp 57 Mrd. Euro. Verglichen mit der Entwicklung im letzten Fünf-Jahres-Zeitraum ging der ausgeführte Wert der niedersächsischen Waren auf das Niveau von 2004 zurück. Auf Bundesebene erhöhte sich der Export von 2004 zu 2009 um + 10,5 %.

Auch alle anderen Bundesländer verzeichneten im Jahr 2009 Rückgänge in ihren Ausfuhrvolumina im Vergleich zum Vorjahr. Neben Niedersachsen waren dabei Rheinland-Pfalz (- 22,5 %), das Saarland (- 21,3 %), Bremen (- 20,5 %) und Bayern (- 20,4 %) am stärksten betroffen. Den geringsten Rückgang verzeichneten Hamburg (- 3,3 %) und Berlin (- 8,6 %). Im Bundesdurchschnitt gingen die Exporte von 2008 zu 2009 um - 18,8 % zurück.

Insgesamt wurden im Jahr 2009 Waren im Wert von knapp 808,2 Mrd. Euro aus Deutschland exportiert. Davon entfielen 73,1 % auf Westdeutschland (- 19,2 % zu 2008). Der Export Ostdeutschlands ging um - 14,9 % zurück. Nordrhein-Westfalen war dabei das Bundesland mit dem höchsten Exportanteil (21,1 %). An zweiter und dritter Position folgen Baden-Württemberg (19,1 %) und Bayern (18,9 %). Niedersachsen konnte Rang vier mit einem Anteil von 8,7 % wie im Vorjahr behaupten.

Einfuhr geht um knapp ein Fünftel zurück

Die niedersächsischen Unternehmen importierten in 2009 auch weniger Waren als im Vorjahr (Tab. 33). Der Bezug von Erzeugnissen aus dem Ausland sank dabei um - 17,7 % auf ein Volumen von knapp 62 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Jahr 2004 wurden in 2009 aber immer noch + 23,6 % mehr Waren eingeführt.

In allen Bundesländern ging im Jahr 2009 der Import im Vorjahresvergleich zurück. Dieser Rückgang fiel in Nordrhein-Westfalen (- 22,0 %), Sachsen-Anhalt (- 21,7 %) und Mecklenburg-Vorpommern (- 21,6 %) am deutlichsten aus. Niedersachsen lag mit einer Abnahme von - 17,7 % im durchschnittlichen Bundesniveau von - 17,8 %. Das Importvolumen nach Deutschland umfasste 2009 einen Wert von 676 Mrd. Euro.

Wie beim Export war auch beim Import Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit dem höchsten Anteil an der gesamtdeutschen Einfuhr (22,6 %). Es folgen dicht beiein-

ander die Länder Bayern (16,8 %) und Baden-Württemberg (16,7 %). Auch bei der Einfuhr liegt Niedersachsen mit einem Anteil von 9,4 % an vierter Stelle.

6,1 % mehr niedersächsische Auslandsinvestitionen ...

Der Wert der Auslandsinvestitionen niedersächsischer Unternehmen lag am Jahresende 2008 höher als im Vorjahr. Die Bestände stiegen um + 6,1 % auf 62,8 Mrd. Euro (Tab. 34). Damit lag Niedersachsen deutlich hinter Nordrhein-Westfalen (263 Mrd. Euro), Bayern (knapp 194 Mrd. Euro), Baden-Württemberg (125 Mrd. Euro) und Hessen (110 Mrd. Euro) an fünfter Position. Insgesamt hatte der Wert der Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen Ende 2008 eine Summe von knapp 851 Mrd. Euro erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein leichtes Plus von + 0,4 %. Bei mittelfristiger Betrachtung stieg der Bestand deutscher Investitionen im Ausland von 2003 zu 2008 um + 45,8 %. Der niedersächsische Anteil verdoppelte sich im gleichen Zeitraum nahezu um + 86,0 %.

Niedersachsens Anteil an den gesamtdeutschen Auslandsinvestitionen betrug 2008 7,4 %. Im Jahr 2003 hatte der Anteil noch 5,8 % betragen. Nordrhein-Westfalen hatte 2008 mit knapp einem Drittel (30,9 %) den höchsten Anteil an den deutschen Investitionen im Ausland, Bayern hielt einen Anteil von 22,8 %. Ostdeutschlands Anteil lag 2008 bei nur 1,6 %.

... Auslandsinvestitionen in Niedersachsen steigen um + 12,3 %

Niedersächsische Unternehmen hatten am Jahresende 2008 38,8 Mrd. Euro mehr im Ausland angelegt als ausländische Unternehmen in Niedersachsen. Insgesamt hielten ausländische Unternehmen Ende 2008 in Niedersachsen Investitionen in Höhe von knapp 24 Mrd. Euro; das waren + 12,3 % mehr als 2007 (Tab. 35). Im Vergleich mit den anderen Bundesländern lag Niedersachsen damit an siebenter Position. Für ausländische Investoren waren Kapitalanlagen in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (knapp 188 Mrd. Euro), Bayern (knapp 107 Mrd. Euro) und Hessen (knapp 105 Mrd. Euro) am interessantesten.

Insgesamt investierten die Unternehmen aus dem Ausland im Jahr 2008 eine Summe von 654 Mrd. Euro in Deutschland, dies entspricht einer Zunahme von + 1,1 % im Vergleich zu 2007. Beim Blick zurück auf die letzten fünf ausgewerteten Jahre von 2003 zu 2008 war das ein Fünftel (+ 20,3 %) mehr. Auf niedersächsischer Ebene fiel die Zunahme mit + 77,1 % erheblich deutlicher aus.

Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes bricht um ein Viertel ein

Die Unternehmen des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden konnten das Niveau ihres Umsatzes im Jahr 2009 nicht halten. Dieser ging im Vergleich zum Vorjahr um ein Viertel (- 26,4 %) zurück (Tab. 36). Das Verarbeitende Gewerbe hatte in allen Bundesländern im Krisenjahr 2009 Umsatzverluste hinzunehmen. Niedersachsen hatte dabei den relativ höchsten Verlust zu verzeichnen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (- 25,9 %) und dem Saarland (- 24,4 %). Bundesweit reduzierte sich der Auslandsumsatz um durchschnittlich ein Fünftel (- 21,4 %).

Mit insgesamt knapp 58,6 Mrd. Euro erzieltm Auslandsumsatz lag Niedersachsen nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg im Ländervergleich auf dem vierten Platz.

Im Vergleich über die letzten fünf Jahre von 2004 zu 2009 konnte Niedersachsen nicht ganz das Niveau von 2004 halten (- 2,2 %). Auf Bundesebene war ein leichter Zuwachs von + 0,9 % festzustellen. Es gab deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Ostdeutschland hatte in 2009 zwar nur einen Anteil von 8,3 % am gesamten vom deutschen Verarbeitenden Gewerbe im Ausland erzielten Umsatz. Die ostdeutschen Bundesländer konnten ihren Auslandsumsatz in den fünf Jahren aber um gut ein Fünftel (+ 22,7 %) steigern, während er in Westdeutschland leicht um - 0,7 % zurückging.

Der Anteil des Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe am Gesamtumsatz reduzierte sich in Niedersachsen von 44,1 % im Jahr 2008 auf 40,2 % in 2009. Besonders in Bayern trägt das Verarbeitende Gewerbe zur Hälfte zum Gesamtumsatz bei (50,4 %). Auch in Bremen (49,6 %) und dem Saarland (49,2 %) hat das Verarbeitende Gewerbe eine relativ hohe Bedeutung am Gesamtauslandsumsatz. Dagegen ist es in Brandenburg (24,8 %) und Sachsen-Anhalt (27,3 %) von vergleichsweise geringerer Bedeutung. Im Bundesdurchschnitt blieb der Anteil mit 44,6 % (2008) und 44,1 % im Jahr 2009 relativ konstant.

Auslandstourismus geht um 2 % zurück

Die Reisetätigkeit ausländischer Besucher nach Deutschland war im Jahr 2009 rückläufig. Sowohl Niedersachsen als auch die meisten anderen Bundesländer mussten Rückgänge bei den Übernachtungen ausländischer Gäste hinnehmen. In Niedersachsen sanken die Übernachtungen um - 2,0 % auf knapp 2,8 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (Tab. 37). Fünf Bundesländer konnten trotz weltweiter Wirtschaftskrise ein Plus bei den Auslandsübernachtungen vermelden. Unter diesen waren mit Berlin (+ 5,9 %), Bremen (+ 3,5 %) und Hamburg (+ 2,7 %) alle drei Stadtstaaten,

was die Anziehungskraft und Attraktivität deutscher Großstädte im Ausland unterstreicht. Thüringen (+ 3,4 %) und Rheinland-Pfalz (+ 2,4 %) erzielten ebenfalls positive Zuwächse. Auf Bundesebene sanken 2009 die Übernachtungen ausländischer Gäste im Durchschnitt um - 3,0 % auf 54,8 Mio. im Vergleich zum Vorjahr.

Im Zeitraum von 2004 bis 2009 konnten die Beherbergungsbetriebe und Campingplätze in Niedersachsen eine Zunahme bei den Auslandsübernachtungen von + 28,0 % verbuchen. Damit stiegen die Übernachtungen ausländischer Gäste im Vergleich zur Entwicklung auf Bundesebene (+ 20,8 %) überdurchschnittlich. Zwar wurden im Jahr 2009 79,3 % der Auslandsübernachtungen in Westdeutschland registriert, allerdings gewinnen Reiseziele in Ostdeutschland zunehmend an Bedeutung. Dies zeigt sich in einer Zunahme der Übernachtungen von 2004 zu 2009 um + 54,0 %.

Im Jahr 2009 wurden die meisten Übernachtungen von ausländischen Gästen in Bayern gebucht (knapp 12,2 Mio.). Das war ein Fünftel (22,2 %) aller Auslandsübernachtungen in Deutschland. Es folgen Berlin und Nordrhein-Westfalen mit jeweils knapp 7,5 Mio., Niedersachsen rangiert an Position sieben. Die ausländischen Gäste blieben durchschnittlich 2,4 Tage in ihren gebuchten Unterkünften in Niedersachsen, was leicht über dem Bundesdurchschnitt von 2,3 Tagen lag. Das Land mit der durchschnittlich längsten Aufenthaltsdauer war Rheinland-Pfalz (2,9 Tage), die kürzeste Verweildauer gab es in Hessen mit 1,9 Tagen.

Auslandszuwanderung rückläufig, aber im Saldo + 7 643 Personen

Im Jahr 2009 verzeichnete das Land Niedersachsen 73 925 Zuwanderungen aus dem Ausland und umgekehrt 66 282 Fortzüge in das Ausland. Per saldo ergab dies einen Wanderungsgewinn aus dem Ausland (= Wanderungen über die Grenze des Bundesgebiets) von + 7 643 Personen (Tab. 38). Bundesweit war der Wanderungssaldo mit - 12 785 Personen negativ. 721 000 Zuzügen standen 734 000 Fortzüge gegenüber. Die Hälfte der Bundesländer hatte einen positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland, die andere Hälfte – vor allem Bayern, Berlin und Hamburg – einen Negativsaldo.

Der Zuwanderungssaldo je 1 000 Einwohner – mit dieser Beziehungszahl standardisiert man die Ergebnisse, um die Bundesländer untereinander vergleichen zu können – lag in Niedersachsen 2009 bei 1,0 und war damit der bundesweit höchste. Trotz rückläufiger Aussiedlerzahlen spielt hier immer noch das Grenzdurchgangslager Friedland eine wichtige Rolle, denn nach Friedland kommen zunächst alle deutschstämmigen Spätaussiedler aus Russland, Kasachstan und anderen Ländern.

Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen des Vorjahres 2008 ist wenig sinnvoll, da die Ergebnisse für 2008 durch Korrekturen, denen Melderegisterbereinigungen in den Gemeinden zugrunde lagen, verfälscht wurden. Der statistisch für Deutschland ausgewiesene Negativsaldo von - 55 743 Personen 2008 ist also überhöht. Im mittelfristi-

gen Vergleich zu 2004 ist aber bundesweit wie auch in Niedersachsen eine erhebliche Abnahme der Auslandszuwanderung feststellbar. 2004 gewann Niedersachsen im Saldo noch 62 523 Personen durch Auslandswanderung hinzu, 2009 waren es nur noch 7 643 Personen – das waren gerade mal 12 % des Wertes von 2004.



Finanzen

Alle genannten Zahlen in diesem Kapitel beziehen sich auf Niedersachsen im Sinne von Landeshaushalt inklusive aller Kommunalhaushalte.

Gesamteinnahmen sinken in Niedersachsen unterdurchschnittlich

Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die bereinigten Gesamteinnahmen (Einnahmen der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände) im gesamten Bundesgebiet im letzten Jahr (- 5,6 %) zurückgegangen (Tab. 39). Niedersachsen kam dabei mit einem Rückgang von - 2,1 % vergleichsweise gut davon. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern konnte einen noch geringeren Rückgang (- 0,4 %) in den bereinigten Gesamteinnahmen verzeichnen. Am stärksten von der Krise betroffen waren die Länder Hamburg (- 14,0 %), das Saarland (- 10,3 %) und Berlin (- 9,8 %). Trotz des verbreiteten Rückgangs war das Saarland das einzige Land, dessen bereinigte Gesamteinnahmen 2009 auch unter denen des Jahres 2004 lagen (- 4,9 %). Das höchste Wachstum konnten hier die Länder Bayern (+ 20,1 %) und Niedersachsen (+ 13,4 %) aufweisen.

Die Gesamteinnahmen je Einwohner lagen in Niedersachsen mit 4 121 € 2009 deutlich unter dem Durchschnitt aller Länder (4 434 €). Nur Schleswig-Holstein (4 019 €), Rheinland-Pfalz (3 902 €) und das Saarland (3 561 €) weisen noch geringere Beträge auf. Tendenziell können die Stadtstaaten über höhere pro-Kopf-Einnahmen als die Flächenländer verfügen. So belegten wie in den Vorjahren auch 2009 die Länder Berlin (5 705 €) und Hamburg (5 333 €) die vordersten Plätze. Die Steuereinnahmequote, definiert als Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamtausgaben, belief sich 2009 in Niedersachsen auf 71,2 % und lag damit knapp über dem Deutschlandwert von 69,4 %.

Analog zu den Gesamteinnahmen bleiben die Steuereinnahmen (Tab. 40) in Niedersachsen relativ stabil. Während im Durchschnitt aller Bundesländer die Steuereinnahmen um - 9,4 % zurückgingen, konnte Niedersachsen mit - 4,5 % den geringsten Rückgang aller Bundesländer verzeichnen. Die stärksten Einbrüche waren in Hamburg (- 15,1 %) und dem Saarland (- 12,8 %) zu verzeichnen.

Gesamtausgaben steigen in Niedersachsen leicht überdurchschnittlich

Die bereinigten Gesamtausgaben Niedersachsens und seiner Kommunen sind im vergangenen Jahr um + 5,5 % angestiegen (Tab. 41). Niedersachsen liegt so leicht über

dem Deutschlandwert von + 5,2 % und an dritter Stelle hinter Bayern (+ 13,7 %) und Sachsen (+ 5,6 %). Als einziges Bundesland hat Hamburg im vergangenen Jahr seine Gesamtausgaben zurückgeführt (- 5,8 %); moderate Steigerungen gab es in Mecklenburg-Vorpommern (+ 0,2 %), Berlin (+ 0,9 %) und Thüringen (+ 1,0 %). Insgesamt fiel das Ausgabenwachstum in den neuen Bundesländern mit + 2,2 % deutlich geringer aus als in den alten Bundesländern mit + 5,4 %.

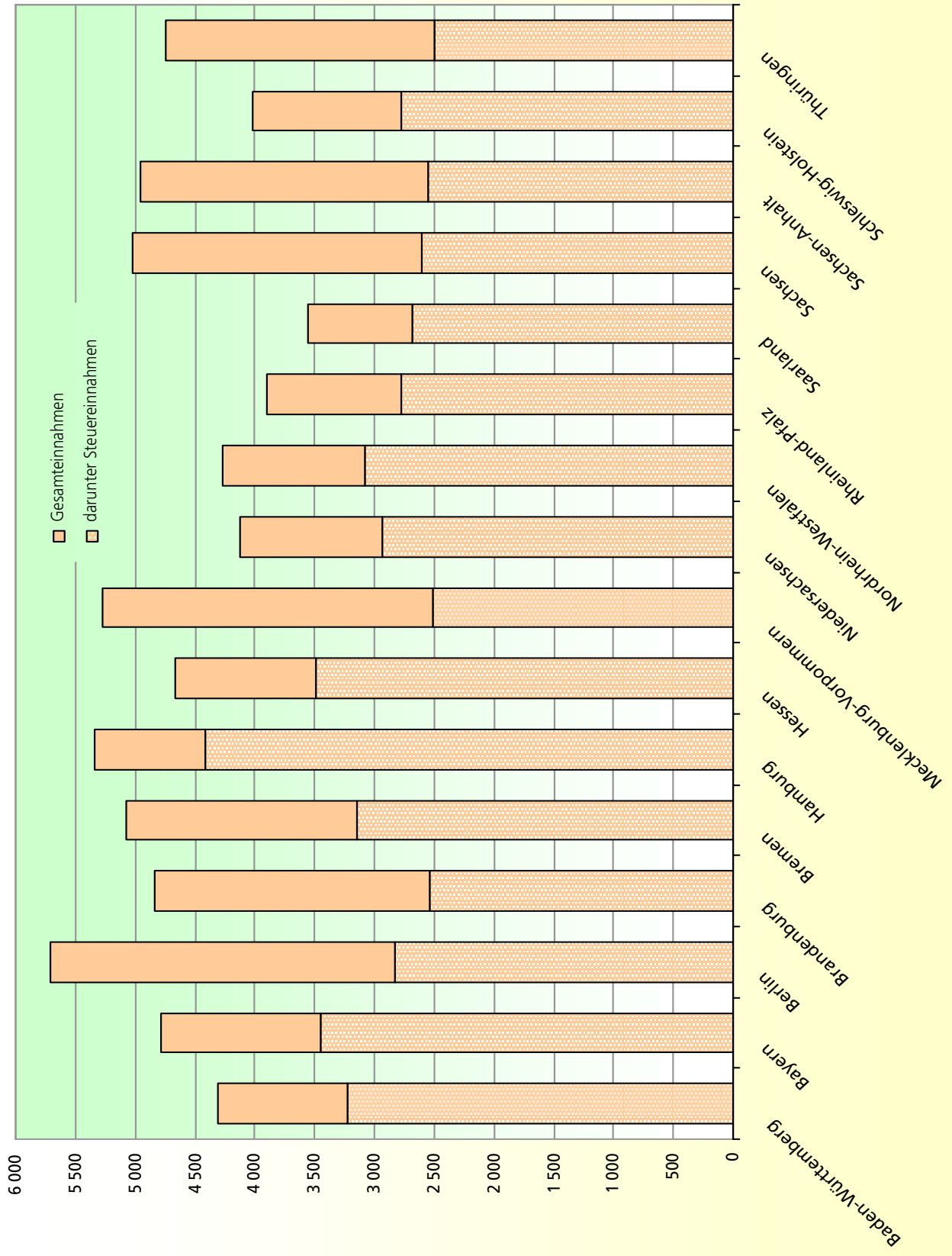
Im Zeitraum von 2004 bis 2009 liegt Niedersachsen mit einer Steigerung der Gesamtausgaben von + 12 % genau im Durchschnitt aller Länder. Die mit Abstand deutlichsten Ausgabenzuwächse wurden wiederum in Bayern (+ 33,1 %) und Baden-Württemberg (+ 14,3 %) registriert. In Sachsen-Anhalt (- 3,8 %), Mecklenburg-Vorpommern (- 2,1 %) und Hamburg (- 0,2 %) konnten im 5-Jahres-Zeitraum die Ausgaben gesenkt werden.

Wie in den Jahren zuvor verzeichnet Niedersachsen 2009 je Einwohner gerechnet bundesweit die geringsten Gesamtausgaben (4 414 €). Die Pro-Kopf-Ausgaben der Stadtstaaten, allen voran Bremen mit 6 452 € je Einwohner, liegen generell über denen der Flächenländer. Eine weitere Möglichkeit zur Analyse der Ausgaben von Ländern und Kommunen ist der Quotient aus bereinigten Gesamtausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Für Niedersachsen (+ 17,1 %) liegt dieser Indikator wie schon im Vorjahr leicht oberhalb des deutschen Durchschnitts von + 16,4 %. Die höchsten Werte zeigen sich bei Berlin und Brandenburg mit jeweils + 23,2 %; der niedrigste in Hamburg (+ 12,2 %). Bei dieser Quote zeigen sich keine Unterschiede zwischen Stadtstaaten und Flächenländern. Vielmehr liegen die Werte für die neuen Bundesländer ausnahmslos über denen der alten. Ursächlich hierfür ist die nach wie vor unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft in den ostdeutschen Ländern.

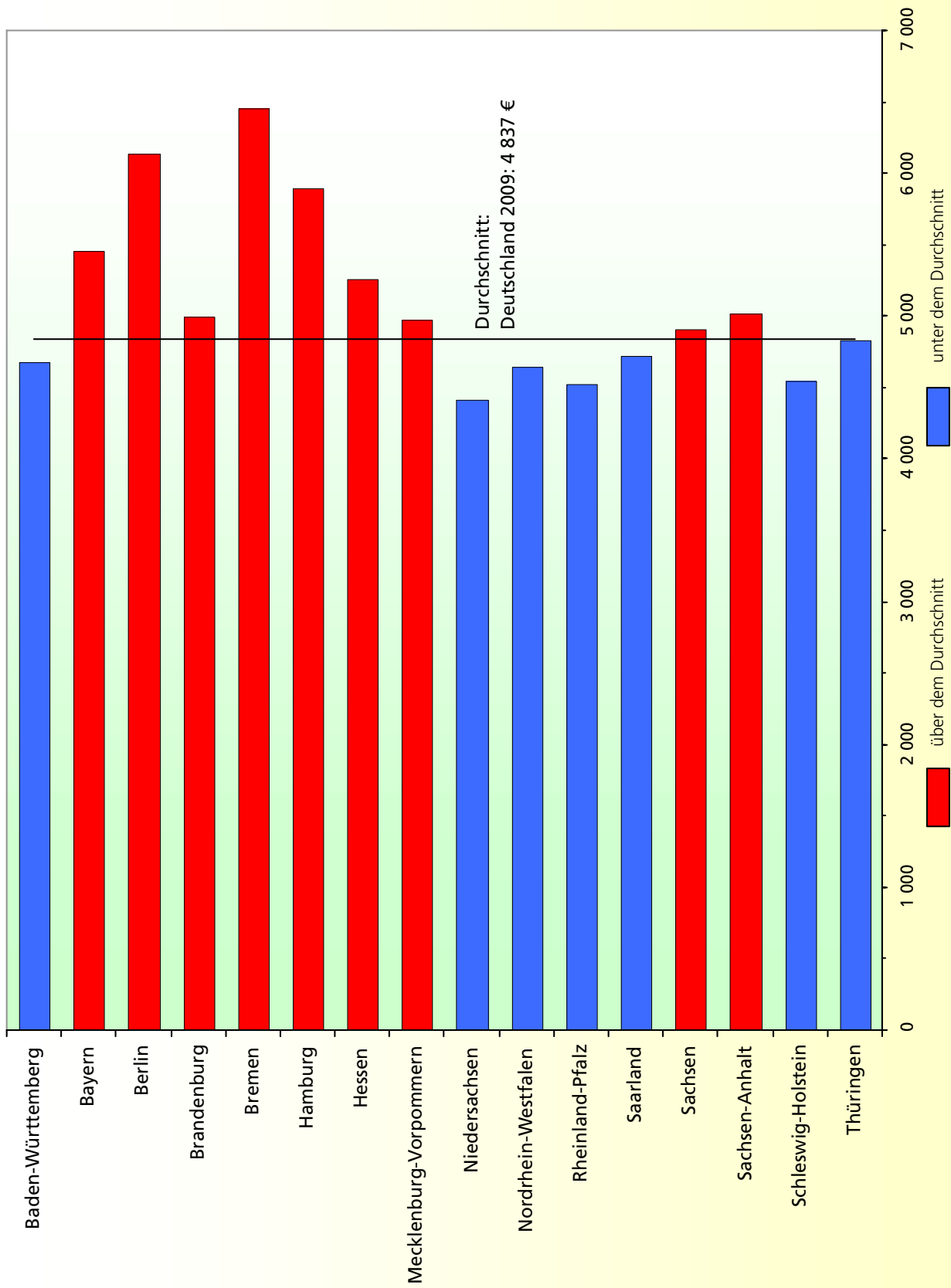
Überdurchschnittlicher Anstieg der Personalausgaben

Die Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen bundesweit im Jahr 2009 um + 3,7 % (Tab. 42). Niedersachsen liegt hier mit einem Zuwachs von + 4,0 % leicht über dem Durchschnitt. Die höchsten Zuwächse wurden in Thüringen und Nordrhein-Westfalen mit jeweils + 4,9 % verzeichnet, Sachsen (- 6,3 %) und Berlin (- 0,2 %) senkten die Ausgaben für Personal. Niedersachsen wendete 2009 im Durchschnitt 1 685 € pro Einwohner auf und liegt damit unter dem deutschen Durchschnitt von 1 750 €. Bezogen auf die Einwohnerzahl verzeichnet Bremen mit 2 035 € die höchsten, Sachsen mit 1 382 € die niedrigsten Personalausgaben. Durchgängig liegen die Personalausgaben der neuen unter denen der alten Bundesländer.

Gesamteinnahmen und Steuereinnahmen in € je Einwohner 2009



Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2009



Wie im Vorjahr liegt die Personalausgabenquote Niedersachsens, also der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben, mit 38,2 % genau 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Länder und Kommunen. Die höchste Personalausgabenquote konnte in Baden-Württemberg ausgewiesen werden (40,4 %), die niedrigste in Sachsen (28,2 %). Die Vergleichbarkeit der Personalausgaben wird jedoch durch so genannte Ausgliederungen eingeschränkt. Eine Ausgliederung liegt vor, wenn Aufgaben des Landes oder der Kommune in ausgegliederten Einheiten mit einem eigenen Rechnungswesen wahrgenommen werden. In diesem Fall werden die Personalausgaben nicht mehr in den Kernhaushalten der Gebietskörperschaften erfasst.

Kräftiger Anstieg der Sachinvestitionen

Die Sachinvestitionen sind im Jahr 2009 in Niedersachsen mit + 20,5 % erneut stark angestiegen (Tab. 43). Damit betrug das Wachstum der Sachinvestitionen mehr als das Dreifache als der Durchschnitt aller Länder und Kommunen (+ 6,4 %). Niedersachsen wird damit nur von Berlin übertroffen (+ 42,3 %), wobei anzumerken ist, dass sich die Sachinvestitionen in Berlin von einem sehr geringen Niveau gesteigert haben. Ursächlich für die teilweise kräftigen Steigerungen bei den Sachinvestitionen sind nicht zuletzt konjunkturpolitische Maßnahmen. Lediglich in vier Ländern waren die Sachinvestitionen 2009 rückläufig, am deutlichsten im Saarland (- 15,3 %) und in Bremen (- 11,6 %).

Auch in der Rückschau des 5-Jahres-Zeitraumes von 2004 bis 2009 erhöhte Niedersachsen seine Sachinvestitionen überdurchschnittlich (+ 28,4 % im Vergleich zu + 9,4 % als Durchschnitt aller Länder und Kommunen). Niedersachsen liegt hier auf Platz vier hinter Baden-Württemberg (+ 34,3 %), Bayern (+ 30,3 %) und Brandenburg (+ 27,9 %). Auffällig ist hier der starke Rückgang in Bremen (- 57,4 %). Trotz des starken Wachstums tätigt Niedersachsen – je Einwohner gerechnet – immer noch unterdurchschnittliche Sachinvestitionen (291 € gegenüber 353 € im Bundesdurchschnitt). Demgegenüber investierten das Land und die Kommunen pro Kopf in Bayern (531 €) und Sachsen (527 €) beinahe das Doppelte. Analog dazu ist in diesen Ländern die Sachinvestitionsquote (Quotient aus Sachinvestitionen und bereinigten Gesamtausgaben) entsprechend hoch (9,7 % in Bayern, 10,7 % in Sachsen). Niedersachsen liegt hier mit 6,6 % unterhalb des Durchschnittes von 7,3 %. Auffällig sind die Ergebnisse der Stadtstaaten Berlin und Bremen, deren Sachinvestitionsquoten sich auf weniger als ein Drittel des Durchschnittes belaufen. Die Sachinvestitionen dieser Länder waren auch in den betrachteten Zeiträumen starken Schwankungen unterworfen.

Zinsausgaben wie im Vorjahr gesunken

Die Zinsausgaben der Länder und Kommunen sind 2009 zwar erneut gesunken (- 7 %), stellen aber weiterhin für

die Haushalte eine große Belastung dar. In Niedersachsen fiel der Rückgang mit - 5,7 % moderater aus. Zwei norddeutsche Länder, Bremen (+ 2,0 %) und Schleswig-Holstein (+ 0,9 %), mussten sogar steigende Ausgaben für Zinszahlungen verbuchen.

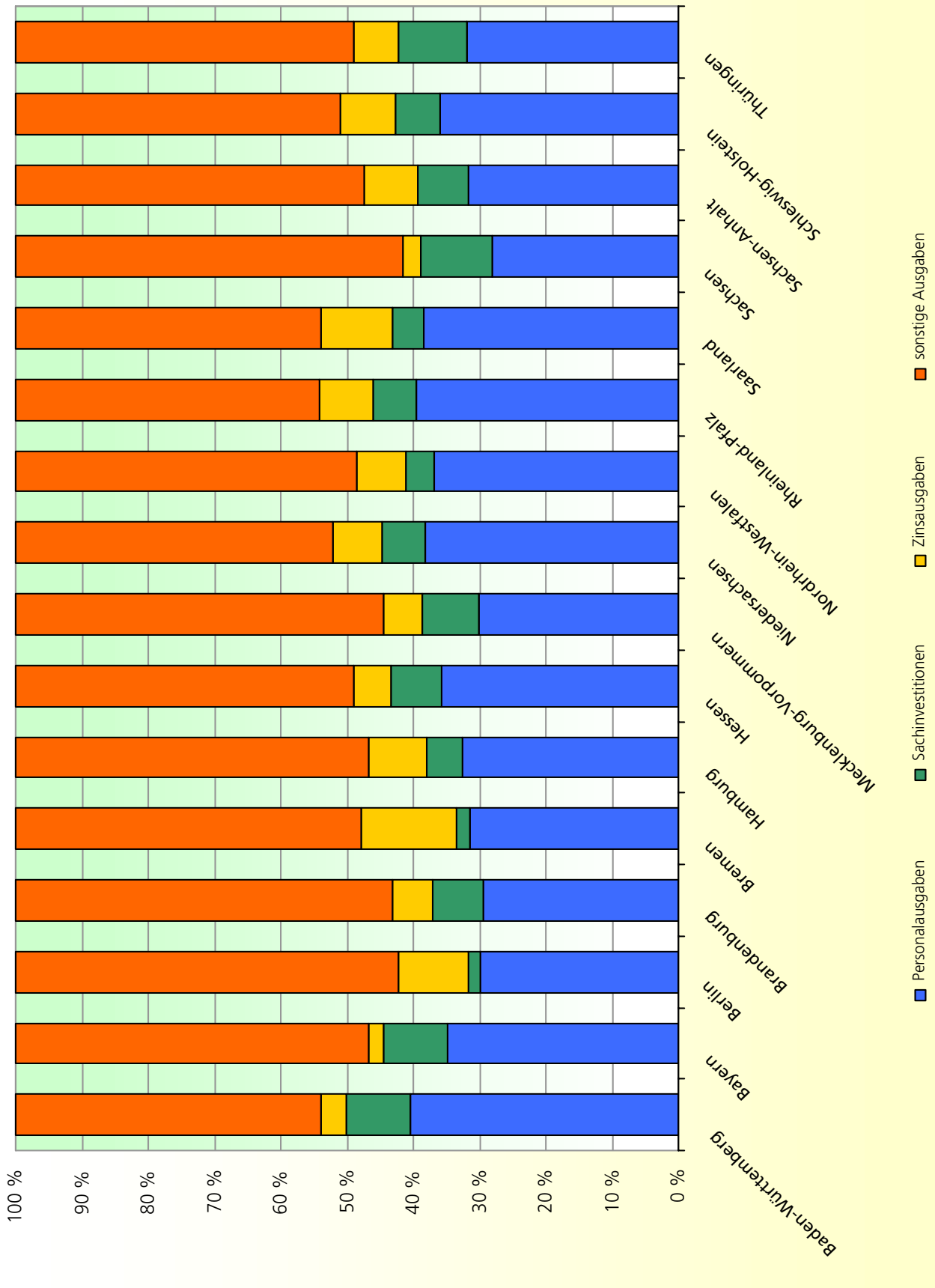
Je Einwohner gerechnet liegen die Zinsausgaben von Niedersachsen mit 327 € je Einwohner leicht über dem Durchschnitt aller Länder von 295 €. Die höchsten Zinsausgaben pro Kopf wurden bei den Stadtstaaten Bremen (927 €), Berlin (649 €) und Hamburg (526 €) verzeichnet, die geringsten in Bayern (118 €), Sachsen (132 €) und Baden-Württemberg (175 €). Betrachtet man die Belastung der Haushalte durch Zinsausgaben anhand der Zinssteuer-Quote (Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen), ergibt sich eine ähnliche Reihenfolge: Bremen (29,5 %), Berlin (22,9 %) und das Saarland (19,1 %) mit den höchsten Belastungen und Bayern (3,4 %), Sachsen (5,0 %) und Baden-Württemberg (5,4 %) mit den geringsten Belastungen. Durch die hohen Steuereinnahmen Hamburgs fallen die Zinsausgaben hier weniger ins Gewicht (11,9 %) als auf die Einwohnerzahl bezogen. Die Zins-Steuer-Quote für das Land und die Gemeinden Niedersachsens beläuft sich auf 11,2 % und liegt damit etwas über dem Durchschnitt aller Länder von 9,6 %.

Haushaltsdefizite in den meisten Ländern

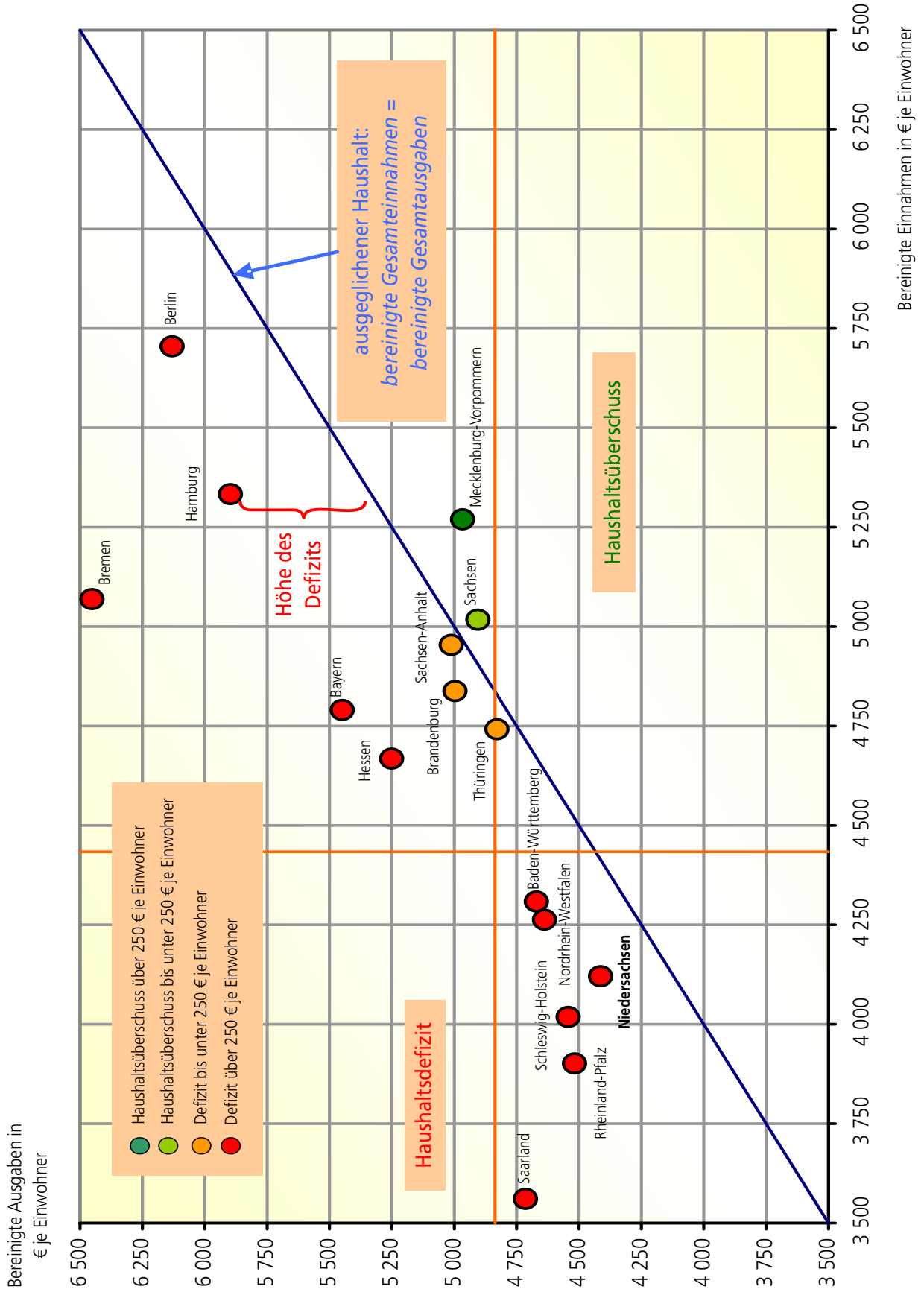
Der Finanzierungssaldo öffentlicher Haushalte (Tab. 45) ergibt sich als Differenz der bereinigten Gesamteinnahmen abzüglich der bereinigten Gesamtausgaben. Übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, ergibt sich ein negativer Saldo und ein Haushaltsdefizit. Übersteigen die Einnahmen die Ausgaben, liegt ein positiver Saldo und somit ein Haushaltsüberschuss vor. Während im Jahre 2008 für die aggregierten Haushalte der Länder und Gemeinden noch für 11 Bundesländer ein Haushaltsüberschuss berechnet werden konnte, stellt sich für das Jahr 2009 die Situation deutlich schlechter dar: Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise konnten lediglich Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Haushaltsüberschüsse ausweisen. Die anderen ostdeutschen Bundesländer Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen konnten ein geringes Defizit verbuchen (unter 250 € pro Kopf), wohingegen die alten Bundesländer ausnahmslos Defizite über 250 € je Einwohner hinnehmen mussten. Ursächlich für die vergleichsweise günstige Situation in Ostdeutschland mögen die Zahlungen des Bundes (Bundesergänzungszuweisungen, siehe Tab. 48) an die neuen Bundesländer sein. Diese haben auf der Einnahmeseite bei den fünf ostdeutschen Flächenländern noch ein bedeutendes Gewicht, so dass die Steuerausfälle infolge der Wirtschaftslage dort weniger durchschlagen als im alten Bundesgebiet.

Für Niedersachsen stellt sich die Situation noch vergleichsweise günstig dar. Der Finanzierungssaldo des Lan-

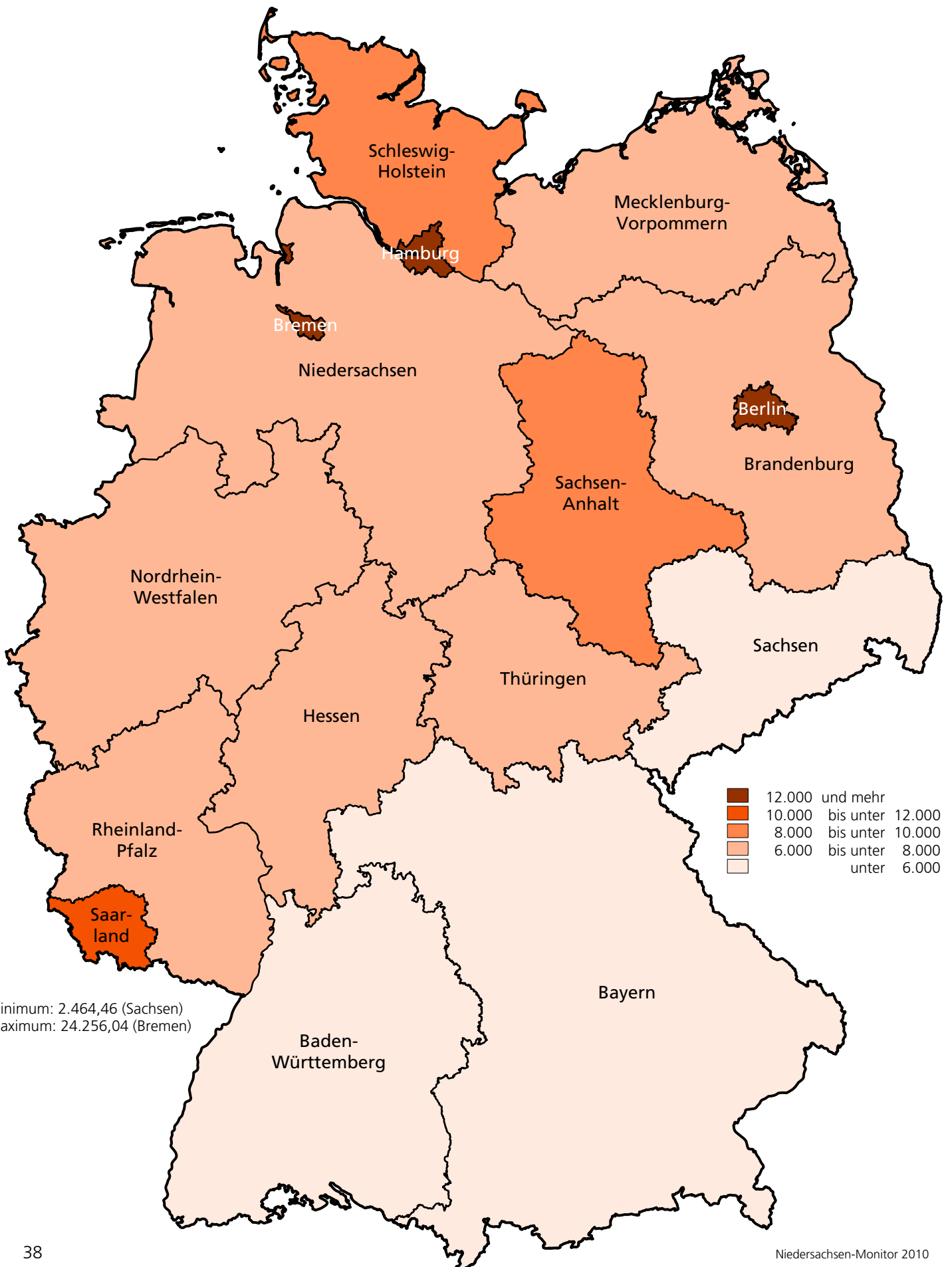
Aufteilung der Gesamtausgaben nach Ausgabenkategorien 2009



Bereinigte Ausgaben und Einnahmen der Länder und Kommunen 2009



Kreditmarktschulden pro Kopf der Kernhaushalte
der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt 2009



des und der Gemeinden je Einwohner liegt mit - 293 € deutlich unter dem Durchschnitt aller Länder von - 403 € bzw. - 485 € bei den westdeutschen Ländern. Die mit deutlichem Abstand höchsten Haushaltsdefizite pro Kopf wurden in Bremen (- 1 383 €) und dem Saarland (- 1 154 €) verzeichnet. Haushaltsüberschüsse konnten, wie bereits erwähnt, nur in Mecklenburg-Vorpommern (+ 303 €) und Sachsen (+ 112 €) festgestellt werden.

Kreditmarktschulden der Kernhaushalte vor allem im Westen gewachsen

Die Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden sind in Deutschland im Jahr 2009 um + 4,1 % gestiegen (Tab. 46). Spiegelbildlich zu der Entwicklung der Haushaltsdefizite waren es vor allem die westdeutschen Länder, die neue Schulden auf den Kreditmärkten aufnehmen mussten (+ 5,4 %). Niedersachsen blieb hier mit + 2,5 % deutlich unter dem Durchschnitt. Das höchste Wachstum ist in Bayern (+ 15,6 %) und im Saarland (+ 10,6 %) verzeichnet worden. In immerhin vier Bundesländern konnten im Jahr 2009 trotz der schlechten Wirtschaftslage die Schulden zurückgeführt werden, nämlich in Sachsen (- 22,4 %), Mecklenburg-Vorpommern (- 0,9 %), Sachsen-Anhalt (- 0,5 %) und Baden-Württemberg (- 0,2 %).

In der Betrachtung des 5-Jahres-Zeitraumes (2004 bis 2009) zeigen sich in einigen Bundesländern deutliche Zuwächse bei den Kreditmarktschulden: Bremen (+ 42,1 %), Saarland (+ 39,9 %) und Schleswig-Holstein (+ 20,4 %). Damit lagen diese Länder deutlich über dem Durchschnitt aller Länder und Kommunen von + 9,9 %. Die Länder Sachsen (- 39,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (- 7,4 %) konnten ihre Kreditmarktschulden sogar reduzieren. In Niedersachsen lag der Zuwachs im selben Zeitraum mit + 7,7 % noch unter dem Durchschnitt. Insgesamt wachsen die Kreditmarktschulden in den westdeutschen Ländern schneller als in den ostdeutschen.

In Punkto Kreditmarktschulden je Einwohner belegen die Stadtstaaten Bremen (24 256 €), Berlin (17 141 €) und Hamburg (12 733 €) die vorderen Plätze. Die geringsten Schuldenstände konnten in Sachsen (2 464 €), Bayern (3 250 €) und Baden-Württemberg (4 383 €) verzeichnet werden. Niedersachsen befindet sich mit 7 394 € in etwa im Bundesdurchschnitt (7 078 €).

Starkes Wachstum der Kassenkredite

Kassenverstärkungskredite, auch Liquiditätskredite genannt, werden vor allem von Gemeinden und Gemeindeverbänden aufgenommen und dienen eigentlich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsgap (Tab. 47). In der längerfristigen Betrachtung haben diese Kredite ein starkes Wachstum erfahren und sind zumindest teilweise

nicht mehr nur ein Instrument zur kurzfristigen Liquiditätssicherung. Da die Kassenverstärkungskredite hauptsächlich von den Kommunen in Anspruch genommen werden, bleibt die Darstellung auf die Flächenländer beschränkt.

Die Liquiditätskredite der Länder und Kommunen sind im Zeitraum von 2004 bis 2009 stark gewachsen (+ 45,4 %), vor allem in den westdeutschen Ländern (+ 54,3 %). Im letzten Jahr betragen die Zuwächse insgesamt + 13 % (+ 14,2 % in den westdeutschen Bundesländern). Das Gewicht dieses Finanzierungsinstrumentes lässt sich am Anteil der Kassenverstärkungskredite an allen Krediten ablesen. Dieser betrug 2009 bei allen Ländern und Kommunen 6 %. In den Flächenländern Bayern (0,5 %), Sachsen (0,6 %) und Baden-Württemberg (0,9 %) spielen Kassenverstärkungskredite nur eine untergeordnete Rolle. Ein hohes Gewicht hat dieses Finanzierungsinstrument jedoch in Rheinland Pfalz (13,2 %), im Saarland (11,7 %) und in Nordrhein-Westfalen (11,4 %). In Niedersachsen beläuft sich dieser Anteil auf 7,2 %.

Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Der Finanzausgleich auf der Ebene der Bundesländer (Tab. 48) besteht aus zwei Komponenten: dem *Länderfinanzausgleich* (LFA) i.e.S., bei dem vereinfacht gesagt, finanzkräftige Länder Zahlungen an finanzschwache Länder leisten, und den so genannten *Bundesergänzungszuweisungen* (BEZ), bei denen der Bund Zahlungen an Länder leistet, die bestimmte Kriterien erfüllen. Beide Komponenten zusammen bilden die Basis für die nachfolgenden Betrachtungen.

In Niedersachsen spielen diese Zuweisungen keine herausragende Rolle. Das Land erhält pro Kopf gerechnet lediglich Zahlungen in Höhe von 17 €. Damit befindet sich Niedersachsen in einer Kategorie mit Nordrhein-Westfalen (- 3 €) und Hamburg (- 28 €), die vom Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen weder sonderlich profitieren noch belastet werden. Bei den Ländern Hessen (- 317 € pro Kopf), Bayern (- 270 €) und Baden-Württemberg (- 140 €) handelt es sich um die klassischen Zahlerländer. Grundsätzlich profitieren die ostdeutschen Länder, denn diese erhalten im Schnitt 1 138 € Zahlungen pro Kopf. Auch das Land Bremen erhält mit 965 € je Einwohner umfangreiche Zuweisungen von den anderen Ländern und dem Bund.

Im Durchschnitt erzielen die östlichen Bundesländer 22,3 % ihrer Einnahmen durch Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen. Berlin ist mit 28,9 % das Land mit der höchsten Abhängigkeit vom Finanzausgleich, gefolgt von Thüringen (21,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (20,9 %). Für Niedersachsen beträgt dieser Anteil lediglich 0,4 %, in Nordrhein-Westfalen - 0,1 % und in Hamburg - 0,5 %.



Innovation

Zahl der Gewerbebeanmeldungen steigt, Zahl der Abmeldungen sinkt

Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen stieg in Niedersachsen im Jahr 2009 um + 6,1 % auf 74 910 im Vergleich zum Vorjahr (Tab. 49). Nur in Berlin (+ 9,3 %) und in Bremen (+ 7,3 %) waren höhere prozentuale Zunahmen bei den Gewerbebeanmeldungen zu verzeichnen. Bei den Gewerbebeanmeldungen liegt Nordrhein-Westfalen mit 182 000 an erster Stelle, gefolgt von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen (knapp 75 000). Insgesamt wurden bundesweit 864 000 Gewerbe angemeldet, das entspricht einem Zuwachs von + 3,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der Neuerrichtungen an den Gewerbebeanmeldungen betrug 2009 in Niedersachsen 82,1 %. Nordrhein-Westfalen hat den höchsten Anteil an Neuerrichtungen mit 84,1 %; Bayern (81,6 %), Baden-Württemberg (78,7 %), Hessen (82,6 %) und Niedersachsen folgen.

Im Fünfjahresvergleich zeigt sich allerdings ein Rückgang bei den Gewerbebeanmeldungen. Von 2004 zu 2009 gingen die Anmeldungen in Niedersachsen um - 11,3 % zurück. Auch auf Bundesebene war eine Abnahme um - 10,0 % zu verzeichnen.

Bei den Gewerbebeanmeldungen zeigte sich in Niedersachsen im Jahr 2009 ein leichter Rückgang um - 1,7 % auf knapp 62 000 im Vergleich zu 2008 (Tab. 50). Die Abnahme war deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt von - 0,5 % (Westdeutschland - 0,3 %, Ostdeutschland - 1,4 %). Der Anteil der vollständigen Gewerbeaufgaben an den Abmeldungen insgesamt betrug in Niedersachsen im Jahr 2009 78,4 %. Den höchsten Anteil an allen Abmeldungen hatte auch hier Nordrhein-Westfalen mit 81,7 %.

Im Vergleich von 2004 zu 2009 stiegen die Zahlen der Gewerbebeanmeldungen in Niedersachsen um + 3,3 %. Besonders deutlich erhöhten sie sich in Hamburg (+ 27,3 %), Hessen (+ 16,2 %) und Brandenburg (+ 12,4 %). Bundesweit war eine Zunahme um + 7,5 % zu verzeichnen.

Niedersächsische Industrie investiert überdurchschnittlich

Im Jahr 2008 investierten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen + 11,5 % mehr als im Vorjahr. Das Investitionsvolumen betrug knapp 5,1 Mrd. Euro (Tab. 51). Nur Thüringen steigerte seine Investitionen mit einem Plus von 15,2 % um einen höheren prozentualen Anteil. Zuwächse im zweistelligen Bereich hatten nur noch Hessen (+ 10,5 %) und Sachsen-Anhalt (+ 10,2 %). Insgesamt wiesen 13 Bundesländer positive

Zuwächse auf. Nur in Sachsen (- 3,1 %), Bremen (- 2,2 %) und Berlin (- 1,5 %) waren die Investitionen rückläufig. Bundesweit nahmen die Investitionen um + 7,1 % zu. Vom 2008 in Deutschland investierten Volumen von knapp 59,6 Mrd. Euro entfielen dabei 84,1 % auf Westdeutschland. Niedersachsen hat dabei einen Anteil von 8,5 % an den gesamtdeutschen Investitionen.

Im mittelfristigen Vergleich von 2003 zu 2008 zeigt sich ein stagnierendes Investitionsniveau in Niedersachsen (- 0,1 %). Im Saarland (- 24,9 %), in Hamburg (- 13,5 %) und in Berlin (- 5,0 %) ging das Investitionsvolumen deutlicher zurück. Die relativ stärksten Zuwächse verzeichneten in dem Fünfjahreszeitraum Mecklenburg-Vorpommern (+ 85,9 %), Thüringen (+ 68,2 %) und Brandenburg (+ 55,2 %). Auf Bundesebene stiegen die Investitionen um ein Viertel (+ 24,8 %).

Je tätiger Person wurden im Jahr 2008 in Niedersachsen 9 703 Euro investiert. Damit liegt der Wert leicht über dem Bundesdurchschnitt von 9 632 Euro. Die höchste Summe je tätiger Person wurde mit 15 138 Euro in Sachsen-Anhalt investiert. Der niedrigste Wert war mit 7 345 Euro in Schleswig-Holstein zu verzeichnen.

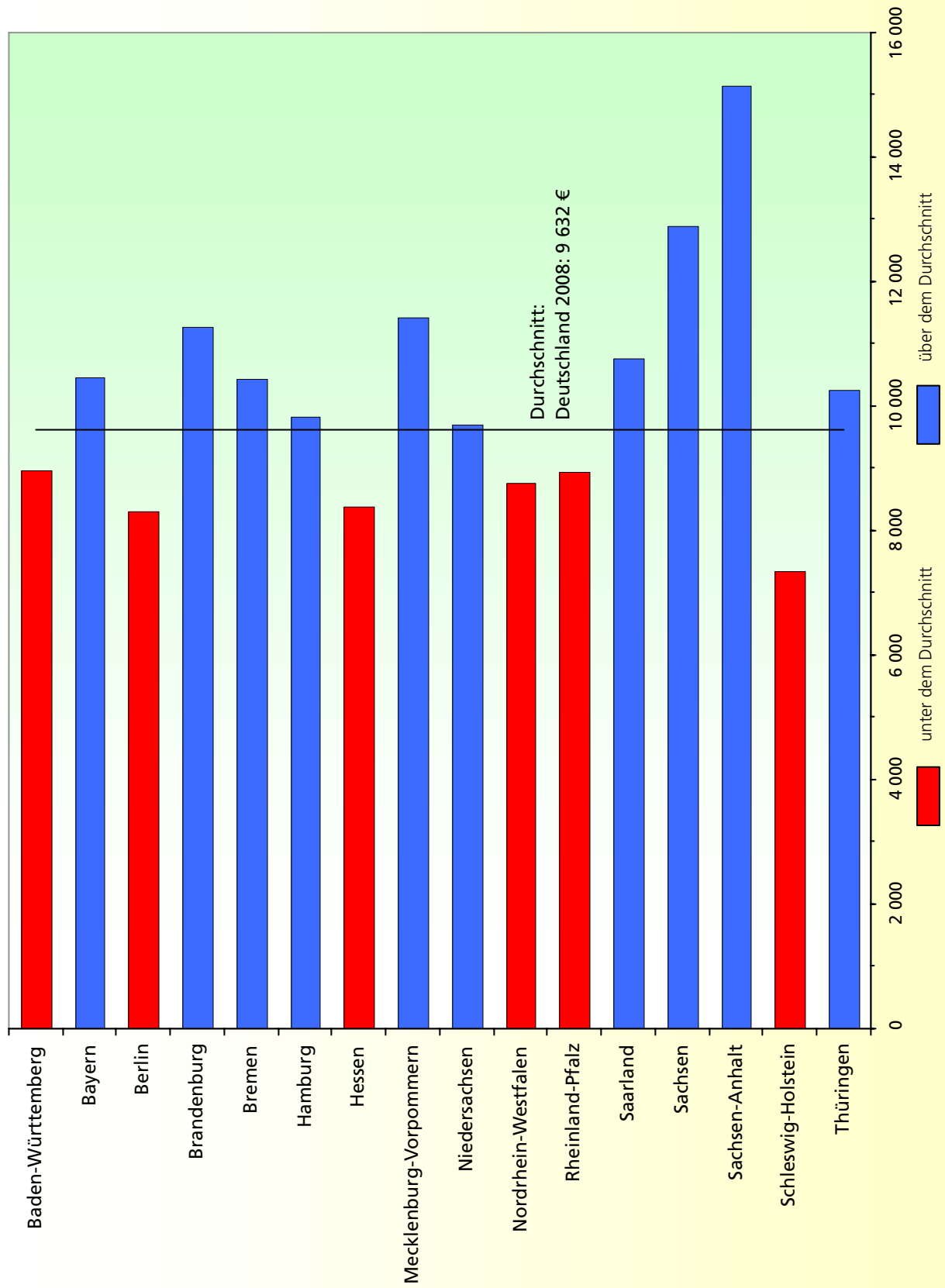
Zahl der Patentanmeldungen geht um - 11,5 % zurück

Von niedersächsischen Unternehmen und Personen wurden im Jahr 2009 insgesamt 2 966 neue Patente angemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Rückgang um - 11,5 % (Tab. 52). Baden-Württemberg liegt mit 15 532 Patentanmeldungen (+ 20,8 %) unverändert an der Spitze der Bundesländer. Es folgen Bayern (12 641), Nordrhein-Westfalen (7 408) und an vierter Position Niedersachsen. In Deutschland wurden im Jahr 2009 insgesamt 47 859 Patente angemeldet, davon 92,5 % in Westdeutschland.

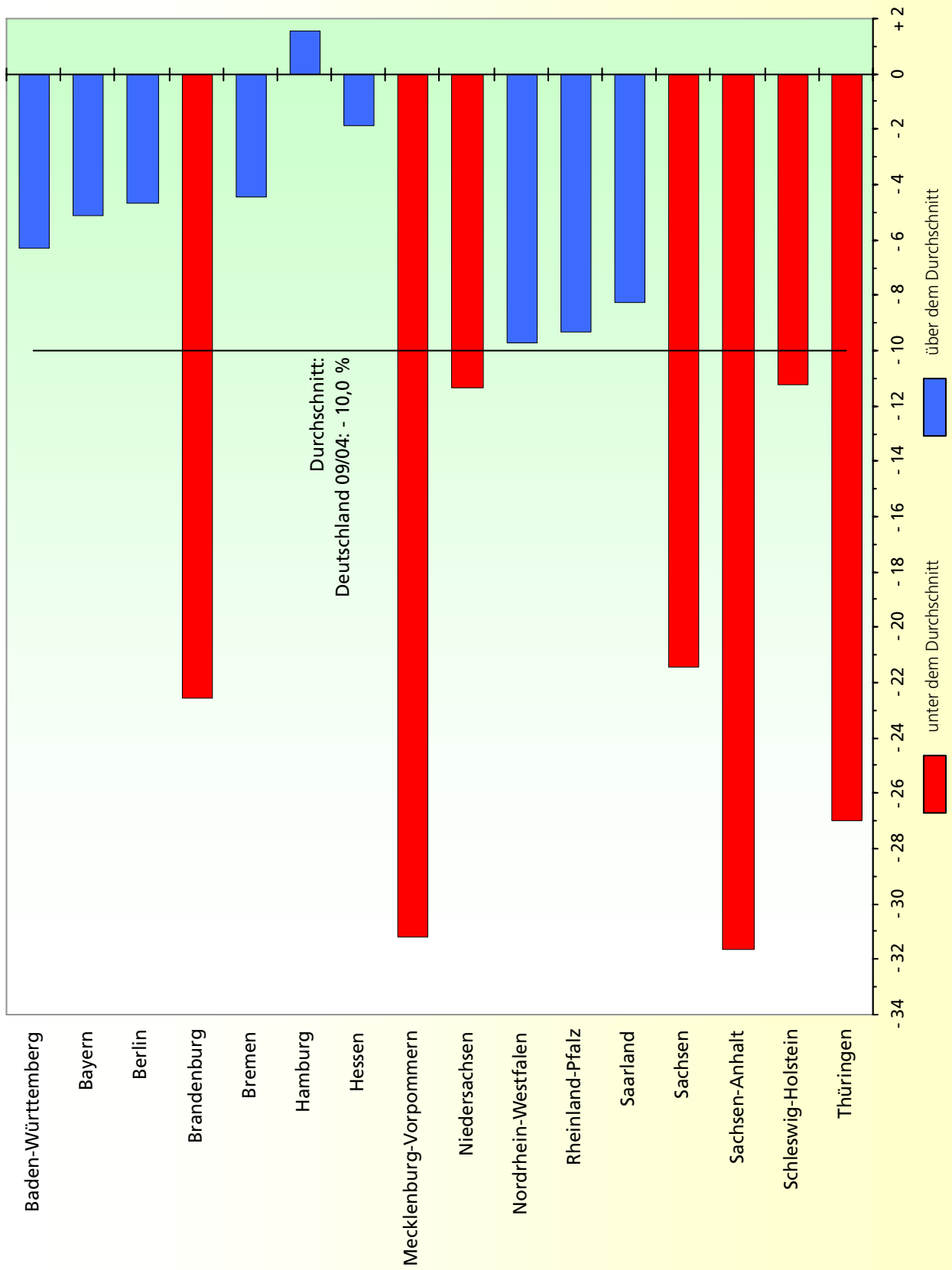
In der mittelfristigen Betrachtung von 2009 zu 2004 zeigt Niedersachsen eine überdurchschnittliche Entwicklung. In diesem Zeitraum stiegen die Patentanmeldungen um + 5,4 %, während sie auf Bundesebene um - 1,2 % zurückgingen. Besonders deutlich waren die Rückgänge in Rheinland-Pfalz (- 41,0 %), Hessen (- 34,3 %) und Sachsen-Anhalt (- 25,1 %).

Um die Intensität der Patentanmeldungen darzustellen, werden die Anmeldungen je 100 000 Einwohner herangezogen. Dieser Wert lag im Jahr 2009 in Niedersachsen bei 37. Im Vorjahr hatte er noch bei 42 gelegen. Im Bundesdurchschnitt lag der entsprechende Wert bei 59 (Vorjahr 60). Unter den Ländern rangieren Baden-Württemberg (145) und Bayern (101) weit vorn.

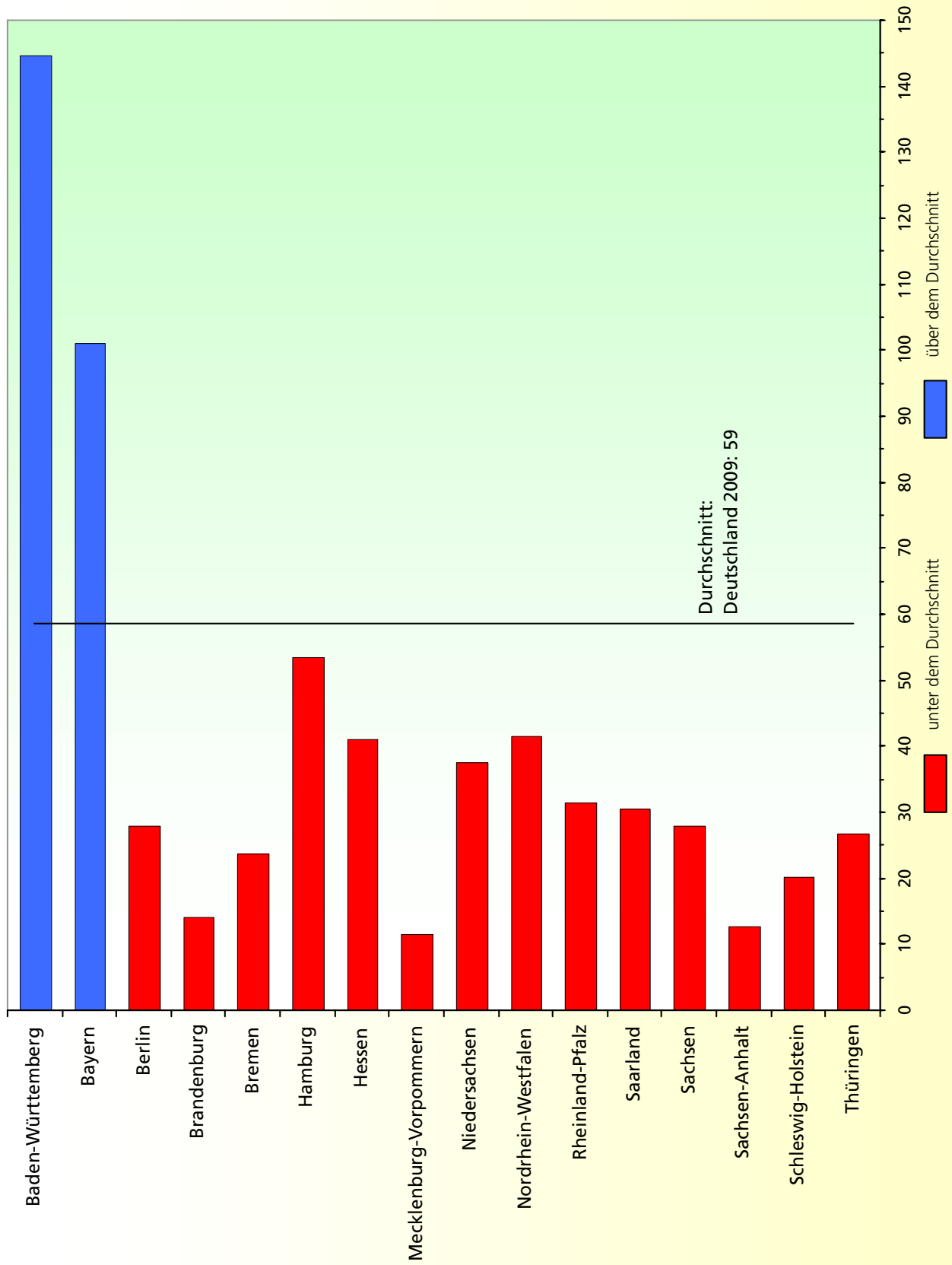
Investitionen in Euro je Beschäftigten 2008
 - Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Veränderung der Zahl der Gewerbeanmeldungen 2004 bis 2009



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2009



Internet-Domains – in Niedersachsen + 9,7 %

Internet-Domains sind für die Identifikation von Internetseiten notwendig und können sowohl von Unternehmen als auch von Privatpersonen beantragt werden. Sie ermöglichen eine eindeutige und einmalige Kennung für den jeweiligen Besitzer zur Präsenz im Internet. Die Anzahl der Internet-Domains wird als Indikator für die Innovationskraft und -freudigkeit eines Landes angesehen. Die zentrale Registrierungsstelle DENIC registriert und verwaltet die Domains in Deutschland. Die in Tabelle 53 hinterlegten Daten basieren auf Angaben von DENIC.

Die Anzahl der in Niedersachsen im Jahr 2009 registrierten Internet-Domains betrug 997 767. Damit erhöhte sich ihre Zahl im Vergleich zu 2008 um + 9,7 %. Nur die Länder Sachsen (+ 11,5 %), Bremen (+ 10,7 %) und Meck-

lenburg-Vorpommern wiesen höhere Zuwachsraten auf. Bundesdurchschnittlich stieg die Anzahl von Domains um + 6,8 %, wobei Länder mit mehr oder weniger unterdurchschnittlicher Domain-Dichte überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten.

Die Kennzahl Internet-Domains je 1 000 Einwohner ist eine Messgröße für die Intensität der Domainnutzung in der Bevölkerung. Im Jahr 2009 wurden für Niedersachsen 125,6 Domains je 1 000 Einwohner ermittelt. Die höchste Domainsdichte ist in den Großstädten Hamburg (270,7) und Berlin (213,1) zu verzeichnen. In Mecklenburg-Vorpommern (83,5) und Thüringen (83,8) zeigt sich die geringste Durchdringung des Landes mit Internet-Domains. Auf Bundesebene sind je 1 000 Einwohner durchschnittlich 146,5 Internet-Domains registriert.

Wissenschaft

Studienanfängerquote von 31 %

27 777 Studentinnen und Studenten begannen im Jahr 2008 ein Studium in Niedersachsen (Tab. 54). Deutschlandweit waren es insgesamt 396 610 Personen. Damit stieg die Zahl der Studienanfänger in Niedersachsen um + 4,1 % im Vergleich zu 2007. Bundesweit waren es + 10,9 %. Nach Angaben des Wissenschaftsministeriums ist die Zahl der Studienanfänger im Jahr 2009 in Niedersachsen erneut angestiegen und liegt nun bei 29 150.

Analog zur Abiturientenquote kann auch für die Zahl der Erstimmatrikulierten eine Studienanfängerquote berechnet werden. Diese ergibt sich als Anteil der Studienanfänger am Durchschnitt der gleichaltrigen Bevölkerung zwischen 19 bis unter 25 Jahren. Die Altersgruppe ist deshalb etwas weiter gewählt, da sich nach der Schule oft erst eine Ausbildung, ein Auslandsjahr oder ein freiwilliges soziales Jahr bzw. der Grundwehr- und Ersatzdienst bei jungen Männern anschließt. Für internationale Vergleiche wird die Studienanfängerquote von der OECD nach einem anderen Verfahren, dem so genannten „Quotensummenverfahren“ berechnet. Dazu wird für jeden einzelnen Altersjahrgang der Anteil der Studienanfänger berechnet. Die Anteile aller Altersjahrgänge werden dann summiert, d.h. die der 19-Jährigen genauso wie die der 70-Jährigen. Dadurch sind theoretisch auch Quoten von über 100 % möglich.

Die Studienanfängerquote im Jahr 2008 betrug in Niedersachsen 30,9 % und in Deutschland 40,6 %. Niedersachsen hatte damit nach Schleswig-Holstein (28,6 %) die geringste Studienanfängerquote. In den Stadtstaaten liegt die Studienanfängerquote strukturell weitaus höher, da zahlreiche Studienplätze für Einwohner aus anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden. So führt auch der Weg vieler niedersächsischer Abiturienten in die angrenzenden Stadtstaaten Bremen und Hamburg und auch nach Berlin. Die Studienanfängerquote lag in den Stadtstaaten im Jahr 2008 bei 68,7 % (Bremen), 65,5 % (Hamburg) bzw. 54,1 % (Berlin).

Im Vergleich zu 2007 stieg die Studienanfängerquote in Niedersachsen um + 1,0 Prozentpunkte. Auch in allen anderen Bundesländern nahm die Quote zu, im Durchschnitt um + 3,5 Prozentpunkte. Im mittelfristigen Vergleich sank die Zahl der Studienanfänger in Niedersachsen zwischen 2003 und 2008 um 3 250 Personen, was einer Veränderung der Studienanfängerquote von - 4,1 Prozentpunkten entspricht. Der prozentuale Rückgang der Studienanfängerquote war damit im Vergleich zwischen den Bundesländern in Niedersachsen am höchsten, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit - 0,4 Prozentpunkten. Die stärkste Zunahme konnte Brandenburg verzeichnen (+ 7,6 Prozentpunk-

te), gefolgt von Thüringen (+ 6,8 Prozentpunkte) und Hamburg (+ 5,7 Prozentpunkte).

Zahl der Studierenden auf 140 239 im Wintersemester 2008/2009 gestiegen

An niedersächsischen Hochschulen studierten im Wintersemester 2008/2009 140 239 Menschen (Tab. 55). Insgesamt gab es in Deutschland etwas mehr als 2 Mio. Studenten. Das bedeutet, in Niedersachsen werden etwa 7,0 % aller Studenten in Deutschland ausgebildet. Im Vergleich zum Vorjahressemester erhöhte sich die Zahl der Studierenden in Niedersachsen um + 1,8 %. Damit liegt Niedersachsen im unteren Mittelfeld. Im deutschen Durchschnitt stieg die Zahl der Studierenden um + 3,1 %, wobei die Zuwächse in Westdeutschland deutlicher waren (+ 3,7 %) als in Ostdeutschland (+ 1,3 %). Die höchsten Anstiege gab es im Vergleich zum Vorjahr in Hessen (+ 13,4 %) und im Saarland (+ 10,3 %). Einzig in Sachsen sank die Zahl der Studierenden mit - 0,2 % leicht.

Mittelfristig ging die Zahl der Studierenden deutschlandweit zwischen 2003 und 2008 um - 0,9 % zurück, wobei dies aus einem Saldo von sinkenden Studierendenzahlen in Westdeutschland (- 1,9 %) und steigenden Studierendenzahlen in Ostdeutschland (+ 3,1 %) resultiert. Das heißt, mittelfristig zeigt sich ein umgekehrtes Bild im Vergleich zu den Veränderungsdaten zwischen 2007 und 2008. Die höchsten Zuwächse gab es in Brandenburg (+ 18,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 15,0 %) und auch in den anderen ostdeutschen Ländern, außer in Berlin (- 5,7 %) stieg die Zahl der Studierenden im Vergleich zu 2003. In Westdeutschland gestaltet sich das Bild differenzierter. So gab es in Rheinland-Pfalz (+ 11,4 %) und im Saarland (+ 10,9 %) ähnlich hohe Zuwächse wie in Ostdeutschland. In Niedersachsen kam es dagegen zu einer Abnahme um - 7,8 %, genauso wie in Nordrhein-Westfalen (- 8,9 %) oder in Bremen (- 6,5 %).

Anteil der Bildungsausländer geht leicht zurück

Ein wichtiger Indikator für die Attraktivität des Hochschulwesens ist der Anteil der so genannten „Bildungsausländer“. Bildungsausländer sind diejenigen Studentinnen und Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben. Im Wintersemester 2008/2009 lag dieser Anteil in Niedersachsen bei 8,7 % und ging damit im Vergleich zum Vorjahressemester um - 0,3 Prozentpunkte zurück (Tab. 55). Damit liegt Niedersachsen sowohl vom Niveau (8,8 %) als auch von der durchschnittlichen Veränderung im Vergleich zum Vorjahr (- 0,3 Prozentpunkte) im bundesdeutschen Durchschnitt. Die höch-

ten Quoten im Wintersemester 2008/2009 wiesen Bremen (13,2 %), Berlin und das Saarland (jeweils 12,6 %) auf. Am niedrigsten lag der Wert in Mecklenburg-Vorpommern (5,2 %) und in Thüringen (5,9 %). Im Mittelfristigen Vergleich ist der Anteil der Bildungsausländer ebenfalls leicht zurückgegangen. So betrug die Quote im Wintersemester 2003/2004 in Niedersachsen 9,0 % und in Deutschland insgesamt 8,9 %.

Zahl der Hochschulabsolventen weiter steigend – Frauenanteil bei 55 %

2008 beendeten 23 121 Studenten erfolgreich ein Erststudium an einer niedersächsischen Hochschule (Tab. 56). Damit wurden aus Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern die meisten Absolventen verabschiedet. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Absolventenzahlen in allen Bundesländern. In Niedersachsen betrug die Veränderung + 12,9 %; diese Zuwachsrate liegt 4,3 Prozentpunkte höher als der Bundesdurchschnitt.

Auch mittelfristig stieg die Zahl der Hochschulabsolventen stetig. Im Vergleich zu 2003 nahm die Zahl der Absolventen um + 40,2 % zu. In Bremen kam es sogar zu mehr als einer Verdopplung (+ 108,2 %), wohingegen an Berliner Hochschulen die geringsten Zuwächse (+ 22,2 %) zu verzeichnen waren. Trotz der in allen Bundesländern einheitlichen Entwicklungsrichtung zeigt sich dadurch im Ländervergleich ein differenziertes Bild, denn bei der Höhe des Anstiegs gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Allerdings muss hier auch beachtet werden, dass große Zuwächse relativ schneller erreicht werden, je geringer das Anfangsniveau ist.

In beinahe allen Bundesländern liegt der Anteil von Frauen an der Zahl der Hochschulabsolventen höher als 50 %. Mit 55,0 % im Jahr 2008 ist dies auch für Niedersachsen der Fall. Der Frauenanteil ist im Vergleich zum Jahr 2003 um 3,9 Prozentpunkte angestiegen und liegt über dem Bundesdurchschnitt von 52,2 %. Allein im Saarland, in Baden-Württemberg und Sachsen liegt der Wert etwas unter 50 %. Das kann auch strukturelle Gründe haben: Der Frauenanteil an den Hochschulabsolventen wird auch dadurch beeinflusst, inwiefern die Hochschullandschaft in einem Bundesland, wie z.B. in Sachsen, durch Technische Universitäten geprägt ist. Denn in technischen Studiengängen ist das Verhältnis von weiblichen und männlichen Studenten und Absolventen nach wie vor nicht ausgeglichen.

Steigende Zahl an Promotionen – Frauenanteil weiterhin unter 50 % aber steigend

2008 wurde in Niedersachsen insgesamt 2 238-mal der akademische Grad des „Doktors“ vergeben (Tab. 57).

Das sind + 27,5 % mehr als im Vorjahr und 9,2 % mehr als im Vergleich zum Jahr 2003. Auch im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Promotionen im Vergleich zu 2007 (+ 5,6 %) und 2003 (+ 9,3 %). Wobei die Zuwächse in Ostdeutschland insgesamt stärker waren als in Westdeutschland, da hier in einigen Ländern wie Schleswig-Holstein, dem Saarland und Rheinland-Pfalz auch ein rückläufiger Trend besteht.

Der Frauenanteil an der Zahl der Promotionen ist in Niedersachsen von 37,6 % (2003) auf 41,3 % (2008) angestiegen und liegt damit etwa im Bundesdurchschnitt von 41,9 %. In Schleswig-Holstein ist die 50%-Marke mit einem Frauenanteil von 49,1 % fast erreicht, gefolgt von Berlin mit 46,0 %. Anders verhält es sich hingegen im Saarland und in Bremen. Dort ist der Frauenanteil mit 36,0 % bzw. 39,0 % noch vergleichsweise niedrig.

Zahl der Habilitationen sinkt, aber Zahl der Professoren gleichbleibend

2008 waren an niedersächsischen Hochschulen insgesamt 3 194 Professorinnen und Professoren tätig (Tab. 59). Damit hat sich die Zahl der Lehrenden in einem wissenschaftlichen Fach im Vergleich zum Vorjahr nur leicht erhöht (+ 0,9 %) und ist im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2003 konstant geblieben (0,0 %). In Deutschland hat sich die Zahl ebenfalls kaum verändert und lag 2008 bei 38 564, was einer Zunahme von + 1,4 % im Vergleich zum Vorjahr und von + 1,6 % im Vergleich zu 2003 entspricht. Im Ländervergleich hat sich die Zahl der Professoren mittelfristig recht unterschiedlich entwickelt. So gab es in Hamburg (- 11,8 %) und Sachsen-Anhalt (- 7,4 %) recht starke Abnahmen. In Berlin (+ 13,5 %) und Brandenburg (+ 10,8 %) stieg die Zahl der Professoren hingegen deutlich an.

In Niedersachsen wurde im Jahr 2008 bei 115 Personen im Rahmen eines akademischen Prüfungsverfahrens die Lehrbefähigung für ein wissenschaftliches Fach festgestellt (Habilitation). Damit sank die Zahl der Habilitationen im Vergleich zum Vorjahr um - 23,3 % (Tab. 58). Aufgrund der relativ kleinen Fallzahlen sind zyklische Schwankungen nicht ungewöhnlich, zumal sich die Zahl der Professoren insgesamt kaum verändert hat. In Deutschland lag die Zahl der Habilitationen im Jahr 2008 bei 1 800 und ging damit leicht um - 4,3 % im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Professorinnen sind an niedersächsischen wie auch an deutschen Hochschulen insgesamt nach wie vor unterrepräsentiert. 2008 lag der Frauenanteil in Niedersachsen bei 21,6 %. Dies liegt deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 17,4 %. Lediglich in Berlin (25,5 %) und Bremen (21,9 %) ist der Frauenanteil höher. Die ge-

ringsten Frauenanteile sind in Schleswig-Holstein mit 12,0 % und in Thüringen mit 13,7 % zu verzeichnen. Im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2003 nahm die Zahl der Professorinnen jedoch in allen Bundesländern zu. So lag der Frauenanteil in Niedersachsen 2003 noch bei 16,8 %, im Bundesdurchschnitt bei 12,8 %. Auch die Zahl der Habilitationen von Frauen ist in diesem Zeitraum angestiegen, in Niedersachsen von 21,6 % (2003) auf 24,3 % (2008) und in Deutschland insgesamt von 22,1 % auf 23,4 %.

Dies zeigt, dass es nach wie vor eine gewisse Gender-Lücke im akademischen Bereich gibt. Je höher der akademische Grad, desto geringer der Frauenanteil. So liegt die Frauenquote bei der Zahl der Hochschulabsolventen in Niedersachsen bei 55,0 %, bei der Zahl der Promotionen bei 41,3 % und bei den Habilitationen bei 24,3 %. Die Zunahme der Frauenquoten sowohl bei den Promotionen als auch bei den Habilitationen zeigt aber auch, dass die 50%-Marke näher rückt.

Humanpotenzial

Der *Monitor* enthält wie jedes Jahr zwei Tabellen mit Daten der Schulstatistik, und zwar einerseits die Zahl und Quote der Schulabbrecher (Tab. 60), andererseits die der Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung und die Abiturientenquote (Tab. 62). Zuständig für die Zusammenstellung vergleichbarer Daten der Schulstatistik ist die Kultusministerkonferenz (KMK). Als Quelle für die Tabellen 60 und 62 dient daher vollständig die Fachveröffentlichung der KMK. Die aktuell vorliegende Veröffentlichung der KMK beinhaltet Daten für das Schuljahr 2007/2008. Aktuellere Daten für alle Bundesländer liegen leider noch nicht vor, wohl aber für Niedersachsen. Die Ergebnisse für Niedersachsen für das Schuljahr 2008/2009 werden im analysierenden Text verarbeitet.

Zahl der Schulabbrecher geht weiter zurück auf 5 556 im Jahr 2009

Im Jahr 2009 haben in Niedersachsen 5 556 Jugendliche die Schule verlassen, ohne dass sie mindestens einen Hauptschulabschluss erworben haben. Darin eingeschlossen sind auch Schulabgänger nach Beendigung der Vollzeit-schulpflicht an Förderschulen mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „Geistige Entwicklung“ ohne Hauptschulabschluss, d.h. auch solche Jugendliche, deren Schulbesuch nicht vorrangig auf den Erwerb eines Hauptschulabschlusses ausgerichtet ist. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Schulabbrecher damit um - 18,1 % zurückgegangen. 2008 lag die Zahl der Schulabbrecher in Niedersachsen bei 6 780 (Tab. 60). Zwischen 2008 und 2003 sank der Wert ebenfalls deutlich, und zwar um - 30,6 %. Auch bundesweit sank die Zahl der Schulabbrecher merklich. Waren es im Jahr 2003 noch 84 092, so sank die Zahl bis zum Jahr 2008 auf 64 918 und damit um - 22,8 %. Dies ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Denn auch wenn die betroffenen Jugendlichen ihren Schulabschluss später an einer berufsbildenden Schule nachholen können, so ist der erfolgreiche Start ins Berufsleben ohne Nachweis eines Schulabschlusses doch äußerst schwierig. Überall in der Wirtschaft haben sich die Qualifikationsanforderungen erhöht, und ohne zumindest einen Hauptschulabschluss sind die Chancen auf eine Lehrstelle gering und das Risiko einer späteren Arbeitslosigkeit hoch.

Um zu ermitteln, welches Ausmaß das Problem der Schulabbrecher hat und wie die Entwicklung verläuft, reicht die Betrachtung der absoluten Werte nicht aus. Denn ein Rückgang der Schulabbrecher kann seine Ursache auch in der demografischen Entwicklung haben, d.h., dass schwächer besetzte Altersjahrgänge das Schulsystem verlassen. Für einen sachgerechten Zeit- und Regionalvergleich wurde daher die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulab-

schluss in Relation zur in etwa gleichaltrigen Bevölkerung gebracht, also dem Durchschnitt der 14- bis unter 17-Jährigen am 1. Januar des Berichtsjahres. Diese Altersklasse wird auch von der KMK als Bezugsgröße verwendet. Die so berechnete Beziehungszahl wird im Folgenden als „Schulabbrecherquote“ bezeichnet.

In Niedersachsen betrug die Quote im Jahr 2009 6,2 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr um - 1,2 Prozentpunkte gesunken. Im Jahr 2008 lag die niedersächsische Schulabbrecherquote mit 7,4 % leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 7,8 %. In den westdeutschen Bundesländern lag die Quote insgesamt niedriger, in den ostdeutschen Ländern war sie dagegen im Durchschnitt höher. Am höchsten war die Schulabbrecherquote 2008 in Mecklenburg-Vorpommern mit 17,9 %, d.h. mehr als jeder sechste Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern verlässt die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss. Dies ist ein alarmierender Wert, zumal die Quote im Jahr 2003 noch 9,9 % betrug. Die wenigsten Schulabbrecher bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung gab es 2008 in Baden-Württemberg (5,6 %) und Bayern (6,5 %).

12,6 % frühe Schulabgänger

Die Tabelle 61 wurde im aktuellen *Monitor* neu aufgenommen. Dargestellt wird der Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-) Hochschulreife, die sich weder in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden noch an einer Weiterbildung teilnehmen oder sich im Grundwehr- und Zivildienst befinden, an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe. Der Indikator fasst Personen zusammen, die maximal über einen Haupt- oder Realschulabschluss verfügen beziehungsweise maximal die 10. Klasse des Gymnasiums oder ein Berufsvorbereitungsjahr abgeschlossen haben. Die Quote stellt damit die „Frühen Schulabgänger“ dar. Die Berechnung für alle Bundesländer erfolgt im Rahmen der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik, einer Arbeitsgruppe der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die vorliegende Tabelle sowie weitere Sozialindikatoren können unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de kostenfrei heruntergeladen werden. Als Datengrundlage wurde der Mikrozensus, eine 1%ige, jährlich durchgeführte Haushaltsstichprobe, herangezogen. Anders als in Tabelle 60, in der die Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss dargestellt sind, werden hier also die jungen Erwachsenen dargestellt, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind.

2009 gab es in Niedersachsen 12,6 % frühe Schulabgänger in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen.

Dieser Wert liegt höher als die Bundesquote von 11,1 %. Im Ländervergleich befindet sich Niedersachsen im Mittelfeld. Einen besonders geringen Anteil früher Schulabgänger gibt es in Thüringen (5,4 %) und Sachsen (6,7 %). Besonders hoch sind die Werte in Bremen (14,5 %), im Saarland (14,4 %) und in Berlin (14,2 %). Mit Ausnahme von Berlin sind die Quoten in Ostdeutschland (9,3 %) im Durchschnitt geringer als in Westdeutschland (11,6 %). Lediglich Bayern (8,8 %) und Baden-Württemberg (9,5 %) haben vergleichbar niedrige Quoten wie die ostdeutschen Länder. Im Vergleich zum Jahr 2005 sank die Quote der frühen Schulabgänger in Niedersachsen um - 3,4 Prozentpunkte. Diese positive Entwicklung ist auch für das gesamte Bundesgebiet festzustellen, wobei der Rückgang im Durchschnitt nur - 2,7 Prozentpunkte betrug. Die höchste Abnahme bei der Zahl der frühen Schulabgänger gab es in Hamburg. Hier sank die Quote von 21,2 % (2005) auf 12,1 % (2009). Dem entgegen sank der Wert in Brandenburg lediglich um - 1,2 Prozentpunkte. Da die Quote in Brandenburg aber bereits im Jahr 2005 (10,2 %) vergleichsweise niedrig war, relativiert sich die geringe Veränderungsrate.

Der Vergleich zwischen den Geschlechtern zeigt, dass im Durchschnitt mehr Männer zu der Gruppe der frühen Schulabgänger gehören. In Deutschland lagen die Werte bei 11,5 % (Männer) und 10,8 % (Frauen). In Niedersachsen ist der Abstand etwas geringer, hier liegt die Quote der männlichen frühen Schulabgänger bei 12,7 %, bei den weiblichen bei 12,4 %. Unter allen Bundesländern ist die Differenz zwischen Männern und Frauen in Hamburg besonders hoch (Männer: 14,1 %, Frauen: 10,2 %). Schleswig-Holstein und Thüringen sind hingegen die einzigen Länder, in denen die Quote der frühen Schulabgänger bei den Frauen höher ist als bei den Männern.

Abiturientenquote 2009 bei 29,5 %

Im Jahr 2009 erlangten 27 976 niedersächsische Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die Hochschulreife. Im Jahr zuvor waren es noch 25 877 (Tab. 62). Mittelfristig stieg die Zahl der Abiturienten zwischen 2003 und 2008 leicht an um + 2,4 %. Im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der Abiturienten hingegen stärker zu (4,7 %). Die geringsten Zuwächse gab es in Hessen (+ 2,1 %), gefolgt von Niedersachsen. In Mecklenburg-Vorpommern stieg die Zahl der Abiturienten am stärksten an (+ 26,2 %). Allerdings ist hier zu beachten, dass durch die Umstellung von 13 auf 12 Schuljahre im Jahr 2008 in Mecklenburg-Vorpommern gleich zwei Jahrgänge zum Abitur geführt wurden. Daher ist der Wert nur bedingt aussagefähig. Lässt man Mecklenburg-Vorpommern außer Acht, stieg die Zahl der Abiturienten zwischen 2003 und 2008 in Hamburg (6,7 %) und Bremen (6,1 %) besonders deutlich.

Ähnlich der Schulabbrecherquote kann auch eine Abiturientenquote berechnet werden, um einen aussagekräftigen Regional- und Zeitvergleich zu ermöglichen. Für die Berechnung der Abiturientenquote wird die Zahl der Abiturienten ins Verhältnis zur gleichaltrigen Bevölkerung gebracht. Für Niedersachsen ist die Bezugsgröße der Durchschnitt der 18- bis unter 21-Jährigen. Je nachdem, ob die Hochschulreife in einem Bundesland nach 12 oder 13 Jahren erreicht wird, werden von der KMK unterschiedliche Bezugsgrößen zur Berechnung der Abiturientenquote herangezogen. In Bundesländern, in denen die Abiturprüfung nach 12 Jahren abgelegt wird, wird die Quote auf Basis des Durchschnitts der 18- bis unter 20-Jährigen berechnet. In Ländern mit einem Abitur nach 13 Jahren wird entsprechend der Durchschnitt der 18- bis unter 21-Jährigen für die Berechnung der Abiturientenquote herangezogen.

2009 lag die Abiturientenquote in Niedersachsen bei 29,5 %. Dies ist ein Anstieg von 1,8 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Allerdings lag die Abiturientenquote bereits 2007 bei 30,0 %, so dass sich der aktuelle Anstieg dadurch wieder relativiert. Im Bundesdurchschnitt lag die Abiturientenquote im Jahr 2008 bei 31,9 % und damit um 4,2 Prozentpunkte höher als in Niedersachsen. Im Bundesländervergleich war die Quote in den Stadtstaaten Hamburg (38,5 %), Bremen (37,8 %) und Berlin (36,9 %) am höchsten. Mecklenburg-Vorpommern (50,2 %) bleibt in dieser Betrachtung außen vor, da ein aussagefähiger Vergleich aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs stark eingeschränkt ist. Die schulpolitische Besonderheit in Mecklenburg-Vorpommern beeinflusst natürlich auch das Bundesergebnis, allerdings nur marginal. Die mecklenburgischen Abiturienten machten 2008 insgesamt nur etwa 3,8 % aller Abiturienten in Deutschland aus. Die wenigsten Abiturienten im Vergleich zur gleichaltrigen Bevölkerung gab es 2008 in Bayern (23,7 %) und im Saarland (26,9 %). Danach folgt Niedersachsen mit 27,7 %.

Mittelfristig ist die Abiturientenquote in allen Bundesländern angestiegen. Im Durchschnitt stieg der Wert von 27,1 % (2003) auf 31,9 % (2008). Am deutlichsten war der Anstieg in Hamburg (+ 6,7 Prozentpunkte) und Bremen (+ 6,1 Prozentpunkte). Dies ist besonders hervorzuheben, da die Abiturientenquote in den Stadtstaaten auch im Jahr 2003 bereits über dem Bundesdurchschnitt lag. Die geringsten Zuwachsraten gab es in Hessen (+ 2,1 Prozentpunkte) und in Niedersachsen (+ 2,4 Prozentpunkte). Trotz des mittelfristigen Anstiegs der Abiturientenquote ist Niedersachsen damit im Bundesländervergleich weiter zurückgefallen, da die Quoten in anderen Ländern stärker gestiegen sind.

Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten bei 8,2 %

Am 30.06.2009 arbeiteten insgesamt 199 033 Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss in Nie-

dersachsen (Tab. 63). Das entspricht einem Anteil an allen Beschäftigten von 8,2 % und bedeutet einen Anstieg von + 3,7 % gegenüber dem Vorjahr. Mittelfristig stieg die Zahl der Hochqualifizierten sogar um + 20,2 %. Bundesweit lag die Quote mit 10,4 % im Jahr 2009 deutlich höher als in Niedersachsen. Dies hängt aber auch damit zusammen, dass sich die Arbeitsplätze mit einem hohen Qualifizierungsanspruch in den Stadtstaaten Berlin (14,4 %), Hamburg (13,4 %) und Bremen (11,6 %) konzentrieren.

Die dadurch entstehende Verzerrung wirkt sich stark auf die niedersächsische Hochqualifiziertenquote aus. Denn viele in Niedersachsen wohnende Akademiker arbeiten in Hamburg oder Bremen. Gleiches gilt für Schleswig-Hol-

stein, hier liegt die Hochqualifiziertenquote bei lediglich 6,6 %.

In den ostdeutschen Ländern (11,6 %) ist die Hochqualifiziertenquote im Durchschnitt höher als in Westdeutschland (10,2 %). Dies liegt zum einen daran, dass die Zahl der Studierenden im DDR-Bildungssystem höher war. Zum anderen ist in der Quote für Ostdeutschland auch der hohe Wert für Berlin enthalten, welcher etwa ein Viertel des ostdeutschen Wertes bestimmt. Mittelfristig stieg die Hochqualifiziertenquote in Westdeutschland schneller als in Ostdeutschland. So betrug die Differenz 2004 2,1 Prozentpunkte, 2009 waren es nur noch 1,4 Prozentpunkte. Die Hochqualifiziertenquoten in Ost und West gleichen sich also allmählich an.



Umwelt

Das Kapitel „Umwelt“ war erstmals in der *Monitor*-Ausgabe 2009 enthalten. Mit insgesamt 7 Tabellen wurden verschiedene Aspekte des Politikfeldes Umwelt/Umweltschutz im Ländervergleich abgebildet, und zwar die Bereiche Flächenverbrauch, Öko-Landbau, Wasserverbrauch, Abfallaufkommen, erneuerbare Energien und CO₂-Emissionen. Die Datenlage erlaubt nicht in allen Fällen, das übliche Schema des *Monitors* – Zeitreihen im Fünfjahresvergleich – anzuwenden. Zum einen haben einige Daten mehrjährige Erhebungen als Quelle. Zum anderen lagen die Daten zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Aus diesem Grund konnten in der aktuellen *Monitor*-Ausgabe lediglich die Tabellen 64 (Flächenverbrauch) und 67 (Aufkommen an Haushaltsabfällen) aktualisiert werden. Die restlichen fünf Tabellen im Bereich Umwelt sowie die zugehörigen, kommentierenden Texte wurden aus dem Vorjahr übernommen.

Flächenverbrauch von 11 Hektar pro Tag

Ende des Jahres 2008 wurden mehr als 13 % bzw. 6 404 km² der gesamten Fläche Niedersachsens als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen (Tab. 64). Die „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche (z.B. Sport- und Grünanlagen), der Betriebsfläche, der Erholungsfläche, der Verkehrsfläche und der Fläche für Friedhöfe zusammen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche um + 0,6 % zu, gegenüber 2003 um + 3,8 %. Dies liegt etwas unter dem Bundesdurchschnitt von + 0,7 % (2007/2008) bzw. + 4,4 % (2003/2008). In den ostdeutschen Ländern (+ 6,7 %) nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche mittelfristig stärker zu als in Westdeutschland (+ 3,7 %), allen voran in Sachsen-Anhalt (+ 12,2 %). Bemerkenswert ist, dass die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch in den dicht besiedelten Stadtstaaten Berlin (+ 0,7 %), Bremen (+ 1,7 %) und Hamburg (+ 2,6 %) weiterhin steigt, wenn auch nur in einem geringen Ausmaß.

Der „Flächenverbrauch“ lag 2008 in Niedersachsen bei 11 Hektar pro Tag. Der Begriff meint hier im eigentlichen Sinne nicht den Verbrauch von Fläche, sondern die Umwandlung von landwirtschaftlich genutzter oder naturbelassener Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Flächenverbrauch in Niedersachsen um einen Hektar pro Tag an. Im Vergleich zum Jahr 2003 ging der Flächenverbrauch (12,6 Hektar pro Tag) allerdings zurück. Auch bundesweit ist die Geschwindigkeit, in der der Flächenverbrauch stattfindet, mittelfristig von 98,8 auf 95,1 Hektar pro Tag zurückgegangen.

Bedeutung des Öko-Landbaus steigt – große Wachstumspotenziale

Ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe verfügten 2007 in Niedersachsen über eine Fläche von 74 810 Hektar (Tab. 65). Sie hielten damit einen Anteil von 2,9 % an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Dabei wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der Öko-Betriebe in die Berechnung einbezogen, unabhängig davon, ob diese bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet und noch konventionell bewirtschaftet wird. Dies geht aus den Agrarstrukturerhebungen hervor, die im Zweijahresrhythmus durchgeführt werden. Der Anteil der Öko-Landfläche stieg damit um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2005 und um 0,7 Prozentpunkte gegenüber 2003.

Im Bundesvergleich ist das eher wenig. In Deutschland insgesamt hält der Öko-Landbau mittlerweile einen Anteil von 5,1 %, Spitzenwerte treten in Brandenburg (10,1 %), Saarland (9,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (8,8 %) auf. Den höchsten Wert hat Berlin mit 11,1 % – da die Bundeshauptstadt als Agrarstandort aber keine Rolle spielt, ist dies eher eine Fußnote. Die niedrigsten Anteilswerte gibt es in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. In Ostdeutschland hat der Öko-Landbau mit 6,7 % ein höheres Gewicht als in Westdeutschland (4,3 %). Für das Agrarland Niedersachsen ergeben sich hier noch große Entwicklungspotenziale, denn die Verbraucher verlangen aus Gesundheits-, Tierschutz- und ökologischen Gründen zunehmend nach ökologisch produzierten Nahrungsmitteln und sind auch bereit, dafür höhere Preise zu bezahlen.

Wasserverbrauch sinkt – Im Westen höherer Verbrauch als in Ostdeutschland

Wasser ist Bedingung allen Lebens und das wichtigste menschliche Nahrungsmittel. Deutschland ist ein Land, das – im Gegensatz zu mediterranen und subtropischen Ländern – keinen Wassermangel hat, sondern gesegnet ist mit reichen natürlichen Vorkommen. Das Trinkwasser der öffentlichen Wasserversorgung in Niedersachsen ist in aller Regel von höchster Qualität und uneingeschränkt verbrauchs- und genussfähig. Wer den Standard gewohnt ist, dass aus dem Hahn erstklassiges Trinkwasser aus dem Harz oder aus der Heide kommt, kann sich nur schwer an stark gechlortes Oberflächenwasser gewöhnen. Trotz unseres Wasserreichtums ist das Wasser ein schützenswertes und schutzbedürftiges Gut; daraus ergibt sich unter anderem, dass mit diesem Gut sparsam umgegangen werden muss.

Im Jahr 2007 wurden in Niedersachsen von den öffentlichen Wasserversorgern 464 Mio. m³ Wasser an Letztverbraucher abgegeben (Tab. 66), das weitaus meiste davon (371 Mio. m³) an Haushalte und Kleingewerbe. Das entspricht einem täglichen Pro-Kopf-Verbrauch von 128 Litern. Dieser Pro-Kopf-Verbrauch Niedersachsens liegt exakt im Schnitt der westdeutschen Länder und leicht über dem Bundeswert von 122 Litern. Die höchsten Pro-Kopf-Werte traten 2007 in Nordrhein-Westfalen (135 Liter), Schleswig-Holstein, Hamburg und Bayern (je 133 Liter) auf. Relativ geringe Werte gibt es in Ostdeutschland, so vor allem in Sachsen mit nur 85 Litern. Gründe hierfür liegen z.B. in der unterschiedlichen Bedeutung des Kleingewerbes und des Tourismus. In den östlichen Bundesländern wurde in den 1990er Jahren kräftig in die Infrastruktur der öffentlichen Wasserversorgung investiert, so dass die Kosten für die Trinkwasserversorgung pro Haushalt im Osten im Schnitt etwa ein Drittel höher sind als im Westen. Ob der geringere Wasserverbrauch in den östlichen Bundesländern Ursache oder Wirkung des höheren Wasserpreises ist, kann nur spekuliert werden.

In allen Bundesländern bis auf Thüringen ging der Pro-Kopf-Verbrauch zurück, wobei die Vergleichsdaten sich aufgrund des dreijährigen Erhebungsrhythmus der Erhebung über die öffentliche Wasserversorgung auf die Jahre 2004 und 2001 beziehen. Im langfristigen Vergleich 2007 zu 2001 fiel in Niedersachsen der Pro-Kopf-Verbrauch um - 2,1 %, bundesweit waren es sogar - 4,3 %. Besonders starke Rückgänge gab es in Schleswig-Holstein sowie in den drei Stadtstaaten.

Weiterhin hohes Abfallaufkommen in Niedersachsen bedingt durch Sammelfleiß der Bevölkerung

Die Tabelle 67 liefert aktuelle Werte zur Höhe des Aufkommens an Haushaltsabfällen. Zu den Haushaltsabfällen gehören neben Haus- und Sperrmüll auch Bioabfälle und getrennt gesammelte Wertstoffe, wie z.B. Verpackungsmüll, Glas und Papier/Pappe/Karton. Im Jahr 2008 belief sich das Aufkommen an Haushaltsabfällen in Niedersachsen auf 3 980 Mio. Tonnen und ist damit gegenüber dem Vorjahr um - 1,3 % leicht gesunken. Gegenüber dem Jahr 2004 ist ein leichter Zuwachs von + 0,8 % zu verzeichnen. Im Bundesdurchschnitt sank das Abfallaufkommen sowohl kurzfristig (- 1,7 %) als auch mittelfristig (- 2,3 %), wobei der Rückgang in Ostdeutschland höher war (2004/2008: - 8,6 %) als in Westdeutschland (- 0,9 %).

Das Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen betrug 2008 durchschnittlich 501 Kilogramm je Einwohner. Nur in Rheinland-Pfalz war das Abfallaufkommen ebenso hoch. In allen anderen Bundesländern lag es darunter. Das geringste Abfallaufkommen gab es in Sachsen (322 kg je Einwohner) und Brandenburg (370 kg je Einwohner). Bundesweit fielen im Durchschnitt 448 Kilogramm an, mit höheren

Werten in den westdeutschen Ländern (464 kg je Einwohner) und niedrigeren in den ostdeutschen Ländern (382 kg je Einwohner). Gegenüber dem Jahr 2004 ging das Abfallaufkommen je Einwohner bundesweit um 7,5 Kilogramm zurück. Gegenläufige Entwicklungen zum Durchschnitt gab es in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen – hier stieg das Abfallaufkommen in den vergangenen vier Jahren leicht an.

Die regional unterschiedliche Höhe des Pro-Kopf-Aufkommens von Haushaltsabfällen und damit verbunden auch das hohe Aufkommen in Niedersachsen ist vor allem auf das ausgeprägte Trennverhalten der Bevölkerung und hierdurch bedingt insbesondere auf das hohe Aufkommen an organischen Abfällen zurückzuführen. In Niedersachsen wird der Ansatz verfolgt, durch eine möglichst flächendeckende Sammlung von Bioabfällen mit anschließender Kompostierung oder Vergärung die Masse der zu beseitigenden Abfälle zu verringern. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind verpflichtet, besondere Anstrengungen zur Trennung und Verwertung von kompostierbaren Abfällen zu ergreifen. Sie haben die weitgehend flächendeckende Sammlung von Bioabfällen umgesetzt und geeignete Anlagen zur Behandlung dieser Abfälle errichtet oder Dritte mit der Erfassung und Verwertung dieser Abfälle beauftragt. Dies hat dazu geführt, dass Niedersachsen im bundesweiten Vergleich mit deutlichem Abstand den 1. Platz einnimmt. In keinem anderen Bundesland wurden mit 152 kg je Einwohner mehr Bioabfälle getrennt gesammelt. Zum Vergleich: In Hamburg sind es z.B. nur 20 kg, in Schleswig-Holstein 91 kg und im Bundesdurchschnitt 107 kg. Auch bei der Sammlung von Wertstoffen wie Glas, Papier und Leichtverpackungen liegt Niedersachsen mit 154 kg je Einwohner deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 143 kg. Eine weitere Ursache für die unterschiedliche Höhe des Abfallaufkommens in den Bundesländern liegt in der regional unterschiedlichen Einstufung von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen.

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch steigt

Es ist ein allgemein akzeptiertes politisches Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch deutlich zu erhöhen. Bei den erneuerbaren Energieträgern (Solarenergie, Wasser, Wind und Biomasse) ist der CO₂-Ausstoß gering bzw. maximal so hoch wie der ursprüngliche „Input“. Ihre Nutzung gibt der Landwirtschaft neue Impulse, und die Herstellung von Windrädern, Solar- und Biogasanlagen ist ein expandierender Wirtschaftszweig. Die Tabellen 68 bis 70 zeigen auf Basis von Ergebnissen der Energiebilanzen verschiedene Indikatoren zum Thema „erneuerbare Energien“ und CO₂-Ausstoß. Die Berechnung der Energiebilanzen ist äußerst aufwendig. Daher beziehen

sich die aktuellsten Daten – wie auch im *Monitor 2009* – auf das Jahr 2006, und auch diese sind nicht vollständig.

Die Tabelle 68 zeigt die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch. Primärenergie bedeutet den ursprünglichen Einsatz von Energieträgern. Aufgrund von Leitungs- und Umwandlungsverlusten – man denke an die Kühltürme der Kraftwerke – ist dieser Einsatz immer höher als der Endenergieverbrauch. Der Verbrauch erneuerbarer Energien hat in Niedersachsen stark zugenommen. Im Jahr 2000 lag er erst bei 7 038 Millionen Kilowattstunden (kWh), 2006 schon bei 31 900. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch stieg von 1,7 % (2000) über 5,0 % (2004) auf 7,9 % (2006). Dieser Anteil liegt im Bundesvergleich (Deutschland: 5,9 %) sehr hoch. Im Vergleich 2006 zu 2000 stieg der Anteil in Niedersachsen um + 6,1 Prozentpunkte, bundesweit waren es + 3,7 Punkte. Zu diesem hohen Anteil haben die günstigen Standortfaktoren Niedersachsens für Windenergie und Energie aus Biomasse beigetragen.

Stromproduktion: Wachsender Anteil erneuerbarer Energie – 2008 bereits 22% Anteil

Die Tabelle 69 zeigt für die Jahre 2004 bis 2006 – die Zeitreihen bauen sich hier erst langsam auf, aktuellere und ältere Daten sind im bundesweiten Ländervergleich nicht verfügbar – die Entwicklung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Im Unterschied zu Tabelle 68 geht es also nicht um den Verbrauch, sondern um die Erzeugung, in diesem Fall speziell von Elektrizität.

Im Jahr 2006 wurden im Stromexportland Niedersachsen fast 11 Mrd. Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Das entspricht insgesamt einem Anteil von 15,9 % an der gesamten Stromerzeugung des Landes. Mehr als zwei Drittel (72 %) davon stammt aus der Windkraft. Der Anteilswert von 15,9 % liegt weit über dem Bundesdurchschnitt von 11,3 % und auch deutlich höher als noch 2004, als er erst bei 12,6 % lag. Nur Bay-

ern produzierte 2006 mehr Strom aus erneuerbaren Energien als Niedersachsen; gut 15 % des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern in Deutschland stammten in diesem Jahr aus Niedersachsen.

Für das Land Niedersachsen sind bereits aktuellere Zahlen verfügbar. Im Jahr 2008 lag der Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung hier schon bei 22,2 %.

Energiebedingte CO₂-Emissionen gehen mittelfristig zurück

Die Tabelle 70 stellt dar, welche energiebedingten CO₂-Emissionen durch Primärenergieverbrauch entstehen; diese Daten sind also nicht produktions-, sondern verbrauchsbezogen. Die aktuellsten Werte beziehen sich auch hier auf das Jahr 2006. Datenbasis sind die Energiebilanzen. Da eine solche bisher für Niedersachsen nur alle 2 Jahre produziert wurde – ab Berichtsjahr 2008 wird es diese jährlich geben – können derzeit für das Land nur Informationen über „gerade Jahre“ geliefert werden. Bei den Energiebilanzen, die sehr aufwendig berechnet werden, ist das Deutschland-Ergebnis nicht völlig mit der Summe der Länderwerte identisch – in das nationale Ergebnis gehen Daten ein, die auf Länderebene nicht zur Verfügung stehen.

Die Gesamtmenge der energiebedingten CO₂-Emissionen belief sich 2006 in Niedersachsen auf gut 70 Mio. Tonnen. Das waren 8,8 % der Gesamtmenge Deutschlands. Gegenüber dem Jahr 2000 gingen die Emissionen Niedersachsens um - 5,7 % zurück, bundesweit waren es nur - 0,1 %. Die Emissionen entstanden vor allem in der Energiewirtschaft (Anteil von 32 %), gefolgt von den Haushalten sowie Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (26 %), dem Verkehrssektor (23 %) und dem Verarbeitenden Gewerbe (18 %). Die Energiewirtschaft verursacht zwar auch in Niedersachsen den höchsten Prozentanteil, dieser ist aber im Bundesvergleich (Deutschland: 46 %) niedrig.

Soziale Probleme, Sicherheit

Das Themengebiet „Soziale Probleme, Sicherheit“ wird mit 10 Tabellen statistisch abgebildet. Diese folgen in etwa dem Lebenszyklus der Menschen und den problematischen Lebenslagen, die diese begleiten können: Der Tabellenteil beginnt mit Schwangerschaftsabbrüchen, Alleinerziehenden und vorläufigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche. Es folgen Daten über relative Armut, Bezieher von Mindestsicherungs- und ALG II-Leistungen sowie Verbraucherinsolvenzen. Den Abschluss des Kapitels bilden Daten über Pflegebedürftige sowie Angaben über die öffentliche Sicherheit: Straftaten und Verkehrsunfälle. Die Tabelle 74 – Daten über relative Armut bzw. Armutsgefährdungsquoten – ist neu.

Zahl der Abtreibungen sinkt weiter

Schwangerschaftsabbrüche sind fast immer Ausdruck einer problematischen Lebenslage oder sogar Not. Das lässt sich daran ablesen, dass fast alle Abbrüche nach der Beratungsregelung vorgenommen werden; medizinische oder kriminologische Indikationen sind äußerst selten. Die Tab. 71 bezieht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf je 1 000 lebendgeborene Kinder. Mithilfe dieser Quote können die Bundesländer miteinander verglichen und außerdem die Ergebnisse im Zeitverlauf besser interpretiert werden – der Rückgang der Zahl der Abtreibungen geht ja auch auf eine Abnahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zurück.

Im Jahr 2009 ließen 9 134 niedersächsische Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen (Tab. 71). Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Quote um - 2,1 % und im Fünfjahresvergleich von - 3,9 %. Die absolute Zahl der Abtreibungen sank von 2004 bis 2009 sogar um - 15,0 %.

Die Entwicklung der Quoten liegt in etwa im Bundestrend. In Deutschland insgesamt ging die Quote der Schwangerschaftsabbrüche im Vorjahresvergleich um - 0,7 % und im Fünfjahresvergleich um - 9,6 % zurück. Die Quote von 147 Abtreibungen auf 1 000 Lebendgeborene in Niedersachsen im Jahr 2009 liegt – wie schon in den Vorjahren – deutlich niedriger als der Bundesdurchschnitt von 165. Im Vergleich der Bundesländer gibt es zwei klare Strukturen: Zum einen liegt die Abtreibungshäufigkeit in den ostdeutschen Ländern mit einer Quote von 232 deutlich über der Westdeutschlands von 149, zum anderen liegt sie in den Stadtstaaten deutlich höher als in den Flächenländern. Sehr hohen Werten von Bremen (297) und Berlin (293) stehen sehr niedrige Werte in Bayern (116) und Baden-Württemberg (129) gegenüber.

Zahl der Alleinerziehenden sinkt

Die Daten über Alleinerziehende (Tab. 72) stammen aus dem Mikrozensus, der großen einprozentigen Bevölkerungsstichprobe. Diese hat im Jahr 2005 eine tiefgreifende methodische Umgestaltung erfahren; darum wurde auch 2005 als ältestes mögliches Vergleichsjahr gewählt. Alleinerziehende in der Definition des Mikrozensus sind solche Frauen und Männer, die ohne festen Lebenspartner Kinder betreuen. Ob sie verheiratet sind oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Es ist offensichtlich, dass es für Alleinerziehende schwieriger ist als für Menschen in einer Partnerbeziehung, Kinderbetreuung, Beruf und Lebensalltag miteinander zu vereinbaren. Oft leben sie in prekären Lebenssituationen und haben ein deutlich überhöhtes Armutsrisiko zu tragen.

Die Zahl der Alleinerziehenden in Niedersachsen belief sich 2009 auf 245 000. Das bedeutet gegenüber 2008 einen Rückgang um - 0,4 %, gegenüber dem Jahr 2005 aber eine Zunahme um + 9,4 %. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung gab es in Niedersachsen 2009 wie schon im Vorjahr 31 Alleinerziehende je 1 000 Einwohner. Dieser Wert ist im Bundesvergleich (32) durchschnittlich und liegt exakt im Schnitt der westdeutschen Länder. Im Bundesländervergleich treten ähnliche Strukturen wie bei der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu Tage: In Ostdeutschland (38) sind Alleinerziehende deutlich häufiger vertreten als in Westdeutschland (31), und in den Stadtstaaten ist ihr Anteil höher als in den Flächenländern. Dementsprechend tritt der höchste Wert in Berlin (44) und der niedrigste in Baden-Württemberg (28) auf.

Abermals Steigerung der Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen

2009 haben die Jugendämter in Niedersachsen 3 016 „vorläufige Schutzmaßnahmen“ für Kinder und Jugendliche ergriffen (Tab. 73). Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2004 eine Zunahme um + 58,4 % und gegenüber 2008 noch einmal eine Steigerung um + 2,8 %. Bundesweit gab es mittelfristig eine Zunahme von + 30,1 % und im Vorjahresvergleich von + 4,5 %.

Vorläufige Schutzmaßnahmen werden ergriffen, wenn Gefahren für Kinder und Jugendliche erkannt werden oder diese selbst um Schutz bitten. Diese Maßnahmen erfolgen nach § 42 Abs. 1 SGB VIII meist als „Inobhutnahme“. Eine solche wird z.B. eingeleitet, wenn Minderjährige nachts ohne Begleitung an einem jugendgefährdenden Ort, z.B. in Rotlichtvierteln, angetroffen werden. Seltener ist eine „Herausnahme“ von Kindern und Jugendlichen aus

einer gefährdenden Situation in der Familie oder Pflegefamilie. Solche gravierenden Maßnahmen (Herausnahme und Inobhutnahme) werden nur getroffen, wenn es schwerwiegende Gefahren für das körperliche oder seelische Wohl der Kinder gibt, so z.B. sexuellen Missbrauch oder Misshandlungen, aber auch Vernachlässigung und unzureichende Betreuung durch überforderte Eltern.

An der Zunahme der Zahlen z.B. von 2008 auf 2009 lässt sich ablesen, dass solche Problemlagen häufiger geworden sind. Der drastische Zuwachs von gut + 58 % im Vergleich zu 2004 legt nahe, dass die zuständigen Stellen heute genauer hinsehen und schneller handeln, nachdem die Öffentlichkeit und die Behörden vor allem im Jahr 2008 durch einige aufsehenerregende Fälle von Kindesmisshandlung alarmiert und sensibilisiert wurden.

In den Stadtstaaten liegt die Zahl der Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche deutlich höher als in den Flächenländern, und in Ostdeutschland liegt sie mit einem Wert von 36 deutlich über dem Westdeutschlands von 23. Die höchsten Werte gab es 2009 in Hamburg (49) und Brandenburg (44), die niedrigsten in Bayern (12) und Rheinland-Pfalz (13). Niedersachsens Wert von 21 liegt unter dem Bundesdurchschnitt von 25.

Jeder Siebte ist armutsgefährdet – Armutsgefährdungsquote seit 2005 stabil

Die Tab. 74 ist neu. Sie berichtet über die „relative Armut“ anhand von Armutsgefährdungsquoten. Die zugrunde liegenden Daten wurden von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung“ berechnet, in der die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsam ein Berichtssystem über die relative Armut sowie über die Mindestsicherungssysteme aufbauen. Die Ergebnisse sowie methodische Grundlagen kann man im Statistik-Portal unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de nachlesen, speziell für Niedersachsen erfolgt eine laufende Berichterstattung in den Statistischen Monatsheften Niedersachsen¹⁾. Diese Berichterstattung differenziert zusätzlich natürlich nach Lebenslagen und damit verbundenen erhöhten Armutsrisikofaktoren (z.B. Geringqualifikation, Migrationshintergrund, Erwerbslosigkeit, Alleinziehende).

Das Konzept der „relativen Armut“ misst die Armutsgefährdung anhand der Ungleichverteilung von Einkommen. Entsprechend internationaler Konventionen gilt derjenige als armutsgefährdet, der über weniger als 60 % des Nettoäquivalenzeinkommens verfügt. Das Konzept geht davon aus, dass man über ein gewisses, regional und zeit-

lich variables Ausmaß materieller Ressourcen verfügen muss, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Maßgeblich ist immer das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, das vom Mikrozensus ermittelt wird. Dieses wird aber nicht einfach durch die „Zahl der Köpfe“ geteilt, sondern – um die Vorteile gemeinsamen Wirtschaftens realitätsnah berücksichtigen zu können – auf Basis einer Äquivalenzskala („Neue OECD-Skala“) ermittelt. Diese weist der ersten Person ein Gewicht von 1,0 zu, weitere erwachsene Personen haben ein Gewicht von 0,5 und Kinder 0,3. Beispiel: Das Haushaltsnettoeinkommen eines Haushalts von Mann, Frau und 2 zehnjährigen Kindern von 3 000 Euro wird nicht durch 4 geteilt, sondern durch $1,0+0,5+0,3+0,3 = 2,1$. Durch diese Bedarfsgewichtung liegt das Nettoäquivalenzeinkommen aller Personen dieses Haushalts bei 1 429 Euro und nicht bei 750 Euro.

Die Tabelle 74 zeigt die Armutsgefährdungsquoten der Länder im Zeitvergleich, dazu die jeweiligen Armutsgefährdungsschwellen 2009. Die Daten sind nach dem „Regionalkonzept“ berechnet, also mit regional unterschiedlichen Armutsgefährdungsschwellen. Das ist erforderlich, um regional unterschiedliche Preis- und Einkommensniveaus zu berücksichtigen.

14,6 % der Niedersachsen sind armutsgefährdet; dieser Wert liegt im Bundesdurchschnitt. Bemerkenswert ist vor allem, dass die Armutsgefährdung in Niedersachsen seit 2005 – dem Jahr der Einführung der Hartz IV-Reformen – um - 0,5 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Zuvor war über Jahrzehnte ein fast kontinuierliches Wachstum der relativen Armut beobachtet worden – die „soziale Schere“ zwischen reich und arm tat sich immer weiter auf. Dieser Prozess ist zunächst gestoppt. Die höchsten Quoten der relativen Armut gab es 2009 in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Damit bestätigte sich abermals die Erkenntnis, dass Großstädte oft sozial disparat sind – Reichtum und Armut treffen hier direkt, manchmal in krasser Form aufeinander. Ostdeutschland ist infolge einer Langzeitwirkung der DDR-Vergangenheit sozial immer noch homogener als Westdeutschland mit niedrigeren Quoten der relativen Armut.

Jeder Zehnte erhält Mindestsicherungsleistungen

Die Tabelle 75 bildet umfassend die „bekämpfte Armut“ ab, also die Zahl der Menschen, die staatliche Mindestsicherungsleistungen erhalten, welche ihnen ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe gewährleisten. Entsprechende Daten liegen erst ab dem Berichtsjahr 2006 und bis zum Jahr 2008 vor: 2005 trat die umfassende Reform der Sozialgesetzgebung durch die „Hartz IV“-Regelungen in Kraft. Diese sah vor allem die Zusammenlegung der Sozialhilfeleistungen für Erwerbsfähige und der früheren Arbeitslosenhilfe vor. Für das erste Jahr 2005 gibt es kei-

1) Zu methodischen Fragen siehe insbesondere Lothar Eichhorn und Jessica Huter, Reiche und arme Regionen, Reichtum und Armut in den Regionen – Zur sozialen Geographie Deutschlands, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 6/2010, S. 286ff.

ne belastbaren Daten. Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung gehören die folgenden fünf Hilfearten:

- Arbeitslosengeld II / Sozialgeld nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II),
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der Sozialhilfe nach SGB XII,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII),
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,
- Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Die weitaus bedeutendste Hilfeart stellen die Leistungen nach dem SGB II dar (vgl. auch Tab. 76). Ende 2008 bezogen 759 321 Niedersachsen Mindestsicherungsleistungen. Das waren 9,6 % der Bevölkerung gegenüber 10,0 % im Vorjahr. Gegenüber dem Jahr 2007 sank in Niedersachsen die Zahl der Mindestsicherungsempfänger um - 4,7 %.

Im Bund-Länder-Vergleich ist Niedersachsens Mindestsicherungsquote von 9,6 % leicht überdurchschnittlich. Bundesweit lag diese Quote 2008 bei 9,3 %, wobei ein eindeutiges West-Ost- sowie Stadt-Land-Gefälle evident ist: In Westdeutschland lag sie bei 8,0 %, in Ostdeutschland bei 14,7 %. Alle drei Stadtstaaten weisen Quoten auf, die deutlich im zweistelligen Bereich liegen. Die höchsten Werte zeigen die Bundeshauptstadt Berlin mit 19,3 % und Bremen mit 16,4 %, die niedrigsten haben Bayern (4,7 %) und Baden-Württemberg (5,1 %).

Bundesweit reduzierte sich die Zahl der Leistungsbezieher im Vorjahresvergleich um - 5,1 %; die Entwicklung des Landes (- 4,7 %) liegt damit insgesamt im Trend. Der Rückgang fiel in Ostdeutschland mit - 6,3 % etwas kräftiger aus als im Westen (- 4,5 %).

Fast 658 000 Bezieher von SGB II-Leistungen im April 2010

Die Tabelle 76 ist mit Daten bis 2010 erheblich aktueller als die Tabelle 75: Tab. 76 zeigt ausschließlich die Bezieher von SGB II-Leistungen; diese prozessproduzierten Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen immer sehr aktuell, hier immer für den April eines Jahres, vor. Die vorstehende Tab. 75 ist notgedrungen weniger aktuell, weil sie alle Mindestsicherungsempfänger umfasst und damit auf Daten aus fünf verschiedenen Statistiken zurückgreifen muss.

Im April 2010 gab es in Niedersachsen 657 814 Bezieherinnen und Bezieher von SGB II-Leistungen, also Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige und Sozialgeld für nicht er-

werbsfähige Hilfebedürftige. Das waren 8,3 % der Bevölkerung, was nah am nationalen Durchschnitt von 8,4 % liegt. Die regionale Struktur ist nahezu dieselbe wie bei den Beziehern von Mindestsicherungsleistungen insgesamt: Es gibt ein starkes Stadt-Land- und ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle. 13,4 % der Ostdeutschen, aber „nur“ 7,2 % der Westdeutschen beziehen SGB II-Leistungen. In allen drei Stadtstaaten liegt die Quote deutlich über 11 %, am höchsten mit 17,5 % in Berlin. Den niedrigsten Wert verzeichnet auch hier Bayern mit 4,1 %.

Verglichen mit dem April 2005 ist die Zahl der SGB II-Bezieher in Niedersachsen um + 3,6 % gestiegen. Bundesweit betrug der Zuwachs + 3,2 %. Die Bezieherzahlen wuchsen bis zum Frühjahr 2007 an, gingen danach erfreulicherweise zurück. Am aktuellen Rand, im Vergleich der Aprilwerte 2010 und 2009, ist abermals eine Zunahme feststellbar, die in Niedersachsen mit + 0,6 % etwas moderater war als bundesweit mit + 1,9 %. Interessanterweise gab es im Vergleich von 2010 zu 2009 einen Rückgang in Ostdeutschland von - 1,4 %, während die Bezieherzahl in Westdeutschland um + 3,5 % anstieg. Vor allem im industriestarken Baden-Württemberg, das von der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 stärker als andere Länder betroffen war, gab es einen kräftigen Zuwachs von + 7,6 %.

Der zeitliche Vergleich der SGB II-Zahlen ist durch eine gesetzliche Neuregelung, die Anfang Oktober 2008 in Kraft trat, etwas beeinträchtigt: Durch Neuregelungen beim „Kinderzuschlag“ und beim Anspruch von Kindern auf Bezug von Wohngeld wurde es möglich, dass einige SGB II-Bedarfsgemeinschaften und die in ihnen lebenden Kinder ganz aus dem SGB II-Bezug herausfielen, da sie prioritär Anspruch auf andere Sozialleistungen hatten.

Leichte Zunahme bei den Verbraucherinsolvenzen

2009 gab es in Niedersachsen 13 390 Verbraucherinsolvenzen (Tab. 77) und damit + 0,7 % mehr als im Vorjahr, als erstmals seit Einführung dieses Rechtsinstituts ein leichter Rückgang registriert werden konnte. Gegenüber dem Jahr 2004 betrug die Zunahmerate sogar + 93,1 %. Bundesweit war der Zuwachs noch etwas stärker, und zwar + 3,0 % im Vorjahresvergleich und + 105,8 % im mittelfristigen Vergleich.

Die sehr hohen mittelfristigen Zuwachsraten sollten nicht überinterpretiert werden. Sie bedeuten nicht, dass die Zahl der Personen in prekären finanziellen Verhältnissen sich in 5 Jahren in etwa verdoppelt hat. Vielmehr deuten diese immer noch darauf hin, dass das relativ neue Rechtsinstitut der Verbraucherinsolvenz zunächst überall „ankommen“ und bekannt werden musste. Genauso sollte man aber auch die Rückgänge der Zahl der Verbraucherinsolvenzen in einigen Ländern im Vorjahresvergleich keines-

falls überinterpretieren. Eine Verbraucherinsolvenz setzt ein vorheriges Beratungsverfahren voraus, und in manchen Problemregionen sind einfach nicht genug Schuldnerberatungsstellen tätig.

2009 gab es in Niedersachsen 16,9 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner. Dieser Wert lag klar über dem nationalen Durchschnitt von 12,4 %. Ein nennenswertes Ost-West-Gefälle trat nicht auf (Ostdeutschland: 13,1; Westdeutschland: 12,2). Die bundesweit höchsten Werte traten in Bremen mit 22,5 und Brandenburg mit 17,2 auf. Die niedrigsten Werte gab es in Bayern mit 8,3.

Rasche Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen

Die Tabelle 78 basiert auf einer Statistik, die nur alle zwei Jahre erhoben wird. Sie konnte daher gegenüber dem letztjährigen *Monitor* nicht aktualisiert werden. Die Analyse des letzten Jahres wird daher hier übernommen. Die Tabelle muss – aufgrund des zweijährigen Erhebungsrhythmus – vom üblichen *Monitor*-Schema leicht abweichen. Sie vergleicht Daten von 2007 mit 2005 und 2003.

Das Risiko, zum „Pflegefall“ zu werden, ist zwar in jedem Lebensalter vorhanden, steigt aber ab dem 80. Lebensjahr stark an. Da zugleich die Zahl der Menschen im Erwerbsalter sinkt und künftig auch weiter sinken wird, ergibt sich eine mit Gewissheit wachsende gesellschaftliche Problemlage.

2007 gab es in Niedersachsen 242 196 Pflegebedürftige. Das waren + 6,3 % mehr als 2005 und schon + 10,9 % mehr als 2003. In nur vier Jahren wuchs die Zahl der Pflegebedürftigen um + 23 833 – das ist in etwa die Größenordnung einer kleineren Kreisstadt wie Osterode am Harz. Die Zuwachsraten des Landes liegen leicht über den entsprechenden Raten im Bundesdurchschnitt von + 5,6 % bzw. + 8,2 %. Bundesweit ist bemerkenswert, dass der Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen in Ostdeutschland deutlich stärker ausfällt als im Westen; so stieg deren Zahl in Brandenburg von 2003 bis 2007 um + 22,9 % und in Mecklenburg-Vorpommern um + 16,6 %. Die hohen Zuwächse in den beiden nordostdeutschen Ländern könnten allerdings mit vergleichsweise sehr niedrigen Zuwächsen in Hamburg und Berlin korrespondieren. Aber auch ohne diesen Effekt bleibt festzuhalten, dass der mittelfristige Zuwachs an Pflegebedürftigen in Ostdeutschland insgesamt mit + 11,9 % viel höher ist als in Westdeutschland mit + 7,2 %.

Die pflegebedürftigen Personen machten 2007 in Niedersachsen 3,0 % der Bevölkerung aus. Bundesweit lag die Quote mit 2,7 % etwas niedriger, wobei sich diese zwischen einem Minimum von 2,2 % in Baden-Württemberg und einem Maximum von 3,4 % in Mecklenburg-Vorpommern bewegt.

Zahl der Straftaten steigt leicht an, aber auch die Aufklärungsquote steigt

Die Zahl der der Polizei bekannt gewordenen Straftaten (Tab. 79) lag 2009 in Niedersachsen bei 590 294. Das waren mit + 0,1 % geringfügig mehr als 2008 und + 0,5 % mehr als 2004. Bundesweit gab es im Gegensatz dazu Rückgänge um - 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr und sogar um - 8,7 % im Vergleich zu 2004. Es ist bemerkenswert, dass die Zahl der Straftaten in Ostdeutschland (- 13,8 % im Vergleich zu 2004) deutlich stärker zurückging als im Westen (- 7,0 %).

Die Kriminalitätsbelastung einer Region im Vergleich zu anderen Regionen wird mit Hilfe der Häufigkeitszahl „Straftaten je 100 000 Einwohner“ gemessen. Bei der Interpretation dieser Häufigkeitszahl ist natürlich zu beachten, dass in sie alle der Polizei bekannt gewordenen Delikte eingehen, unabhängig von ihrer Schwere – der einfache Ladendiebstahl genauso wie ein Mord. Die Dunkelfeldproblematik kommt hinzu: Die Zahl der Straftaten ist unter anderem auch abhängig vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung und auch der Unternehmen, und das kann zeitlich und regional variieren. So gibt es z.B. in Hannover u.a. deswegen überdurchschnittlich viele Straftaten, weil in den U-Bahnen viele Kontrollen stattfinden und alle Schwarzfahrer angezeigt werden.

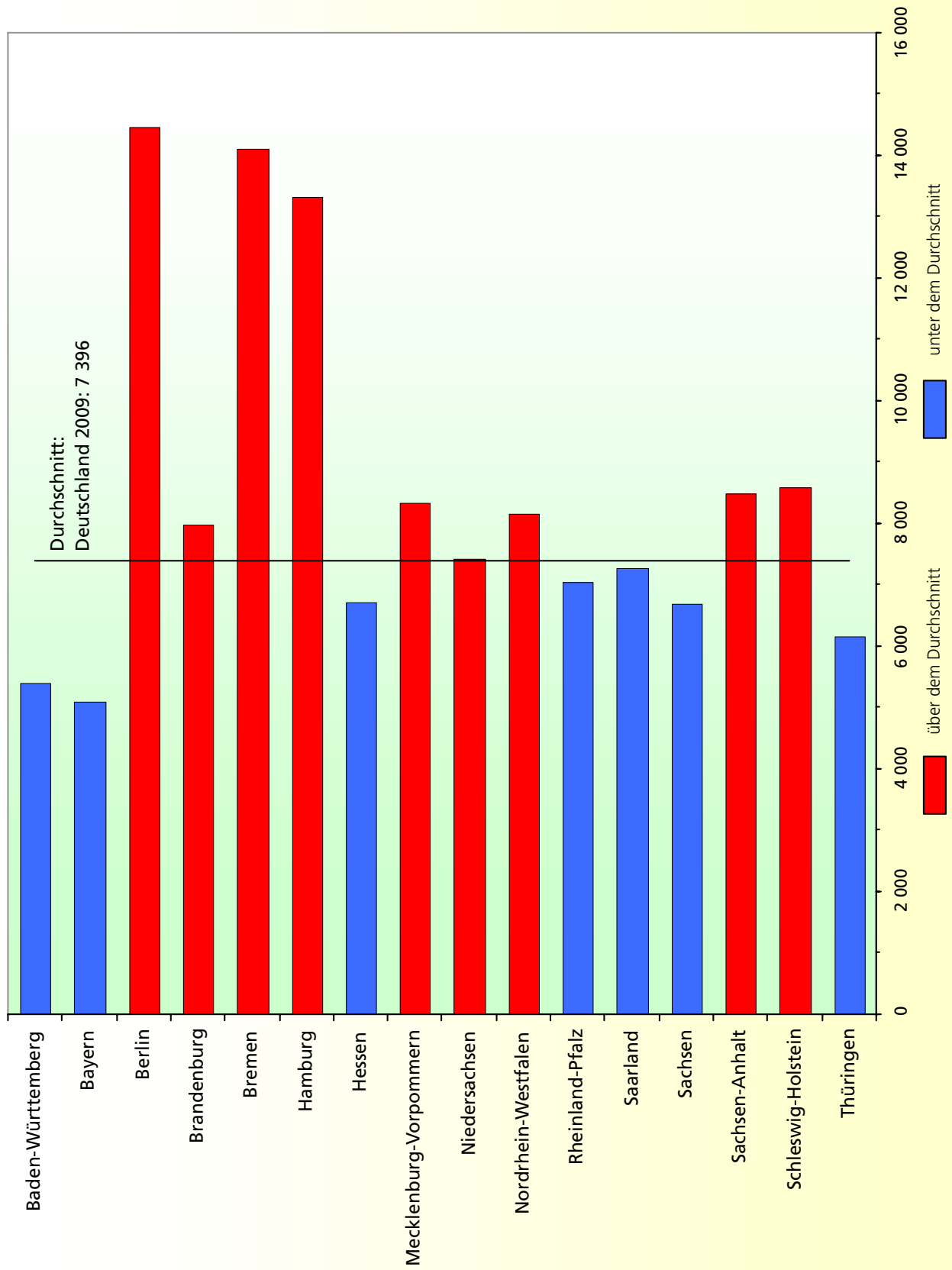
Die Häufigkeitszahl der Kriminalitätsbelastung lag 2009 in Niedersachsen bei 7 430. Dieser Wert lag leicht über dem Bundesdurchschnitt von 7 396. Trotz des Rückgangs der Zahl der Straftaten in Ostdeutschland gibt es immer noch ein Ost-West-Gefälle. Im Schnitt der ostdeutschen Länder lag die Häufigkeitszahl bei 8 862, im Westen nur bei 7 028. Noch ausgeprägter ist das Stadt-Land-Gefälle: Alle drei Stadtstaaten weisen hier fünfstellige Werte auf, den höchsten hält Berlin mit 14 467. Dem steht der bayerische Wert von 5 082 als der niedrigste im Ländervergleich gegenüber.

Ein wichtiger Kennwert ist die Aufklärungsquote, also der Anteil der von der Polizei als aufgeklärt qualifizierten Straftaten an allen Straftaten. Diese Quote stieg in Niedersachsen von 58,5 % im Jahr 2008 auf 60,0 % 2009. Sie liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 55,6 %. Die höchste Aufklärungsquote konnte mit 65,1 % Thüringen melden. Während dort fast zwei Drittel der Straftaten aufgeklärt werden, ist es in Bremen mit 47,3 % nicht einmal die Hälfte. Die Bremer Polizei konnte aber ihre Aufklärungsquote im Vorjahresvergleich deutlich steigern.

Die Straßen werden immer sicherer – abermals weniger Verunglückte im Straßenverkehr

Im Jahr 2009 verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen 44 060 Personen (Tab. 80). Das waren - 1,2 %

Straftaten je 100 000 Einwohner 2009



weniger als 2008 und - 2,0 % weniger als 2004. „Verunglückt“ sind all die Personen, die durch Verkehrsunfälle körperlich zu Schaden kamen, sei es als Leicht- oder Schwerverletzte oder gar als Getötete. Seit Anfang der siebziger Jahre geht die Zahl der Verunglückten trotz steigendem Verkehrsaufkommen und zunehmender Motorisierung fast kontinuierlich zurück. Diese erfreuliche Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Zu ihr haben Maßnahmen des Gesetzgebers (z.B. Promille-Höchstgrenzen, Gurtanlegepflicht, Einführung von Höchst- und Richtgeschwindigkeiten) beigetragen, aber auch sicherere Autos, verbesserte und um Gefahrenpotenziale verminderte Straßen und natürlich die Verkehrsüberwachung durch die Polizei.

Bundesweit sank die Zahl der Verunglückten sogar noch deutlich stärker als in Niedersachsen. Im mittelfristigen Ver-

gleich zu 2004 ging deren Zahl um - 9,9 % zurück. 10 von 16 Ländern konnten Rückgänge im zweistelligen Bereich verzeichnen, Thüringen sogar um - 21,3 %. Nur im Nachbarland Bremen gab es in diesem Zeitraum mit + 0,7 % sogar einen Zuwachs.

Die Häufigkeitszahl „Verunglückte je 100 000 Einwohner“ lag 2009 in Niedersachsen bei 555 und damit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt von 491 (Westdeutschland 500, Ostdeutschland 455). Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass Niedersachsen ein Transitland ist, in dem sich die großen europäischen Verkehrsströme des Ost-West- und Nord-Süd-Verkehrs kreuzen. Das gilt sowohl für den Güter- wie auch den Personenverkehr.

Fazit

In insgesamt 80 Tabellen sind aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die wichtigsten statistischen Eckdaten über Struktur und Entwicklung Niedersachsens im Vergleich mit den anderen 15 Ländern dargestellt worden. Dabei verdient eine Tatsache besonders hervorgehoben zu werden.

Im kurzfristigen Vergleich des Jahres 2009 mit dem Vorjahr zeigte sich trotz des scharfen Konjunktur einbruchs eine bemerkenswerte Stabilität der Daten des Arbeitsmarktes und der Sozialdaten. Man muss die Fakten für das Land noch einmal zusammenfassend betrachten: Die Wirtschaft schrumpft um 4,7 %, die Unternehmensinsolvenzen steigen um 12,2 %, der Industrieumsatz geht um 19,3 % zurück und die Steuereinnahmen brechen um 4,5 % ein – und trotzdem bleiben die Zahlen der Erwerbstätigen, der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosen stabil. Gleiches gilt für die Zahl der SGB II-Leistungsempfänger und für die Armutsgefährdungsquote. Der Sozialstaat war im Jahr 2009 der wohl härtesten Bewährungsprobe seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt, und er hat sie bestanden.

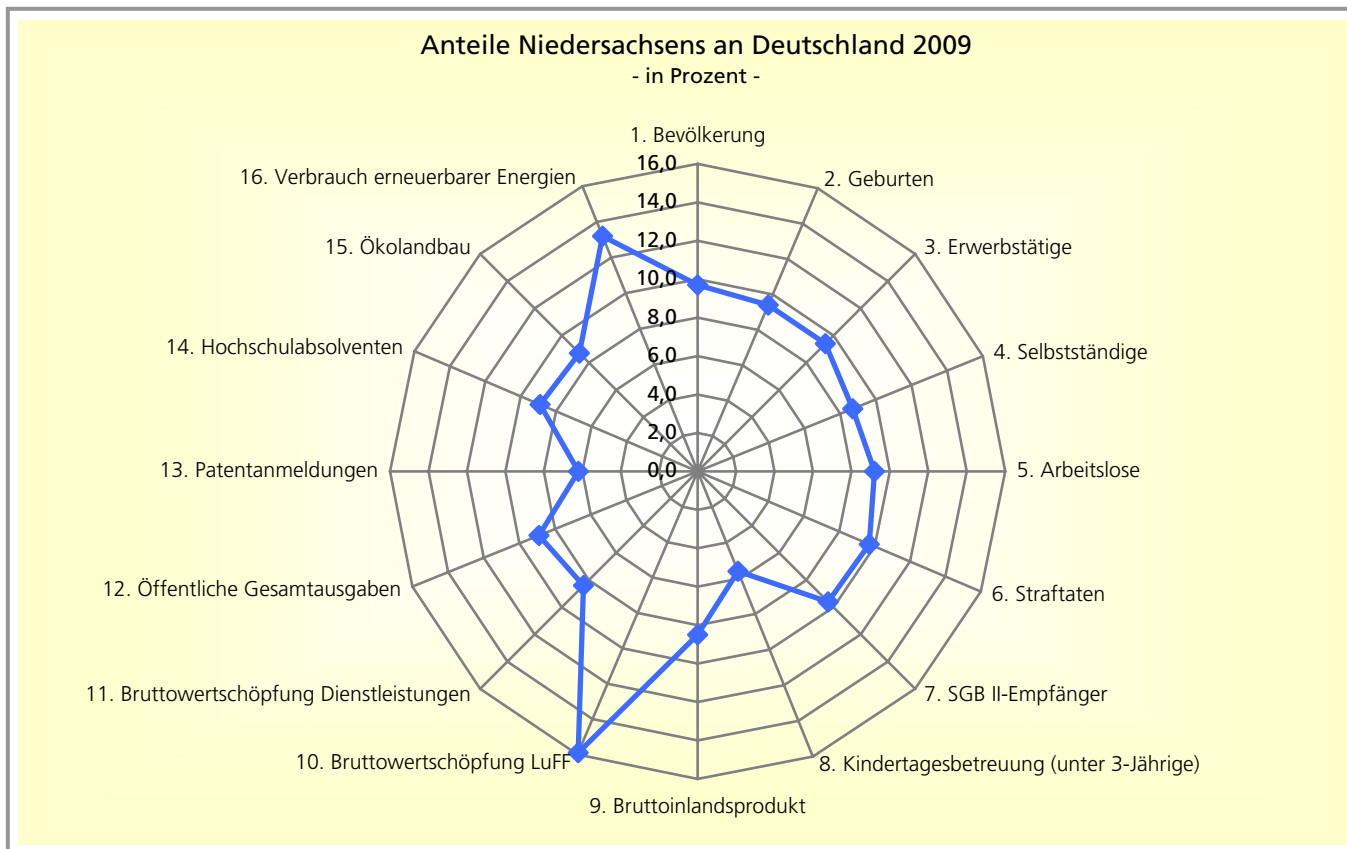
Das Land Niedersachsen kam sogar alles in allem noch etwas besser durch die Krise als die meisten anderen Länder. Die Wirtschaft des Landes, besonders auch die Er-

nährungswirtschaft, ist weniger konjunkturanfällig als die überwiegend im Süden und Westen Deutschlands beheimateten Investitionsgüterbranchen.

Gibt es besondere Strukturen, die das scheinbar¹⁾ immer so durchschnittliche Niedersachsen auszeichnen und unverwechselbar machen? Mit dem folgenden Polardiagramm werden einige Grundstrukturen sichtbar gemacht. Das Polardiagramm zeigt anhand der jeweils aktuellsten Werte aus dem Monitor die Prozentanteile, die Niedersachsen am Bundesergebnis erzielt – und zwar aus 16 ganz verschiedenen Themata.

Bei der Interpretation sollte man von dem Eckdatum, dass Niedersachsen einen Anteil von 9,7 % an allen Einwohnern Deutschlands hat, ausgehen. Man sieht, dass nahezu alle diejenigen Werte, die sich direkt in der einen oder anderen Form auf Menschen und deren Erwerbstätigkeit (am Wohnort) beziehen, nahe an diesem Wert liegen. Anders ist es bei den Daten, die sich im weitesten Sinne auf Wirtschaft, Finanzen und Ausbildung beziehen. Hier wird ein vom Bundesdurchschnitt deutlich abweichendes Landesprofil erkennbar.

1) „Scheinbar“ darum, weil sich hinter der im Bundesvergleich sichtbaren „Durchschnittlichkeit“ des Landes erhebliche regionale Unterschiede verbergen.



Tabellenteil I

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	in 1 000			Länderanteil			2009	31.12.09/04
	31.12.2004	31.12.2008	31.12.2009	2004	2009	Anzahl		
Anzahl (1 000)			%		Anzahl			
Baden-Württemberg	10 717	10 750	10 745	13,0	13,1	301	+ 0,3	- 0,0
Bayern	12 444	12 520	12 510	15,1	15,3	177	+ 0,5	- 0,1
Berlin	3 388	3 432	3 443	4,1	4,2	3 851	+ 1,6	+ 0,3
Brandenburg	2 568	2 522	2 512	3,1	3,1	86	- 2,2	- 0,4
Bremen	663	662	662	0,8	0,8	1 637	- 0,2	- 0,0
Hamburg	1 735	1 772	1 774	2,1	2,2	2 346	+ 2,3	+ 0,1
Hessen	6 098	6 065	6 062	7,4	7,4	287	- 0,6	- 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 720	1 664	1 651	2,1	2,0	72	- 4,0	- 0,8
Niedersachsen	8 001	7 947	7 929	9,7	9,7	167	- 0,9	- 0,2
Nordrhein-Westfalen	18 075	17 933	17 873	21,9	21,8	526	- 1,1	- 0,3
Rheinland-Pfalz	4 061	4 028	4 013	4,9	4,9	203	- 1,2	- 0,4
Saarland	1 056	1 030	1 023	1,3	1,3	401	- 3,2	- 0,8
Sachsen	4 296	4 193	4 169	5,2	5,1	228	- 3,0	- 0,6
Sachsen-Anhalt	2 494	2 382	2 356	3,0	2,9	116	- 5,5	- 1,1
Schleswig-Holstein	2 829	2 834	2 832	3,4	3,5	179	+ 0,1	- 0,1
Thüringen	2 355	2 268	2 250	2,9	2,8	140	- 4,5	- 0,8
Deutschland	82 501	82 002	81 802	100,0	100,0	230	- 0,8	- 0,2
Westdeutschland	65 680	65 541	65 422	79,6	80,0	264	- 0,4	- 0,2
Ostdeutschland	16 821	16 461	16 380	20,4	20,0	152	- 2,6	- 0,5

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	96 655	91 909	89 678	9,0	8,5	8,3	- 7,2	- 2,4
Bayern	111 164	106 298	103 710	8,9	8,5	8,3	- 6,7	- 2,4
Berlin	29 446	31 936	32 103	8,7	9,3	9,4	+ 9,0	+ 0,5
Brandenburg	18 148	18 808	18 541	7,1	7,4	7,4	+ 2,2	- 1,4
Bremen	5 442	5 569	5 489	8,2	8,4	8,3	+ 0,9	- 1,4
Hamburg	16 103	16 751	16 778	9,3	9,5	9,4	+ 4,2	+ 0,2
Hessen	54 332	51 752	50 745	8,9	8,5	8,4	- 6,6	- 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	13 045	13 098	13 014	7,6	7,8	7,9	- 0,2	- 0,6
Niedersachsen	70 371	64 887	62 224	8,8	8,1	7,8	- 11,6	- 4,1
Nordrhein-Westfalen	158 054	150 007	145 034	8,7	8,3	8,1	- 8,2	- 3,3
Rheinland-Pfalz	33 421	32 223	30 881	8,2	8,0	7,7	- 7,6	- 4,2
Saarland	7 660	7 158	6 927	7,2	6,9	6,8	- 9,6	- 3,2
Sachsen	33 044	34 411	34 100	7,7	8,2	8,2	+ 3,2	- 0,9
Sachsen-Anhalt	17 337	17 697	17 139	6,9	7,4	7,2	- 1,1	- 3,2
Schleswig-Holstein	24 090	22 678	21 925	8,5	8,0	7,7	- 9,0	- 3,3
Thüringen	17 310	17 332	16 854	7,3	7,6	7,5	- 2,6	- 2,8
Deutschland	705 622	682 514	665 142	8,6	8,3	8,1	- 5,7	- 2,5
Westdeutschland	577 292	549 232	533 391	8,8	8,4	8,1	- 7,6	- 2,9
Ostdeutschland	128 330	133 282	131 751	7,6	8,1	8,0	+ 2,7	- 1,1

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Veränderung des Saldos	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	5 009	- 4 522	- 7 878	0,5	- 0,4	- 0,7	- 12 887	- 3 356
Bayern	- 5 296	- 14 811	- 18 784	- 0,4	- 1,2	- 1,5	- 13 488	- 3 973
Berlin	- 2 346	25	390	- 0,7	0,0	0,1	+ 2 736	+ 365
Brandenburg	- 7 711	- 7 999	- 8 769	- 3,0	- 3,2	- 3,5	- 1 058	- 770
Bremen	- 1 939	- 1 784	- 2 166	- 2,9	- 2,7	- 3,3	- 227	- 382
Hamburg	- 1 459	- 340	- 410	- 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 1 049	- 70
Hessen	- 4 175	- 8 331	- 9 934	- 0,7	- 1,4	- 1,6	- 5 759	- 1 603
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 089	- 4 720	- 5 329	- 2,4	- 2,8	- 3,2	- 1 240	- 609
Niedersachsen	- 11 116	- 19 987	- 23 448	- 1,4	- 2,5	- 3,0	- 12 332	- 3 461
Nordrhein-Westfalen	- 26 395	- 39 579	- 45 786	- 1,5	- 2,2	- 2,6	- 19 391	- 6 207
Rheinland-Pfalz	- 8 142	- 10 709	- 13 022	- 2,0	- 2,7	- 3,2	- 4 880	- 2 313
Saarland	- 4 355	- 5 389	- 5 661	- 4,1	- 5,2	- 5,5	- 1 306	- 272
Sachsen	- 15 210	- 14 586	- 16 266	- 3,5	- 3,5	- 3,9	- 1 056	- 1 680
Sachsen-Anhalt	- 11 671	- 12 208	- 13 329	- 4,6	- 5,1	- 5,6	- 1 658	- 1 121
Schleswig-Holstein	- 5 739	- 8 041	- 9 089	- 2,0	- 2,8	- 3,2	- 3 350	- 1 048
Thüringen	- 8 015	- 8 944	- 9 922	- 3,4	- 3,9	- 4,4	- 1 907	- 978
Deutschland	- 112 649	- 161 925	- 189 403	- 1,4	- 2,0	- 2,3	- 76 754	- 27 478
Westdeutschland	- 63 607	- 113 493	- 136 178	- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 72 571	- 22 685
Ostdeutschland	- 49 042	- 48 432	- 53 225	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 4 183	- 4 793

4. Wanderungssaldo¹⁾

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Veränderung des Saldos	
	2004	2008 ²⁾	2009 ^{2,4)}	2004	2008	2009	09/04	09/08
Anzahl								
Baden-Württemberg	+ 20 065	+ 4 407	+ 3 418	1,9	0,4	0,3	- 16 647	- 989
Bayern	+ 25 752	+ 14 049	+ 9 156	2,1	1,1	0,7	- 16 596	- 4 893
Berlin	+ 1 686	+ 15 310	+ 10 517	0,5	4,5	3,1	+ 8 831	- 4 793
Brandenburg	+ 808	- 5 280	- 2 305	0,3	-2,1	-0,9	- 3 113	+ 2 975
Bremen	+ 2 442	+ 560	+ 2 004	3,7	0,8	3,0	- 438	+ 1 444
Hamburg ³⁾	+ 2 451	+ 1 751	+ 2 467	1,4	1,0	1,4	+ 16	+ 716
Hessen	+ 12 335	- 1 409	+ 5 688	2,0	-0,2	0,9	- 6 647	+ 7 097
Mecklenburg-Vorpommern	- 8 584	- 10 612	- 7 844	-5,0	-6,3	-4,7	+ 740	+ 2 768
Niedersachsen	+ 19 600	- 4 337	+ 4 835	2,4	-0,5	0,6	- 14 765	+ 9 172
Nordrhein-Westfalen	+ 21 888	- 23 910	- 14 412	1,2	-1,3	-0,8	- 36 300	+ 9 498
Rheinland-Pfalz	+ 10 445	- 6 645	- 2 816	2,6	-1,6	-0,7	- 13 261	+ 3 829
Saarland	- 621	- 884	- 2 077	-0,6	-0,9	-2,0	- 1 456	- 1 193
Sachsen	- 10 144	- 12 519	- 7 871	-2,4	-3,0	-1,9	+ 2 273	+ 4 648
Sachsen-Anhalt	- 16 833	- 18 566	- 12 363	-6,7	-7,7	-5,2	+ 4 470	+ 6 203
Schleswig-Holstein	+ 11 153	+ 5 054	+ 6 872	3,9	1,8	2,4	- 4 281	+ 1 818
Thüringen	- 9 899	- 12 693	- 8 026	-4,2	-5,6	-3,6	+ 1 873	+ 4 667
Deutschland	+ 82 544	- 55 724	- 12 757	1,0	-0,7	-0,2	- 95 301	+ 42 967
Westdeutschland	+ 125 510	- 11 364	+ 15 135	1,9	-0,2	0,2	- 110 375	+ 26 499
Ostdeutschland	- 42 966	- 44 360	- 27 892	-2,5	-2,7	-1,7	+ 15 074	+ 16 468

1) Einschl. unbekanntes Ausland, sowie einschl. Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". - 2) Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten zahlreiche Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. - 3) 2008 einschl. ca. 7 000 Fortzüge des Jahres 2007, die erst in März 2008 berücksichtigt werden konnten. - 4) Vorläufige Ergebnisse.

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2004	2008	2009 ¹⁾	2004	2008	2009	09/04	09/08
Anzahl								
%								
Baden-Württemberg	51 382	48 612	48 378	48,0	45,2	45,0	- 5,8	- 0,5
Bayern	60 712	58 300	58 812	48,9	46,6	47,1	- 3,1	+ 0,9
Berlin	12 569	11 762	12 557	37,1	34,3	36,6	- 0,1	+ 6,8
Brandenburg	11 285	11 757	12 067	43,9	46,5	48,0	+ 6,9	+ 2,6
Bremen	2 950	2 804	2 905	44,5	42,4	44,0	- 1,5	+ 3,6
Hamburg	6 793	6 615	7 231	39,1	37,4	40,7	+ 6,4	+ 9,3
Hessen	29 727	26 685	27 249	48,8	44,0	45,0	- 8,3	+ 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	9 567	10 464	10 493	55,4	62,5	63,3	+ 9,7	+ 0,3
Niedersachsen	41 794	39 234	38 120	52,2	49,2	48,0	- 8,8	- 2,8
Nordrhein-Westfalen	88 105	81 515	81 864	48,8	45,4	45,8	- 7,1	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	21 039	20 059	19 867	51,8	49,7	49,4	- 5,6	- 1,0
Saarland	5 265	4 936	4 874	49,7	47,7	47,5	- 7,4	- 1,3
Sachsen	16 851	17 397	17 586	39,1	41,4	42,1	+ 4,4	+ 1,1
Sachsen-Anhalt	10 748	10 515	10 309	42,8	43,8	43,5	- 4,1	- 2,0
Schleswig-Holstein	17 514	16 590	16 345	62,0	58,5	57,8	- 6,7	- 1,5
Thüringen	9 691	9 810	9 755	41,0	43,1	43,2	+ 0,7	- 0,6
Deutschland	395 992	377 055	378 412	48,0	45,9	46,2	- 4,4	+ 0,4
Westdeutschland	325 281	305 350	305 645	49,6	46,5	46,7	- 6,0	+ 0,1
Ostdeutschland	70 711	71 705	72 767	41,9	43,4	44,4	+ 2,9	+ 1,5

1) Vorläufige Ergebnisse.

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
Anzahl								
%								
Baden-Württemberg	25 046	22 145	22 792	23,5	20,6	21,2	- 9,0	+ 2,9
Bayern	29 992	27 154	27 566	24,2	21,7	22,0	- 8,1	+ 1,5
Berlin	10 102	7 760	7 716	29,8	22,8	22,5	- 23,6	- 0,6
Brandenburg	6 107	5 127	5 060	23,7	20,2	20,0	- 17,1	- 1,3
Bremen	1 797	1 595	1 647	27,1	24,1	24,9	- 8,3	+ 3,3
Hamburg	4 989	4 385	4 476	28,8	24,9	25,3	- 10,3	+ 2,1
Hessen	16 288	15 469	15 437	26,7	25,5	25,4	- 5,2	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 677	3 000	3 195	21,2	17,8	19,1	- 13,1	+ 6,5
Niedersachsen	21 921	19 682	20 368	27,4	24,6	25,6	- 7,1	+ 3,5
Nordrhein-Westfalen	50 962	43 104	46 098	28,2	23,9	25,7	- 9,5	+ 6,9
Rheinland-Pfalz	11 567	10 324	10 273	28,5	25,5	25,4	- 11,2	- 0,5
Saarland	2 867	2 802	2 734	27,0	27,0	26,4	- 4,6	- 2,4
Sachsen	8 946	7 749	7 716	20,6	18,3	18,3	- 13,7	- 0,4
Sachsen-Anhalt	5 863	4 924	4 994	23,1	20,3	20,8	- 14,8	+ 1,4
Schleswig-Holstein	8 293	7 434	7 459	29,4	26,2	26,3	- 10,1	+ 0,3
Thüringen	5 558	4 418	4 417	23,3	19,2	19,4	- 20,5	- 0,0
Deutschland	213 975	187 072	191 948	25,9	22,7	23,4	- 10,3	+ 2,6
Westdeutschland	173 722	154 094	158 850	26,5	23,5	24,2	- 8,6	+ 3,1
Ostdeutschland	40 253	32 978	33 098	23,7	19,9	20,0	- 17,8	+ 0,4

Familie und Beruf

7. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	09/07	09/08
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	33 027	38 582	44 472	11,6	13,7	15,9	+ 34,7	+ 15,3
Bayern	35 117	42 807	50 556	10,8	13,2	15,7	+ 44,0	+ 18,1
Berlin	34 535	35 966	38 293	39,8	40,5	41,6	+ 10,9	+ 6,5
Brandenburg	23 993	24 903	27 305	43,4	44,8	48,3	+ 13,8	+ 9,6
Bremen	1 696	2 078	2 243	10,6	12,8	13,8	+ 32,3	+ 7,9
Hamburg	10 457	11 027	12 538	22,2	22,9	25,7	+ 19,9	+ 13,7
Hessen	19 747	22 448	25 491	12,4	14,3	16,3	+ 29,1	+ 13,6
Mecklenburg-Vorpommern	16 737	16 920	19 038	44,1	44,9	49,6	+ 13,7	+ 12,5
Niedersachsen	14 052	18 190	23 529	6,9	9,2	12,0	+ 67,4	+ 29,4
Nordrhein-Westfalen	31 997	42 632	52 508	6,9	9,4	11,6	+ 64,1	+ 23,2
Rheinland-Pfalz	11 892	14 688	17 135	12,0	15,1	17,6	+ 44,1	+ 16,7
Saarland	2 717	3 123	3 281	12,1	14,2	15,2	+ 20,8	+ 5,1
Sachsen	34 104	36 164	40 418	34,6	36,5	40,1	+ 18,5	+ 11,8
Sachsen-Anhalt	26 538	26 986	28 541	51,8	52,7	55,1	+ 7,5	+ 5,8
Schleswig-Holstein	5 890	8 146	10 099	8,3	11,7	14,5	+ 71,5	+ 24,0
Thüringen	18 824	19 530	21 743	37,5	38,9	42,8	+ 15,5	+ 11,3
Deutschland	321 323	364 190	417 190	15,5	17,8	20,4	+ 29,8	+ 14,6
Westdeutschland	166 592	203 721	241 852	9,9	12,2	14,6	+ 45,2	+ 18,7
Ostdeutschland	120 196	124 503	137 045	41,0	42,4	46,0	+ 14,0	+ 10,1

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen jeweils am 15.03.
 2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

8. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	09/07	09/08
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	24 139	27 638	33 753	8,0	9,3	11,6	+ 39,8	+ 22,1
Bayern	65 459	68 433	71 729	18,9	20,1	21,5	+ 9,6	+ 4,8
Berlin	42 793	44 481	45 667	52,4	53,7	54,6	+ 6,7	+ 2,7
Brandenburg	27 001	28 630	30 163	47,3	49,9	52,6	+ 11,7	+ 5,4
Bremen	3 108	3 139	3 343	19,4	20,0	21,3	+ 7,6	+ 6,5
Hamburg	12 239	13 153	14 531	27,5	29,2	32,0	+ 18,7	+ 10,5
Hessen	42 335	47 728	52 284	25,6	29,3	32,5	+ 23,5	+ 9,5
Mecklenburg-Vorpommern	18 957	20 187	21 119	49,9	52,9	55,9	+ 11,4	+ 4,6
Niedersachsen	21 579	23 653	26 601	9,6	10,9	12,6	+ 23,3	+ 12,5
Nordrhein-Westfalen	107 401	129 237	144 498	21,8	26,8	30,7	+ 34,5	+ 11,8
Rheinland-Pfalz	21 799	24 491	28 975	20,3	23,4	28,4	+ 32,9	+ 18,3
Saarland	3 864	4 440	5 159	16,2	19,0	22,6	+ 33,5	+ 16,2
Sachsen	59 416	63 782	68 462	62,3	66,0	70,3	+ 15,2	+ 7,3
Sachsen-Anhalt	27 390	27 826	28 465	53,1	54,5	56,5	+ 3,9	+ 2,3
Schleswig-Holstein	8 743	9 791	10 831	11,2	12,8	14,6	+ 23,9	+ 10,6
Thüringen	42 982	43 036	43 414	84,5	84,9	86,1	+ 1,0	+ 0,9
Deutschland	529 205	579 645	628 994	24,3	27,1	29,9	+ 18,9	+ 8,5
Westdeutschland	310 666	351 703	391 704	17,3	19,9	22,7	+ 26,1	+ 11,4
Ostdeutschland	175 746	183 461	191 623	60,0	62,4	65,3	+ 9,0	+ 4,4

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen jeweils am 15.03., die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. - 2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

9. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge insgesamt		Anteil der männlichen Leistungsbezieher		Anteil der beendeten Leistungsbezüge, deren Bezieher vor der Geburt erwerbstätig waren			
	2008	2009	2008	2009	2008		2009	
					männlich	weiblich	männlich	weiblich
Anzahl				%				
Baden-Württemberg	103 342	108 199	14,3	18,5	85,3	54,2	88,3	58,2
Bayern	126 515	131 764	18,7	22,6	86,8	58,5	88,2	61,4
Berlin	34 869	39 463	20,4	22,4	71,5	49,8	75,4	52,0
Brandenburg	21 145	23 413	18,7	21,2	79,1	59,9	81,0	62,2
Bremen	4 816	6 398	15,4	16,2	72,5	42,7	77,2	46,3
Hamburg	18 318	19 876	16,9	20,0	80,7	55,6	83,2	58,2
Hessen	58 683	60 818	15,0	17,9	80,7	52,6	82,8	55,3
Mecklenburg-Vorpommern	14 651	15 124	15,9	18,1	72,7	54,1	76,3	56,4
Niedersachsen	67 645	74 964	14,3	17,4	78,0	50,7	79,4	54,3
Nordrhein-Westfalen	160 816	166 659	13,5	15,1	74,8	45,2	76,7	47,0
Rheinland-Pfalz	34 203	37 198	13,8	16,1	79,4	51,9	80,6	54,2
Saarland	7 388	7 262	9,5	12,7	80,5	50,1	80,5	52,9
Sachsen	39 862	43 070	18,0	22,5	82,9	58,9	83,3	61,7
Sachsen-Anhalt	19 175	19 714	14,3	15,9	82,1	55,2	81,0	56,7
Schleswig-Holstein	25 419	25 807	14,2	16,2	80,8	58,0	84,5	61,3
Thüringen	20 214	21 213	17,6	21,1	80,8	59,0	83,0	61,9
Deutschland	757 061	800 942	15,6	18,6	80,5	52,8	82,6	55,5
Westdeutschland	607 145	638 945	15,1	18,0	81,2	52,0	83,3	54,8
Ostdeutschland	149 916	161 997	17,9	20,9	.	.	80,1	58,3

10. Sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze

Land	Teilzeitarbeitsplätze insgesamt am 30.06.			Darunter Frauen			Teilzeitarbeitsplätze je 1 000 Einwohner 2009	Veränderung der Teilzeitarbeitsplätze	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009		09/04	09/08
	1 000						Anzahl	%	
Baden-Württemberg	591	672	694	509	575	594	64,6	+ 17,4	+ 3,3
Bayern	697	812	845	597	687	714	67,6	+ 21,2	+ 4,0
Berlin	193	227	237	146	167	174	69,2	+ 22,7	+ 4,7
Brandenburg	103	128	134	87	104	110	53,5	+ 30,1	+ 5,5
Bremen	51	55	57	42	45	46	86,4	+ 12,4	+ 2,8
Hamburg	125	144	149	98	112	116	84,0	+ 19,2	+ 3,6
Hessen	357	407	424	298	335	349	69,9	+ 18,6	+ 4,1
Mecklenburg-Vorpommern	70	95	99	60	80	83	59,7	+ 40,3	+ 4,3
Niedersachsen	419	478	496	366	409	423	62,4	+ 18,5	+ 3,7
Nordrhein-Westfalen	886	1 008	1 046	747	840	870	58,4	+ 18,1	+ 3,7
Rheinland-Pfalz	207	235	242	181	202	208	60,3	+ 16,9	+ 3,3
Saarland	51	59	61	44	50	52	59,5	+ 20,0	+ 4,1
Sachsen	207	261	275	175	217	228	65,7	+ 32,7	+ 5,3
Sachsen-Anhalt	104	132	140	91	112	117	59,0	+ 34,1	+ 5,9
Schleswig-Holstein	146	169	176	125	141	147	62,0	+ 20,3	+ 4,0
Thüringen	103	122	127	88	104	109	56,3	+ 23,5	+ 4,5
Deutschland	4 311	5 003	5 202	3 654	4 181	4 339	63,5	+ 20,7	+ 4,0
Westdeutschland	3 530	4 039	4 189	3 007	3 397	3 519	64,0	+ 18,7	+ 3,7
Ostdeutschland	781	964	1 012	646	784	821	61,7	+ 29,5	+ 5,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Erwerbstätigkeit

11. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2009	Veränderung insgesamt	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009		09/04	08/09
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	4 945	5 373	5 332	507	529	536	10,1	+ 7,8	- 0,8
Bayern	5 827	6 301	6 277	693	754	757	12,1	+ 7,7	- 0,4
Berlin	1 411	1 512	1 555	202	242	253	16,3	+ 10,2	+ 2,8
Brandenburg	1 102	1 229	1 232	110	132	133	10,8	+ 11,8	+ 0,2
Bremen	258	288	284	26	28	25	8,8	+ 10,1	- 1,4
Hamburg	777	861	880	101	120	121	13,8	+ 13,3	+ 2,2
Hessen	2 702	2 872	2 882	306	309	330	11,5	+ 6,7	+ 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	701	776	777	68	76	76	9,8	+ 10,8	+ 0,1
Niedersachsen	3 325	3 603	3 637	357	358	365	10,0	+ 9,4	+ 0,9
Nordrhein-Westfalen	7 401	8 093	8 047	742	804	820	10,2	+ 8,7	- 0,6
Rheinland-Pfalz	1 744	1 923	1 900	184	203	199	10,5	+ 8,9	- 1,2
Saarland	426	455	451	40	38	45	10,0	+ 5,9	- 0,9
Sachsen	1 780	1 937	1 926	192	202	210	10,9	+ 8,2	- 0,6
Sachsen-Anhalt	1 018	1 089	1 082	86	88	84	7,8	+ 6,3	- 0,6
Schleswig-Holstein	1 216	1 334	1 323	143	150	149	11,3	+ 8,8	- 0,8
Thüringen	1 027	1 088	1 077	95	111	111	10,3	+ 4,9	- 1,0
Deutschland	35 659	38 734	38 662	3 852	4 143	4 215	10,9	+ 8,4	- 0,2
Westdeutschland	28 621	31 103	31 013	3 099	3 293	3 348	10,8	+ 8,4	- 0,3
Ostdeutschland	7 039	7 631	7 649	753	851	867	11,3	+ 8,7	+ 0,2

12. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung insgesamt	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	08/09
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 184	2 388	2 405	62,6	67,6	67,9	+ 10,1	+ 0,7
Bayern	2 563	2 789	2 796	62,7	67,5	67,9	+ 9,1	+ 0,3
Berlin	668	713	734	55,9	60,3	62,9	+ 9,9	+ 2,9
Brandenburg	513	568	571	59,2	67,9	69,4	+ 11,3	+ 0,5
Bremen	118	130	133	54,9	59,6	61,8	+ 12,7	+ 2,3
Hamburg	351	393	405	59,6	65,7	67,0	+ 15,4	+ 3,1
Hessen	1 195	1 286	1 300	59,2	64,1	65,2	+ 8,8	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	320	354	358	54,6	65,1	67,1	+ 11,9	+ 1,1
Niedersachsen	1 444	1 596	1 622	56,6	62,2	63,3	+ 12,3	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	3 217	3 557	3 583	54,8	60,4	61,1	+ 11,4	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	748	845	840	57,4	64,7	65,0	+ 12,3	- 0,6
Saarland	183	200	199	54,3	60,2	59,5	+ 8,7	- 0,5
Sachsen	831	898	894	58,5	66,7	67,4	+ 7,6	- 0,4
Sachsen-Anhalt	469	502	509	55,3	64,3	67,1	+ 8,5	+ 1,4
Schleswig-Holstein	538	597	594	59,1	64,8	65,1	+ 10,4	- 0,5
Thüringen	470	488	496	59,2	65,6	68,5	+ 5,5	+ 1,6
Deutschland	15 812	17 305	17 438	58,4	64,2	65,1	+ 10,3	+ 0,8
Westdeutschland	12 540	13 781	13 875	58,7	64,1	64,7	+ 10,6	+ 0,7
Ostdeutschland	3 272	3 525	3 562	57,3	64,9	66,8	+ 8,9	+ 1,0

13. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen am Insgesamt 2009	Veränderung insgesamt	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009		09/04	08/09
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	3 738	3 891	3 855	1 640	1 708	1 718	44,6	+ 3,1	- 0,9
Bayern	4 288	4 519	4 505	1 914	2 016	2 040	45,3	+ 5,1	- 0,3
Berlin	1 042	1 082	1 106	535	556	570	51,5	+ 6,1	+ 2,3
Brandenburg	716	737	738	349	358	361	48,9	+ 3,1	+ 0,1
Bremen	273	285	283	117	122	123	43,5	+ 3,7	- 0,7
Hamburg	739	798	809	337	363	374	46,2	+ 9,5	+ 1,4
Hessen	2 113	2 166	2 166	929	959	973	44,9	+ 2,5	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	512	521	521	262	266	270	51,8	+ 1,8	+ 0,0
Niedersachsen	2 341	2 416	2 416	1 039	1 071	1 087	45,0	+ 3,2	+ 0,0
Nordrhein-Westfalen	5 631	5 798	5 767	2 429	2 505	2 539	44,0	+ 2,4	- 0,5
Rheinland-Pfalz	1 164	1 203	1 201	522	540	549	45,7	+ 3,2	- 0,2
Saarland	345	350	345	143	147	149	43,2	+ 0,0	- 1,4
Sachsen	1 369	1 399	1 387	673	683	688	49,6	+ 1,3	- 0,9
Sachsen-Anhalt	745	744	742	371	367	371	50,0	- 0,4	- 0,3
Schleswig-Holstein	779	813	816	367	381	387	47,4	+ 4,7	+ 0,4
Thüringen	729	737	723	355	352	351	48,5	- 0,8	- 1,9
Deutschland	26 524	27 458	27 380	11 983	12 394	12 550	45,8	+ 3,2	- 0,3
Westdeutschland	21 411	22 239	22 163	9 437	9 812	9 939	44,8	+ 3,5	- 0,3
Ostdeutschland	5 113	5 220	5 217	2 546	2 582	2 611	50,0	+ 2,0	- 0,1

14. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2005	2009	2010	Juni 2005	Juni 2009	Juni 2010	10/05	10/09
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	375 569	288 772	265 901	7,6	5,2	4,7	-29,2	-7,9
Bayern	475 871	310 881	279 328	8,4	4,7	4,2	-41,3	-10,1
Berlin	322 806	236 159	228 593	21,9	14,0	13,3	-29,2	-3,2
Brandenburg	238 360	162 519	142 432	19,5	12,2	10,6	-40,2	-12,4
Bremen	52 818	38 752	38 760	18,3	12,0	12,0	-26,6	+0,0
Hamburg	102 046	78 067	73 607	13,4	8,5	8,0	-27,9	-5,7
Hessen	267 217	210 806	196 143	9,8	6,8	6,3	-26,6	-7,0
Mecklenburg-Vorpommern	176 924	113 507	99 963	21,8	13,1	11,6	-43,5	-11,9
Niedersachsen	428 212	305 592	291 625	12,2	7,7	7,3	-31,9	-4,6
Nordrhein-Westfalen	1 032 112	811 479	774 453	12,9	9,0	8,6	-25,0	-4,6
Rheinland-Pfalz	173 065	127 511	116 551	9,5	6,1	5,5	-32,7	-8,6
Saarland	53 845	38 945	36 962	11,8	7,7	7,3	-31,4	-5,1
Sachsen	392 234	275 277	245 473	19,7	12,8	11,5	-37,4	-10,8
Sachsen-Anhalt	254 424	167 584	148 206	21,5	13,6	12,3	-41,7	-11,6
Schleswig-Holstein	156 198	107 779	102 310	12,6	7,6	7,1	-34,5	-5,1
Thüringen	202 349	136 350	112 993	18,0	11,4	9,5	-44,2	-17,1
Deutschland	4 704 050	3 409 980	3 153 300	12,6	8,1	7,5	-33,0	-7,5
Westdeutschland	3 116 953	2 318 584	2 175 640	-30,2	-6,2
Ostdeutschland	1 587 097	1 091 396	977 660	-38,4	-10,4

1) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

15. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (im Juni)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren		Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2005	2009	2010	30.06.2009	30.06.2010	10/05	10/09
	Anzahl			%			
Baden-Württemberg	45 555	30 521	21 498	4,4	3,2	-52,8	-29,6
Bayern	63 261	34 008	24 346	4,2	3,0	-61,5	-28,4
Berlin	37 898	23 797	21 370	14,5	12,9	-43,6	-10,2
Brandenburg	29 727	17 390	14 214	11,8	10,2	-52,2	-18,3
Bremen	5 143	3 689	3 622	10,7	10,4	-29,6	-1,8
Hamburg	10 522	7 105	5 926	7,6	6,4	-43,7	-16,6
Hessen	32 991	22 077	18 888	6,6	5,8	-42,7	-14,4
Mecklenburg-Vorpommern	20 567	11 822	10 033	10,8	9,6	-51,2	-15,1
Niedersachsen	52 476	32 661	29 546	7,4	6,7	-43,7	-9,5
Nordrhein-Westfalen	103 762	84 939	73 765	8,5	7,5	-28,9	-13,2
Rheinland-Pfalz	24 234	16 108	13 169	6,3	5,2	-45,7	-18,2
Saarland	6 301	4 152	3 424	7,3	6,2	-45,7	-17,5
Sachsen	45 587	30 103	24 006	12,1	10,1	-47,3	-20,3
Sachsen-Anhalt	29 706	17 839	13 858	12,7	10,4	-53,3	-22,3
Schleswig-Holstein	20 014	11 891	10 765	7,6	6,8	-46,2	-9,5
Thüringen	24 757	13 598	9 796	9,9	7,6	-60,4	-28,0
Deutschland	552 501	361 700	298 226	7,5	6,3	-46,0	-17,5
Westdeutschland	364 259	247 151	204 949	-43,7	-17,1
Ostdeutschland	188 242	114 549	93 277	-50,4	-18,6

16. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote		Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2005	2009	2010	30.06.2009	30.06.2010	10/05	10/09
	Anzahl			%			
Baden-Württemberg	180 024	130 374	124 848	5,0	4,7	-30,6	-4,2
Bayern	233 920	143 665	134 153	4,6	4,3	-42,7	-6,6
Berlin	140 315	100 845	97 960	12,6	12,0	-30,2	-2,9
Brandenburg	110 486	73 938	65 166	11,6	10,2	-41,0	-11,9
Bremen	22 840	16 849	16 971	11,2	11,2	-25,7	+0,7
Hamburg	45 184	33 689	32 093	7,6	7,3	-29,0	-4,7
Hessen	120 177	96 569	92 753	6,7	6,4	-22,8	-4,0
Mecklenburg-Vorpommern	80 282	49 433	43 910	11,9	10,7	-45,3	-11,2
Niedersachsen	192 158	140 140	136 108	7,6	7,3	-29,2	-2,9
Nordrhein-Westfalen	455 693	364 096	352 299	8,8	8,4	-22,7	-3,2
Rheinland-Pfalz	80 510	57 612	54 271	5,9	5,5	-32,6	-5,8
Saarland	24 997	17 473	17 117	7,5	7,4	-31,5	-2,0
Sachsen	191 294	128 135	115 256	12,6	11,4	-39,7	-10,1
Sachsen-Anhalt	123 320	78 314	69 796	13,4	12,2	-43,4	-10,9
Schleswig-Holstein	69 481	47 921	46 008	7,1	6,8	-33,8	-4,0
Thüringen	100 452	66 193	54 789	11,8	9,8	-45,5	-17,2
Deutschland	2 171 133	1 545 246	1 453 498	7,8	7,4	-33,1	-5,9
Westdeutschland	1 424 984	1 048 388	1 006 621	-29,4	-4,0
Ostdeutschland	746 149	496 858	446 877	-40,1	-10,1

Wirtschaft und Einkommen

17. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	319 945	365 056	343 736	59 303	65 170	61 678	+ 1,3	- 7,4
Bayern	392 165	444 812	429 862	61 928	66 904	64 650	+ 3,9	- 5,0
Berlin	77 624	88 585	90 134	50 415	54 080	54 116	+ 8,8	- 0,7
Brandenburg	48 291	54 368	53 891	47 510	51 863	50 992	+ 3,2	- 2,1
Bremen	24 260	27 432	26 753	63 231	69 912	68 441	+ 4,7	- 3,4
Hamburg	79 205	87 482	85 757	75 900	78 519	76 235	+ 2,6	- 3,2
Hessen	199 060	221 350	216 515	65 544	71 078	69 456	+ 2,6	- 4,3
Mecklenburg-Vorpommern	31 837	35 695	35 229	44 794	48 755	48 168	+ 4,9	- 2,3
Niedersachsen	187 171	213 093	205 596	52 790	58 185	55 914	+ 3,1	- 4,7
Nordrhein-Westfalen	483 009	547 537	521 746	57 278	63 011	60 157	+ 0,7	- 5,8
Rheinland-Pfalz	96 729	106 371	102 526	54 240	57 267	55 284	- 0,3	- 5,0
Saarland	26 671	31 053	28 851	52 684	60 848	56 967	+ 0,2	- 7,9
Sachsen	85 608	94 923	92 853	44 763	48 588	47 898	+ 3,2	- 3,8
Sachsen-Anhalt	47 158	53 721	51 480	46 937	52 933	50 965	+ 1,9	- 4,7
Schleswig-Holstein	67 519	73 942	73 399	55 146	58 092	57 319	+ 3,9	- 1,9
Thüringen	44 647	50 380	48 871	44 129	48 978	48 112	+ 2,9	- 4,3
Deutschland	2 210 900	2 495 800	2 407 200	56 865	61 963	59 784	+ 2,5	- 5,0
Westdeutschland	1 875 735	2 118 128	2 034 741	59 201	64 453	61 947	+ 2,1	- 5,4
Ostdeutschland	335 165	377 672	372 459	46 578	50 929	50 208	+ 4,4	- 2,9

18. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2004	2008	2009	2009			09/04	09/08
	1 000			%				
Baden-Württemberg	5 395,1	5 612,1	5 573,0	11,6	17,8	12,6	+ 3,3	- 0,5
Bayern	6 332,6	6 640,6	6 649,1	22,2	18,7	15,6	+ 5,0	+ 0,0
Berlin	1 539,7	1 638,4	1 665,6	0,6	2,2	4,9	+ 8,2	+ 1,7
Brandenburg	1 016,4	1 047,1	1 056,9	4,4	2,4	2,6	+ 4,0	+ 0,8
Bremen	383,7	393,2	390,9	0,2	0,8	1,1	+ 1,9	- 0,4
Hamburg	1 043,5	1 114,1	1 124,9	0,6	1,6	3,3	+ 7,8	+ 1,0
Hessen	3 037,0	3 127,8	3 117,3	5,2	6,9	8,1	+ 2,6	+ 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	710,8	732,2	731,4	3,3	1,3	1,9	+ 3,0	- 0,1
Niedersachsen	3 545,6	3 672,4	3 677,0	14,0	8,7	9,1	+ 3,7	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	8 432,7	8 705,3	8 673,1	15,1	20,5	22,1	+ 2,9	- 0,2
Rheinland-Pfalz	1 783,4	1 857,0	1 854,5	6,0	4,7	4,5	+ 4,0	- 0,2
Saarland	506,2	512,7	506,5	0,5	1,4	1,2	+ 0,0	- 0,8
Sachsen	1 912,5	1 960,5	1 938,6	4,8	5,2	4,7	+ 1,3	- 0,8
Sachsen-Anhalt	1 004,7	1 018,9	1 010,1	3,4	2,4	2,5	+ 0,5	- 0,5
Schleswig-Holstein	1 224,4	1 270,1	1 280,5	4,8	2,4	3,4	+ 4,6	+ 0,6
Thüringen	1 011,8	1 027,7	1 015,8	3,2	3,0	2,4	+ 0,4	- 1,2
Deutschland	38 880,0	40 330,0	40 265,0	100,0	100,0	100,0	+ 3,6	- 1,0
Westdeutschland	31 684,2	32 905,2	32 846,7	80,3	83,6	80,9	+ 3,6	- 0,1
Ostdeutschland	7 195,8	7 424,8	7 418,3	19,7	16,4	19,1	+ 3,0	+ 0,0

19. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in jeweiligen Preisen

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2004	2008	2009	2004	2009		€	09/04	09/08
	Mio. €			%				%	
Baden-Württemberg	2 397	2 219	2 060	0,8	0,7		20 437	- 14,0	+ 2,1
Bayern	4 266	3 824	3 471	1,2	0,9		18 096	- 14,1	+ 3,1
Berlin	98	81	71	0,1	0,1		14 599	- 13,4	+ 0,2
Brandenburg	1 036	940	804	2,4	1,7		21 057	- 15,3	+ 0,4
Bremen	63	45	43	0,3	0,2		30 417	- 41,1	- 6,6
Hamburg	133	144	127	0,2	0,2		23 106	+ 8,6	+ 0,3
Hessen	1 046	1 101	876	0,6	0,5		19 425	- 10,8	- 9,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 076	910	756	3,7	2,4		26 354	- 18,8	+ 2,6
Niedersachsen	3 419	3 145	2 869	2,0	1,6	15,9	23 628	- 13,6	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	3 036	2 926	2 651	0,7	0,6		20 212	- 6,9	- 0,6
Rheinland-Pfalz	1 326	1 392	1 359	1,5	1,5		25 974	- 4,5	- 1,5
Saarland	71	65	56	0,3	0,3		14 034	- 11,0	+ 1,4
Sachsen	1 025	867	729	1,3	0,9		17 458	- 20,5	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	990	906	736	2,3	1,6		24 648	- 15,8	- 0,4
Schleswig-Holstein	1 131	1 064	926	1,9	1,4		22 137	- 9,6	+ 1,2
Thüringen	786	622	517	1,9	1,2		18 907	- 26,5	+ 0,5
Deutschland	21 900	20 250	18 050	1,1	0,8	100,0	20 843	- 13,0	+ 0,4
Westdeutschland	16 888	15 925	14 437	1,0	0,8		20 764	- 11,3	+ 0,3
Ostdeutschland	5 012	4 325	3 613	1,7	1,1		21 166	- 18,9	+ 0,7

20. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2004	2008	2009	2004	2009			09/04	09/08
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	110 242	128 016	105 155	38,1	34,2	18,4	59 112	- 9,1	- 18,8
Bayern	108 540	123 698	106 736	30,6	27,8	18,7	56 893	- 4,0	- 14,4
Berlin	12 907	14 565	14 269	18,4	17,7	2,5	66 080	+ 1,0	- 4,2
Brandenburg	10 649	12 270	11 622	24,4	24,1	2,0	48 357	- 4,5	- 6,3
Bremen	6 117	6 295	5 810	27,9	24,3	1,0	72 214	- 12,5	- 6,7
Hamburg	12 440	13 873	12 422	17,4	16,2	2,2	77 085	- 7,2	- 9,9
Hessen	44 629	46 811	41 695	24,8	21,6	7,3	60 728	- 13,5	- 11,7
Mecklenburg-Vorpommern	5 291	6 286	5 830	18,4	18,5	1,0	43 752	- 0,1	- 8,8
Niedersachsen	50 100	57 668	49 103	29,6	26,7	8,6	56 176	- 10,8	- 14,9
Nordrhein-Westfalen	128 171	146 878	122 277	29,4	26,2	21,4	59 460	- 13,4	- 16,8
Rheinland-Pfalz	27 967	30 953	26 359	32,0	28,8	4,6	55 818	- 12,1	- 15,2
Saarland	8 003	10 040	7 756	33,2	30,1	1,4	55 246	- 13,9	- 21,6
Sachsen	22 150	25 626	22 852	28,6	27,5	4,0	44 193	- 0,2	- 12,2
Sachsen-Anhalt	11 570	15 240	13 402	27,1	29,1	2,3	55 289	+ 5,5	- 12,5
Schleswig-Holstein	13 764	14 916	13 593	22,6	20,7	2,4	56 118	- 8,7	- 9,9
Thüringen	12 270	14 814	13 128	30,4	30,1	2,3	44 294	+ 1,2	- 12,2
Deutschland	584 810	667 950	572 010	29,3	26,6	100,0	57 121	- 8,5	- 14,9
Westdeutschland	509 973	579 148	490 908	30,1	27,0	85,8	58 661	- 9,9	- 15,7
Ostdeutschland	74 837	88 802	81 103	24,7	24,4	14,2	49 291	+ 0,6	- 9,9

21. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2004	2008	2009	2004	2009			09/04	09/08
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	176 549	197 293	199 895	61,0	65,1	12,8	54 123	+ 8,2	- 1,0
Bayern	241 659	271 565	273 853	68,2	71,3	17,5	59 778	+ 7,7	- 1,7
Berlin	57 157	64 832	66 190	81,5	82,2	4,2	45 815	+ 10,6	- 0,7
Brandenburg	31 963	35 569	35 723	73,2	74,2	2,3	45 897	+ 6,5	- 1,6
Bremen	15 748	18 272	18 049	71,8	75,5	1,2	58 407	+ 11,9	- 3,1
Hamburg	59 019	64 472	64 071	82,4	83,6	4,1	66 861	+ 4,8	- 2,6
Hessen	134 249	150 684	150 875	74,6	78,0	9,7	63 243	+ 8,3	- 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	22 410	24 829	24 890	77,9	79,1	1,6	43 709	+ 7,2	- 1,6
Niedersachsen	115 659	130 374	131 717	68,4	71,7	8,4	49 121	+ 10,0	- 1,2
Nordrhein-Westfalen	305 369	341 448	341 225	69,9	73,2	21,9	52 614	+ 7,1	- 2,0
Rheinland-Pfalz	58 137	63 092	63 884	66,5	69,7	4,1	48 034	+ 5,6	- 1,0
Saarland	16 033	17 757	17 965	66,5	69,7	1,2	49 618	+ 8,1	- 1,1
Sachsen	54 203	58 673	59 380	70,0	71,6	3,8	43 036	+ 5,1	- 1,1
Sachsen-Anhalt	30 064	32 054	31 857	70,5	69,3	2,0	43 175	+ 1,1	- 2,0
Schleswig-Holstein	46 132	50 361	51 059	75,6	77,9	3,3	51 240	+ 8,1	- 0,5
Thüringen	27 299	29 765	30 019	67,6	68,7	1,9	43 376	+ 4,6	- 1,4
Deutschland	1 391 650	1 551 040	1 560 650	69,6	72,6	100,0	53 110	+ 7,5	- 1,7
Westdeutschland	1 168 554	1 305 318	1 312 593	68,9	72,2	84,1	55 191	+ 7,7	- 1,7
Ostdeutschland	223 096	245 722	248 057	73,6	74,5	15,9	44 279	+ 6,3	- 1,3

22. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	2004	2008	2009	2004	2009 ¹⁾	09/04	09/08
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	3 190	2 202	2 850	77,4	64,8	- 10,7	+ 29,4
Bayern	4 564	3 397	3 943	86,7	68,5	- 13,6	+ 16,1
Berlin	1 902	1 365	1 499	167,0	112,9	- 21,2	+ 9,8
Brandenburg	1 259	710	754	159,7	84,9	- 40,1	+ 6,2
Bremen	324	190	253	148,2	110,7	- 21,9	+ 33,2
Hamburg	896	643	838	113,7	95,5	- 6,5	+ 30,3
Hessen	2 383	1 638	1 953	101,4	77,8	- 18,0	+ 19,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 029	505	485	204,6	88,9	- 52,9	- 4,0
Niedersachsen	3 166	2 333	2 618	125,0	96,8	- 17,3	+ 12,2
Nordrhein-Westfalen	12 012	10 388	10 895	191,1	163,3	- 9,3	+ 4,9
Rheinland-Pfalz	1 557	1 279	1 382	103,0	87,8	- 11,2	+ 8,1
Saarland	407	350	441	119,2	122,4	+ 8,4	+ 26,0
Sachsen	2 344	1 850	1 942	172,4	131,0	- 17,2	+ 5,0
Sachsen-Anhalt	1 675	780	1 005	256,5	146,8	- 40,0	+ 28,8
Schleswig-Holstein	1 516	1 114	1 203	152,9	110,5	- 20,6	+ 8,0
Thüringen	989	547	626	135,9	81,4	- 36,7	+ 14,4
Deutschland	39 213	29 291	32 687	132,6	102,6	- 16,6	+ 11,6
Westdeutschland	30 015	23 534	26 376	123,0	100,8	- 12,1	+ 12,1
Ostdeutschland	9 198	5 757	6 311	177,9	110,8	- 31,4	+ 9,6

1) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2008.

23. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	2004	2007	2008	2004	2007	2008	08/04	08/07
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	412 020	429 858	439 887	410 565	428 047	437 979	+ 6,8	+ 2,3
Bayern	526 174	564 608	575 609	524 787	562 922	573 811	+ 9,4	+ 1,9
Berlin	113 917	128 717	132 737	113 726	128 501	132 517	+ 16,5	+ 3,1
Brandenburg	78 836	86 854	88 849	78 758	86 750	88 735	+ 12,7	+ 2,3
Bremen	21 858	22 581	22 853	21 723	22 420	22 673	+ 4,6	+ 1,2
Hamburg	78 801	85 658	87 783	78 395	85 163	87 271	+ 11,4	+ 2,5
Hessen	235 001	246 837	251 064	234 287	245 971	250 174	+ 6,8	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	50 305	53 746	54 569	50 256	53 674	54 491	+ 8,5	+ 1,5
Niedersachsen	253 250	268 524	270 342	252 512	267 631	269 380	+ 6,7	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	628 567	662 884	667 375	626 302	660 134	664 565	+ 6,2	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	151 108	155 936	157 343	150 797	155 529	156 926	+ 4,1	+ 0,9
Saarland	34 138	35 891	36 021	34 040	35 769	35 897	+ 5,5	+ 0,4
Sachsen	135 984	146 159	148 273	135 858	145 982	148 089	+ 9,0	+ 1,4
Sachsen-Anhalt	65 294	68 257	68 439	65 218	68 146	68 314	+ 4,8	+ 0,3
Schleswig-Holstein	99 157	107 771	108 825	98 899	107 466	108 503	+ 9,8	+ 1,0
Thüringen	72 763	76 228	76 909	72 706	76 137	76 803	+ 5,7	+ 0,9
Deutschland	2 957 173	3 140 509	3 186 878	2 948 829	3 130 242	3 176 128	+ 7,8	+ 1,5
Westdeutschland	2 440 074	2 580 548	2 617 102	2 432 307	2 571 052	2 607 179	+ 7,3	+ 1,4
Ostdeutschland	517 099	559 961	569 776	516 522	559 190	568 949	+ 10,2	+ 1,8

24. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a. d. Lieferungen u. Leistungen 2008
	2004	2007	2008	2004	2007	2008	08/04	08/07	
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	712 485	872 465	910 043	266 543	294 580	304 625	+ 27,7	+ 4,3	33,5
Bayern	716 150	857 547	881 487	295 711	334 067	347 254	+ 23,1	+ 2,8	39,4
Berlin	115 205	138 358	151 214	46 282	55 615	59 011	+ 31,3	+ 9,3	39,0
Brandenburg	52 814	67 228	71 682	34 226	40 257	42 273	+ 35,7	+ 6,6	59,0
Bremen	51 379	56 686	61 322	18 991	21 301	21 916	+ 19,4	+ 8,2	35,7
Hamburg	281 668	330 469	372 261	55 913	64 935	67 337	+ 32,2	+ 12,6	18,1
Hessen	372 082	433 720	453 472	134 445	146 345	150 183	+ 21,9	+ 4,6	33,1
Mecklenburg-Vorpommern	31 422	37 477	40 216	24 325	27 361	28 722	+ 28,0	+ 7,3	71,4
Niedersachsen	391 423	453 813	481 308	158 907	178 380	184 080	+ 23,0	+ 6,1	38,2
Nordrhein-Westfalen	1 138 528	1 312 300	1 359 676	410 861	449 857	462 344	+ 19,4	+ 3,6	34,0
Rheinland-Pfalz	155 320	182 646	195 055	79 012	85 131	87 969	+ 25,6	+ 6,8	45,1
Saarland	44 639	60 067	63 247	18 981	21 828	23 359	+ 41,7	+ 5,3	36,9
Sachsen	88 510	107 545	117 422	60 980	70 747	74 235	+ 32,7	+ 9,2	63,2
Sachsen-Anhalt	43 576	56 826	62 197	32 510	35 993	37 735	+ 42,7	+ 9,5	60,7
Schleswig-Holstein	108 331	128 727	135 563	57 258	65 740	67 167	+ 25,1	+ 5,3	49,5
Thüringen	43 975	52 392	56 075	35 422	39 843	41 410	+ 27,5	+ 7,0	73,8
Deutschland	4 347 506	5 148 265	5 412 240	1 730 366	1 931 980	1 999 621	+ 24,5	+ 5,1	36,9
Westdeutschland	3 972 005	4 688 440	4 913 434	1 496 622	1 662 164	1 716 234	+ 23,7	+ 4,8	34,9
Ostdeutschland	375 502	459 826	498 806	233 745	269 816	283 386	+ 32,8	+ 8,5	56,8

25. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2009	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2004	2008	2009	2004	2009		09/04	09/08
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	251 442	283 443	219 244	17,7	17,0	189 155	-12,8	-22,6
Bayern	280 844	317 738	261 654	19,7	20,3	230 122	-6,8	-17,7
Berlin	30 556	26 057	21 199	2,1	1,6	241 348	-30,6	-18,6
Brandenburg	17 889	20 713	17 672	1,3	1,4	195 766	-1,2	-14,7
Bremen	20 898	20 000	16 719	1,5	1,3	330 134	-20,0	-16,4
Hamburg	64 266	76 945	52 191	4,5	4,0	630 463	-18,8	-32,2
Hessen	86 586	96 762	82 405	6,1	6,4	214 270	-4,8	-14,8
Mecklenburg-Vorpommern	8 925	11 616	9 782	0,6	0,8	175 597	+9,6	-15,8
Niedersachsen	146 626	180 241	145 535	10,3	11,3	296 391	-0,7	-19,3
Nordrhein-Westfalen	308 303	339 354	260 207	21,7	20,2	218 101	-15,6	-23,3
Rheinland-Pfalz	66 090	78 760	62 511	4,6	4,8	227 214	-5,4	-20,6
Saarland	20 636	26 114	19 352	1,4	1,5	211 220	-6,2	-25,9
Sachsen	40 721	51 951	42 891	2,9	3,3	182 526	+5,3	-17,4
Sachsen-Anhalt	25 964	35 961	29 400	1,8	2,3	236 738	+13,2	-18,2
Schleswig-Holstein	30 278	31 522	26 755	2,1	2,1	219 386	-11,6	-15,1
Thüringen	23 345	27 100	22 113	1,6	1,7	143 365	-5,3	-18,4
Deutschland	1 423 369	1 624 274	1 289 629	100,0	100,0	224 905	-9,4	-20,6
Westdeutschland	1 275 969	1 450 879	1 146 573	89,6	88,9	229 918	-10,1	-21,0
Ostdeutschland	147 400	173 398	143 057	10,4	11,1	191 449	-2,9	-17,5

26. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten	Veränderung	
	2004	2008	2009	2004	2009		09/04	09/08
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	9 154	11 023	10 819	11,5	13,0	128 063	+18,2	-1,9
Bayern	15 251	16 761	15 879	19,1	19,1	124 852	+4,1	-5,3
Berlin	2 246	2 274	2 202	2,8	2,6	115 119	-2,0	-3,2
Brandenburg	3 433	3 342	3 311	4,3	4,0	101 564	-3,6	-0,9
Bremen	583	656	526	0,7	0,6	142 586	-9,8	-19,8
Hamburg	1 506	1 870	1 837	1,9	2,2	203 726	+22,0	-1,8
Hessen	5 313	5 771	5 363	6,6	6,4	115 145	+0,9	-7,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 841	1 641	1 515	2,3	1,8	95 535	-17,7	-7,7
Niedersachsen	7 939	9 175	8 752	9,9	10,5	118 254	+10,2	-4,6
Nordrhein-Westfalen	13 564	14 754	13 952	17,0	16,7	117 846	+2,9	-5,4
Rheinland-Pfalz	4 158	4 493	4 381	5,2	5,3	118 726	+5,4	-2,5
Saarland	988	1 049	1 049	1,2	1,3	115 822	+6,2	+0,0
Sachsen	5 865	5 647	5 453	7,3	6,5	99 822	-7,0	-3,4
Sachsen-Anhalt	3 037	3 156	3 134	3,8	3,8	105 522	+3,2	-0,7
Schleswig-Holstein	2 278	2 353	2 231	2,9	2,7	108 227	-2,1	-5,2
Thüringen	2 769	2 874	2 913	3,5	3,5	101 871	+5,2	+1,4
Deutschland	79 923	86 839	83 317	100,0	100,0	117 277	+4,2	-4,1
Westdeutschland	60 734	67 905	64 789	76,0	77,8	122 262	+6,7	-4,6
Ostdeutschland	19 191	18 934	18 528	24,0	22,2	102 644	-3,5	-2,1

27. Gästeübernachtungen (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen						Veränderung der Übernachtungen insgesamt	
	insgesamt			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾			09/04	09/08
	2004	2008	2009	2004	2008	2009		
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	40 023	43 617	42 417	2,8	2,6	2,6	+6,0	-2,8
Bayern	73 661	76 910	75 195	3,1	2,9	2,9	+2,1	-2,2
Berlin	13 260	17 770	18 872	2,2	2,2	2,3	+42,3	+6,2
Brandenburg	9 257	10 172	10 252	2,8	2,7	2,8	+10,8	+0,8
Bremen	1 422	1 651	1 639	1,8	1,8	1,8	+15,2	-0,7
Hamburg	5 946	7 728	8 190	1,8	1,9	1,9	+37,8	+6,0
Hessen	24 853	27 326	26 928	2,5	2,4	2,4	+8,3	-1,5
Mecklenburg-Vorpommern	24 395	27 502	28 421	4,3	4,2	4,1	+16,5	+3,3
Niedersachsen	34 489	36 902	37 591	3,4	3,2	3,2	+9,0	+1,9
Nordrhein-Westfalen	37 690	41 521	40 223	2,4	2,3	2,3	+6,7	-3,1
Rheinland-Pfalz	19 827	20 233	20 139	2,9	2,7	2,7	+1,6	-0,5
Saarland	2 167	2 264	2 119	3,0	2,9	3,0	-2,3	-6,4
Sachsen	15 233	16 182	16 265	2,7	2,7	2,7	+6,8	+0,5
Sachsen-Anhalt	5 874	6 700	6 743	2,5	2,5	2,5	+14,8	+0,6
Schleswig-Holstein	22 133	23 855	24 319	4,5	4,2	4,2	+9,9	+1,9
Thüringen	8 538	9 247	9 424	2,8	2,8	2,8	+10,4	+1,9
Deutschland	338 769	369 580	368 737	2,9	2,8	2,8	+8,8	-0,2
Westdeutschland	262 212	282 007	278 760	+6,3	-1,2
Ostdeutschland	76 557	87 573	89 977	+17,5	+2,7

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

28. Verfügbares Einkommen pro Einwohner

Land	Verfügbares Einkommen pro Einwohner			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner	
	2003	2007	2008	2007	2008	08/03	08/07
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	18 646	20 212	20 748	109,6	109,3	+ 11,3	+ 2,7
Bayern	18 054	19 729	20 339	107,0	107,2	+ 12,6	+ 3,1
Berlin	14 616	15 369	15 736	83,3	82,9	+ 7,7	+ 2,4
Brandenburg	14 469	15 573	15 913	84,4	83,9	+ 10,0	+ 2,2
Bremen	19 188	20 452	21 068	110,9	111,0	+ 9,8	+ 3,0
Hamburg	21 409	22 863	23 455	124,0	123,6	+ 9,5	+ 2,6
Hessen	17 800	19 223	19 824	104,2	104,5	+ 11,4	+ 3,1
Mecklenburg-Vorpommern	13 654	14 616	14 944	79,3	78,8	+ 9,5	+ 2,2
Niedersachsen	16 562	17 717	18 206	96,1	96,0	+ 9,9	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	18 054	19 265	19 837	104,5	104,5	+ 9,9	+ 3,0
Rheinland-Pfalz	16 698	17 979	18 509	97,5	97,5	+ 10,9	+ 2,9
Saarland	16 497	18 543	19 022	100,5	100,3	+ 15,3	+ 2,6
Sachsen	14 582	15 357	15 708	83,3	82,8	+ 7,7	+ 2,3
Sachsen-Anhalt	13 886	14 611	15 192	79,2	80,1	+ 9,4	+ 4,0
Schleswig-Holstein	16 451	17 848	18 446	96,8	97,2	+ 12,1	+ 3,4
Thüringen	14 138	14 977	15 297	81,2	80,6	+ 8,2	+ 2,1
Deutschland	17 136	18 442	18 974	100,0	100,0	+ 10,7	+ 2,9
Westdeutschland	17 867	19 273	19 838	104,5	104,6	+ 11,1	+ 2,9
Ostdeutschland	14 310	15 155	15 536	82,2	81,9	+ 8,6	+ 2,5

29. Bruttoverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Land	Bruttjahresverdienste ³⁾			Bruttostundenverdienste ³⁾			Veränderung der Brutto-	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	jahresverdienste	std.-verdienste
	€			€			09/08	09/08
							%	
Baden-Württemberg	43 025	44 123	43 597	21,23	21,75	22,17	-1,2	+1,9
Bayern	42 157	43 488	43 451	20,77	21,41	21,77	-0,1	+1,7
Berlin	40 271	40 382	40 671	19,89	19,92	20,11	+0,7	+1,0
Brandenburg	31 462	32 785	33 623	15,27	15,89	16,46	+2,6	+3,6
Bremen	41 403	43 428	43 362	20,77	21,76	21,94	-0,2	+0,8
Hamburg	45 203	46 447	47 046	22,30	22,86	23,30	+1,3	+1,9
Hessen	45 884	47 186	47 094	22,59	23,16	23,35	-0,2	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	29 336	30 368	31 130	14,26	14,72	15,18	+2,5	+3,1
Niedersachsen	38 191	39 402	39 791	18,93	19,46	19,81	+1,0	+1,8
Nordrhein-Westfalen	41 724	42 770	43 301	20,53	21,05	21,64	+1,2	+2,8
Rheinland-Pfalz	39 529	40 689	41 169	19,47	20,04	20,55	+1,2	+2,5
Saarland	38 876	39 672	39 159	19,16	19,65	19,95	-1,3	+1,5
Sachsen	30 242	31 429	32 066	14,74	15,28	15,85	+2,0	+3,7
Sachsen-Anhalt	29 970	30 876	31 544	14,50	14,90	15,37	+2,2	+3,2
Schleswig-Holstein	36 882	37 924	38 416	18,04	18,51	18,92	+1,3	+2,2
Thüringen	29 010	30 117	30 488	14,09	14,59	15,05	+1,2	+3,2
Deutschland	40 134	41 260	41 468	19,74	20,27	20,70	+0,5	+2,1
Westdeutschland ¹⁾	41 767	42 905	43 036	20,59	21,13	21,54	+0,3	+1,9
Ostdeutschland ²⁾	30 082	31 201	31 853	14,62	15,12	15,65	+2,1	+3,5

1) Einschließlich Berlin. - 2) Ohne Berlin. - 3) Einschließlich Sonderzahlungen.

30. Bruttoverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Land	Bruttjahresverdienste ³⁾			Bruttostundenverdienste ³⁾			Veränderung der Brutto-	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	jahresverdienste	std.-verdienste
	€			€			09/08	09/08
							%	
Baden-Württemberg	34 142	35 006	35 427	17,01	17,44	17,92	+1,2	+2,8
Bayern	34 651	35 680	36 289	17,21	17,69	18,14	+1,7	+2,5
Berlin	36 166	36 042	36 516	18,00	17,91	18,13	+1,3	+1,2
Brandenburg	30 726	32 131	33 098	14,99	15,65	16,16	+3,0	+3,3
Bremen	32 973	34 785	36 094	16,70	17,63	18,31	+3,8	+3,9
Hamburg	38 039	39 280	40 041	18,91	19,49	19,94	+1,9	+2,3
Hessen	38 270	39 509	40 153	18,95	19,51	19,90	+1,6	+2,0
Mecklenburg-Vorpommern	27 750	28 906	29 774	13,66	14,19	14,61	+3,0	+3,0
Niedersachsen	32 188	33 312	34 110	16,12	16,64	17,04	+2,4	+2,4
Nordrhein-Westfalen	35 236	36 116	37 094	17,55	17,99	18,56	+2,7	+3,2
Rheinland-Pfalz	33 635	34 684	35 538	16,73	17,25	17,77	+2,5	+3,0
Saarland	32 659	33 390	33 845	16,21	16,58	16,95	+1,4	+2,2
Sachsen	28 969	30 152	31 070	14,26	14,79	15,36	+3,0	+3,9
Sachsen-Anhalt	29 566	30 648	31 622	14,54	15,06	15,60	+3,2	+3,6
Schleswig-Holstein	31 565	32 289	33 101	15,62	15,95	16,42	+2,5	+2,9
Thüringen	27 512	28 775	29 408	13,44	14,01	14,48	+2,2	+3,4
Deutschland	33 831	34 800	35 542	16,80	17,25	17,73	+2,1	+2,8
Westdeutschland ¹⁾	34 831	35 752	36 465	17,34	17,77	18,24	+2,0	+2,6
Ostdeutschland ²⁾	28 993	30 200	31 089	14,23	14,78	15,31	+2,9	+3,6

1) Einschließlich Berlin. - 2) Ohne Berlin. - 3) Einschließlich Sonderzahlungen.

31. Bruttostundenverdienste von Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Land	Bruttostundenverdienste ³⁾			Veränd.d. Brutto-
	von Teilzeitbeschäftigten			
	2007	2008	2009	09/08
	€			%
Baden-Württemberg	16,37	16,66	17,06	+2,4
Bayern	16,41	16,71	17,03	+1,9
Berlin	15,51	15,35	15,64	+1,9
Brandenburg	13,21	13,59	13,88	+2,1
Bremen	15,39	16,50	17,59	+6,6
Hamburg	17,31	17,77	18,24	+2,6
Hessen	16,95	17,35	17,66	+1,8
Mecklenburg-Vorpommern	13,75	14,17	14,65	+3,4
Niedersachsen	15,09	15,59	15,87	+1,8
Nordrhein-Westfalen	15,91	16,34	16,81	+2,9
Rheinland-Pfalz	16,00	16,34	16,75	+2,5
Saarland	15,47	15,70	15,98	+1,8
Sachsen	12,72	13,15	13,51	+2,7
Sachsen-Anhalt	11,86	12,31	12,60	+2,4
Schleswig-Holstein	15,33	15,60	15,82	+1,4
Thüringen	13,32	13,99	14,44	+3,2
Deutschland	15,54	15,91	16,27	+2,3
Westdeutschland ¹⁾	16,07	16,42	16,79	+2,3
Ostdeutschland ²⁾	12,88	13,35	13,71	+2,7

1) Einschließlich Berlin. - 2) Ohne Berlin. - 3) Einschließlich Sonderzahlungen.

Globalisierung

32. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2009	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	2004	2008	2009		09/04	09/08
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	113 395	151 229	125 013	19,1	+10,2	-17,3
Bayern	117 493	155 730	123 991	18,9	+5,5	-20,4
Berlin	10 040	11 484	10 498	1,6	+4,6	-8,6
Brandenburg	5 390	11 877	10 690	1,6	+98,3	-10,0
Bremen	11 754	13 553	10 775	1,6	-8,3	-20,5
Hamburg	20 698	32 379	31 317	4,8	+51,3	-3,3
Hessen	37 157	51 352	43 105	6,6	+16,0	-16,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 998	5 973	5 073	0,8	+69,2	-15,1
Niedersachsen	56 358	76 729	56 859	8,7	+0,9	-25,9
Nordrhein-Westfalen	133 886	172 087	138 577	21,1	+3,5	-19,5
Rheinland-Pfalz	31 725	45 034	34 912	5,3	+10,0	-22,5
Saarland	10 336	14 191	11 175	1,7	+8,1	-21,3
Sachsen	16 260	23 205	19 543	3,0	+20,2	-15,8
Sachsen-Anhalt	6 174	12 810	10 277	1,6	+66,5	-19,8
Schleswig-Holstein	14 579	18 403	14 969	2,3	+2,7	-18,7
Thüringen	7 357	11 076	8 977	1,4	+22,0	-19,0
Deutschland¹⁾	731 479	994 802	808 155	100,0	+10,5	-18,8
Westdeutschland	547 381	730 687	590 693	90,1	+7,9	-19,2
Ostdeutschland	48 219	76 425	65 058	9,9	+34,9	-14,9

1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte. Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

33. Einfuhr

Land	Einfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Einfuhr 2009	Veränderung der Einfuhr insgesamt	
	2004	2008	2009		09/04	09/08
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	90 058	130 323	109 078	16,7	+21,1	-16,3
Bayern	94 006	129 934	109 943	16,8	+17,0	-15,4
Berlin	6 480	8 466	8 529	1,3	+31,6	+0,7
Brandenburg	6 720	14 099	11 164	1,7	+66,1	-20,8
Bremen	10 470	12 830	10 820	1,7	+3,3	-15,7
Hamburg	41 594	61 966	53 902	8,3	+29,6	-13,0
Hessen	53 985	70 762	58 534	9,0	+8,4	-17,3
Mecklenburg-Vorpommern	2 186	4 385	3 437	0,5	+57,2	-21,6
Niedersachsen	49 810	74 794	61 586	9,4	+23,6	-17,7
Nordrhein-Westfalen	138 422	189 589	147 801	22,6	+6,8	-22,0
Rheinland-Pfalz	19 502	26 835	22 207	3,4	+13,9	-17,2
Saarland	9 576	11 511	9 705	1,5	+1,3	-15,7
Sachsen	9 831	15 351	13 894	2,1	+41,3	-9,5
Sachsen-Anhalt	5 421	11 804	9 239	1,4	+70,4	-21,7
Schleswig-Holstein	16 843	21 581	17 057	2,6	+1,3	-21,0
Thüringen	5 175	7 199	5 758	0,9	+11,3	-20,0
Deutschland¹⁾	579 861	823 110	676 313	100,0	+16,6	-17,8
Westdeutschland	524 266	730 125	600 633	92,0	+14,6	-17,7
Ostdeutschland	35 813	61 304	52 021	8,0	+45,3	-15,1

1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Importe. Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

34. Bestand an Auslandsinvestitionen

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2003	2007	2008	2003	2008	08/03	08/07
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	84 305	120 327	125 482	14,4	14,7	+ 48,8	+ 4,3
Bayern	128 884	196 631	193 921	22,1	22,8	+ 50,5	- 1,4
Berlin	6 290	10 059	10 726	1,1	1,3	+ 70,5	+ 6,6
Brandenburg	204	251	346	0,0	0,0	+ 69,6	+ 37,8
Bremen	479	736	780	0,1	0,1	+ 62,8	+ 6,0
Hamburg	16 016	42 190	39 053	2,7	4,6	+ 143,8	- 7,4
Hessen	86 477	125 028	110 142	14,8	12,9	+ 27,4	- 11,9
Mecklenburg-Vorpommern	257	508	449	0,0	0,1	+ 74,7	- 11,6
Niedersachsen	33 775	59 224	62 818	5,8	7,4	+ 86,0	+ 6,1
Nordrhein-Westfalen	192 818	249 382	263 171	33,0	30,9	+ 36,5	+ 5,5
Rheinland-Pfalz	27 584	34 632	33 535	4,7	3,9	+ 21,6	- 3,2
Saarland	2 076	3 169	3 701	0,4	0,4	+ 78,3	+ 16,8
Sachsen	657	990	631	0,1	0,1	- 4,0	- 36,3
Sachsen-Anhalt	135	467	436	0,0	0,1	+ 223,0	- 6,6
Schleswig-Holstein	3 247	2 767	4 903	0,6	0,6	+ 51,0	+ 77,2
Thüringen	336	783	767	0,1	0,1	+ 128,3	- 2,0
Deutschland	583 539	847 144	850 861	100,0	100,0	+ 45,8	+ 0,4
Westdeutschland	575 661	834 086	837 506	98,6	98,4	+ 45,5	+ 0,4
Ostdeutschland	7 879	13 058	13 355	1,4	1,6	+ 69,5	+ 2,3

Quelle: Deutsche Bundesbank

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2003	2007	2008	2003	2008	08/03	08/07
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	67 605	81 925	84 378	12,4	12,9	+ 24,8	+ 3,0
Bayern	70 459	103 718	106 748	13,0	16,3	+ 51,5	+ 2,9
Berlin	13 997	25 875	24 253	2,6	3,7	+ 73,3	- 6,3
Brandenburg	1 020	1 798	2 887	0,2	0,4	+ 183,0	+ 60,6
Bremen	4 448	4 441	4 365	0,8	0,7	- 1,9	- 1,7
Hamburg	49 946	70 681	75 796	9,2	11,6	+ 51,8	+ 7,2
Hessen	108 078	119 522	104 644	19,9	16,0	- 3,2	- 12,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 182	2 873	3 685	0,2	0,6	+ 211,8	+ 28,3
Niedersachsen	13 549	21 364	23 994	2,5	3,7	+ 77,1	+ 12,3
Nordrhein-Westfalen	184 107	179 163	187 658	33,9	28,7	+ 1,9	+ 4,7
Rheinland-Pfalz	11 399	13 375	13 637	2,1	2,1	+ 19,6	+ 2,0
Saarland	1 877	2 508	1 640	0,3	0,3	- 12,6	- 34,6
Sachsen	1 481	2 489	2 693	0,3	0,4	+ 81,8	+ 8,2
Sachsen-Anhalt	4 083	5 353	5 519	0,8	0,8	+ 35,2	+ 3,1
Schleswig-Holstein	9 342	9 956	10 489	1,7	1,6	+ 12,3	+ 5,4
Thüringen	1 147	1 805	1 776	0,2	0,3	+ 54,8	- 1,6
Deutschland	543 719	646 845	654 161	100,0	100,0	+ 20,3	+ 1,1
Westdeutschland	520 810	606 653	613 349	95,8	93,8	+ 17,8	+ 1,1
Ostdeutschland	22 910	40 193	40 813	4,2	6,2	+ 78,1	+ 1,5

Quelle: Deutsche Bundesbank

36. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung Auslandsumsatz	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	113 081	141 681	107 192	45,0	50,0	48,9	-5,2	-24,3
Bayern	126 142	156 740	131 753	44,9	49,3	50,4	+4,4	-15,9
Berlin	8 919	10 563	9 914	29,2	40,5	46,8	+11,2	-6,1
Brandenburg	3 704	5 282	4 385	20,7	25,5	24,8	+18,4	-17,0
Bremen	11 190	10 470	8 285	53,5	52,4	49,6	-26,0	-20,9
Hamburg	11 852	18 386	14 794	18,4	23,9	28,3	+24,8	-19,5
Hessen	36 397	47 389	40 339	42,0	49,0	49,0	+10,8	-14,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 754	3 129	2 786	19,7	26,9	28,5	+58,8	-11,0
Niedersachsen	59 905	79 520	58 561	40,9	44,1	40,2	-2,2	-26,4
Nordrhein-Westfalen	116 095	146 847	108 826	37,7	43,3	41,8	-6,3	-25,9
Rheinland-Pfalz	30 254	39 162	30 311	45,8	49,7	48,5	+0,2	-22,6
Saarland	8 759	12 575	9 512	42,4	48,2	49,2	+8,6	-24,4
Sachsen	12 284	19 168	15 533	30,2	36,9	36,2	+26,4	-19,0
Sachsen-Anhalt	5 547	10 599	8 019	21,4	29,5	27,3	+44,6	-24,3
Schleswig-Holstein	11 681	13 280	11 913	38,6	42,1	44,5	+2,0	-10,3
Thüringen	6 401	8 868	6 742	27,4	32,7	30,5	+5,3	-24,0
Deutschland	563 965	723 660	568 864	39,6	44,6	44,1	+0,9	-21,4
Westdeutschland	525 356	666 050	521 486	41,2	45,9	45,5	-0,7	-21,7
Ostdeutschland	38 609	57 609	47 379	26,2	33,2	33,1	+22,7	-17,8

37. Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland						Durchschnittliche Aufenthalts- dauer 2009	Veränderung der Über- nachtungen insgesamt	
	insgesamt			in Prozent von allen Übernachtungen				09/04	09/08
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	%		
	Anzahl (1 000)			%			Tage		%
Baden-Württemberg	6 298	7 692	7 360	15,7	17,6	17,4	2,3	+16,9	-4,3
Bayern	10 426	12 830	12 152	14,2	16,7	16,2	2,1	+16,6	-5,3
Berlin	4 225	7 045	7 458	31,9	39,6	39,5	2,6	+76,5	+5,9
Brandenburg	552	741	663	6,0	7,3	6,5	2,2	+20,3	-10,5
Bremen	304	378	391	21,4	22,9	23,9	2,0	+28,6	+3,5
Hamburg	1 231	1 612	1 655	20,7	20,9	20,2	2,1	+34,4	+2,7
Hessen	5 030	5 308	4 941	20,2	19,4	18,3	1,9	-1,8	-6,9
Mecklenburg-Vorpommern	625	837	804	2,6	3,0	2,8	2,8	+28,6	-3,9
Niedersachsen	2 187	2 856	2 798	6,3	7,7	7,4	2,4	+28,0	-2,0
Nordrhein-Westfalen	6 737	8 055	7 451	17,9	19,4	18,5	2,2	+10,6	-7,5
Rheinland-Pfalz	4 508	5 120	5 241	22,7	25,3	26,0	2,9	+16,2	+2,4
Saarland	250	264	212	11,5	11,7	10,0	2,3	-15,2	-19,6
Sachsen	1 088	1 465	1 443	7,1	9,1	8,9	2,3	+32,7	-1,5
Sachsen-Anhalt	353	464	436	6,0	6,9	6,5	2,3	+23,4	-6,2
Schleswig-Holstein	1 038	1 345	1 277	4,7	5,6	5,3	2,1	+23,1	-5,1
Thüringen	523	524	542	6,1	5,7	5,8	2,4	+3,6	+3,4
Deutschland	45 374	56 537	54 824	13,4	15,3	14,9	2,3	+20,8	-3,0
Westdeutschland	38 008	45 460	43 478	14,5	16,1	15,6	...	+14,4	-4,4
Ostdeutschland	7 366	11 077	11 346	9,6	12,6	12,6	...	+54,0	+2,4

38. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets

Land	Wanderungssaldo						Zu- oder Abnahme des Saldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner			09/04	09/08
	2004	2008 ¹⁾	2009 ²⁾	2004	2008 ¹⁾	2009 ²⁾		
Anzahl								
Baden-Württemberg	- 1 990	- 8 433	2 351	-0,2	-0,8	0,2	+4 341	+10 784
Bayern	57	- 12 102	- 6 476	0,0	-1,0	-0,5	-6 533	+5 626
Berlin	10 819	2 352	- 7 836	3,2	0,7	-2,3	-18 655	-10 188
Brandenburg	66	- 1 178	- 132	0,0	-0,5	-0,1	- 198	+1 046
Bremen	1 311	338	414	2,0	0,5	0,6	- 897	+ 76
Hamburg	- 4 255	- 9 447	- 4 950	-2,4	-5,3	-2,8	- 695	+4 497
Hessen	7 130	- 6 176	2 190	1,2	-1,0	0,4	-4 940	+8 366
Mecklenburg-Vorpommern	267	- 40	- 874	0,2	0,0	-0,5	-1 141	- 834
Niedersachsen	62 523	950	7 643	7,8	0,1	1,0	-54 880	+6 693
Nordrhein-Westfalen	6 347	- 12 747	- 3 891	0,4	-0,7	-0,2	-10 238	+8 856
Rheinland-Pfalz	2 340	- 2 499	591	0,6	-0,6	0,1	-1 749	+3 090
Saarland	- 664	854	335	-0,6	0,8	0,3	+ 999	- 519
Sachsen	- 275	- 1 938	- 1 286	-0,1	-0,5	-0,3	-1 011	+ 652
Sachsen-Anhalt	- 1 661	- 1 298	69	-0,7	-0,5	0,0	+1 730	+1 367
Schleswig-Holstein	181	- 3 539	- 1 607	0,1	-1,2	-0,6	-1 788	+1 932
Thüringen	347	- 840	674	0,1	-0,4	0,3	+ 327	+1 514
Deutschland	82 543	- 55 743	- 12 785	1,0	-0,7	-0,2	-95 328	+42 958
Westdeutschland	72 980	- 52 801	- 3 400	1,1	-0,8	-0,1	-76 380	+49 401
Ostdeutschland	9 563	- 5 641	- 1 549	0,6	-0,3	-0,1	-11 112	+4 092

1) Für 2008 gilt: Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten zahlreiche Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse sind daher nur eingeschränkt aussagekräftig. - 2) Vorläufige Ergebnisse; einschl. unbekanntes Ausland sowie einschl. Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

Finanzen

39. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmequote 2009 ²⁾
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	42 035	50 927	46 311	3 926	4 736	4 309	+10,2	-9,1	75,0
Bayern	49 832	61 547	59 867	4 010	4 916	4 790	+20,1	-2,7	71,9
Berlin	17 566	21 705	19 577	5 186	6 338	5 705	+11,4	-9,8	49,7
Brandenburg	11 176	12 970	12 171	4 351	5 127	4 838	+8,9	-6,2	52,4
Bremen	3 339	3 657	3 346	5 040	5 526	5 069	+0,2	-8,5	62,0
Hamburg	9 390	11 025	9 483	5 406	6 233	5 333	+1,0	-14,0	82,8
Hessen	25 271	31 338	28 288	4 151	5 163	4 668	+11,9	-9,7	74,7
Mecklenburg-Vorpommern	7 830	8 765	8 731	4 536	5 239	5 270	+11,5	-0,4	47,8
Niedersachsen	28 860	33 445	32 741	3 607	4 197	4 121	+13,4	-2,1	71,2
Nordrhein-Westfalen	68 323	80 603	76 279	3 781	4 486	4 263	+11,6	-5,4	72,2
Rheinland-Pfalz	14 291	16 756	15 680	3 522	4 149	3 902	+9,7	-6,4	71,0
Saarland	3 840	4 073	3 652	3 627	3 940	3 561	-4,9	-10,3	75,5
Sachsen	19 127	21 546	20 960	4 441	5 124	5 017	+9,6	-2,7	52,0
Sachsen-Anhalt	11 023	12 106	11 729	4 391	5 048	4 954	+6,4	-3,1	51,5
Schleswig-Holstein	10 256	11 944	11 373	3 630	4 213	4 019	+10,9	-4,8	69,2
Thüringen	9 551	11 426	10 703	4 039	5 016	4 742	+12,1	-6,3	52,7
Deutschland	324 410	384 651	362 957	3 932	4 684	4 434	+11,9	-5,6	69,4
Westdeutschland	255 437	305 315	287 020	3 892	4 653	4 385	+12,4	-6,0	72,8
Ostdeutschland	76 273	88 518	83 871	4 523	5 362	5 112	+10,0	-5,2	51,1

1) Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert. - 2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen.

40. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmen/BIP 2009
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	31 182	39 669	34 712	2 912	3 689	3 230	+11,3	-12,5	10,1
Bayern	35 464	46 515	43 026	2 854	3 715	3 443	+21,3	-7,5	10,0
Berlin	8 083	10 685	9 726	2 387	3 120	2 834	+20,3	-9,0	10,8
Brandenburg	5 409	7 047	6 377	2 106	2 786	2 535	+17,9	-9,5	11,8
Bremen	1 866	2 320	2 075	2 817	3 506	3 144	+11,2	-10,6	7,8
Hamburg	7 240	9 244	7 848	4 168	5 226	4 414	+8,4	-15,1	9,2
Hessen	18 276	24 272	21 123	3 002	3 999	3 486	+15,6	-13,0	9,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 519	4 446	4 171	2 039	2 658	2 518	+18,5	-6,2	11,8
Niedersachsen	18 966	24 393	23 297	2 370	3 061	2 932	+22,8	-4,5	11,3
Nordrhein-Westfalen	48 018	60 587	55 082	2 657	3 372	3 078	+14,7	-9,1	10,6
Rheinland-Pfalz	9 644	12 516	11 135	2 377	3 099	2 771	+15,5	-11,0	10,9
Saarland	2 396	3 159	2 756	2 263	3 056	2 687	+15,0	-12,8	9,6
Sachsen	8 998	11 722	10 903	2 089	2 788	2 610	+21,2	-7,0	11,7
Sachsen-Anhalt	5 262	6 501	6 038	2 096	2 711	2 550	+14,7	-7,1	11,7
Schleswig-Holstein	6 592	8 655	7 870	2 333	3 053	2 781	+19,4	-9,1	10,7
Thüringen	4 743	6 222	5 641	2 006	2 731	2 499	+18,9	-9,3	11,5
Deutschland	215 658	277 954	251 778	2 614	3 384	3 076	+16,7	-9,4	10,5
Westdeutschland	179 644	231 330	208 924	2 737	3 525	3 192	+16,3	-9,7	10,3
Ostdeutschland	36 014	46 623	42 856	2 136	2 824	2 612	+19,0	-8,1	11,5

41. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Bereinigte Ausgaben/BIP
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	43 916	47 805	50 204	4 102	4 445	4 671	+14,3	+5,0	14,6
Bayern	51 176	59 875	68 098	4 118	4 783	5 449	+33,1	+13,7	15,8
Berlin	20 526	20 862	21 040	6 060	6 091	6 131	+2,5	+0,9	23,3
Brandenburg	11 906	12 308	12 571	4 635	4 866	4 997	+5,6	+2,1	23,3
Bremen	4 228	4 103	4 259	6 382	6 200	6 452	+0,7	+3,8	15,9
Hamburg	10 505	11 135	10 486	6 048	6 296	5 897	-0,2	-5,8	12,2
Hessen	28 128	31 324	31 820	4 620	5 161	5 251	+13,1	+1,6	14,7
Mecklenburg-Vorpommern	8 409	8 212	8 229	4 872	4 909	4 967	-2,1	+0,2	23,4
Niedersachsen	31 298	33 233	35 069	3 911	4 171	4 414	+12,0	+5,5	17,1
Nordrhein-Westfalen	76 652	79 881	82 997	4 242	4 446	4 638	+8,3	+3,9	15,9
Rheinland-Pfalz	15 946	17 816	18 157	3 930	4 411	4 518	+13,9	+1,9	17,7
Saarland	4 395	4 587	4 835	4 151	4 437	4 715	+10,0	+5,4	16,8
Sachsen	19 194	19 400	20 491	4 457	4 613	4 905	+6,8	+5,6	22,1
Sachsen-Anhalt	12 340	11 703	11 867	4 915	4 880	5 012	-3,8	+1,4	23,1
Schleswig-Holstein	11 376	12 622	12 859	4 026	4 452	4 544	+13,0	+1,9	17,5
Thüringen	10 691	10 787	10 899	4 521	4 735	4 829	+1,9	+1,0	22,3
Deutschland	353 387	376 473	395 946	4 284	4 584	4 837	+12,0	+5,2	16,4
Westdeutschland	277 620	302 381	318 784	4 230	4 608	4 870	+14,8	+5,4	15,7
Ostdeutschland	83 066	83 272	85 097	4 926	5 044	5 187	+2,4	+2,2	22,8

1) Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

42. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Personalausgabenquote 2009 ¹⁾
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	18 741	19 443	20 302	1 750	1 808	1 889	+8,3	+4,4	40,4
Bayern	20 911	22 627	23 670	1 683	1 807	1 894	+13,2	+4,6	34,8
Berlin	6 765	6 293	6 282	1 997	1 837	1 831	-7,1	-0,2	29,9
Brandenburg	3 723	3 600	3 706	1 449	1 423	1 473	-0,5	+2,9	29,5
Bremen	1 295	1 287	1 343	1 955	1 945	2 035	+3,7	+4,4	31,5
Hamburg	3 374	3 289	3 417	1 942	1 860	1 922	+1,3	+3,9	32,6
Hessen	10 321	10 913	11 392	1 695	1 798	1 880	+10,4	+4,4	35,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 754	2 401	2 473	1 596	1 435	1 493	-10,2	+3,0	30,1
Niedersachsen	12 639	12 870	13 385	1 580	1 615	1 685	+5,9	+4,0	38,2
Nordrhein-Westfalen	29 806	29 230	30 673	1 650	1 627	1 714	+2,9	+4,9	37,0
Rheinland-Pfalz	6 770	6 925	7 165	1 668	1 715	1 783	+5,8	+3,5	39,5
Saarland	1 783	1 781	1 854	1 684	1 723	1 808	+4,0	+4,1	38,3
Sachsen	6 253	6 161	5 775	1 452	1 465	1 382	-7,6	-6,3	28,2
Sachsen-Anhalt	4 374	3 677	3 765	1 742	1 533	1 590	-13,9	+2,4	31,7
Schleswig-Holstein	4 656	4 414	4 615	1 648	1 557	1 631	-0,9	+4,6	35,9
Thüringen	3 625	3 315	3 479	1 533	1 455	1 541	-4,0	+4,9	31,9
Deutschland	137 791	138 226	143 297	1 670	1 683	1 750	+4,0	+3,7	36,2
Westdeutschland	110 296	112 779	117 816	1 680	1 719	1 800	+6,8	+4,5	37,0
Ostdeutschland	27 494	25 447	25 480	1 630	1 541	1 553	-7,3	+0,1	29,9

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

43. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Sachinvestitionsquote 2009 ¹⁾
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 643	4 434	4 892	340	412	455	+34,3	+10,3	9,7
Bayern	5 090	6 339	6 631	410	506	531	+30,3	+4,6	9,7
Berlin	305	274	390	90	80	114	+27,9	+42,3	1,9
Brandenburg	1 171	932	952	456	368	378	-18,7	+2,1	7,6
Bremen	197	95	84	297	144	127	-57,4	-11,6	2,0
Hamburg	533	496	557	307	280	313	+4,5	+12,3	5,3
Hessen	2 148	2 219	2 375	353	366	392	+10,6	+7,0	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	774	643	702	448	384	424	-9,3	+9,2	8,5
Niedersachsen	1 804	1 922	2 316	225	241	291	+28,4	+20,5	6,6
Nordrhein-Westfalen	3 953	3 366	3 512	219	187	196	-11,2	+4,3	4,2
Rheinland-Pfalz	1 168	1 199	1 181	288	297	294	+1,1	-1,5	6,5
Saarland	272	268	227	257	259	221	-16,5	-15,3	4,7
Sachsen	2 410	2 170	2 201	560	516	527	-8,7	+1,4	10,7
Sachsen-Anhalt	1 069	836	890	426	349	376	-16,7	+6,5	7,5
Schleswig-Holstein	827	956	882	293	337	312	+6,7	-7,7	6,9
Thüringen	1 071	1 031	1 120	453	453	496	+4,6	+8,6	10,3
Deutschland	26 436	27 181	28 909	320	331	353	+9,4	+6,4	7,3
Westdeutschland	19 635	21 294	22 657	299	325	346	+15,4	+6,4	7,1
Ostdeutschland	6 800	5 886	6 255	403	357	381	-8,0	+6,3	7,4

1) Quotient aus Sachinvestitionen und bereinigten Gesamtausgaben.

44. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Zinsausgaben insgesamt			Zinsausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Zins-Steuer-Quote 2009 ¹⁾
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 251	2 151	1 879	210	200	175	-16,5	-12,6	5,4
Bayern	1 784	1 581	1 475	144	126	118	-17,3	-6,7	3,4
Berlin	2 312	2 303	2 227	683	672	649	-3,7	-3,3	22,9
Brandenburg	942	912	776	367	361	308	-17,6	-14,9	12,2
Bremen	503	600	612	759	907	927	+21,7	+2,0	29,5
Hamburg	1 001	1 026	935	576	580	526	-6,6	-8,9	11,9
Hessen	1 813	1 899	1 818	298	313	300	+0,3	-4,3	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	591	539	488	342	322	295	-17,4	-9,5	11,7
Niedersachsen	2 871	2 756	2 600	359	346	327	-9,4	-5,7	11,2
Nordrhein-Westfalen	6 034	6 451	6 018	334	359	336	-0,3	-6,7	10,9
Rheinland-Pfalz	1 381	1 598	1 502	340	396	374	+8,8	-6,0	13,5
Saarland	442	531	527	417	514	514	+19,2	-0,8	19,1
Sachsen	823	659	550	191	157	132	-33,2	-16,5	5,0
Sachsen-Anhalt	1 020	1 152	969	406	480	409	-5,0	-15,9	16,0
Schleswig-Holstein	1 032	1 055	1 064	365	372	376	+3,1	+0,9	13,5
Thüringen	818	796	741	346	349	328	-9,4	-6,9	13,1
Deutschland	25 620	26 009	24 180	311	317	295	-5,6	-7,0	9,6
Westdeutschland	19 112	19 648	18 430	291	299	282	-3,6	-6,2	8,8
Ostdeutschland	6 506	6 361	5 751	386	385	351	-11,6	-9,6	13,4

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

45. Finanzierungssaldo¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Saldo insgesamt			Saldo je Einwohner			Veränderung insgesamt		Finanzierungs-saldo / BIP
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	- 1 881	3 122	- 3 893	- 176	290	- 362	-2 012	-7 015	-1,1
Bayern	- 1 344	1 672	- 8 231	- 108	134	- 659	- 6 887	-9 903	-1,9
Berlin	- 2 960	843	- 1 463	- 874	246	- 426	+1 497	-2 306	-1,6
Brandenburg	- 730	662	- 400	- 284	262	- 159	+ 330	-1 062	-0,7
Bremen	- 889	- 446	- 913	- 1 342	- 674	- 1 383	- 24	- 467	-3,4
Hamburg	- 1 115	- 110	- 1 003	- 642	- 62	- 564	+ 112	- 893	-1,2
Hessen	- 2 857	14	- 3 532	- 469	2	- 583	- 675	-3 546	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	- 579	553	502	- 335	331	303	+1 081	- 51	1,4
Niedersachsen	- 2 438	212	- 2 328	- 305	27	- 293	+ 110	-2 540	-1,1
Nordrhein-Westfalen	- 8 329	722	- 6 718	- 461	40	- 375	+1 611	-7 440	-1,3
Rheinland-Pfalz	- 1 655	- 1 060	- 2 477	- 408	- 262	- 616	- 822	-1 417	-2,4
Saarland	- 555	- 514	- 1 183	- 524	- 497	- 1 154	- 628	- 669	-4,1
Sachsen	- 67	2 146	469	- 16	510	112	+ 536	-1 677	0,5
Sachsen-Anhalt	- 1 317	403	- 138	- 525	168	- 58	+1 179	- 541	-0,3
Schleswig-Holstein	- 1 120	- 678	- 1 486	- 396	- 239	- 525	- 366	- 808	-2,0
Thüringen	- 1 140	639	- 196	- 482	280	- 87	+ 944	- 835	-0,4
Deutschland	- 28 977	8 178	- 32 989	- 351	100	- 403	-4 012	-41 167	-1,4
Westdeutschland	- 22 183	2 934	- 31 764	- 338	45	- 485	-9 581	-34 698	-1,6
Ostdeutschland	- 6 793	5 246	- 1 226	- 403	318	- 75	+5 567	-6 472	-0,3

1) Differenz aus bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben.

46. Kreditmarktschulden der Kernhaushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Kreditmarktschulden insgesamt (31.12.)			Kreditmarktschulden je Einwohner			Veränderung insgesamt		Kreditfin. -quote ¹⁾ 2009
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	44 017	47 217	47 104	4 111	4 391	4 383	+7,0	-0,2	-0,2
Bayern	36 119	35 127	40 619	2 906	2 806	3 250	+12,5	+15,6	8,1
Berlin	53 876	55 961	58 821	15 907	16 340	17 141	+9,2	+5,1	13,6
Brandenburg	18 208	18 737	18 947	7 089	7 407	7 532	+4,1	+1,1	1,7
Bremen	11 270	15 277	16 011	17 013	23 084	24 256	+42,1	+4,8	17,2
Hamburg	20 359	21 618	22 641	11 721	12 223	12 733	+11,2	+4,7	9,8
Hessen	36 490	38 029	41 480	5 994	6 266	6 845	+13,7	+9,1	10,8
Mecklenburg-Vorpommern	12 328	11 522	11 418	7 143	6 887	6 892	-7,4	-0,9	-1,3
Niedersachsen	54 561	57 293	58 750	6 819	7 190	7 394	+7,7	+2,5	4,2
Nordrhein-Westfalen	126 562	136 822	142 922	7 004	7 615	7 988	+12,9	+4,5	7,3
Rheinland-Pfalz	27 888	30 490	31 861	6 872	7 549	7 928	+14,2	+4,5	7,6
Saarland	8 262	10 453	11 558	7 803	10 112	11 270	+39,9	+10,6	22,9
Sachsen	17 005	13 261	10 295	3 949	3 154	2 464	-39,5	-22,4	-14,5
Sachsen-Anhalt	21 363	22 700	22 595	8 509	9 465	9 544	+5,8	-0,5	-0,9
Schleswig-Holstein	21 930	24 502	26 405	7 761	8 642	9 330	+20,4	+7,8	14,8
Thüringen	16 943	17 762	17 967	7 164	7 797	7 960	+6,0	+1,2	1,9
Deutschland	527 179	556 773	579 395	6 390	6 779	7 078	+9,9	+4,1	5,7
Westdeutschland	387 458	416 828	439 351	5 903	6 352	6 712	+13,4	+5,4	7,1
Ostdeutschland	139 723	139 943	140 043	8 285	8 477	8 536	+0,2	+0,1	0,1

1) Kreditfinanzierungsquote = (Schuldenaufnahme abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt) / bereinigte Gesamtausgaben.

47. Kassenverstärkungskredite der Kernhaushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Kassenverstärkungskredite insgesamt (31.12.)			Kassenverstärkungskredite je Einwohner			Veränderung insgesamt		Anteil Kassen- kredite ¹⁾
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	416	92	444	39	9	41	+6,7	+382,6	0,9
Bayern	927	210	199	75	17	16	-78,5	-5,2	0,5
Berlin	189	2	2	56	1	1	-98,9	+0,0	0,0
Brandenburg	1 015	609	618	395	241	246	-39,1	+1,5	3,2
Bremen	104	-	71	157	-	108	-31,7	x	0,4
Hamburg	1 434	33	14	826	19	8	-99,0	-57,6	0,1
Hessen	2 687	4 144	4 577	441	683	755	+70,3	+10,4	9,9
Mecklenburg-Vorpommern	285	497	484	165	297	292	+69,8	-2,6	4,1
Niedersachsen	3 537	4 091	4 534	442	513	571	+28,2	+10,8	7,2
Nordrhein-Westfalen	9 257	16 458	18 308	512	916	1 023	+97,8	+11,2	11,4
Rheinland-Pfalz	2 669	3 804	4 840	658	942	1 204	+81,3	+27,2	13,2
Saarland	1 052	1 404	1 525	994	1 358	1 487	+45,0	+8,6	11,7
Sachsen	107	43	64	25	10	15	-40,2	+48,8	0,6
Sachsen-Anhalt	549	969	982	219	404	415	+78,9	+1,3	4,2
Schleswig-Holstein	436	447	519	154	158	183	+19,0	+16,1	1,9
Thüringen	972	179	99	411	79	44	-89,8	-44,7	0,5
Deutschland	25 636	32 982	37 280	311	402	455	+45,4	+13,0	6,0
Westdeutschland	22 708	30 685	35 033	346	468	535	+54,3	+14,2	7,4
Ostdeutschland	2 928	2 297	2 247	174	139	137	-23,3	-2,2	1,6

1) Anteil der Kassenverstärkungskredite an allen Krediten.

48. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ insgesamt			LFA und BEZ je Einwohner			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ) ber. Einnahmen 2009
	2004	2008	2009 ¹⁾	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	- 2 170	- 2 499	- 1 508	- 203	- 234	- 140	+ 662	+ 991	-3,3
Bayern	- 2 315	- 2 923	- 3 370	- 186	- 235	- 270	- 1 055	- 447	-5,6
Berlin	5 268	6 110	5 652	1 555	1 790	1 647	+ 384	- 458	28,9
Brandenburg	2 367	2 578	2 322	922	1 022	923	- 45	- 256	19,1
Bremen	799	729	637	1 206	1 105	965	- 162	- 92	19,0
Hamburg	- 578	- 371	- 49	- 333	- 212	- 28	+ 529	+ 322	-0,5
Hessen	- 1 529	- 2 470	- 1 919	- 251	- 410	- 317	- 390	+ 551	-6,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 771	2 005	1 822	1 026	1 204	1 100	+ 51	- 183	20,9
Niedersachsen	1 141	480	132	143	61	17	- 1 009	- 348	0,4
Nordrhein-Westfalen	- 213	54	- 61	- 12	3	- 3	+ 152	- 115	-0,1
Rheinland-Pfalz	611	614	499	151	153	124	- 112	- 115	3,2
Saarland	560	237	204	529	230	199	- 356	- 33	5,6
Sachsen	4 112	4 616	4 115	955	1 102	985	+ 3	- 501	19,6
Sachsen-Anhalt	2 527	2 721	2 465	1 007	1 137	1 041	- 62	- 256	21,0
Schleswig-Holstein	351	326	317	124	116	112	- 34	- 9	2,8
Thüringen	2 346	2 577	2 295	992	1 135	1 017	- 51	- 282	21,4
Deutschland	15 048	14 784	13 553	182	180	166	- 1 495	- 1 231	3,7
Westdeutschland	- 3 343	- 5 823	- 5 118	- 51	- 89	- 78	- 1 775	+ 705	-1,8
Ostdeutschland	18 391	20 607	18 671	1 091	1 252	1 138	+ 280	- 1 936	22,3

1) Vorläufige Angaben. - Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Innovation

49. Gewerbebeanmeldungen

Land	Anmeldungen				Darunter Neuerrichtung		Veränderung der Zahl der Anmeldungen	
	2004	2008	2009		2004	2009	09/04	09/08
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl			
Baden-Württemberg	116 463	105 476	109 124	10,2	96 250	85 890	- 6,3	+ 3,5
Bayern	158 844	143 103	150 666	12,1	132 800	122 981	- 5,1	+ 5,3
Berlin	47 158	41 143	44 951	13,1	41 744	39 716	- 4,7	+ 9,3
Brandenburg	30 163	23 464	23 352	9,3	26 029	18 978	- 22,6	- 0,5
Bremen	6 912	6 156	6 603	10,0	5 928	5 949	- 4,5	+ 7,3
Hamburg	21 914	22 781	22 250	12,5	19 423	19 593	+ 1,5	- 2,3
Hessen	79 629	75 938	78 129	12,9	66 485	64 515	- 1,9	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	20 407	14 588	14 039	8,5	18 420	11 426	- 31,2	- 3,8
Niedersachsen	84 472	70 636	74 910	9,4	71 565	61 464	- 11,3	+ 6,1
Nordrhein-Westfalen	201 935	175 014	182 328	10,2	173 696	153 418	- 9,7	+ 4,2
Rheinland-Pfalz	46 550	40 706	42 208	10,5	39 963	35 293	- 9,3	+ 3,7
Saarland	10 209	9 047	9 366	9,1	8 783	7 880	- 8,3	+ 3,5
Sachsen	49 171	39 526	38 630	9,2	43 564	32 339	- 21,4	- 2,3
Sachsen-Anhalt	25 071	16 622	17 137	7,2	22 833	14 511	- 31,6	+ 3,1
Schleswig-Holstein	36 359	31 074	32 271	11,4	30 026	26 279	- 11,2	+ 3,9
Thüringen	25 276	18 007	18 451	8,2	22 011	15 427	- 27,0	+ 2,5
Deutschland	960 533	833 281	864 415	10,6	819 520	715 659	- 10,0	+ 3,7
Westdeutschland	763 287	679 931	707 855	10,8	644 919	583 262	- 7,3	+ 4,1
Ostdeutschland	197 246	153 350	156 560	9,5	174 601	132 397	- 20,6	+ 2,1

50. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen				Darunter vollständige Aufgabe		Veränderung der Zahl der Abmeldungen	
	2004	2008	2009		2004	2009	09/04	09/08
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl			
Baden-Württemberg	88 298	94 838	92 395	8,6	65 777	69 783	+ 4,6	- 2,6
Bayern	107 010	116 132	117 850	9,4	79 704	88 172	+ 10,1	+ 1,5
Berlin	30 404	31 974	33 848	9,9	24 856	29 109	+ 11,3	+ 5,9
Brandenburg	18 245	21 773	20 513	8,2	14 038	16 354	+ 12,4	- 5,8
Bremen	5 164	5 240	5 594	8,5	4 185	4 819	+ 8,3	+ 6,8
Hamburg	13 540	16 972	17 240	9,7	11 360	14 976	+ 27,3	+ 1,6
Hessen	59 454	67 453	69 066	11,4	45 378	55 425	+ 16,2	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	14 169	14 091	13 527	8,2	12 040	11 059	- 4,5	- 4,0
Niedersachsen	59 758	62 812	61 740	7,8	47 471	48 417	+ 3,3	- 1,7
Nordrhein-Westfalen	147 225	158 905	157 065	8,8	118 677	128 253	+ 6,7	- 1,2
Rheinland-Pfalz	33 579	37 126	36 182	9,0	26 783	29 469	+ 7,8	- 2,5
Saarland	7 800	8 161	7 416	7,2	6 424	5 964	- 4,9	- 9,1
Sachsen	32 630	36 696	35 094	8,4	26 933	28 585	+ 7,6	- 4,4
Sachsen-Anhalt	17 688	16 944	16 845	7,1	15 752	14 281	- 4,8	- 0,6
Schleswig-Holstein	24 336	25 523	26 623	9,4	18 493	20 904	+ 9,4	+ 4,3
Thüringen	18 346	17 635	17 320	7,7	14 677	13 795	- 5,6	- 1,8
Deutschland	677 646	732 275	728 318	8,9	532 548	579 365	+ 7,5	- 0,5
Westdeutschland	546 164	593 162	591 171	9,0	424 252	466 182	+ 8,2	- 0,3
Ostdeutschland	131 482	139 113	137 147	8,4	108 296	113 183	+ 4,3	- 1,4

51. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt		je tätige Person		08/03	08/07
	2003	2007	2008			
	Mio. €		€		%	
Baden-Württemberg	9 181,3	10 399,3	11 253,3	8 973	+22,6	+8,2
Bayern	9 178,5	11 918,1	12 838,0	10 457	+39,9	+7,7
Berlin	870,7	840,5	827,6	8 291	-5,0	-1,5
Brandenburg	686,6	1 046,3	1 065,9	11 259	+55,2	+1,9
Bremen	506,7	583,2	570,2	10 442	+12,5	-2,2
Hamburg	1 040,7	869,1	899,8	9 833	-13,5	+3,5
Hessen	2 686,2	3 177,2	3 510,0	8 390	+30,7	+10,5
Mecklenburg-Vorpommern	368,4	624,8	684,7	11 418	+85,9	+9,6
Niedersachsen	5 062,4	4 535,2	5 057,3	9 703	- 0,1	+ 11,5
Nordrhein-Westfalen	8 835,9	10 504,1	11 355,4	8 754	+28,5	+8,1
Rheinland-Pfalz	2 126,5	2 550,3	2 597,5	8 924	+22,1	+1,9
Saarland	1 417,6	1 027,2	1 064,8	10 762	-24,9	+3,7
Sachsen	2 697,3	3 370,7	3 266,1	12 883	+21,1	-3,1
Sachsen-Anhalt	1 392,3	1 776,8	1 957,2	15 138	+40,6	+10,2
Schleswig-Holstein	691,8	922,9	952,3	7 345	+37,7	+3,2
Thüringen	994,4	1 451,6	1 672,5	10 264	+68,2	+15,2
Deutschland	47 737,3	55 597,3	59 572,4	9 632	+ 24,8	+ 7,1
Westdeutschland	40 727,6	46 486,6	50 098,6	9 304	+23,0	+7,8
Ostdeutschland	7 009,7	9 110,7	9 474,0	11 839	+35,2	+4,0

52. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen insgesamt	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl			%			%	
Baden-Württemberg	12 856	15 081	15 532	120	140	145	+ 20,8	+ 3,0
Bayern	13 449	13 528	12 641	108	108	101	- 6,0	- 6,6
Berlin	905	891	965	27	26	28	+ 6,6	+ 8,3
Brandenburg	347	366	354	14	15	14	+ 2,0	- 3,3
Bremen	172	144	156	26	22	24	- 9,3	+ 8,3
Hamburg	994	1 100	947	57	62	53	- 4,7	- 13,9
Hessen	3 783	2 678	2 486	62	44	41	- 34,3	- 7,2
Mecklenburg-Vorpommern	205	186	191	12	11	12	- 6,8	2,7
Niedersachsen	2 813	3 351	2 966	35	42	37	+ 5,4	- 11,5
Nordrhein-Westfalen	7 830	7 797	7 408	43	44	41	- 5,4	- 5,0
Rheinland-Pfalz	2 139	1 274	1 263	53	32	32	- 41,0	- 0,9
Saarland	347	295	312	33	29	31	- 10,1	+ 5,8
Sachsen	834	998	1 167	19	24	28	+ 39,9	+ 16,9
Sachsen-Anhalt	398	356	298	16	15	13	- 25,1	- 16,3
Schleswig-Holstein	624	590	569	22	21	20	- 8,8	- 3,6
Thüringen	752	605	604	32	27	27	- 19,7	- 0,2
Deutschland	48 448	49 240	47 859	59	60	59	- 1,2	- 2,8
Westdeutschland	45 007	45 838	44 280	69	70	68	- 1,6	- 3,4
Ostdeutschland	3 441	3 402	3 579	21	21	22	+ 4,0	+ 5,2

53. Internet-Domains

Land	Internet-Domains insgesamt			Anteil am Deutschlandwert		Internet-Domains je 1 000 Einwohner		Veränderung der Domains je 1 000 Einwohner	
	2006	2008	2009	2006	2009	2006	2009	09/06	09/08
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	1 253 170	1 440 617	1 525 777	13,1	12,7	116,7	142,0	+ 21,7	+ 6,0
Bayern	1 669 989	2 034 612	2 224 673	17,4	18,5	133,8	178,0	+ 33,0	+ 9,5
Berlin	547 762	674 161	731 430	5,7	6,1	161,1	213,1	+ 32,3	+ 8,3
Brandenburg	181 208	209 532	222 389	1,9	1,9	71,0	88,4	+ 24,5	+ 6,7
Bremen	75 441	85 481	94 415	0,8	0,8	113,6	143,0	+ 25,9	+ 10,7
Hamburg	385 927	475 748	481 365	4,0	4,0	220,9	270,7	+ 22,5	+ 0,6
Hessen	820 296	972 000	1 000 385	8,6	8,3	135,0	165,1	+ 22,3	+ 3,1
Mecklenburg-Vorpommern	104 500	125 720	138 286	1,1	1,2	61,4	83,5	+ 35,9	+ 11,1
Niedersachsen	799 844	911 931	997 767	8,4	8,3	100,0	125,6	+ 25,6	+ 9,7
Nordrhein-Westfalen	2 251 478	2 614 099	2 758 540	23,5	23,0	124,8	154,2	+ 23,5	+ 6,0
Rheinland-Pfalz	440 049	502 322	521 000	4,6	4,3	108,5	129,6	+ 19,4	+ 4,2
Saarland	98 441	112 752	118 492	1,0	1,0	94,0	115,5	+ 22,9	+ 5,9
Sachsen	317 144	379 148	419 892	3,3	3,5	74,4	100,5	+ 35,1	+ 11,5
Sachsen-Anhalt	124 169	144 234	151 546	1,3	1,3	50,5	64,0	+ 26,6	+ 6,4
Schleswig-Holstein	351 417	404 307	420 831	3,7	3,5	124,1	148,7	+ 19,8	+ 4,3
Thüringen	151 100	178 299	189 126	1,6	1,6	65,0	83,8	+ 28,8	+ 7,1
Deutschland	9 571 935	11 264 963	11 995 914	100,0	100,0	116,2	146,5	+ 26,1	+ 6,8
Westdeutschland	8 146 052	9 553 869	10 143 245	85,1	84,6	124,0	155,0	+ 24,9	+ 6,4
Ostdeutschland	1 425 883	1 711 094	1 852 669	14,9	15,4	85,4	112,9	+ 32,2	+ 9,0

Quelle: DENIC

Wissenschaft

54. Studienanfänger und Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung und Land des Studienortes

Land	Studienanfänger im ersten Hochschulsesemester ^{1) 3)}			Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	53 527	47 674	60 661	42,4	37,4	47,2	+ 4,8	+ 9,8
Bayern	51 583	52 833	55 001	35,9	36,0	37,2	+ 1,2	+ 1,2
Berlin	22 670	22 339	23 967	51,6	50,9	54,1	+ 2,5	+ 3,2
Brandenburg	7 933	8 571	9 866	23,6	26,6	31,2	+ 7,6	+ 4,6
Bremen	5 550	5 483	5 848	68,8	64,9	68,7	- 0,1	+ 3,8
Hamburg	12 576	12 729	14 095	59,8	59,4	65,5	+ 5,7	+ 6,1
Hessen	31 419	28 911	32 974	46,6	42,9	48,5	+ 1,9	+ 5,5
Mecklenburg-Vorpommern	7 011	6 766	7 080	28,8	28,7	30,9	+ 2,1	+ 2,2
Niedersachsen	31 027	26 689	27 777	35,0	29,9	30,9	- 4,1	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	81 613	77 568	84 697	40,4	37,2	40,3	- 0,1	+ 3,1
Rheinland-Pfalz	18 030	19 222	20 004	39,5	40,6	42,1	+ 2,6	+ 1,5
Saarland	3 973	3 617	4 456	33,8	31,0	37,9	+ 4,0	+ 6,9
Sachsen	21 792	20 847	20 659	38,3	37,9	38,3	- 0,0	+ 0,4
Sachsen-Anhalt ³⁾	10 925	9 346	10 120	33,4	29,6	33,0	- 0,4	+ 3,4
Schleswig-Holstein	8 279	8 616	8 824	28,1	28,4	28,6	+ 0,5	+ 0,2
Thüringen	9 487	10 149	10 581	29,1	33,6	35,9	+ 6,8	+ 2,3
Deutschland	377 395	361 360	396 610	39,0	37,1	40,6	+ 1,6	+ 3,5
Westdeutschland	297 577	283 342	314 337	40,0	37,4	41,1	+ 1,1	+ 3,7
Ostdeutschland	79 818	78 018	82 273	35,6	36,0	38,6	+ 3,0	+ 2,6

1) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester. - 2) Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12. (19 bis unter 25 Jahre). - 3) In Sachsen-Anhalt 2007 und Mecklenburg-Vorpommern 2008 doppelter Abiturientenjahrgang. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2008 die Berufsakademien als Fachhochschulen anerkannt.

55. Zahl der Studierenden und Anteil der Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	231 322	233 452	238 311	11,8	11,0	10,1	+ 3,0	+ 2,1
Bayern	244 823	253 366	258 839	9,0	8,3	7,8	+ 5,7	+ 2,2
Berlin	143 540	134 504	135 327	10,7	11,9	12,6	- 5,7	+ 0,6
Brandenburg	39 614	44 032	46 865	11,7	10,5	9,7	+ 18,3	+ 6,4
Bremen	33 579	31 107	31 405	11,4	13,9	13,2	- 6,5	+ 1,0
Hamburg	71 320	69 009	71 911	6,5	8,2	8,3	+ 0,8	+ 4,2
Hessen	177 756	151 033	171 249	9,2	8,9	8,8	- 3,7	+ 13,4
Mecklenburg-Vorpommern	32 005	35 930	36 817	5,5	5,5	5,2	+ 15,0	+ 2,5
Niedersachsen	152 058	137 765	140 239	9,0	9,0	8,7	- 7,8	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen	531 548	468 747	484 118	8,0	8,6	8,2	- 8,9	+ 3,3
Rheinland-Pfalz	96 139	105 630	107 116	8,8	8,9	8,7	+ 11,4	+ 1,4
Saarland	19 486	19 594	21 618	13,7	13,9	12,6	+ 10,9	+ 10,3
Sachsen	103 003	107 576	107 355	7,3	8,6	8,6	+ 4,2	- 0,2
Sachsen-Anhalt	48 715	51 341	52 034	7,1	8,0	7,7	+ 6,8	+ 1,3
Schleswig-Holstein	45 364	48 052	48 366	6,1	6,2	6,0	+ 6,6	+ 0,7
Thüringen	49 193	50 267	50 724	5,0	6,0	5,9	+ 3,1	+ 0,9
Deutschland	2 019 465	1 941 405	2 002 294	8,9	9,1	8,8	- 0,9	+ 3,1
Westdeutschland	1 603 395	1 517 755	1 573 172	- 1,9	3,7
Ostdeutschland	416 070	423 650	429 122	3,1	1,3

56. Absolventen (Erststudium)

Land	Absolventen (Erststudium) insgesamt			Davon weiblich				Veränderung der Absolventen insgesamt	
	2003	2007	2008	2003	2008	Anteil in Prozent		08/03	08/07
	Anzahl					2003	2008	%	
Baden-Württemberg	26 375	32 842	36 864	12 448	18 105	47,2	49,1	+ 39,8	+ 12,2
Bayern	26 122	33 687	36 342	12 570	18 691	48,1	51,4	+ 39,1	+ 7,9
Berlin	13 678	15 641	16 710	7 067	8 940	51,7	53,5	+ 22,2	+ 6,8
Brandenburg	3 101	4 722	5 538	1 617	2 907	52,1	52,5	+ 78,6	+ 17,3
Bremen	2 027	3 619	4 220	1 015	2 286	50,1	54,2	+ 108,2	+ 16,6
Hamburg	6 287	7 295	8 171	2 793	4 111	44,4	50,3	+ 30,0	+ 12,0
Hessen	14 179	19 175	20 876	6 760	10 959	47,7	52,5	+ 47,2	+ 8,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 832	3 752	4 161	1 532	2 222	54,1	53,4	+ 46,9	+ 10,9
Niedersachsen	16 494	20 473	23 121	8 436	12 712	51,1	55,0	+ 40,2	+ 12,9
Nordrhein-Westfalen	38 131	55 287	57 103	19 157	30 153	50,2	52,8	+ 49,8	+ 3,3
Rheinland-Pfalz	8 374	11 198	12 077	4 464	6 669	53,3	55,2	+ 44,2	+ 7,8
Saarland	1 749	2 132	2 160	813	1 021	46,5	47,3	+ 23,5	+ 1,3
Sachsen	10 104	13 286	13 991	5 078	6 952	50,3	49,7	+ 38,5	+ 5,3
Sachsen-Anhalt	3 741	5 023	6 275	2 091	3 541	55,9	56,4	+ 67,7	+ 24,9
Schleswig-Holstein	4 248	5 654	6 037	1 961	3 131	46,2	51,9	+ 42,1	+ 6,8
Thüringen	4 086	6 091	6 852	2 137	3 583	52,3	52,3	+ 67,7	+ 12,5
Deutschland	181 528	239 877	260 498	89 939	135 983	49,5	52,2	+ 43,5	+ 8,6
Westdeutschland	143 986	191 362	206 971	70 417	107 838	48,9	52,1	+ 43,7	+ 8,2
Ostdeutschland	37 542	48 515	53 527	19 522	28 145	52,0	52,6	+ 42,6	+ 10,3

57. Promotionen nach Geschlecht

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Davon weiblich				Veränderung der Promotionen insgesamt	
	2003	2007	2008	2003	2008	Anteil in Prozent		08/03	08/07
						2003	2008		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	3 678	3 969	3 982	1 302	1 652	35,4	41,5	+ 8,3	+ 0,3
Bayern	3 455	3 810	4 011	1 363	1 719	39,5	42,9	+ 16,1	+ 5,3
Berlin	1 984	1 910	2 028	872	932	44,0	46,0	+ 2,2	+ 6,2
Brandenburg	194	323	331	57	140	29,4	42,3	+ 70,6	+ 2,5
Bremen	272	338	315	90	123	33,1	39,0	+ 15,8	- 6,8
Hamburg	810	645	939	339	416	41,9	44,3	+ 15,9	+ 45,6
Hessen	1 802	1 935	2 078	738	864	41,0	41,6	+ 15,3	+ 7,4
Mecklenburg-Vorpommern	382	408	419	152	192	39,8	45,8	+ 9,7	+ 2,7
Niedersachsen	2 049	1 755	2 238	771	925	37,6	41,3	+ 9,2	+ 27,5
Nordrhein-Westfalen	4 714	4 721	4 847	1 612	1 899	34,2	39,2	+ 2,8	+ 2,7
Rheinland-Pfalz	949	952	854	348	361	36,7	42,3	- 10,0	- 10,3
Saarland	293	313	261	106	94	36,2	36,0	- 10,9	- 16,6
Sachsen	827	1 073	1 253	306	505	37,0	40,3	+ 5,1	+ 16,8
Sachsen-Anhalt	424	505	480	166	202	39,2	42,1	+ 13,2	- 5,0
Schleswig-Holstein	690	643	583	304	286	44,1	49,1	- 15,5	- 9,3
Thüringen	520	543	571	198	248	38,1	43,4	+ 9,8	+ 5,2
Deutschland	23 043	23 843	25 190	8 724	10 558	37,9	41,9	+ 9,3	+ 5,6
Westdeutschland	18 712	19 081	20 108	6 973	8 339	37,3	41,5	+ 7,5	+ 5,4
Ostdeutschland	4 331	4 762	5 082	1 751	2 219	40,4	43,7	+ 17,3	+ 6,7

58. Habilitationen nach Geschlecht

Land	Habilitationen insgesamt ¹⁾			Davon weiblich				Veränderung der Habilitationen insgesamt	
	2003	2007	2008	2003	2008	Anteil in Prozent		08/03	08/07
						2003	2008		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	340	311	296	66	72	19,4	24,3	- 12,9	- 4,8
Bayern	387	313	305	94	69	24,3	22,6	- 21,2	- 2,6
Berlin	185	155	153	61	46	33,0	30,1	- 17,3	- 1,3
Brandenburg	29	28	22	6	9	20,7	40,9	- 24,1	- 21,4
Bremen	30	17	22	7	6	23,3	27,3	- 26,7	+ 29,4
Hamburg	77	58	58	22	12	28,6	20,7	- 24,7	+ 0,0
Hessen	142	148	142	26	34	18,3	23,9	+ 0,0	- 4,1
Mecklenburg-Vorpommern	39	41	29	7	10	17,9	34,5	- 25,6	- 29,3
Niedersachsen	139	150	115	30	28	21,6	24,3	- 17,3	- 23,3
Nordrhein-Westfalen	426	332	326	87	78	20,4	23,9	- 23,5	- 1,8
Rheinland-Pfalz	74	67	67	18	7	24,3	10,4	- 9,5	+ 0,0
Saarland	31	31	30	6	4	19,4	13,3	- 3,2	- 3,2
Sachsen	111	85	98	23	22	20,7	22,4	- 11,7	+ 15,3
Sachsen-Anhalt	62	41	46	9	13	14,5	28,3	- 25,8	+ 12,2
Schleswig-Holstein	66	56	49	9	7	13,6	14,3	- 25,8	- 12,5
Thüringen	61	48	42	15	5	24,6	11,9	- 31,1	- 12,5
Deutschland	2 199	1 881	1 800	486	422	22,1	23,4	- 18,1	- 4,3
Westdeutschland	1 712	1 483	1 410	365	317	21,3	22,5	- 17,6	- 4,9
Ostdeutschland	487	398	390	121	105	24,8	26,9	- 19,9	- 2,0

1) Habilitationen nach der fachlichen Zugehörigkeit; Insgesamt: einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

59. Professoren an Hochschulen nach Geschlecht

Land	Professoren insgesamt ¹⁾			Davon weiblich				Veränderung der Professoren insgesamt	
	2003	2007	2008	2003	2008	Anteil in Prozent		08/03	08/07
						2003	2008		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	5 188	5 357	5 537	561	857	10,8	15,5	+ 6,7	+ 3,4
Bayern	5 248	5 249	5 391	476	793	9,1	14,7	+ 2,7	+ 2,7
Berlin	2 470	2 696	2 803	415	715	16,8	25,5	+ 13,5	+ 4,0
Brandenburg	760	842	842	131	164	17,2	19,5	+ 10,8	+ 0,0
Bremen	687	642	653	101	143	14,7	21,9	- 4,9	+ 1,7
Hamburg	1 577	1 399	1 391	252	300	16,0	21,6	- 11,8	- 0,6
Hessen	3 125	3 170	3 090	395	606	12,6	19,6	- 1,1	- 2,5
Mecklenburg-Vorpommern	856	825	812	103	114	12,0	14,0	- 5,1	- 1,6
Niedersachsen	3 195	3 167	3 194	536	690	16,8	21,6	- 0,0	+ 0,9
Nordrhein-Westfalen	7 398	7 388	7 422	942	1 229	12,7	16,6	+ 0,3	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	1 698	1 675	1 743	202	258	11,9	14,8	+ 2,7	+ 4,1
Saarland	405	416	430	44	67	10,9	15,6	+ 6,2	+ 3,4
Sachsen	2 251	2 178	2 167	313	347	13,9	16,0	- 3,7	- 0,5
Sachsen-Anhalt	1 096	1 007	1 015	162	174	14,8	17,1	- 7,4	+ 0,8
Schleswig-Holstein	960	953	983	96	118	10,0	12,0	+ 2,4	+ 3,1
Thüringen	1 051	1 056	1 091	130	150	12,4	13,7	+ 3,8	+ 3,3
Deutschland	37 965	38 020	38 564	4 859	6 725	12,8	17,4	+ 1,6	+ 1,4
Westdeutschland	29 481	29 416	29 834	3 605	5 061	12,2	17,0	+ 1,2	+ 1,4
Ostdeutschland	8 484	8 604	8 730	1 254	1 664	14,8	19,1	+ 2,9	+ 1,5

1) Professoren: ohne Gastprofessoren und Emeriti; Insgesamt: einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

Humanpotenzial

60. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	8 739	7 434	6 879	7,4	6,0	5,6	- 21,3	- 7,5
Bayern	11 853	9 862	9 043	8,6	6,9	6,5	- 23,7	- 8,3
Berlin	4 303	3 295	3 127	12,0	10,3	10,6	- 27,3	- 5,1
Brandenburg	3 024	3 024	2 448	7,9	10,4	10,6	- 19,0	- 19,0
Bremen	665	593	530	10,4	9,0	8,2	- 20,3	- 10,6
Hamburg ²⁾	1 747	1 684	1 349	11,2	10,7	8,9	- 22,8	- 19,9
Hessen ³⁾	5 760	5 435	4 478	8,9	8,3	7,0	- 22,3	- 17,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 669	2 113	2 063	9,9	13,6	17,9	- 22,7	- 2,4
Niedersachsen	9 776	6 931	6 780	10,5	7,4	7,4	- 30,6	- 2,2
Nordrhein-Westfalen	13 758	14 581	14 296	6,9	6,8	6,8	+ 3,9	- 2,0
Rheinland-Pfalz	4 143	3 572	3 342	8,7	7,5	7,2	- 19,3	- 6,4
Saarland	1 040	847	760	5,7	7,2	6,7	- 26,9	- 10,3
Sachsen	5 599	3 744	3 134	9,9	10,8	11,8	- 44,0	- 16,3
Sachsen-Anhalt	5 017	2 768	2 573	14,2	10,4	12,1	- 48,7	- 7,0
Schleswig-Holstein	2 908	2 953	2 690	9,4	9,1	8,4	- 7,5	- 8,9
Thüringen	3 091	1 711	1 426	9,4	8,6	9,4	- 53,9	- 16,7
Deutschland	84 092	70 547	64 918	8,8	7,7	7,5	- 22,8	- 8,0
Westdeutschland	60 389	53 892	50 147	- 17,0	- 6,9
Ostdeutschland	23 703	16 655	14 771	- 37,7	- 11,3

1) Prozentanteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung am 1.1. - 2) Hamburg: 2008 Anzahl der Abgänger mit Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" kann nicht ermittelt werden. - 3) Hessen: 2007 Vorjahresangaben.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr.188.

61. Frühe Schulabgänger¹⁾ in Prozent nach Geschlecht und Bundesländern

Land	Insgesamt			Männer	Frauen	Veränderung der Werte	
	2005	2008	2009	2009		05/09	08/09
Baden-Württemberg	12,5	10,1	9,5	9,5	9,5	-3,0	-0,6
Bayern	11,2	9,6	8,8	9,5	8,2	-2,4	-0,8
Berlin	18,7	15,7	14,2	15,5	13,0	-4,5	-1,5
Brandenburg	10,2	9,3	9,0	10,4	7,5	-1,2	-0,3
Bremen ²⁾	19,1	14,4	14,5	.	.	-4,6	0,1
Hamburg	21,2	14,7	12,1	14,1	10,2	-9,1	-2,6
Hessen	13,3	12,4	11,4	12,4	10,4	-1,9	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	14,0	8,9	9,3	9,6	8,9	-4,7	0,4
Niedersachsen	16,0	13,0	12,6	12,7	12,4	-3,4	-0,4
Nordrhein-Westfalen	15,8	14,5	13,7	14,0	13,5	-2,1	-0,8
Rheinland-Pfalz	16,4	12,4	13,7	13,9	13,5	-2,7	1,3
Saarland	20,6	14,1	14,4	14,8	14,0	-6,2	0,3
Sachsen	9,8	7,4	6,7	6,7	6,6	-3,1	-0,7
Sachsen-Anhalt	12,4	12,1	10,8	11,7	9,8	-1,6	-1,3
Schleswig-Holstein	15,1	13,6	12,1	11,2	13,1	-3,0	-1,5
Thüringen	6,6	7,4	5,4	4,8	6,0	-1,2	-2,0
Deutschland	13,8	11,8	11,1	11,5	10,8	-2,7	-0,7
Westdeutschland	14,4	12,3	11,6	12,0	11,3	-2,8	-0,7
Ostdeutschland	12,0	10,2	9,3	9,8	8,8	-2,7	-0,9

1) Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet noch an einer Weiterbildung teilnimmt, sich im Grund- und Zivildienst befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt. - 2) Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

62. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen¹⁾

Land	Allgemeine Hochschulreife						Veränderung der Quoten	
	Absolventen			Abiturientenquote ¹⁾			08/03	08/07
	2003	2007	2008	2003	2007	2008		
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	37 579	43 433	45 337	31,2	34,2	35,4	+ 4,2	+ 1,2
Bayern	27 338	32 953	34 513	20,0	22,9	23,7	+ 3,7	+ 0,8
Berlin	12 543	13 691	14 184	32,8	35,6	36,9	+ 4,1	+ 1,3
Brandenburg	11 050	12 303	11 957	29,9	34,4	34,4	+ 4,5	- 0,0
Bremen	2 252	2 558	2 832	31,7	34,2	37,8	+ 6,1	+ 3,6
Hamburg	5 410	6 488	6 966	31,8	36,5	38,5	+ 6,7	+ 2,0
Hessen ²⁾	18 754	19 975	21 150	29,3	30,1	31,4	+ 2,1	+ 1,3
Mecklenburg-Vorpommern ³⁾	6 364	7 259	11 928	24,0	28,7	50,2	+ 26,2	+ 21,6
Niedersachsen	21 962	27 686	25 877	25,3	30,0	27,7	+ 2,4	- 2,3
Nordrhein-Westfalen	55 730	67 450	71 947	28,5	32,0	33,8	+ 5,3	+ 1,8
Rheinland-Pfalz	11 334	14 165	14 745	25,2	29,4	30,4	+ 5,2	+ 1,0
Saarland	2 518	2 909	3 211	22,1	24,4	26,9	+ 4,8	+ 2,5
Sachsen	15 790	16 209	16 595	27,5	30,2	32,7	+ 5,3	+ 2,6
Sachsen-Anhalt ³⁾	9 359	15 775	9 109	26,8	47,7	29,5	+ 2,8	- 18,2
Schleswig-Holstein	7 507	9 828	10 078	26,2	31,1	31,1	+ 4,9	- 0,0
Thüringen	9 749	9 923	9 766	29,3	32,4	34,0	+ 4,8	+ 1,6
Deutschland	255 239	302 605	310 195	27,1	31,1	31,9	+ 4,7	+ 0,8
Westdeutschland	190 384	227 445	236 656
Ostdeutschland	64 855	75 160	73 539

1) Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung am 1.1. - 2) Hessen: 2007 Vorjahresangaben. - 3) Doppelter Abiturjahrgang Sachsen-Anhalt 2007, Mecklenburg-Vorpommern 2008.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr.188.

63. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	362 927	418 159	433 457	9,7	10,7	11,2	+19,4	+3,7
Bayern	388 811	452 002	467 002	9,1	10,0	10,4	+20,1	+3,3
Berlin	136 177	150 706	159 368	13,1	13,9	14,4	+17,0	+5,7
Brandenburg	69 526	70 639	71 119	9,7	9,6	9,6	+2,3	+0,7
Bremen	28 520	32 032	32 795	10,4	11,2	11,6	+15,0	+2,4
Hamburg	86 839	103 340	108 159	11,8	12,9	13,4	+24,6	+4,7
Hessen	229 967	253 235	266 323	10,9	11,7	12,3	+15,8	+5,2
Mecklenburg-Vorpommern	45 106	46 115	46 351	8,8	8,9	8,9	+2,8	+0,5
Niedersachsen	165 597	191 993	199 033	7,1	7,9	8,2	+20,2	+3,7
Nordrhein-Westfalen	492 419	553 387	572 794	8,7	9,5	9,9	+16,3	+3,5
Rheinland-Pfalz	79 504	89 516	93 770	6,8	7,4	7,8	+17,9	+4,8
Saarland	25 003	27 584	28 278	7,2	7,9	8,2	+13,1	+2,5
Sachsen	174 170	182 158	184 610	12,7	13,0	13,3	+6,0	+1,3
Sachsen-Anhalt	62 999	65 394	67 006	8,5	8,8	9,0	+6,4	+2,5
Schleswig-Holstein	45 266	51 966	53 744	5,8	6,4	6,6	+18,7	+3,4
Thüringen	73 705	74 274	75 012	10,1	10,1	10,4	+1,8	+1,0
Deutschland	2 466 536	2 762 500	2 858 821	9,3	10,1	10,4	+15,9	+3,5
Westdeutschland	1 904 853	2 173 214	2 255 355	8,9	9,8	10,2	+18,4	+3,8
Ostdeutschland	561 683	589 286	603 466	11,0	11,3	11,6	+7,4	+2,4

Umwelt

64. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	km ²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	4 838	4 974	5 004	10,3	10,3	8,2	+ 3,4	+ 0,6
Bayern	7 551	7 799	7 859	17,2	16,1	16,4	+ 4,1	+ 0,8
Berlin	619	623	623	0,1	0,5	0,1	+ 0,7	+ 0,0
Brandenburg	2 510	2 632	2 674	8,3	6,8	11,5	+ 6,5	+ 1,6
Bremen	228	231	231	0,1	0,4	0,2	+ 1,7	+ 0,4
Hamburg	438	449	449	0,8	0,1	0,1	+ 2,6	+ 0,0
Hessen	3 181	3 238	3 249	4,1	4,2	3,2	+ 2,1	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 650	1 754	1 793	8,8	6,7	10,7	+ 8,7	+ 2,2
Niedersachsen	6 167	6 363	6 404	12,6	10,0	11,0	+ 3,8	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	7 298	7 522	7 577	8,9	14,1	15,0	+ 3,8	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	2 710	2 807	2 819	4,4	4,7	3,2	+ 4,0	+ 0,4
Saarland	512	523	525	0,4	0,6	0,5	+ 2,5	+ 0,4
Sachsen	2 138	2 217	2 242	4,0	11,2	6,9	+ 4,9	+ 1,1
Sachsen-Anhalt	2 003	2 238	2 247	8,8	0,8	2,5	+ 12,2	+ 0,4
Schleswig-Holstein	...	1 951	1 962	...	7,4	3,1	...	+ 0,6
Thüringen	1 446	1 469	1 478	1,5	2,0	2,5	+ 2,2	+ 0,6
Deutschland¹⁾	45 141	46 789	47 137	98,8	96,2	95,1	+ 4,4	+ 0,7
Westdeutschland ¹⁾	34 776	35 857	36 079	...	68,1	60,9	+ 3,7	+ 0,6
Ostdeutschland	10 365	10 932	11 058	31,5	28,1	34,2	+ 6,7	+ 1,2

1) Für Schleswig-Holstein gehen für 2003 geschätzte Zahlen in das Ergebnis ein.

65. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	07/03	07/05
	ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	92 947	92 834	94 593	6,4	6,4	6,6	+ 0,2	+ 0,2
Bayern	128 509	127 696	146 468	3,9	3,9	4,5	+ 0,6	+ 0,6
Berlin	31	31	249	1,7	1,3	11,1	+ 9,4	+ 9,8
Brandenburg	115 849	131 431	133 805	8,7	9,8	10,1	+ 1,4	+ 0,2
Bremen	218	329	424	2,5	3,9	5,0	+ 2,6	+ 1,1
Hamburg	891	898	963	6,5	6,4	6,9	+ 0,4	+ 0,5
Hessen	53 434	54 302	61 143	7,0	7,0	7,8	+ 0,8	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	109 215	109 879	119 968	8,1	8,1	8,8	+ 0,7	+ 0,8
Niedersachsen	55 485	64 108	74 810	2,1	2,4	2,9	+ 0,7	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	38 104	42 430	48 930	2,5	2,8	3,3	+ 0,8	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	16 874	19 297	25 782	2,4	2,7	3,6	+ 1,2	+ 0,9
Saarland	5 216	6 146	7 164	6,7	7,8	9,1	+ 2,3	+ 1,2
Sachsen	30 797	31 191	32 033	3,4	3,4	3,5	+ 0,1	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	37 456	49 344	44 742	3,2	4,2	3,8	+ 0,6	- 0,4
Schleswig-Holstein	22 561	28 136	29 684	2,2	2,8	2,9	+ 0,7	+ 0,2
Thüringen	23 589	24 421	40 403	3,0	3,1	5,1	+ 2,1	+ 2,0
Deutschland	731 177	782 475	861 161	4,3	4,6	5,1	+ 0,8	+ 0,5
Westdeutschland	414 239	436 176	489 961	3,6	3,8	4,3	+ 0,7	+ 0,5
Ostdeutschland	316 937	346 297	371 200	5,7	6,2	6,7	+ 1,0	+ 0,5

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

66. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher									
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe						Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch ¹⁾					
	2001	2007	2001	2007	2001	2004	2007	07/01	07/04	
in Mio. m ³				Liter je Einwohner und Tag			%			
Baden-Württemberg	593	567	477	455	124	123	117	- 6,0	- 5,3	
Bayern	781	743	595	601	134	135	133	- 0,7	- 1,4	
Berlin	206	189	154	138	124	124	112	- 10,0	- 10,0	
Brandenburg	110	109	94	90	102	100	98	- 3,5	- 1,6	
Bremen	41	38	34	31	138	136	127	- 8,1	- 6,8	
Hamburg	114	94	104	86	150	142	133	- 11,1	- 6,1	
Hessen	335	315	282	272	128	127	123	- 4,1	- 3,4	
Mecklenburg-Vorpommern	83	83	65	62	102	102	100	- 1,6	- 1,6	
Niedersachsen	472	464	376	371	131	130	128	- 2,1	- 1,4	
Nordrhein-Westfalen	1 177	1 105	916	877	141	139	135	- 4,0	- 2,7	
Rheinland-Pfalz	235	221	185	174	124	122	118	- 4,6	- 3,0	
Saarland	58	55	47	44	121	118	116	- 4,2	- 1,8	
Sachsen	187	178	142	131	90	88	85	- 5,2	- 3,1	
Sachsen-Anhalt	109	115	89	80	95	92	90	- 5,4	- 2,3	
Schleswig-Holstein	173	173	144	136	152	143	133	- 12,4	- 6,9	
Thüringen	98	94	76	76	87	90	90	+ 3,8	+ 0,3	
Deutschland	4 774	4 543	3 779	3 623	127	126	122	- 4,3	- 3,5	
Westdeutschland	3 981	3 774	3 159	3 046	134	131	128	- 4,2	- 2,2	
Ostdeutschland	793	769	620	576	100	100	96	- 4,3	- 4,0	

1) Verhältnis der Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe zu den angeschlossenen Einwohnern.

67. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾						Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2004	2007	2008	2004	2007	2008	08/04	08/07
	1 000 Tonnen			kg/Einwohner ²⁾			%	
Baden-Württemberg	4 534	4 601	4 584	423,0	428,0	426,0	+ 1,1	- 0,4
Bayern	5 674	5 743	5 775	456,0	459,0	461,0	+ 1,8	+ 0,6
Berlin	1 475	1 472	1 421	435,4	431,0	414,0	- 3,7	- 3,5
Brandenburg	991	1 001	934	385,9	395,0	370,0	- 5,8	- 6,8
Bremen	321	310	304	484,0	467,0	459,0	- 5,4	- 1,9
Hamburg	854	836	818	492,3	472,0	462,0	- 4,2	- 2,1
Hessen	2 853	2 842	2 811	467,9	468,0	464,0	- 1,5	- 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	737	720	691	428,6	429,0	415,0	- 6,2	- 4,1
Niedersachsen	3 948	4 033	3 980	493,4	506,0	501,0	+ 0,8	- 1,3
Nordrhein-Westfalen	8 538	8 533	8 297	472,4	474,0	463,0	- 2,8	- 2,8
Rheinland-Pfalz	2 018	2 028	2 018	496,9	501,0	501,0	+ 0,0	- 0,5
Saarland	558	525	513	528,2	506,0	498,0	- 8,1	- 2,3
Sachsen	1 501	1 407	1 352	349,4	333,0	322,0	- 9,9	- 3,9
Sachsen-Anhalt	1 181	1 054	1 031	473,5	437,0	433,0	- 12,7	- 2,2
Schleswig-Holstein	1 394	1 357	1 330	492,8	478,0	469,0	- 4,6	- 2,0
Thüringen	1 002	895	864	425,4	391,0	381,0	- 13,8	- 3,5
Deutschland	37 579	37 357	36 723	455,5	454,0	448,0	- 2,3	- 1,7
Westdeutschland	30 692	30 807	30 431	467,3	469,2	464,3	- 0,9	- 1,2
Ostdeutschland	6 887	6 550	6 292	409,4	395,7	382,2	- 8,6	- 3,9

1) Daten ab 2006 ohne Elektroaltgeräte. - 2) Einwohner zum 31.12.

68. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2000	2004	2006	2006	2000	2004	2006	06/00	06/04
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	433 487	448 478	2,8	5,0
Bayern	565 923	559 546	6,4	7,8
Berlin	92 088	84 931	84 276	1 470	0,7	0,9	1,7	+ 1,0	+ 0,8
Brandenburg	171 640	174 759	187 224	19 444	1,8	6,2	10,4	+ 8,6	+ 4,2
Bremen	46 163	42 932	41 990	1 611	1,8	2,2	3,8	+ 2,0	+ 1,6
Hamburg ³⁾	66 667	61 156	63 189	2 342	1,7	3,1	3,7	+ 2,0	+ 0,6
Hessen	286 788	294 244	291 026	14 056	2,0	3,2	4,8	+ 2,9	+ 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	46 427	48 700	4,5	10,2
Niedersachsen	405 483	401 169	406 197	31 900	1,7	5,0	7,9	+ 6,1	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	1 098 516	1 125 121	1 134 615	38 787	0,9	2,0	3,4	+ 2,5	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	180 066	179 693	1,9	3,2
Saarland	75 329	77 838	79 174	1 762	0,8	1,7	2,2	+ 1,4	+ 0,5
Sachsen	160 733	171 518	179 650	8 739	0,6	2,5	4,9	+ 4,2	+ 2,3
Sachsen-Anhalt	122 998	125 980	140 771	14 083	1,1	4,5	10,0	+ 8,9	+ 5,5
Schleswig-Holstein	162 955	158 797	162 195	8 491	1,8	3,7	5,2	+ 3,4	+ 1,6
Thüringen	62 244	68 660	69 618	10 756	3,5	13,2	15,4	+ 12,0	+ 2,2
Deutschland¹⁾	4 000 223	4 071 137	4 098 896	242 390	2,3	4,2	5,9	+ 3,7	+ 1,8
Westdeutschland ²⁾	3 321 377	3 348 976	2,4	4,0
Ostdeutschland ²⁾	656 130	674 548	1,6	5,3

1) Die Werte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands weichen aufgrund einer geringfügig abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab, die Werte für 2006 sind vorläufig. - 2) Summe der zugeordneten Bundesländer. - 3) Werte für 2000 geschätzt.

69. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter: Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils der erneuerbaren Energien		
	2004	2005	2006	2006	2004	2005	2006	06/04	06/05
	Mio. kWh				Anteil in %			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	70 031	71 893	8,8	10,0
Bayern	79 431	84 884	19,7	18,8
Berlin	8 509	9 246	9 287	154	1,1	1,2	1,7	+ 0,6	+ 0,5
Brandenburg	45 199	46 156	45 410	6 111	9,3	10,8	13,5	+ 4,2	+ 2,7
Bremen	7 048	7 646	7 832	252	2,1	2,9	3,2	+ 1,1	+ 0,3
Hamburg	2 062	2 085	1 865	147	6,7	6,6	7,9	+ 1,1	+ 1,3
Hessen	33 345	28 481	29 690	1 811	4,1	5,4	6,1	+ 2,0	+ 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 881	6 849	29,4	32,2
Niedersachsen	66 418	.	69 185	10 980	12,6	.	15,9	+ 3,2	...
Nordrhein-Westfalen	183 837	180 582	185 528	7 381	3,7	4,1	4,0	+ 0,2	- 0,1
Rheinland-Pfalz	10 675	12 032	20,4	19,6
Saarland	11 005	12 799	11 062	465	3,1	2,6	4,2	+ 1,1	+ 1,6
Sachsen	36 800	35 784	37 077	2 200	4,9	5,5	5,9	+ 1,1	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	16 561	17 927	18 840	4 184	16,2	19,2	22,2	+ 6,0	+ 3,0
Schleswig-Holstein	36 166	37 568	38 423	4 347	11,4	11,4	11,3	- 0,1	- 0,1
Thüringen	5 852	6 372	6 437	1 818	26,0	25,6	28,2	+ 2,3	+ 2,7
Deutschland¹⁾	615 279	620 574	636 770	72 069	9,4	10,2	11,3	+ 2,0	+ 1,1
Westdeutschland ²⁾	500 018	9,0
Ostdeutschland ²⁾	119 802	122 334	10,3	11,7

1) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab. - 2) Summe der zugeordneten Bundesländer.

70. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz*)

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Davon ^{5) 6)}				Veränderungsrate der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
				Umwandlungs- bereich ²⁾	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	Verkehr	Haushalte, GHD ⁴⁾ , übrige Verbraucher		
	2000	2005	2006	2006				06/00	06/05
1 000 t									
%									
Baden-Württemberg	74 940	77 222	...	25 031	7 280	21 748	23 164
Bayern	88 705	80 780	...	15 168	8 920	30 623	26 069
Berlin	23 661	19 998	19 915	8 154	659	4 475	6 627	- 15,8	- 0,4
Brandenburg	60 564	59 910	58 273	43 344	4 405	5 478	5 047	- 3,8	- 2,7
Bremen	14 079	12 222	12 704	6 679	3 359	1 287	1 379	- 9,8	+ 3,9
Hamburg	...	11 343	11 451	3 041	1 156	4 330	2 924	...	+ 1,0
Hessen ⁷⁾	56 011	54 787	...	10 054	3 755	26 466	14 512
Mecklenburg-Vorpommern	10 256	10 216	...	3 781	493	3 127	2 815
Niedersachsen	74 228	...	70 032	22 730	12 610	16 432	18 259	- 5,7	...
Nordrhein-Westfalen	293 987	282 533	287 140	178 884	34 877	34 504	38 874	- 2,3	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	28 853	26 399	...	4 050	3 963	9 372	9 015
Saarland	23 459	24 799	23 577	8 797	10 418	1 846	2 516	+ 0,5	- 4,9
Sachsen	41 552	47 019	48 295	32 783	2 512	6 492	6 508	+ 16,2	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	26 301	27 846	27 821	14 662	4 270	3 898	4 991	+ 5,8	- 0,1
Schleswig-Holstein	21 378	19 356	19 339	6 165	1 904	5 342	5 929	- 9,5	- 0,1
Thüringen	12 059	11 450	11 283	1 771	1 340	3 843	4 329	- 6,4	- 1,5
Deutschland¹⁾	800 409	798 893	799 359	366 139	101 394	160 642	171 185	- 0,1	+ 0,1
Westdeutschland
Ostdeutschland

*) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom. - 1) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab. - 2) Energiewirtschaft, Sonstige Energieerzeuger, Energieverbrauch im Umwandlungsbereich. - 3) Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe. - 4) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen. - 5) Daten für Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz aus 2005. - 6) Daten für Hessen aus 2004. - 7) Daten für Hessen statt aus 2005 aus 2004.

Soziale Probleme, Sicherheit

71. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Quote je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Quoten	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	14 300	12 020	11 539	148	131	129	-13,0	-1,6
Bayern	16 155	12 736	12 054	145	120	116	-20,0	-3,0
Berlin	10 994	9 648	9 402	373	302	293	-21,6	-3,1
Brandenburg	4 580	4 066	3 988	252	216	215	-14,8	-0,5
Bremen	1 861	1 551	1 630	342	279	297	-13,2	+6,6
Hamburg	4 269	3 882	3 838	265	232	229	-13,7	-1,3
Hessen	10 773	9 288	8 731	198	179	172	-13,2	-4,1
Mecklenburg-Vorpommern	3 358	3 111	3 134	257	238	241	-6,4	+1,4
Niedersachsen	10 745	9 734	9 134	153	150	147	-3,9	-2,1
Nordrhein-Westfalen	26 072	24 120	23 143	165	161	160	-3,3	-0,8
Rheinland-Pfalz	4 647	4 471	4 533	139	139	147	+5,6	+5,8
Saarland	1 428	1 336	1 278	186	187	184	-1,0	-1,2
Sachsen	6 642	6 199	6 027	201	180	177	-12,1	-1,9
Sachsen-Anhalt	4 935	4 338	4 217	285	245	246	-13,6	+0,4
Schleswig-Holstein	3 855	3 609	3 612	160	159	165	+2,9	+3,5
Thüringen	4 553	3 655	3 777	263	211	224	-14,8	+6,3
Deutschland	129 167	113 764	110 037	183	167	165	-9,6	-0,7
Westdeutschland	94 105	82 747	79 492	163	151	149	-8,6	-1,1
Ostdeutschland	35 062	31 017	30 545	273	233	232	-15,1	-0,4

72. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2005	2008	2009	2005	2008	2009	09/05	09/08
	1 000			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	308	305	298	29	28	28	-3,2	-2,3
Bayern	361	394	383	29	31	31	+6,1	-2,8
Berlin	149	155	151	44	45	44	+1,3	-2,6
Brandenburg	100	101	105	39	40	42	+5,0	+4,0
Bremen	25	28	27	38	42	41	+8,0	-3,6
Hamburg	63	66	64	36	37	36	+1,6	-3,0
Hessen	175	191	190	29	31	31	+8,6	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	75	63	60	44	38	36	-20,0	-4,8
Niedersachsen	224	246	245	28	31	31	+9,4	-0,4
Nordrhein-Westfalen	524	541	540	29	30	30	+3,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	121	131	135	30	32	34	+11,6	+3,1
Saarland	37	39	36	35	38	35	-2,7	-7,7
Sachsen	144	142	135	34	34	32	-6,3	-4,9
Sachsen-Anhalt	90	91	93	36	38	39	+3,3	+2,2
Schleswig-Holstein	88	89	89	31	31	31	+1,1	+0,0
Thüringen	88	85	84	38	37	37	-4,5	-1,2
Deutschland	2 572	2 669	2 635	31	32	32	+2,4	-1,3
Westdeutschland	1 926	2 031	2 007	29	31	31	+4,2	-1,2
Ostdeutschland	646	638	628	39	39	38	-2,8	-1,6

73. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	1 672	2 736	2 744	8	14	14	+ 64,1	+ 0,3
Bayern	1 796	2 554	2 596	8	12	12	+ 44,5	+ 1,6
Berlin	1 375	1 265	1 336	26	26	27	- 2,8	+ 5,6
Brandenburg	1 393	1 310	1 458	35	39	44	+ 4,7	+ 11,3
Bremen	298	483	410	28	47	41	+ 37,6	- 15,1
Hamburg	1 008	1 240	1 325	37	46	49	+ 31,4	+ 6,9
Hessen	2 272	2 605	2 714	21	25	26	+ 19,5	+ 4,2
Mecklenburg-Vorpommern	841	972	917	32	45	43	+ 9,0	- 5,7
Niedersachsen	1 904	2 933	3 016	12	20	21	+ 58,4	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	7 627	9 347	9 932	22	29	32	+ 30,2	+ 6,3
Rheinland-Pfalz	523	904	880	7	13	13	+ 68,3	- 2,7
Saarland	166	357	485	9	22	31	+ 192,2	+ 35,9
Sachsen	2 216	2 005	1 977	36	38	37	- 10,8	- 1,4
Sachsen-Anhalt	939	973	1 046	26	33	36	+ 11,4	+ 7,5
Schleswig-Holstein	896	1 408	1 898	17	28	38	+ 111,8	+ 34,8
Thüringen	990	1 161	976	29	41	34	- 1,4	- 15,9
Deutschland	25 916	32 253	33 710	17	24	25	+ 30,1	+ 4,5
Westdeutschland	18 162	24 567	26 000	15	21	23	+ 43,2	+ 5,8
Ostdeutschland	7 754	7 686	7 710	31	36	36	- 0,6	+ 0,3

74. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ^{*)}			Armutsgefähr- dungsschwelle	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten	
	2005	2008	2009		2009	09/05
	%			€	% - Punkte	
Baden-Württemberg	13,8	13,3	14,1	871	0,3	0,8
Bayern	14,0	13,6	13,7	859	-0,3	0,1
Berlin	16,1	14,3	14,1	742	-2,0	-0,2
Brandenburg	14,3	13,8	13,8	749	-0,5	0,0
Bremen	17,3	18,2	15,9	746	-1,4	-2,3
Hamburg	17,4	16,1	18,0	871	0,6	1,9
Hessen	15,3	15,0	14,8	845	-0,5	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	14,4	14,7	677	0,1	0,3
Niedersachsen	15,1	14,7	14,6	790	-0,5	-0,1
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,6	14,9	796	0,3	0,3
Rheinland-Pfalz	15,3	15,4	15,2	819	-0,1	-0,2
Saarland	13,6	14,3	14,0	765	0,4	-0,3
Sachsen	13,7	13,4	13,6	706	-0,1	0,2
Sachsen-Anhalt	14,9	15,0	15,2	694	0,3	0,2
Schleswig-Holstein	14,5	14,9	15,8	837	1,3	0,9
Thüringen	13,2	13,3	13,0	713	-0,2	-0,3
Deutschland	14,7	14,4	14,6	801	-0,1	0,2
Westdeutschland	14,8	14,5	14,8	829	0,0	0,3
Ostdeutschland	14,3	13,8	13,8	715	-0,5	0,0

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

75. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung			Empfänger/-innen je 100 Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	08/07	08/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	606 819	576 501	543 716	5,6	5,4	5,1	- 5,7	-10,4
Bayern	659 664	620 563	583 480	5,3	5,0	4,7	- 6,0	-11,5
Berlin	681 756	681 037	663 687	20,1	20,0	19,3	- 2,5	-2,7
Brandenburg	371 170	353 740	330 449	14,5	13,9	13,1	- 6,6	-11,0
Bremen	116 003	112 900	108 024	17,5	17,0	16,4	- 4,3	-6,9
Hamburg	242 300	240 216	232 583	13,9	13,6	13,1	- 3,2	-4,0
Hessen	546 056	532 824	516 563	9,0	8,8	8,5	- 3,1	-5,4
Mecklenburg-Vorpommern	300 870	282 031	257 747	17,7	16,7	15,6	- 8,6	-14,3
Niedersachsen	821 177	796 821	759 231	10,3	10,0	9,6	- 4,7	-7,5
Nordrhein-Westfalen	1 951 494	1 931 247	1 846 143	10,8	10,7	10,3	- 4,4	-5,4
Rheinland-Pfalz	304 471	293 131	280 738	7,5	7,2	7,0	- 4,2	-7,8
Saarland	101 759	99 036	93 921	9,7	9,5	9,2	- 5,2	-7,7
Sachsen	599 596	574 525	533 006	14,1	13,6	12,8	- 7,2	-11,1
Sachsen-Anhalt	407 925	394 143	366 699	16,6	16,2	15,5	- 7,0	-10,1
Schleswig-Holstein	295 520	286 458	275 537	10,4	10,1	9,7	- 3,8	-6,8
Thüringen	294 133	279 384	252 289	12,7	12,1	11,2	- 9,7	-14,2
Deutschland	8 300 713	8 054 557	7 643 813	10,1	9,8	9,3	- 5,1	-7,9
Westdeutschland	5 645 263	5 489 697	5 239 936	8,6	8,4	8,0	- 4,5	-7,2
Ostdeutschland	2 655 450	2 564 860	2 403 877	15,9	15,5	14,7	- 6,3	-9,5

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

76. Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger nach SGB II (April)			Leistungsempfänger je 100 Einwohner			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger im April	
	2005	2009	2010	2005	2009	2010 ¹⁾	10/05	10/09
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	467 141	468 969	504 809	4,4	4,4	4,7	+ 8,1	+ 7,6
Bayern	514 521	492 925	513 502	4,1	3,9	4,1	- 0,2	+ 4,2
Berlin	530 705	594 664	601 792	15,6	17,3	17,5	+ 13,4	+ 1,2
Brandenburg	321 578	306 475	296 104	12,6	12,2	11,8	- 7,9	- 3,4
Bremen	93 616	93 676	96 863	14,1	14,2	14,7	+ 3,5	+ 3,4
Hamburg	186 049	196 665	200 532	10,7	11,1	11,3	+ 7,8	+ 2,0
Hessen	417 721	440 763	449 408	6,9	7,3	7,4	+ 7,6	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	272 009	236 586	230 839	15,9	14,3	13,9	- 15,1	- 2,4
Niedersachsen	635 024	653 851	657 814	7,9	8,2	8,3	+ 3,6	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	1 509 875	1 611 817	1 684 090	8,4	9,0	9,4	+ 11,5	+ 4,5
Rheinland-Pfalz	233 231	243 614	250 998	5,7	6,1	6,2	+ 7,6	+ 3,0
Saarland	79 776	81 869	83 724	7,6	8,0	8,2	+ 4,9	+ 2,3
Sachsen	529 684	507 375	498 228	12,4	12,1	11,9	- 5,9	- 1,8
Sachsen-Anhalt	372 178	344 689	334 105	15,0	14,6	14,1	- 10,2	- 3,1
Schleswig-Holstein	239 093	236 150	238 702	8,5	8,3	8,4	- 0,2	+ 1,1
Thüringen	262 011	237 908	235 174	11,2	10,5	10,4	- 10,2	- 1,1
Deutschland	6 664 212	6 747 996	6 876 684	8,1	8,2	8,4	+ 3,2	+ 1,9
Westdeutschland	4 376 047	4 520 299	4 680 442	6,7	6,9	7,2	+ 7,0	+ 3,5
Ostdeutschland	2 288 165	2 227 697	2 196 242	13,6	13,6	13,4	- 4,0	- 1,4

1) Einwohner am 30.06.2009. - Quelle: Bundesagentur für Arbeit

77. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Insolvenzen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	4 540	9 600	9 979	4,2	8,9	9,3	+ 119,8	+ 3,9
Bayern	4 986	10 624	10 392	4,0	8,5	8,3	+ 108,4	- 2,2
Berlin	2 216	4 389	4 471	6,5	12,8	13,0	+ 101,8	+ 1,9
Brandenburg	1 656	4 087	4 327	6,4	16,2	17,2	+ 161,3	+ 5,9
Bremen	819	1 321	1 487	12,4	20,0	22,5	+ 81,6	+ 12,6
Hamburg	1 542	2 516	2 677	8,9	14,2	15,1	+ 73,6	+ 6,4
Hessen	2 745	6 733	6 803	4,5	11,1	11,2	+ 147,8	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 243	1 903	1 982	7,2	11,4	12,0	+ 59,5	+ 4,2
Niedersachsen	6 935	13 299	13 390	8,7	16,7	16,9	+ 93,1	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	12 719	23 004	24 397	7,0	12,8	13,6	+ 91,8	+ 6,1
Rheinland-Pfalz	2 408	4 258	4 482	5,9	10,5	11,2	+ 86,1	+ 5,3
Saarland	1 161	1 600	1 693	11,0	15,5	16,5	+ 45,8	+ 5,8
Sachsen	1 860	4 552	4 487	4,3	10,8	10,7	+ 141,2	- 1,4
Sachsen-Anhalt	1 534	3 597	3 464	6,1	15,0	14,6	+ 125,8	- 3,7
Schleswig-Holstein	1 761	4 223	4 349	6,2	14,9	15,4	+ 147,0	+ 3,0
Thüringen	998	2 434	2 722	4,2	10,7	12,1	+ 172,7	+ 11,8
Deutschland	49 123	98 140	101 102	6,0	11,9	12,4	+ 105,8	+ 3,0
Westdeutschland	39 616	77 178	79 649	6,0	11,8	12,2	+ 101,1	+ 3,2
Ostdeutschland	9 507	20 962	21 453	5,6	12,7	13,1	+ 125,7	+ 2,3

78. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	07/03	07/05
	Anzahl			insgesamt			%	
Baden-Württemberg	224 184	225 367	236 998	2,1	2,1	2,2	+ 5,7	+ 5,2
Bayern	297 781	302 706	314 282	2,4	2,4	2,5	+ 5,5	+ 3,8
Berlin	89 692	96 134	95 870	2,6	2,8	2,8	+ 6,9	- 0,3
Brandenburg	69 266	74 600	85 129	2,7	2,9	3,3	+ 22,9	+ 14,1
Bremen	18 946	20 306	20 686	2,9	3,1	3,1	+ 9,2	+ 1,9
Hamburg	41 959	41 416	43 140	2,4	2,4	2,5	+ 2,8	+ 4,2
Hessen	155 002	163 291	175 836	2,5	2,7	2,9	+ 13,4	+ 7,7
Mecklenburg-Vorpommern	48 817	51 168	56 939	2,8	3,0	3,4	+ 16,6	+ 11,3
Niedersachsen	218 363	227 923	242 196	2,7	2,8	3,0	+ 10,9	+ 6,3
Nordrhein-Westfalen	459 489	458 433	484 801	2,5	2,5	2,7	+ 5,5	+ 5,8
Rheinland-Pfalz	94 754	97 882	102 441	2,3	2,4	2,5	+ 8,1	+ 4,7
Saarland	28 723	28 406	29 402	2,7	2,7	2,8	+ 2,4	+ 3,5
Sachsen	118 401	119 905	127 064	2,7	2,8	3,0	+ 7,3	+ 6,0
Sachsen-Anhalt	73 029	75 614	80 751	2,9	3,0	3,3	+ 10,6	+ 6,8
Schleswig-Holstein	74 264	77 503	79 081	2,6	2,7	2,8	+ 6,5	+ 2,0
Thüringen	63 597	67 027	72 213	2,7	2,9	3,1	+ 13,5	+ 7,7
Deutschland¹⁾	2 076 935	2 128 550	2 246 829	2,5	2,6	2,7	+ 8,2	+ 5,6
Westdeutschland	1 613 465	1 643 233	1 728 863	2,5	2,5	2,6	+ 7,2	+ 5,2
Ostdeutschland	462 802	484 448	517 966	2,7	2,9	3,1	+ 11,9	+ 6,9

1) 2003 und 2005: Einschließlich der im Ausland lebenden Pflegegeldempfänger.

79. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt			Häufigkeitszahl ¹⁾	Aufklärungsquote		Veränderung der Straftaten	
	2004	2008	2009	2009	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl				%		%	
Baden-Württemberg	653 472	591 736	579 112	5 388	58,8	59,4	- 11,4	- 2,1
Bayern	714 679	651 436	635 074	5 082	64,0	63,9	- 11,1	- 2,5
Berlin	539 667	482 765	496 472	14 467	49,5	49,4	- 8,0	+ 2,8
Brandenburg	239 508	209 075	200 474	7 969	51,9	52,9	- 16,3	- 4,1
Bremen	101 316	94 703	93 064	14 099	43,7	47,3	- 8,1	- 1,7
Hamburg	261 568	236 444	236 824	13 319	45,5	47,7	- 9,5	+ 0,2
Hessen	462 208	407 357	407 022	6 717	57,1	57,8	- 11,9	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	178 523	147 099	138 134	8 338	58,3	59,6	- 22,6	- 6,1
Niedersachsen	587 252	589 987	590 294	7 430	58,5	60,0	+ 0,5	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	1 531 647	1 453 503	1 458 438	8 151	49,3	50,8	- 4,8	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	300 548	293 701	283 162	7 046	62,3	62,3	- 5,8	- 3,6
Saarland	77 603	78 162	74 541	7 269	53,4	54,2	- 3,9	- 4,6
Sachsen	335 763	295 814	279 467	6 690	56,8	56,9	- 16,8	- 5,5
Sachsen-Anhalt	228 647	206 669	200 728	8 478	54,2	56,4	- 12,2	- 2,9
Schleswig-Holstein	256 779	240 392	242 838	8 580	47,7	49,2	- 5,4	+ 1,0
Thüringen	164 276	142 620	138 686	6 145	64,5	65,1	- 15,6	- 2,8
Deutschland	6 633 156	6 121 463	6 054 330	7 396	54,8	55,6	- 8,7	- 1,1
Westdeutschland	4 947 072	4 637 421	4 600 369	7 028	55,0	55,9	- 7,0	- 0,8
Ostdeutschland	1 686 384	1 484 042	1 453 961	8 862	54,3	54,7	- 13,8	- 2,0

1) Straftaten je 100 000 Einwohner am 30.06.2009. - Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik

80. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08
	Anzahl				%		%	
Baden-Württemberg	54 675	49 656	47 437	511	462	441	- 13,2	- 4,5
Bayern	78 453	71 898	70 811	631	574	567	- 9,7	- 1,5
Berlin	16 599	17 685	16 210	490	516	472	- 2,3	- 8,3
Brandenburg	13 135	10 891	10 896	511	431	433	- 17,0	+ 0,0
Bremen	3 751	3 775	3 779	566	570	573	+ 0,7	+ 0,1
Hamburg	11 260	10 725	10 040	648	606	565	- 10,8	- 6,4
Hessen	34 093	30 406	30 097	560	501	497	- 11,7	- 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 820	8 332	7 953	569	498	480	- 19,0	- 4,5
Niedersachsen	44 945	44 612	44 060	562	560	555	- 2,0	- 1,2
Nordrhein-Westfalen	86 438	80 842	79 280	478	450	443	- 8,3	- 1,9
Rheinland-Pfalz	22 860	21 081	20 412	563	522	508	- 10,7	- 3,2
Saarland	6 729	5 995	5 687	636	580	555	- 15,5	- 5,1
Sachsen	20 603	19 048	18 238	478	453	437	- 11,5	- 4,3
Sachsen-Anhalt	13 425	12 302	11 526	535	513	487	- 14,1	- 6,3
Schleswig-Holstein	16 731	15 853	15 592	592	559	551	- 6,8	- 1,6
Thüringen	12 451	10 423	9 805	526	458	434	- 21,3	- 5,9
Deutschland	445 968	413 524	401 823	541	504	491	- 9,9	- 2,8
Westdeutschland	359 935	334 843	327 195	548	510	500	- 9,1	- 2,3
Ostdeutschland	86 033	78 681	74 628	510	477	455	- 13,3	- 5,2

Textteil II

Niedersachsen in Europa

Die Europäische Union (EU) umfasst mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten mit fast einer halben Milliarde EU-Bürger. Deutschland und speziell das Bundesland Niedersachsen profitieren mit ihrer stark exportorientierten Wirtschaft besonders vom EU-Binnenmarkt. Gerade in der Finanzkrise 2008/2009 hat sich gezeigt, wie wichtig dieser einheitliche Wirtschaftsraum und der Euro als gemeinsame europäische Währung als Stabilitätsanker der Wirtschaft sind. Die Bedeutung der EU erschöpft sich aber nicht im rein Wirtschaftlichen:

- Die Freiheitsrechte jedes einzelnen Bürgers sind durch die europäische Niederlassungsfreiheit, Aufenthaltsrechte und Freizügigkeit erheblich erweitert worden. Lästige Grenzformalitäten sind weitestgehend abgeschafft. Gerade junge Menschen nutzen verstärkt die durch die europäische Einigung gebotenen Möglichkeiten durch Praktika, Arbeits- und Studienaufenthalte im Ausland.
- Die EU spielt eine große Rolle für die Sicherung von Frieden, Freiheit, Demokratie und politischer Stabilität in ihren Mitgliedsstaaten. Es ist eine große und gar nicht selbstverständliche Errungenschaft, dass die Nationen Europas keine Kriege mehr miteinander führen, sondern in der EU zu aller Nutzen zusammenarbeiten und ihre Konflikte im Rahmen der EU friedlich lösen.
- Die EU-Gesetzgebung spielt eine immer größere Rolle. Viele Bundes- und Landesgesetze basieren letztlich auf EU-Vorschriften, die in nationales Recht transformiert werden.
- Die EU-Strukturfonds fördern die europäischen Regionen und auch das Land Niedersachsen mit erheblichen Beträgen.

Die Bedeutung der EU für Niedersachsen und seine Menschen kann also kaum überschätzt werden. Der *Niedersachsen-Monitor* stellt daher in seinem 2. Teil einige wichtige Daten für die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Vergleich zu Niedersachsen und seinen Statistischen Regionen dar. Ergänzend werden einige Basisinformationen zur europäischen Förderpolitik gegeben, soweit sie Niedersachsen betreffen.

Niedersachsen und die Bundesländer im EU-Vergleich

Die folgenden sechs Tabellen basieren auf Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU. Sie sind in einer öffentlich zugänglichen Datenbank (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>) gespeichert. Da Eurostat die nationalen Daten der 27 Mitgliedsstaaten

harmonisieren muss – was keine leichte Aufgabe ist – kann es zum Teil Abweichungen von anderweitig publizierten Angaben geben. Diese Abweichungen können auf unterschiedliche Berechnungsstände, aber auch auf unvermeidliche definitorische Unterschiede zurückgehen.

Während die Tabelle 1 alle 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie alle 16 Bundesländer aufführt, stellen die nach Sachgebieten gegliederten Tabellen 2 bis 6 die EU, Deutschland, Niedersachsen sowie seine 4 „Statistischen Regionen“ im Vergleich dar. Die Statistischen Regionen Niedersachsens entsprechen den ehemaligen Regierungsbezirken. Sie sind in Niedersachsen nicht-administrative Gebietseinheiten der europäischen Statistik auf der hierarchischen Ebene „NUTS II“. Diese Ebene der europäischen Regionalstatistik ist relevant für grenzüberschreitende Regionalvergleiche und für die europäische Förderpolitik.

Bevölkerung

In der EU lebten am 31.12.2008 499 695 154 Menschen (Tab. 1). Deutschland ist mit 82 002 356 Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der EU. Danach folgen Frankreich (64 366 962), das Vereinigte Königreich (61 595 961) und Italien (60 045 068). Malta und Luxemburg sind, gemessen an der Bevölkerung, mit 413 609 bzw. 493 500 die kleinsten Länder der EU. Bremen als kleinstes Bundesland Deutschlands hatte 661 866 Einwohner. Die deutsche Bevölkerung machte etwa 16,4 % der EU-Bevölkerung aus. Auf Niedersachsen entfielen 1,6 %. Damit war Niedersachsen mit seinen 7 947 244 Einwohnern bevölkerungsreicher als 12 andere EU-Mitgliedsstaaten.

Im Vergleich von 2006 zu 2008 sank die Bevölkerung in Niedersachsen um - 0,4 %. Dies entspricht auch dem bundesdeutschen Durchschnitt. Einen noch stärkeren Rückgang gab es in Sachsen-Anhalt mit - 2,5 % sowie in allen anderen ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) und auch im Saarland (- 1,2 %), in Rheinland-Pfalz (- 0,6 %) und in Nordrhein-Westfalen (- 0,5 %). Im Gegensatz dazu stieg die Bevölkerung im gleichen Zeitraum in der EU insgesamt um + 0,9 %. Den stärksten Anstieg konnten die Länder Luxemburg (+ 3,6 %), Irland (+ 3,2 %) und Spanien (+ 3,0 %) verzeichnen. Den höchsten Bevölkerungsrückgang der EU-Staaten gab es in Litauen (- 1,0 %), Bulgarien und Lettland (je - 0,9 %). Neben diesen drei genannten Staaten sank die Bevölkerung aber auch in fast allen anderen mittel- und osteuropäischen Ländern mit Ausnahme von Slowenien und der Tschechischen Republik, die eine Bevölkerungszunahme von + 1,1 % bzw. + 1,8 % verzeichnen konnten bzw. Polen, in dem es nur eine marginale Veränderung von 0,03 % gab. In Nord-

West- und Südeuropa stieg die Zahl der Einwohner dagegen in allen Ländern bis auf Deutschland an.

In Deutschland leben ca. 230 Einwohner auf einem km². Die geringste Besiedlungsdichte weist Mecklenburg-Vorpommern mit 72 Einwohnern je km² auf, die höchste Berlin mit 3 848. Niedersachsen hat als Flächenland mit 167 Einwohnern je km² eine etwas geringere Besiedlungsdichte als der deutsche Durchschnitt. Die EU insgesamt ist mit durchschnittlich 114 Einwohnern je km² jedoch weniger dicht besiedelt als Niedersachsen. Wie in Deutschland so gibt es auch innerhalb der EU große Unterschiede in der Besiedlungsdichte. Die meisten Einwohner je km² weist Malta auf (1 311), gefolgt von den Niederlanden, Belgien, dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Italien und Luxemburg (191). Am dünnsten besiedelt sind Finnland (16 Einwohner je km²) und Schweden (21), gefolgt von den baltischen Staaten, Irland, Bulgarien und Griechenland (85).

Wirtschaft

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands betrug 2007 ca. 2,4 Billionen Euro (Tab. 1). Dies entspricht etwa 19,6 % des BIP der EU insgesamt. Danach folgen das Vereinigte Königreich mit 16,5 %, Frankreich mit 15,3 % und Italien mit 12,5 %. Niedersachsens BIP betrug im Jahr 2007 knapp 208 Mrd. Euro. Niedersachsen erwirtschaftete damit ca. 1,7 % des BIP der Europäischen Union, was etwas mehr ist als der Anteil der niedersächsischen Bevölkerung in der EU. Damit wäre Niedersachsen sowohl gemessen an der Bevölkerung als auch an der Wirtschaftsleistung ein mittelgroßer EU-Mitgliedsstaat. Die Wirtschaftsleistung entsprach in etwa der Irlands und Griechenlands. Insgesamt ist das BIP von 15 EU-Mitgliedern geringer als das Niedersachsens. Das geringste BIP innerhalb der EU hat Malta mit 5,5 Mrd. Euro, gefolgt von Estland, Zypern, Lettland und Litauen.

In Tabelle 3 ist die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes der EU, Deutschlands, Niedersachsens und der niedersächsischen Statistischen Regionen dargestellt. Sowohl in der EU insgesamt als auch in Deutschland und Niedersachsen konnte im Zeitraum von 2002 bis 2007 ein Zuwachs des BIP verzeichnet werden. Allerdings wuchs die europäische Wirtschaft im Durchschnitt schneller als in Deutschland und auch in Niedersachsen. Das Wirtschaftswachstum der EU betrug von 2002 zu 2007 24,3 %. Im Vergleich dazu verzeichnete Niedersachsen nur ein Wachstum von 14,3 %, was mit einem Prozentpunkt etwas über dem deutschen Durchschnitt lag. Innerhalb des Landes gab es in der Statistischen Region Lüneburg (12,8 %) die geringsten Zuwächse und in der Statistischen Region Weser-Ems (15,5 %) die höchsten Zuwächse. Im Vergleich von 2006 zu 2007 stieg das BIP in allen Statistischen Regionen Niedersachsens, außer in der Region Han-

nover, mit Werten zwischen 5,5 % bis 5,0 % relativ deutlich an. Dies liegt über dem bundesdeutschen Durchschnitt (4,4 %), aber etwas unter dem europäischen Durchschnitt (5,8 %). In der Statistischen Region Hannover stieg das BIP im Vergleich zum Vorjahr dagegen nur um 1,3 %.

Auf einen Einwohner entfielen im Jahr 2007 in Niedersachsen ca. 26 000 Euro des Bruttoinlandsproduktes (Tab. 4). Das sind 3 500 Euro weniger als im deutschen Durchschnitt, aber 1 100 Euro mehr als im Durchschnitt der EU. Zwischen den niedersächsischen Regionen differiert das BIP je Einwohner stärker. So lag es 2007 in der Statistischen Region Braunschweig bei 28 400 Euro, in der Statistischen Region Lüneburg hingegen nur bei 21 300 Euro. Dieser niedrige Wert für die Statistische Region Lüneburg lässt sich durch die starken Pendlerströme in die angrenzenden Stadtstaaten Hamburg und Bremen erklären. Eine Vielzahl von Lüneburgern arbeitet in Hamburg oder Bremen und leistet damit einen Beitrag zum dortigen BIP. Durch diesen Effekt wird der Quotient aus BIP je Einwohner gerade für die Statistische Region Lüneburg, aber auch für andere niedersächsische Regionen mehr oder weniger stark verzerrt.

Arbeitsmarkt

Tabelle 5 zeigt die Beschäftigungsquoten für Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15- bis unter 65 Jahren zwischen 2003 und 2008 auf. Tabelle 6 enthält die Arbeitslosenquoten der Personen im Alter von 15 Jahren und älter. Der Begriff Beschäftigung steht hier synonym für den Begriff Erwerbstätigkeit. Mit Arbeitslosigkeit ist streng genommen Erwerbslosigkeit gemeint. Die Zahlen zum Arbeitsmarkt basieren auf der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union, die in allen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt wird, um eine vergleichbare Datengrundlage herzustellen. In Deutschland wird die EU-Arbeitskräftestichprobe im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt, einer 1%-igen, repräsentativen Haushaltsbefragung.

Als erwerbstätig gelten alle Personen im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren, die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben. Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum aufgrund von Urlaub oder Krankheit nur vorübergehend nicht ausgeübt hat, gilt als erwerbstätig. Im Jahr 2008 lag die Beschäftigungsquote in Niedersachsen demnach bei 69,1 %. Dies ist etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (70,7 %), aber 3,2 Prozentpunkte mehr als in der EU insgesamt (65,9 %). Seit 2004 sind die Beschäftigungsquoten in allen niedersächsischen Regionen angestiegen. Sie differieren jedoch zwischen Werten von 66,9 % (Statistische Region Braunschweig) bis 70,6 % (Statistische Region Lüneburg). Damit ist Niedersachsen ins-

gesamt auf einem guten Weg, das in der europäischen Lissabon-Strategie gesetzte Ziel eines Gesamtbeschäftigungsniveaus von 70 % bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Das Zwischenziel von einer Beschäftigungsquote von 67 % im Jahr 2005 konnte seinerzeit in Niedersachsen (65 %) und auch in Gesamtdeutschland (66 %) nicht ganz erreicht werden. Durch das stetige Beschäftigungswachstum in den letzten Jahren konnte dieser Rückstand jedoch aufgeholt werden. Natürlich hängt die Beschäftigungsquote auch von der allgemeinen Situation am Arbeitsmarkt und vom Erwerbsverhalten ab, d.h. von der tatsächlichen Arbeitsnachfrage und dem Arbeitsangebot. Je nach der regionalen Arbeitsmarktstruktur können sich demnach auch die Beschäftigungsquoten regional unterscheiden.

Die Tabelle 6 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 2003 bis 2008. Die Arbeitslosenquote ist definiert als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen. Als arbeitslos gilt eine Person zwischen 15 und 74 Jahren, wenn sie ohne Arbeit ist, innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen kann und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv eine Arbeit gesucht hat. Diese Definition unterscheidet sich von der nationalen Definition der Zahl der Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch, ermöglicht aber einen europäischen Vergleich.

Die Arbeitslosenquote lag in Niedersachsen im Jahr 2008 bei 7,1 %. Damit liegt die Quote um 0,1 Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt, aber 0,4 Prozentpunkte unter dem deutschen Durchschnitt. Die Tatsache, dass sowohl die Beschäftigungsquote als auch die Arbeitslosenquote in Niedersachsen höher sind als in der EU insgesamt, resultiert aus einer überdurchschnittlich hohen Frauenerwerbsquote. Im Vergleich zu den Vorjahren ist für Niedersachsen und auch das gesamte Bundesgebiet ein positiver Trend ersichtlich, d.h. die Arbeitslosenquote ist in Niedersachsen im Vergleich zu 2003 um 1,4 Prozentpunkte gesunken, in Deutschland um 2,3 Prozentpunkte.

Regional betrachtet war die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen unterschiedlich stark ausgeprägt. Die niedrigsten Werte wiesen die Statistischen Regionen Lüneburg und Weser-Ems mit je 6,2 % auf. In den Statistischen Regionen Braunschweig (8,6 %) und Hannover (7,6 %) war die Arbeitslosigkeit dagegen stärker ausgeprägt.

EU-Fördermittel in Niedersachsen

Für alle EU-Mitgliedsstaaten sind in der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 insgesamt Mittel in Höhe von rund 346 Milliarden Euro für die EU-Strukturpolitik vorgesehen. Die deutschen Regionen werden insgesamt mit rund 26,3 Mrd. Euro aus den EU-Strukturfonds unterstützt. Davon entfallen auf die „neuen Länder“ rund 16,1 Mrd. Euro und auf die „alten Länder“ rund 10,2 Mrd. Euro. Zusätzlich werden im Rahmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit weitere Mittel in Höhe von rund 851 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Förderstruktur richtet sich auf die thematischen Schwerpunkte der EU aus. Sie konzentriert sich auf die am stärksten benachteiligten Regionen („Kohäsion“). Es gibt drei Hauptziele der Strukturmaßnahmen der EU:

- **ZIEL 1: Konvergenz**
Beschleunigung der Konvergenz der Mitgliedsstaaten und Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand durch Verbesserung der Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung
- **ZIEL 2: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung und Stärkung des wirtschaftlichen Wandels
- **ZIEL 3: Europäische territoriale Zusammenarbeit**
Stärkung der grenzübergreifenden, der länderübergreifenden und der interregionalen Zusammenarbeit

EU-Fonds	Ziel 1	Ziel 2	Insgesamt
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)	589 Mio. Euro	638 Mio. Euro	1 227 Mio. Euro
Europäischer Sozialfonds (ESF)	210 Mio. Euro	237 Mio. Euro	447 Mio. Euro
Fonds zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	278 Mio. Euro	697 Mio. Euro	975 Mio. Euro
Europäischer Fischereifonds (EFF)	13 Mio. Euro	12 Mio. Euro	25 Mio. Euro
Insgesamt	1 090 Mio. Euro	1 584 Mio. Euro	2 674 Mio. Euro

Quelle: Internetportal der Niedersächsischen Landesregierung, http://www.niedersachsen.de/master/C434028_N403313_L20_DO_I198.html

Niedersachsen wird in der Förderperiode 2007 bis 2013 über 2,6 Mrd. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) erhalten. Damit stehen rund 1 Mrd. Euro mehr als in der vorangegangenen EU-Förderperiode zur Verfügung.

Im Rahmen der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) leistet der ELER einen zentralen Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Räume in Niedersachsen, die ca. 80 % der Landesfläche ausmachen. Die Zielsetzung des Fonds besteht darin, die Entwicklung einer nachhaltigen, umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft zu unterstützen, zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft beizutragen sowie die ländlichen Infrastrukturen weiter zu entwickeln. Das Förderangebot umfasst sowohl investive als auch nichtinvestive Projekte.

Von den 1,67 Milliarden Euro für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung (EFRE und ESF) entfallen fast 800

Millionen Euro auf die Region Lüneburg. Als einziges westdeutsches Gebiet gehört sie künftig zur höchsten EU-Förderkategorie (Ziel 1, Konvergenz). Die eigens für die Lüneburger Region erarbeiteten EFRE- und ESF-Programme sind eingebettet in die landesweite Strategie für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und berücksichtigen ebenso die regionalen Besonderheiten wie auch die zusätzlichen Fördermöglichkeiten der EU. Einen besonderen Schwerpunkt legen die Programme für den Lüneburger Raum deshalb auf die Infrastrukturförderung und auf Arbeitsmarktprojekte, die der Bewältigung des demographischen Wandels und der Steigerung der Internationalität dienen. Die Statistischen Regionen Braunschweig, Hannover und Weser-Ems gehören zum Ziel 2, „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. Dort liegt der Schwerpunkt der Förderung im Gegensatz zum Lüneburger Raum auf Darlehens- und Beteiligungsfonds, einer breit angelegten Förderung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Jugendförderung und dem Ausbau von Weiterbildung und lebenslangem Lernen.

Tabellenteil II

1. Eckdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Veränderung 2006- 2008	Fläche	Besied- lungs- dichte	Bevölke- rungs- anteil an EU 27	Bruttoinlandsprodukt 2007	
	2006	2007	2008					insgesamt	Anteil an EU 27
	Anzahl			%	km ²	Einwohner je km ²	%	Mio. €	%
Belgien	10 584 534	10 666 866	10 750 000	+1,6	30 528,0	352,1	2,2	334 948,0	2,7
Bulgarien	7 679 290	7 640 238	7 606 551	-0,9	111 001,9	68,5	1,5	28 899,0	0,2
Tschechische Republik	10 287 189	10 381 130	10 467 542	+1,8	78 867,0	132,7	2,1	127 331,0	1,0
Dänemark	5 447 084	5 475 791	5 505 504	+1,1	43 098,3	127,7	1,1	227 025,0	1,8
Deutschland	82 314 906	82 217 837	82 002 356	-0,4	357 092,9	229,6	16,4	2 428 200,0	19,6
Baden-Württemberg	10 738 753	10 749 755	10 749 506	+0,1	35 751,7	300,7	2,2	358 357,0	2,9
Bayern	12 492 658	12 520 332	12 519 728	+0,2	70 551,6	177,5	2,5	433 988,0	3,5
Berlin	3 404 037	3 416 255	3 431 675	+0,8	891,9	3 847,6	0,7	84 943,0	0,7
Brandenburg	2 547 772	2 535 737	2 522 493	-1,0	29 478,6	85,6	0,5	53 289,0	0,4
Bremen	663 979	663 082	661 866	-0,3	404,3	1 637,1	0,1	26 824,0	0,2
Hamburg	1 754 182	1 770 629	1 772 100	+1,0	755,2	2 346,5	0,4	86 251,0	0,7
Hessen	6 075 359	6 072 555	6 064 953	-0,2	21 114,8	287,2	1,2	215 661,0	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 693 754	1 679 682	1 664 356	-1,7	23 180,1	71,8	0,3	34 858,0	0,3
Niedersachsen	7 982 685	7 971 684	7 947 244	-0,4	47 624,2	166,9	1,6	207 727,0	1,7
Nordrhein-Westfalen	18 028 745	17 996 621	17 933 064	-0,5	34 085,3	526,1	3,6	525 868,0	4,3
Rheinland-Pfalz	4 052 860	4 045 643	4 028 351	-0,6	19 853,4	202,9	0,8	104 807,0	0,8
Saarland	1 043 167	1 036 598	1 030 324	-1,2	2 568,7	401,1	0,2	30 363,0	0,2
Sachsen	4 249 774	4 220 200	4 192 801	-1,3	18 415,5	227,7	0,8	92 950,0	0,8
Sachsen-Anhalt	2 441 787	2 412 472	2 381 872	-2,5	20 446,3	116,5	0,5	51 730,0	0,4
Schleswig-Holstein	2 834 254	2 837 373	2 834 260	+0,0	15 799,4	179,4	0,6	71 923,0	0,6
Thüringen	2 311 140	2 289 219	2 267 763	-1,9	16 172,1	140,2	0,5	48 662,0	0,4
Estland	1 342 409	1 340 935	1 340 415	-0,1	45 288,0	29,6	0,3	15 627,0	0,1
Irland	4 312 526	4 401 335	4 450 030	+3,2	69 797,0	63,8	0,9	189 751,0	1,5
Griechenland	11 171 740	11 213 785	11 260 402	+0,8	131 957,0	85,3	2,3	226 437,0	1,8
Spanien	44 474 631	45 283 259	45 828 172	+3,0	505 987,0	90,6	9,2	1 052 730,0	8,5
Frankreich	63 623 209	63 982 881	64 366 962	+1,2	632 833,6	101,7	12,9	1 894 646,0	15,3
Italien	59 131 287	59 619 290	60 045 068	+1,5	301 336,0	199,3	12,0	1 544 915,0	12,5
Zypern	778 684	789 269	796 875	+2,3	9 250,0	86,1	0,2	15 951,0	0,1
Lettland	2 281 305	2 270 894	2 261 294	-0,9	64 589,0	35,0	0,5	21 111,0	0,2
Litauen	3 384 879	3 366 357	3 349 872	-1,0	65 300,0	51,3	0,7	28 577,0	0,2
Luxemburg	476 187	483 799	493 500	+3,6	2 586,0	190,8	0,1	37 464,0	0,3
Ungarn	10 066 158	10 045 401	10 030 975	-0,3	93 028,4	107,8	2,0	101 086,0	0,8
Malta	407 810	410 290	413 609	+1,4	315,6	1 310,5	0,1	5 456,0	0,0
Niederlande	16 357 992	16 405 399	16 485 787	+0,8	41 543,1	396,8	3,3	568 664,0	4,6
Österreich	8 282 984	8 318 592	8 355 260	+0,9	83 843,7	99,7	1,7	270 782,0	2,2
Polen	38 125 479	38 115 641	38 135 876	+0,0	312 685,0	122,0	7,6	311 002,0	2,5
Portugal	10 599 095	10 617 575	10 627 250	+0,3	92 117,5	115,4	2,1	163 051,0	1,3
Rumänien	21 565 119	21 528 627	21 498 616	-0,3	238 391,0	90,2	4,3	124 728,0	1,0
Slowenien	2 010 377	2 010 269	2 032 362	+1,1	20 273,0	100,2	0,4	34 568,0	0,3
Slowakei	5 393 637	5 400 998	5 412 254	+0,3	49 033,8	110,4	1,1	54 898,0	0,4
Finnland	5 276 955	5 300 484	5 326 314	+0,9	338 436,1	15,7	1,1	179 659,0	1,5
Schweden	9 113 257	9 182 927	9 256 347	+1,6	441 369,5	21,0	1,9	331 147,0	2,7
Vereinigtes Königreich	60 781 352	61 179 256	61 595 961	+1,3	243 069,0	253,4	12,3	2 044 133,0	16,5
Europäische Union (27 Länder)	495 270 075	497 649 125	499 695 154	+0,9	4 403 356,7	113,5	100,0	12 362 787,0	100,0

Quelle: Eurostat. Bevölkerungsangaben 2007 für Irland und Vereinigtes Königreich vorläufig. Bevölkerungsangaben 2008 für Belgien, Irland, Portugal und Vereinigtes Königreich vorläufig und daher auch EU 27 2007 und 2008 vorläufig. Fläche: 2006.

2. Bevölkerung 2001 bis 2008

Region	Bevölkerung am 31.12.							
	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001
Europäische Union	499 695 154	497 649 125	495 270 075	493 226 936	491 153 644	488 799 601	486 647 831	484 636 747
Deutschland	82 002 356	82 217 837	82 314 906	82 437 995	82 500 849	82 531 671	82 536 680	82 440 309
Niedersachsen	7 947 244	7 971 684	7 982 685	7 993 946	8 000 909	7 993 415	7 980 472	7 956 416
Statistische Region Braunschweig	1 623 649	1 633 318	1 641 776	1 650 435	1 658 918	1 662 595	1 665 368	1 666 864
Statistische Region Hannover	2 149 181	2 156 841	2 160 253	2 163 919	2 166 626	2 167 157	2 167 876	2 163 904
Statistische Region Lüneburg	1 696 643	1 701 132	1 702 938	1 704 133	1 702 971	1 698 434	1 692 192	1 683 438
Statistische Region Weser-Ems	2 477 771	2 480 393	2 477 718	2 475 459	2 472 394	2 465 229	2 455 036	2 442 210

Quelle: Eurostat; Europäische Union 2008 und 2007 vorläufig.

3. Bruttoinlandsprodukt 2002 bis 2007

Region	2007	2006	2005	2004	2003	2002
	Mio. €					
Europäische Union	12 362 787	11 683 833	11 061 969	10 607 864	10 110 180	9 942 614
Deutschland	2 428 200	2 325 100	2 242 200	2 210 900	2 163 800	2 143 180
Niedersachsen	207 727	199 576	192 512	187 171	183 390	181 670
Statistische Region Braunschweig	46 502	44 060	42 995	42 261	41 170	40 548
Statistische Region Hannover	61 030	60 274	58 111	54 882	54 282	53 606
Statistische Region Lüneburg	36 310	34 584	33 345	32 781	32 475	32 185
Statistische Region Weser-Ems	63 885	60 659	58 060	57 246	55 462	55 331

Quelle: Eurostat

4. Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2002 bis 2007

Region	2007	2006	2005	2004	2003	2002
	€ je Einwohner					
Europäische Union	24 900	23 600	22 500	21 700	20 700	20 500
Deutschland	29 500	28 200	27 200	26 800	26 200	26 000
Niedersachsen	26 000	25 000	24 100	23 400	23 000	22 800
Statistische Region Braunschweig	28 400	26 800	26 000	25 400	24 700	24 300
Statistische Region Hannover	28 300	27 900	26 800	25 300	25 000	24 700
Statistische Region Lüneburg	21 300	20 300	19 600	19 300	19 200	19 100
Statistische Region Weser-Ems	25 800	24 500	23 500	23 200	22 500	22 600

Quelle: Eurostat

5. Beschäftigungsquoten der 15- bis unter 65-Jährigen (%) 2003 bis 2008

Region	2008	2007	2006	2005	2004	2003
	%					
Europäische Union	65,9	65,4	64,4	63,5	62,7	62,5
Deutschland	70,7	69,4	67,5	66,0	64,3	64,9
Niedersachsen	69,1	68,2	66,1	65,0	63,2	64,3
Statistische Region Braunschweig	66,9	66,5	65,4	62,9	62,0	63,5
Statistische Region Hannover	69,0	68,3	66,0	65,5	62,9	64,8
Statistische Region Lüneburg	70,6	69,5	67,9	65,9	64,9	64,9
Statistische Region Weser-Ems	69,5	68,4	65,6	65,4	63,0	64,0

Quelle: Eurostat

6. Arbeitslosenquoten (15 Jahre und älter) 2003 bis 2008

Region	2008	2007	2006	2005	2004	2003
	%					
Europäische Union	7,0	7,2	8,2	8,9	9,2	9,1
Deutschland	7,5	8,6	10,2	11,1	10,7	9,8
Niedersachsen	7,1	7,9	9,7	10,4	9,5	8,5
Statistische Region Braunschweig	8,6	8,9	10,1	11,5	10,4	10,0
Statistische Region Hannover	7,6	8,4	10,5	10,4	9,9	8,1
Statistische Region Lüneburg	6,2	7,4	9,0	9,7	8,8	8,1
Statistische Region Weser-Ems	6,2	7,1	9,3	10,1	9,0	8,1

Quelle: Eurostat

